UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Französische Gelbbuch von 1914 [neunzehnhundertvierzehn]

Wegerer, Alfred von

Berlin, 1927

urn:nbn:de:hbz:466:1-74580

Visual Library

Die Französischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges

Das Französische Gelbbuch von 1914

Herausgegeben von der
Zentralstelle für Erforschung
der Kriegsursachen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

EK 1606
HK 1555/16
VII

Das Französische Gelbbuch von 1914

Berichtigter und durch die nachträglich bekannt gewordenen Dokumente ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffentlichung der Französischen Regierung über den Kriegsausbruch

Mit einem Vorwort

von

Alfred von Wegerer

BUCHSTELLE DER STAATL. BAUGEWERKSCHULE HÖXTER
31
LGE
1136+1

1 9 2 7

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Lehrerbildungsanstalt Höxter a. d. Weser Lehrer-Bücherei
EK 93
K A/I

1.
Auflage
Alle Rechte vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1927 by
Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und
Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Wilhelmstraße 66
Amerikanische Schutzzollformel: Made in
Germany / Gedruckt in der Ohlen-
roth'schen Buchdruckerei
in Erfurt

Das vorliegende Werk bildet den 5. Teil der von der Zentralstelle
für Erforschung der Kriegsursachen herausgegebenen
Schriftenreihe „Beiträge zur Kriegsschuld"

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vorwort

Im Maiheft 1924 der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage" hat Herr August Bach, langjähriger Mitarbeiter der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" durch einen längeren Aufsatz „Die Irreführung der öffentlichen Meinung durch das französische Gelbbuch 1914" zum ersten Male darauf aufmerksam gemacht, welche Fälschungen im französischen Gelbbuch Eingang gefunden haben, und es bestand schon damals bei der Zentralstelle die Absicht, ein neues französisches Gelbbuch mit dem richtigen Text der gefälschten Dokumente herauszubringen. Wir hatten den Plan damals nicht verwirklicht, da nach Pressemitteilungen zu erwarten stand, daß die französische Regierung ihre Archive öffnen, mithin selbst ein neues Gelbbuch herausgeben würde. Da aber heute kaum mehr Anzeichen dafür vorhanden sind, daß in absehbarer Zeit mit der Herausgabe eines ergänzten und berichtigten französischen Gelbbuches unter Fortlassung der gefälschten Dokumente zu rechnen ist, hat sich die Zentralstelle entschlossen, selbst ein neues Gelbbuch zusammenzustellen.

Das hier vorliegende Gelbbuch enthält die im französischen Gelbbuch von 1914 veröffentlichten Dokumente sowie die Dokumente, die inzwischen aus anderen Veröffentlichungen, insbesondere durch den französischen Senatsbericht und durch Poincarés „Les Origines de la Guerre", bekannt geworden sind. Im ganzen enthält das neue Gelbbuch 26 Dokumente, die im offiziellen französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten sind. Die neuen Dokumente sind tageweise am Schluß der bisher veröffentlichten Dokumente eingeschaltet und mit der letzten Nummer des betreffenden Tages unter Hinzufügung von Buchstaben nach dem Alphabet eingegliedert worden. In fünf Dokumenten, Nr. 101, 102 I, 102 II, 117 und 118 ist anstelle des gefälschten Wortlauts der inzwischen bekannt gewordene richtige Wortlaut in dem eigentlichen Dokument eingesetzt worden, während der unrichtige Text in der Fußnote wiedergegeben worden ist. Die gefälschte Beilage von Dokument Nr. 2 ist in ihrem richtigen Wortlaut im Anhang I wiedergegeben. Wo in den Dokumenten Tatsachen zweifellos falsch angegeben sind, und die Beweise hierfür in Veröffentlichungen vorliegen, ist dies in der Fußnote angegeben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das französische Gelbbuch über den Ausbruch des Weltkrieges erschien am 1. Dezember 1914 als letztes der Farbbücher der Entente. Im Vergleich zur deutschen und englischen Regierung, die ihre Farbbücher über den Ausbruch des Krieges gleich in den ersten Augusttagen herausbrachten, hatte sich die französische Regierung demnach die meiste Zeit gelassen. Es wäre aber ein Irrtum, wenn man daraus folgern wollte, daß sich das französische Gelbbuch durch eine besondere Genauigkeit bei der Wiedergabe der dokumentarischen Darstellung des Kriegsausbruches auszeichnete. Ganz im Gegenteil läßt das Gelbbuch heute klar erkennen, daß es von dem Gesichtspunkt aus abgefaßt worden ist, in gewissenloser Weise die Haltung Frankreichs vor und während des Ausbruchs des Weltkrieges zu rechtfertigen, den russischen Bundesgenossen zu entlasten, und alle Verantwortung für den Ausbruch des Krieges auf den deutschen Nachbar zu werfen. Das Urteil mag manchem zu scharf erscheinen, wer sich aber die Mühe macht, das nachstehende Dokumentenwerk durchzustudieren und die Fälschungen im ganzen zu bewerten, wird wohl kaum zu einem anderen als dem hier ausgesprochenen Urteil gelangen können.

Das Gelbbuch selbst umfaßt 7 Abschnitte, auf die wir hier etwas näher eingehen wollen. Der I. Abschnitt „Vorboten des Krieges" beginnt mit einem Dokument vom 17. März 1913 und endet mit einem Brief Jules Cambons vom 22. November an Stéphen Pichon, den damaligen Minister des Äußern. Die 6 in diesem Abschnitt angeführten Dokumente bilden eine einzige Anklage gegen den deutschen Militarismus. Das Tendenziöse ist unverkennbar. Das Wesentliche aber ist, daß das Hauptstück in diesem Abschnitt, die Anlage zu der von dem damaligen Kriegsminister Etienne an den Minister des Äußern Jonnart übersandten Note, eine Denkschrift des preußischen Generalstabes über die Verstärkung des deutschen Heeres, gefälscht ist. Ob die französische Regierung in den Besitz der echten Denkschrift gelangt ist, die von General Ludendorff im Dezember 1912 verfaßt worden ist, und die Fälschung selbst vorgenommen hat, oder ob der französischen Regierung bereits eine gefälschte Denkschrift eines französischen Spionageagenten zugestellt wurde, ist eine Frage, die Frankreich selbst beantworten muß. Die Fälschung wurde bereits im Jahre 1919 von General Ludendorff in einer Broschüre „Französische Fälschungen meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg", die im Verlag E. S. Mittler & Sohn erschienen ist, aufgedeckt. In dem vorliegenden Gelbbuch ist die gefälschte Denkschrift im Text, die richtige im Anhang aufgenommen worden.

In seiner Broschüre sagt Ludendorff über die Fälschung folgendes:

„Ich war im März 1913 Regimentskommandeur in Düsseldorf und vollauf mit meinem Regiment beschäftigt. Mir fehlte die Zeit und es war auch nicht mehr meines Amtes, meine Gedanken in Denkschriften niederzulegen. Die in Frankreich veröffentlichte Denk-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

schrift ist, was meine Urheberschaft betrifft, freie Erfindung; auch sonst erscheint sie mir apokryph. Die Gedankengänge sind nicht in deutschem Hirn geboren. Sie entsprechen jedenfalls in keiner Weise der Auffassung des damaligen Chefs des deutschen Generalstabes, Generals v. Moltke. Meines Erachtens handelt es sich um eine grobe Mystifikation, der auch die französische Regierung zum Opfer gefallen ist, da sie der in Frankreich über unser Denken herrschenden Anschauung Rechnung trug.

Von mir ist eine andere Denkschrift verfaßt. Die Erkenntnis, daß uns der Krieg mit unerbittlicher Gewalt aufgezwungen würde, veranlaßte mich im Herbst 1912, als Chef der Aufmarschabteilung des Großen Generalstabes, eine Niederschrift zu verfertigen, in der ich unsere militär-politische Lage und unsere Machtmittel im Vergleich mit den feindlichen eingehend erörterte und zu dem Schluß kam, daß das deutsche Volk erhebliche Opfer bringen müsse, wenn wir der Zukunft ruhigen Herzens entgegensehen wollten. General v. Moltke unterzog die Niederschrift in ihrem ersten Teil einer Durcharbeitung. Der zweite Teil blieb unverändert bestehen."

Eine weitere Unrichtigkeit in diesem Abschnitt ist die von Jules Cambon kolportierte Erzählung über die Unterredung, die Kaiser Wilhelm in Gegenwart des Generalstabschefs v. Moltke in den ersten Novembertagen des Jahres 1913 mit dem König der Belgier gehabt haben soll (Gelbbuch Nr. 6). Jules Cambon hatte am 22. November 1913 an Pichon berichtet, daß sich der König der Belgier mit dem Kaiser und Moltke über das Verhältnis Deutschlands und Frankreichs unterhalten habe, wobei dem Generalstabschef v. Moltke die Worte in den Mund gelegt wurden: „Denn diesmal muß ein Ende gemacht werden und Ew. Majestät (der König der Belgier) kann nicht ahnen, welch' unwiderstehliche Begeisterung an jenem Tage das ganze deutsche Volk mitreißen wird."

Als nach Veröffentlichung des französischen Gelbbuches Ende 1914 der deutschen Regierung dieses Telegramm bekannt wurde, hat der Staatssekretär von Jagow den General v. Moltke zu einer Äußerung aufgefordert. Moltke hat hierauf am 18. Dezember 1914 folgendes mitgeteilt:

„Ich stelle es auf das bestimmteste in Abrede, daß ich gesagt habe, ich halte den Krieg für notwendig und unvermeidlich (that war was necessary and inevitable) und ebenso, daß wir jetzt ein Ende machen müßten (cette fois il faut en finit)".

Vom König der Belgier ist die ihm in den Mund gelegte Wiedergabe dieses Ausspruches in der Unterhaltung mit dem General v. Moltke niemals öffentlich anerkannt worden. Der König hat sich vielmehr im Mai 1914 dem deutschen Militärattaché, Major v. Klüber, mit Bezug auf

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

das erwähnte Gespräch dahin geäußert, daß er die französische Gefahr für die größte halte*.

Gelbbuch Nr. 5, das eine Aufzeichnung des französischen Außenministers über die öffentliche Meinung in Deutschland auf Grund vorliegender Berichte der diplomatischen und konsularischen Vertreter enthält, hinterläßt bei kritischer Betrachtung durchaus den Eindruck, daß das ganze Dokument nachträglich verfaßt worden ist. Die erkennbare Tendenz des Dokumentes, das zwar das Datum vom 30. Juli 1913 trägt, dessen Veröffentlichung aber in die Zeit zu Ende des Jahres 1914 fällt, ist, Frankreich zum Durchhalten im Kriege zu bestimmen und Gegensätze in Deutschland großzuziehen bzw. die vorhandenen zu vertiefen.

Die Vermutung, daß das Dokument erst nachträglich zusammengestellt worden ist, gründet sich besonders auf folgende Sätze. So heißt es: „Es gibt im Lande (d. h. in Deutschland) Kräfte, die für den Frieden sind, aber sie sind nicht organisiert und ohne volkstümliche Führer." Auch der Lieblingsgedanke Frankreichs, Süddeutschland von Norddeutschland zu trennen, findet sich ebenfalls in diesem Dokument eingestreut: „Ein siegreicher Krieg würde einzig Preußen und der Verpreußung zugute kommen." Weiter finden sich in diesem Dokument die Sätze vor: „Man muß ferner beachten, daß diese Anhänger des Friedens in der großen Menge an den Krieg glauben, weil sie keinen anderen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage sehen, und die Bankiers, welche auf das Goldene Zeitalter und die nächste Kriegsentschädigung spekulieren, denken, der Krieg wäre ein gutes Geschäft." Auch die Hoffnung auf die englische Flotte soll wohl niedriger gehängt werden, um dem französischen Heere die Notwendigkeit klarzumachen, daß die Entscheidung nur auf dem Lande fallen kann. So heißt es: „Die englische Flotte flößt einen heilsamen Schrecken ein. Aber man weiß, daß ein Seesieg die Sache nicht entscheiden, sondern, daß zu Land die Rechnung endgültig beglichen werden wird." —

Im II. Abschnitt, der mit „Vorspiel" bezeichnet wird, und den Schriftwechsel vom Tode des Erzherzog Thronfolgers bis zur Überreichung der österreichischen Note an Serbien am 23. Juli 1914 umfaßt, tritt auffallend früh die Tendenz zu Tage, die Forderung Österreichs, die Untersuchung über das Attentat auf serbisches Gebiet auszudehnen, als ungerechtfertigt hinzustellen. Die Absicht Österreichs über die Ausdehnung der Untersuchung auf Serbien meldet Dumaine bereits am 2. Juli, also zu einer Zeit, wo Wiesner noch nicht einmal seine Erhebungen in Sarajewo angestellt hatte. Höchst unwahrscheinlich klingt aber Gelbbuch Nr. 10, wo dem österreichischen Botschaftsrat in Petersburg, Graf Czernin, eine entsprechende Warnung Sasonows erteilt wird. Besonders eigenartig

* Vgl. Weißbuch des Parl. Untersuchungsausschusses „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges" Heft 2: „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen". Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt A.-G., Berlin, 1921, S. 95.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wirkt der pathetische Zusatz Paléologues am Ende dieser Depesche: „Möge diese Warnung nicht vergeblich sein."

Sehr verdächtig ist auch der in Gelbbuch Nr. 14 zusammengestellte Bericht des mit einer bewundernswerten Prophetengabe ausgestatteten französischen Konsulatskanzlers über den Inhalt der österreichischen Note an Serbien. Dem Redakteur des Gelbbuches ist dabei leider das Mißgeschick unterlaufen, daß er die vom 20. Juli datierte Meldung des Konsulatskanzlers bereits am 19. Juli an Viviani abgehen läßt.

Eine falsche Nachricht ist die in Gelbbuch 15 wiedergegebene Mitteilung, wonach bereits am 21. Juli Vorankündigungen der Mobilisation ergangen sein sollten. Das Unzutreffende dieser Meldung ist in meinem Aufsatz „Ein Irrtum der Entente-Kommission" in „Die Kriegsschuldfrage", Septemberheft 1923 dargelegt worden. Der Aufsatz ist im Anhang wiedergegeben.

In dem Abschnitt III, der den Schriftwechsel von der Übergabe der österreichischen Note bis zum Eintreffen der serbischen Antwort am 25. Juli umfaßt sowie im Abschnitt IV, der vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen bis zur Kriegserklärung Österreichs an Serbien reicht, fehlen mehrere Telegramme, die uns aus anderen Veröffentlichungen, besonders aus dem Senatsbericht und aus Poincarés „Les Origines de la Guerre" inzwischen bekannt geworden sind.

Im V. Abschnitt, der den Schriftwechsel vom 28. Juli, dem Tage der österreichischen Kriegserklärung an Serbien bis zur Überreichung des Ultimatums von Deutschland an Rußland am 31. Juli umfaßt, erreichen die Fälschungen ihren Höhepunkt. Man begnügte sich bei Abfassung dieses Abschnittes nicht damit, einige Dokumente zu verändern oder zu kürzen, sondern erfand dreist ganz neue Depeschen von beträchtlicher Länge. Um diese Fälschungen mit voller Deutlichkeit hervortreten zu lassen, sind die gefälschten Dokumente im vollen Wortlaut in den Fußnoten mit aufgenommen.

Abschnitt VI, der die Kriegserklärungen behandelt, und die Zeit vom 1. bis 3. August umfaßt, beginnt mit Gelbbuch Nr. 120, dessen Wortlaut von Mathias Morhardt in seinem Buch „Les Preuves" angezweifelt wird. Im übrigen fehlt der Briefwechsel zwischen Poincaré und dem König von England, der durch Poincarés Buch „Les Origines de la Guerre" später bekannt geworden ist.

Im Abschnitt VII, der als einziger keine Fälschungen oder falsche Angaben aufweist, wird die Erklärung Cambons, Benckendorffs und Greys veröffentlicht daß keine ihrer Regierungen ohne vorheriges Einvernehmen mit jedem der anderen Verbündeten Friedensbedingungen stellen darf. Vollständig ist das in diesem Abschnitt wiedergegebene eine Dokument aber anscheinend auch nicht, da durch die russische Veröffentlichung „Das Verhör Koltschaks" kürzlich bekannt geworden ist, daß eine geheime Zusatzklausel bestanden hat, wonach der Abschluß eines

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Separatfriedens für Frankreich bei der Besetzung von Paris, für England bei der Landung deutscher Truppen auf englischem Boden und für Rußland beim Eintreten einer Revolution zulässig war.

Das hier vorliegende neue Gelbbuch verfolgt einen doppelten Zweck. Es will den französischen diplomatischen Schriftwechsel zum Kriegsausbruch, soweit dies heutigentags möglich ist, jedem zugänglich machen, der sich mit der Kriegsschuldfrage beschäftigt, und verhüten, daß auf Grund gefälschter Dokumente, deren richtiger Text inzwischen bekannt geworden ist, falsche Schlüsse gezogen werden.

Eine weitere Aufgabe des Gelbbuches liegt darin, durch die vorliegende Veröffentlichung dem französischen Volk die Augen zu öffnen, und ihm zu beweisen, wie es hinter das Licht geführt worden ist und für wie unmündig es bis heutigentags von seinen eigenen Führern dadurch gehalten wird, daß ihm noch immer die Wahrheit über den Eintritt seines Landes in den Krieg vorenthalten wird. Das neue Gelbbuch will ein Ansporn sein, daß im französischen Volk sich immer lauter die Forderung erhebt, die Archive, die die Geheimnisse des Kriegsausbruchs enthalten, zu öffnen, und der französischen und internationalen Wissenschaft die Möglichkeit zu geben, sich ein auf unverfälschten Dokumenten gegründetes Urteil über die Kriegsschuldfrage zu bilden. Da infolge der vielen nachgewiesenen Fälschungen das Vertrauen zu der Echtheit der im französischen Gelbbuch von 1914 enthaltenen Dokumente aufs stärkste erschüttert ist, ist es ein dringendes Erfordernis, daß einmal die Originale der bisher veröffentlichten Dokumente einer wissenschaftlichen Kritik zugänglich gemacht werden. Geschieht dies nicht, so wird der Historiker niemals mit dem französischen Gelbbuch als einer vollwertigen Geschichtsquelle arbeiten können. Nachdem die deutsche, österreichische, russische und englische Regierung jetzt ihre Archive über den Kriegsausbruch geöffnet haben, kann die französische Regierung in dieser Beziehung nicht zurückbleiben, wenn sie nicht das Odium auf sich laden will, daß sich hinter den verschlossenen Türen der französischen Archive Dokumente befinden, die die französische Regierung von 1914 in einer Weise kompromittieren würden, die für das französische Volk noch heutigentags unerträglich wäre.

Die vielen nachgewiesenen Fälschungen und unrichtigen Angaben des französischen Gelbbuchs führen auch zu der Frage, ob Dokumente wie z. B. der Bericht Ludendorffs, das Telegramm Vivianis vom 30. Juli 1914 an den französischen Botschafter in London (Gelbbuch Nr. 101) oder die erfundene Meldung Paléologues über die russische Mobilmachung vom 31. Juli 1914 in dieser gefälschten Abfassung an andere Regierungen, insbesondere an England, weitergegeben worden sind. Vielleicht wird die dicht vor dem Abschluß stehende Veröffentlichung des englischen Außenministeriums über den diplomatischen Schriftwechsel zwischen dem 28. Juni und dem Ausbruch des Weltkrieges auch diese Frage einer Klärung näherbringen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wenn mit Locarno wirklich ein neuer Geist unter den westeuropäischen Nationen eingezogen sein soll, wird es höchste Zeit, durch Öffnen der französischen Archive den guten Willen in die Tat umzusetzen. Jede Verständigung zwischen den europäischen Völkern, die nicht auf der einzig möglichen Grundlage der Wahrheit beruht, welche die erste Vorbedingung für die Gerechtigkeit ist, muß über kurz oder lang in sich zusammenbrechen.

Berlin, Mai 1926

Alfred von Wegerer

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Inhaltsverzeichnis*)

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
			I. Abschnitt **Vorzeichen** (1913)	
1	Hr. Jules Cambon .	1913 Berlin, 17. März	Übersendung von Berichten des Militärattachés und des Marineattachés in Berlin über die neue Wehrvorlage. Anstrengungen der deutschen Regierung, dieses Gesetz als Antwort auf den französischen Gesetzentwurf zur Einführung der dreijährigen Dienstzeit darzustellen und die Massen zu einer kriegerischen Stimmung aufzureizen.	1
			Beilage I. Bericht des Oberstleutnants Serret. Die deutschen Rüstungen sind dazu bestimmt, Frankreich endgültig in eine minderwertige Lage zu versetzen. Zorn in den amtlichen Kreisen über die französischen Vorsichtsmaßnahmen	3
			Beilage II. Bericht des Hrn. de Faramond. Der Militärgesetzentwurf verfolgt den Zweck, eine niederschmetternde Offensive gegen Frankreich zu erleichtern. Deutschlands Vertrauen in die Überlegenheit seines Heeres. Geplante Finanzmaßnahmen zur Deckung der Militärauslagen	5
2	Hr. Etienne	Paris, 2. April	Übermittlung eines amtlichen und vertraulichen deutschen Berichtes über die Heeresverstärkung	10
			Beilage. Wortlaut dieses Berichtes. Rückblick auf die infolge der Algeciras-Konferenz, des Agadirhandels und des	

*) Die im Gelbbuch von 1914 nicht oder unvollständig enthaltenen Dokumente sind in diesem Inhaltsverzeichnis durch roten Druck hervorgehoben. Bei den im Gelbbuch 1914 gefälschten Dokumenten ist noch ein Stern hinzugefügt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
			Balkankrieges hervorgerufenen aufeinanderfolgenden Kriegsrüstungen. Notwendigkeit, einen neuen Anlauf zu nehmen, die öffentliche Meinung an den Kriegsgedanken zu gewöhnen, in den französischen und englischen Kolonien Unruhen anzustiften und den Einfall in Belgien und Holland vorzusehen ..	10
3	Hr. Jules Cambon.	Berlin, 6. Mai	Ende der Balkanwirren. Sie hätten in Deutschland bald einen Angriffskrieg gegen Frankreich herbeigeführt und haben Mobilisationsvorbereitungen zur Folge gehabt	13
4	Hr. Allizé.....	München, 10. Juli	Die bayerische Meinung nimmt die neuen Rüstungen nur an, weil sie bestimmt sind, einen Krieg heraufzubeschwören, in welchem sie sich gewöhnt, die einzig mögliche Lösung der innern Schwierigkeiten zu erblicken..	15
5	Note an den Minister des Äußern ..	Paris, 30. Juli	In Deutschland vorherrschende Gesinnung: Sehnsucht nach einer Vergeltung für Agadir, Furcht vor Auferstehung eines starken Frankreich. Ohnmacht der Friedenspartei. Bildung, Zusammensetzung und wachsende Ausdehnung einer Kriegspartei, die in ihren Anmaßungen durch die vermeintliche Schwäche des Dreiverbandes ermutigt wird	16
6	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 22. November	Unterhaltung des Königs der Belgier mit dem Kaiser, der aufgehört hat, friedliebend zu sein; er gibt der kriegerischen Strömung, die sich um den Kronprinzen gebildet hat, nach und macht sich mit dem Gedanken an einen bevorstehenden Konflikt mit Frankreich vertraut	23

II. Abschnitt

Vorbesprechungen

Vom Tode des Erzherzog-Thronfolgers (28. Juni 1914)
bis zur Überreichung der österreichischen Note an Serbien (23. Juli 1914)

7	Hr. Dumaine.....	1914 Wien, 28. Juni	Nachricht von der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Serajewo.	25

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
7a	Hr. Blondel	Bukarest, 29. Juni	Die Bukarester Presse beschäftigt sich mit der Haltung der österreichischen Regierung gegenüber der slawischen Bevölkerung. Der serbische Gesandte befürchtet, daß Österreich Serbien für das Verbrechen verantwortlich machen wird	25
8	Hr. Dumaine.....	Wien, 2. Juli	Ausbeutung dieses Ereignisses durch die österreichische Militärpartei	26
9	Hr. de Manneville	Berlin, 4. Juli	Vorgebliches Vertrauen Deutschlands in eine friedliche Beilegung der österreichisch-serbischen Streitfrage	26
10	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 6. Juli	Hr. Sasonow hat den österreichischen Botschafter benachrichtigt, Rußland könnte nicht dulden, daß die Ermordung des Erzherzogs als Vorwand zu einer Aktion auf serbischem Gebiete benutzt werde	27
10a	Hr. Paul Cambon .	London, 8. Juli	Sir Edward Grey sagt, daß die Situation ihm keinen Anlaß zur Beunruhigung gebe	27
10b	Hr. Dumaine.....	Wien, 8. Juli	Der russische Botschafter glaubt, daß die österreichische Regierung dem Druck der Militärpartei nicht nachgeben werde.....	28
10c	Hr. René Viviani .	Paris, 9. Juli	Die Situation in Wien bietet keinen Anlaß zur Beunruhigung	28
10d	Hr. Thiebault	Stockholm, 10. Juli	Der Präsident der Republik möge bei seinem Aufenthalt in Petersburg für eine Entspannung zwischen Rußland und Schweden eintreten	29
11	Hr. d'Apchier	Budapest, 11. Juli	Verordnete amtliche Vertrauensseligkeit im Widerspruch zu ernsthaften Kriegsvorbereitungen in Ungarn	29
12	Hr. Dumaine.....	Wien, 15. Juli	Die halbamtlichen ungarischen Zeitungen reden dem gründlichen Kriege gegen das Großserbentum das Wort, da ihnen Rußland und Frankreich außerstande scheinen, einzuschreiten.	30
13	Hr. Dumaine.....	Wien, 19. Juli	Übermittlung eines Konsularberichtes	31
14	Konsularbericht aus Wien	Wien, 19. Juli	Die österreichischen politischen Kreise scheinen zu einem Angriffskriege gegen Serbien entschlossen zu sein, und in Heereskreisen rechnet man mit der Möglichkeit eines europäischen Konfliktes	32

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
15	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 21. Juli	Die deutsche Regierung, die bereits „vorläufige Mobilisationsbefehle" erlassen hat, erklärt ausdrücklich, daß sie den Wortlaut der von Österreich an Serbien zu richtenden Note nicht kenne	33
15a	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 21. Juli	Der König von Italien wird im September nach Deutschland reisen	34
16	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 21. Juli	Deutschland wird Österreichs Schritte kräftig unterstützen, ohne eine Vermittlerrolle zu spielen suchen	34
17	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 22. Juli	Die französische Regierung beauftragt ihren Botschafter, in Wien in freundschaftlicher Weise Mäßigungsvorschläge zu machen	35
18	Hr. Dumaine.....	Wien, 22. Juli	Versöhnliche Stimmung Rußlands und Serbiens. Den ausländischen Diplomaten werden zuversichtliche Angaben gemacht. Heftige Äußerungen des deutschen Botschafters	35
19	Hr. Paul Cambon ..	London, 22. Juli	Ernste Besorgnisse Sir Edward Greys infolge einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter. Dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegebene Ratschläge zur Vorsicht und Mäßigung	36
20	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 23. Juli	Bevorstehende Überreichung der österreichischen Note an Serbien. Widersprechende Eindrücke der Diplomaten über ihren Inhalt und ihre Tragweite. In Wien erteilte beruhigende Versicherungen	38
21	Hr. Allizé.....	München, 23. Juli	Pessimismus der bayrischen amtlichen Kreise und besonders des Ministerpräsidenten, der von der österreichischen Note an Serbien Kenntnis erhalten hat	38

III. Abschnitt

Die österreichische Note und die serbische Antwort
(von Freitag, 24. Juli, bis Sonnabend, 25. Juli).

22	Hr. René Viviani ..	Reval, 24. Juli	Im Einverständnis mit Hrn. Sasonow ersucht Herr Viviani den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Bienvenu-Martin, Weisungen zu erteilen, daß von Paris und London aus	

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
			dem Grafen Berchtold Mäßigung empfohlen werde. Die am Vorabend erfolgte Überreichung der österreichischen Note war nämlich dem Ministerpräsidenten noch nicht bekannt.....	42
23	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 24. Juli	Übermittlung dahingehender Weisungen nach Wien, wo sie erst nach Überreichung der Note in Belgrad eintreffen	43
24	Österreichische Note	Wien, 24. Juli	Wortlaut der österreichischen Note an Serbien, am Vormittag des 24. Juli vom Grafen Szécsen Hrn. Bienvenu-Martin überreicht	44
25	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 24. Juli	Darlegung dieser Note. Der Graf Szécsen ist bei ihrer Überreichung darauf aufmerksam gemacht worden, welch peinlichen Eindruck besonders unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ausdehnung der österreichischen Forderungen, sowie die Kürze der Serbien für die Antwort gegebenen Frist zweifellos hervorrufen werde...	49
26	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 24. Juli	Von der französischen Regierung der serbischen Regierung erteilter Rat, die österreichischen Forderungen, soweit sie nur irgendwie annehmbar seien, anzunehmen und vorzuschlagen, die Frage der Schiedssprechung Europas zu unterbreiten	51
27	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 24. Juli	Benachrichtigung unserer Botschafter über die kriegerischen Bestrebungen der österreichischen Militärpartei, über die Schwierigkeit für Serbien, die österreichischen Forderungen in ihrer Gesamtheit anzunehmen, und über den bedrohlichen Ton der deutschen Zeitungen	52
28	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 24. Juli	Schritt des Freiherrn von Schoen am Quai d'Orsay, um im Namen seiner Regierung das Vorgehen Österreich-Ungarns zu unterstützen, dessen Note gutzuheißen und die „unberechenbaren Folgen" hervorzuheben, die die Einmischung einer dritten Macht in den österreichisch-serbischen Konflikt durch das Spiel der Bündnisse nach sich ziehen würde.....	52

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
29	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 24. Juli	Österreichisch-freundliche und chauvinistische Kundgebungen in Berlin. Pessimismus der diplomatischen Kreise	55
30	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 24. Juli	Hr. von Jagow erklärt, die österreichische Note zu billigen, bestreitet aber ausdrücklich, den Inhalt vorher gekannt zu haben. Er hofft, Serbien werde von seinen Freunden den Rat zum Nachgeben erhalten. Die amtliche Presse steht ebenfalls einmütig für Österreich ein	55
31	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 24. Juli	Friedliche Gesinnung der russischen Regierung, trotz der durch die Überreichung der österreichischen Note im Volke hervorgerufenen tiefen Erregung	57
32	Hr. Paul Cambon..	London, 24. Juli	Sir E. Grey legt Herrn Paul Cambon seinen Vermittlungsplan zu vieren auseinander. Pessimismus des Grafen Benckendorf mit Bezug auf die Gesinnung Deutschlands	58
33	Hr. Paul Cambon .	London, 24. Juli	Eine halbamtliche Vermittlung Deutschlands in Wien scheint Herrn Paul Cambon das beste Mittel, den Konflikt zu verhindern	58
34	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 24. Juli	Sir E. Grey will Deutschland vorschlagen, gemeinschaftlich in Wien und Petersburg vorzugehen, um den österreichisch-serbischen Konflikt den an der Frage nicht unmittelbar beteiligten Mächten zur Vermittlung zu unterbreiten. Rat zur Vorsicht an den serbischen Gesandten in Paris.....	59
35	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 25. Juli	Der belgische Gesandte in Berlin erblickt in den ausgebrochenen Wirren die Ausführung vorgefaßter Kriegspläne Deutschlands	59
36	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 25. Juli	Zusammenfassung der Lage. In Paris erscheint Herr von Schoen am Quai d'Orsay, um den drohenden Sinn seines gestrigen Schrittes in Abrede zu stellen. In London erklärt der österreichische Botschafter, die österreichische Note habe nicht den Charakter eines Ultimatums. Sir E. Grey läßt in Belgrad zur Vorsicht mahnen und unterbreitet dem deutschen Botschafter seine Vermittlungsvorschläge zu vieren	60

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
37	Hr. de Fleuriau ...	London, 25. Juli	Da die deutsche Regierung sich weigert, zwischen Wien und Belgrad zu vermitteln, macht Sir E. Grey den Fürsten Lichnowsky darauf aufmerksam, daß diese Haltung dazu beitragen werde, einen allgemeinen Konflikt herbeizuführen, in welchem England nicht untätig bleiben könnte	61
38	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 25. Juli	Vermittlungsversuche des Hrn. Sasonow: er sucht in Wien um eine Verlängerung der Serbien für seine Antwort gegebenen Frist nach	62
39	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 25. Juli	Die französische Regierung unterstützt dieses Fristverlängerungsgesuch.....	62
40	Hr. de Fleuriau ...	London, 25. Juli	Die englische Regierung schließt sich diesem Schritte ebenfalls an	63
41	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 25. Juli	Herr von Jagow erklärt von neuem ausdrücklich, von der österreichischen Note vor ihrer Überreichung keine Kenntnis gehabt zu haben. Er antwortet ausweichend auf die Anfrage des britischen Geschäftsträgers über eine Vermittlung in Wien, um einem Konflikte vorzubeugen und eine Fristverlängerung des Ultimatums zu erwirken	63
42	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 25. Juli	Der russische Geschäftsträger unterbreitet auch seinerseits in Berlin das nämliche Gesuch. Er dringt auf eine baldige Antwort, die Hr. von Jagow hinauszuschieben sucht	64
43	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 25. Juli	Auf einen neuen dringenden Schritt des russischen Geschäftsträgers erklärt Herr von Jagow, daß er die österreichisch-serbische Streitfrage als rein örtliche Angelegenheit betrachte, die auf Österreich und Serbien beschränkt werden müsse und die nach seiner Ansicht nicht geeignet ist, internationale Schwierigkeiten heraufzubeschwören.	64
44	Hr. Barrère	Rom, 25. Juli	Der russische Botschafter in Rom ersucht die italienische Regierung, für eine Verlängerung der im Ultimatum gegebenen Frist einzutreten	65

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
45	Hr. Dumaine.....	Wien, 25. Juli	Die österreichische Regierung weicht dem ihr vom russischen Geschäftsträger in Wien gestellten Gesuche um Fristverlängerung geschickt aus	66
46	Hr. Boppe	Belgrad, 25. Juli	Zusammenfassung der serbischen Antwort auf die österreichische Note	66
47	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 25. Juli	Die Nachricht von der Abreise des österreichischen Gesandten von Belgrad ruft in Berlin chauvinistische Kundgebungen hervor. In Finanzkreisen glaubt man an den Krieg....	67
48	Hr. Dumaine.....	Wien, 25. Juli	Der französische Botschafter in Wien erhält infolge verspäteter Zustellung des aus Paris an ihn gerichteten Telegrammes seine Weisungen nicht früh genug, um sich in nützlicher Zeit dem Schritte seines russischen Kollegen anzuschließen	68
49	Serbische Note ...	Belgrad, 25. Juli	Wortlaut der serbischen Antwort auf die österreichische Note	68

IV. Abschnitt

Von der Abbrechung der diplomatischen Beziehungen (25. Juli 1914) bis zur Kriegserklärung (28. Juli 1914) Österreichs an Serbien.

50	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 26. Juli	Zusammenfassung der Lage am Abend des 25. Juli, so, wie sie sich aus der unversöhnlichen Haltung Österreich-Ungarns ergibt. Eindrücke in den verschiedenen Hauptstädten und Versuche, die Verschlimmerung des Konfliktes zu verhindern, die sich aus den von Österreich-Ungarn gegen Serbien ergriffenen militärischen Maßnahmen ergeben würde. Sir E. Grey hofft noch, einem Konflikte durch die Vermittlung der vier nicht beteiligten Mächte zuvorzukommen	73
51	Hr. Barrère.	Rom, 26. Juli	Italien wird sich den Bemühungen zur Erhaltung des Friedens anschließen, will sich aber außerhalb des Konfliktes halten, wenn er ausbricht	75
52	Hr. Barrère	Rom, 26. Juli	Rußland bewahrt die Hoffnung auf eine friedliche Lösung; die italienische öffentliche Meinung ist Österreich feindlich gesinnt	76

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
53	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 26. Juli	Die französische Regierung unterstützt das Vermittlungsgesuch, das Serbien auf den Rat Rußlands an die britische Regierung richtet	76
54	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 26. Juli	Hr. Sasonow, der immer von demselben versöhnlichen Geist beseelt ist, schlägt eine unmittelbare Unterredung zwischen Wien und Petersburg vor über die am Ultimatum vorzunehmenden Änderungen, um es annehmbar zu gestalten	76
55	Hr. Dumaine.....	Wien, 26. Juli	Der nach Wien zurückgekehrte russische Botschafter nimmt sich vor, dort einen neuen Vorschlag zu einer Übereinkunft zu unterbreiten	77
56	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 26. Juli	Schritt des Hrn. von Schoen am Quai d'Orsay, um Frankreich zu bewegen, mit Deutschland nur in Petersburg vorstellig zu werden, um zum Frieden zu raten. Seine Weigerung — in Ermangelung von Weisungen — auf das Gesuch um Vermittlung zu vieren in Petersburg und Wien zu antworten..	78
57	Note für den Minister	Paris, 26. Juli	Neuer Besuch des deutschen Botschafters, um den friedlichen Sinn seines früheren Schrittes zu bestätigen und zu bekräftigen. Er weigert sich, sich über die Zweckmäßigkeit von in Wien zu erteilenden Mäßigungsratschlägen zu äußern, und beharrt in dem Bestreben, Frankreich auf den Weg eines bloß in Petersburg zu unternehmenden gemeinsamen Schrittes „friedliebender Solidarität" zu drängen, von dem seiner Meinung nach der Frieden abhängig sei	79
58	Hr. Chevalley	Christiania, 26. Juli	Befehl an die deutsche Flotte bei Norwegen, nach Deutschland zurückzukehren	81
59	Hr. d'Annoville ...	Luxemburg, 26. Juli	Erste Mobilmachungsvorbereitungen in Diedenhofen	82
59a	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 26. Juli	Russische Kriegsvorbereitungsmaßnahmen	82

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
60	Hr. Farges	Basel, 27. Juli	Erste Mobilmachungsvorbereitungen im Großherzogtum Baden	83
61	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 27. Juli	Zusammenfassung der drei aufeinanderfolgenden Schritte des Herrn von Schoen. Die Lage verschlimmert sich, da sich Österreich weigert, sich mit den Zugeständnissen Serbiens zu begnügen und darüber mit den Mächten in Unterhandlung zu treten. — Neuer Vorschlag Englands, in Paris, Berlin, Rom und London nach neuen Mitteln zu suchen, um einen Konflikt zu vermeiden, während Rußland und Österreich, die beiden unmittelbar beteiligten Mächte, zurückstehen würden...	83
62	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 27. Juli	Neuer Schritt des Hrn. von Schoen am Quai d'Orsay, in dem sichtlichen Bestreben, Frankreich Rußland gegenüber bloßzustellen und gleichzeitig Zeit zu gewinnen, um ein kriegerisches Vorgehen gegen Serbien zu erleichtern, für dessen Aufschub Deutschland nichts unternimmt	85
63	Hr. de Fleuriau ...	London, 27. Juli	Der deutsche und der österreichische Botschafter lassen vernehmen, daß sie der englischen Neutralität sicher seien, und zwar trotz der Äußerungen des Sir N. Nicolson gegenüber dem Fürsten Lichnowsky	86
64	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 27. Juli	Versöhnliche Stimmung des Herrn Sasonow	87
65	Hr. Bompard	Konstantinopel, 27. Juli	In Konstantinopel hält man dafür, der österreichisch-serbische Konflikt werde örtlich beschränkt bleiben und Rußland werde nicht zu Gunsten Serbiens einschreiten	87
66	Hr. de Fleuriau ...	London, 27. Juli	Großbritannien stellt die Demobilisierung seiner Flotte ein und teilt Deutschland mit, ein Einmarsch Österreichs in Serbien würde die Gefahr in sich bergen, einen europäischen Krieg zu entfesseln	88

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
67	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 27. Juli	Herr von Jagow gibt unbestimmte Friedenszusicherungen und erklärt in Antwort auf eine Frage, Deutschland würde nicht mobilisieren, wenn Rußland nur an der österreichischen Grenze mobilisierte. Der Staatssekretär hegt große Befürchtungen	88
68	Hr. de Fleuriau ...	London, 27. Juli	Sir E. Grey schlägt vor, der französische, der deutsche und der italienische Botschafter in London möchten mit ihm Mittel erwägen, um die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.....	89
69	Hr. de Fleuriau ...	London, 27. Juli	Serbien hat die englische Vermittlung nicht nachgesucht; man muß sich also an den Vorschlag der von England angeregten Vermittlung zu vieren halten	89
70	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 27. Juli	Die französische Regierung nimmt den englischen Vorschlag an, dem jedoch ein aufrichtiges, zur Mäßigung mahnendes Vorgehen Deutschlands in Wien einzig zum Erfolg verhelfen könnte..	90
71	Hr. de Fleuriau ...	London, 27. Juli	Die italienische Regierung stimmt der Vermittlung zu vieren ebenfalls zu...	90
72	Hr. Barrère	Rom, 27. Juli	Der Marchese di San Giuliano erklärt, von der österreichischen Note zum Voraus keine Kenntnis gehabt zu haben, und stimmt ohne Zögerung dem Vorschlage Sir E. Greys zu	91
73	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 27. Juli	Hr. von Jagow weist den Gedanken an eine Konferenz der Mächte zurück, indem er gleichzeitig seinen Wunsch nach einer friedlichen Lösung beteuert.	92
74	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 27. Juli	Er entzieht sich dem erneuten dahin zielenden Drängen des Hrn. Cambon. Zweckmäßigkeit, den englischen Vorschlag in anderer Form zu wiederholen, um Deutschland in die Enge zu treiben	92
75	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 27. Juli	Graf Szécsen hat am Quai d'Orsay eine Denkschrift seiner Regierung übergeben, um die Zwangsmaßregeln gegen Serbien zu rechtfertigen, die er als nahe bevorstehend bezeichnet. — Wortlaut dieser Denkschrift	94

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
75 bis	Mitteilung des Preßbureaus	Wien, 28. Juli	Halbamtliche Mitteilung des Wiener Preßbureaus über die als ungenügend dargestellte serbische Antwort.....	106
75a	Hr. A. Ferry	Paris, 27. Juli	Anweisungen für den Fall eines Krieges an den Generalresidenten in Rabat...	107
75b	Hr. de Fleuriau ...	London, 27. Juli	Sir Nicolson sagt, daß England um Serbiens willen nicht die Waffen ergreifen werde	108
75c	Hr. de Fleuriau ...	London, 27. Juli	Man sagt in London, daß Wilhelm II. den Österreichern eine Blankovollmacht gegeben habe	108
76	Hr. René Viviani .	An Bord der „France", 28. Juli	Empfangsbestätigung der von Herrn Bienvenu-Martin erhaltenen Mitteilung und Billigung der von ihm erteilten Antworten, sowohl an Hrn. von Schoen als auch auf den Vorschlag Sir E. Greys	108
77	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 28. Juli	Zusammenfassung der Lage: Weigerung Deutschlands, in Wien vorstellig zu werden, Einwendung, die es dem englischen Vorschlage entgegenstellt. Übergabe der österreichischen Denkschrift. Gefahren der Lage	109
78	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 28. Juli	Besuch des Hrn. von Schoen am Quai d'Orsay. Er beteuert wiederum seine friedliche Gesinnung, entzieht sich aber stets der Prüfung der zweckmäßigen Mittel, die geeignet wären, den Konflikt zu vermeiden	110
79	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 28. Juli	Ermahnung an Hrn. Dumaine, mit seinem britischen Kollegen in Verbindung zu bleiben, um in Wien das Verlangen nach englischer Vermittlung zu stellen	111
80	Hr. Paul Cambon ..	London, 28. Juli	Der deutsche Botschafter in London beharrt, wie Hr. von Schoen in Paris, auf der Nützlichkeit einer mäßigenden Aktion Englands ausschließlich in Petersburg. Andererseits hat Herr Sasonow den englischen Vermittlungsvorschlag angenommen, aber er möchte eine unmittelbare Unterredung mit Wien vorausgehen lassen, von der er gute Erfolge erwartet	111

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
81	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 28. Juli	Hr. von Jagow zeigt sich der von Sir E. Grey vorgeschlagenen Besprechung stets abgeneigt und stützt seine verzögernde Haltung auf die Nachricht von den russischen Bemühungen für eine unmittelbare Verständigung zwischen Wien und Petersburg.....	112
82	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 28. Juli	Hr. Sasonow ist genötigt, festzustellen, daß sich Österreich seinen Vorschlägen für eine unmittelbare Verständigung entzieht	114
83	Hr. Dumaine.....	Wien, 28. Juli	Österreichs Kriegserklärung an Serbien macht alle Vermittlungsversuche nutzlos, wie Graf Berchtold aussagt, der so alle Besprechungen mit Petersburg abbricht	114

V. Abschnitt

Von Österreichs Kriegserklärung an Serbien (28. Juli 1914) bis zu Deutschlands Ultimatum an Rußland (31. Juli 1914).

84	Hr. Barrère.....	Rom, 29. Juli	Die Consulta hält dafür, daß Österreichs Kriegserklärung die Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen für das Zustandekommen einer Konferenz in London nicht hindern solle	115
85	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 29. Juli	Deutschland scheint auf die Hoffnung eines französisch-englischen Drucks auf Rußland allein zu verzichten, fährt aber in seiner Weigerung fort, in Wien vorstellig zu werden. Unter diesen Umständen scheint es notwendig, daß sich Rußland endgültig dem englischen Vermittlungsvorschlage zu vieren anschließe, um ihn auch in Berlin annehmen zu lassen, bevor die österreichischen Kriegsvorkehrungen den Frieden endgültig gefährden	115
86	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 29. Juli	Die russische Regierung stimmt diesem Vorschlage vollständig bei	117
87	Hr. Klobukowski .	Brüssel, 29. Juli	Befürchtungen in Brüssel, hervorgerufen durch das rätselhafte und bedrohliche Verhalten Deutschlands	117

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
88	Hr. Ronssin.....	Frankfurt a. M., 29. Juli	Meldung über bedeutende Truppenbewegungen bei Frankfurt a. M.....	118
89	Hr. Allizé.....	München, 29. Juli	Kriegsvorbereitungen in Süddeutschland	118
90	Hr. Dumaine.....	Wien, 29. Juli	Kriegsvorbereitungen in Böhmen.....	118
91	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 29. Juli	Österreich entzieht sich der unmittelbaren Besprechung, zu der es eingeladen wurde, und beschleunigt seine Rüstungen	119
92	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 29. Juli	Hr. von Jagow hat in seiner zögernden, schwankend friedliebenden Haltung beharrt, indem er die etwaige Verantwortlichkeit für einen Konflikt auf Rußland schiebt und seine Hoffnung auf eine unmittelbare Verständigung zwischen Wien und Petersburg zu setzen vorgibt, an deren Gelingen er angeblich zu arbeiten sucht	119
93	Hr. Dumaine.....	Wien, 29. Juli	Österreich scheint zum Kriege entschlossen zu sein; es wird von Hrn. von Tschirschky, dem deutschen Botschafter, nachdrücklich dazu gedrängt. Die Lage verschlimmert sich	121
94	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 29. Juli	Hr. von Schoen ist gekommen, um zu sagen, Deutschland werde Wien über seine Absichten befragen, was die Grundlage einer Besprechung bilden würde; die kriegerischen Vorkehrungen würden nicht lebhaft betrieben.....	122
95	Hr. Bienvenu-Martin	Paris, 29. Juli	Rußland ist in Anbetracht der beunruhigenden Haltung Deutschlands, sowie der Weigerung des Grafen Berchtold, die Verhandlungen fortzusetzen, und der Kriegsvorbereitungen Österreichs gezwungen, zu einer beschränkten Mobilisation zu schreiten.....	122
96	Hr. Barrère.	Rom, 29. Juli	Hr. di San Giuliano erklärt sich die Haltung Deutschlands und Österreichs durch ihre irrige Überzeugung, Rußland werde Serbien im Stiche lassen.	123

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
97	Hr. René Viviani .	Paris, 29. Juli	Da die unmittelbaren österreichisch-russischen Besprechungen durch Österreichs Kriegserklärung an Serbien unterbrochen worden sind, ersuchen die französische und die englische Regierung Sir E. Grey, seinen Vermittlungsvorschlag zu vieren in Berlin wieder aufzunehmen und in Italien dahin zu wirken, daß es seine ganze Mithilfe leihe	124
98	Hr. Paul Cambon .	London, 29. Juli	Da Deutschland nur dem Grundsatze der Vermittlung zu vieren beistimmen wollte, wird Sir E. Grey zur Vermeidung jeder weiteren verzögernden Antwort der deutschen Regierung die Wahl der Form überlassen, in der ihr diese Vermittlung durchführbar erscheinen wird. Er betrachtet die Lage als sehr ernst	125
99	Hr. Boppe	Belgrad, 29. Juli	Die serbische Regierung hat von Rußland die Zusicherung erhalten, daß es um Serbiens Los nicht unbekümmert sein werde	125
100	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 29. Juli	Der deutsche Botschafter in Petersburg hat dort erklärt, sein Land würde mobilisieren, wenn Rußland seine Kriegsvorbereitungen nicht einstellte.....	126
★ 101	Hr. René Viviani .	Paris, 30. Juli	Von diesem bedrohlichen Schritte unterrichtet, erklärt sich Frankreich zur Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des russischen Bündnisses entschlossen, indem es gleichzeitig fortfährt, auf eine friedliche Lösung hinzuarbeiten, und die russische Regierung ersucht, in demselben Sinne zu handeln	126
★ 102,I	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 30. Juli	Der russische Generalstab hat in der letzten Nacht Maßregeln aufgeschoben, deren Bekanntwerden den deutschen Generalstab hätte alarmieren können.	128
★ 102,II	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 30. Juli	Die russische Regierung beschließt, die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung vorzunehmen	129

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
103	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 30. Juli	Auf einen neuen, weniger bedrohlichen Schritt des deutschen Botschafters hat sich Hr. Sasonow beeilt, einen neuen Vorschlag zu machen, indem er ankündigte, daß Rußland seine Kriegsvorbereitungen einstellen werde, wenn sich Österreich bereit erkläre, aus seinem Ultimatum die Vorbehalte zu entfernen, die geeignet sind, Serbiens Souveränität zu verletzen	129
104	Hr. Dumaine.....	Wien, 30. Juli	Im Verfolge einer sehr herzlichen Unterhaltung zwischen dem russischen Botschafter und dem Grafen Berchtold wird in Petersburg ein neuer Versuch einer unmittelbaren österreichisch-russischen Besprechung zur friedlichen Schlichtung des serbischen Handels unternommen werden	130
105	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 30. Juli	Die deutsche Regierung stellt die Nachricht der Mobilisation in Abrede, trifft aber alle Maßnahmen, sie zu beschleunigen	131
106	Hr. René Viviani .	Paris, 30. Juli	Hr. Paul Cambon wird ersucht, der britischen Regierung alle übereinstimmenden Nachrichten, die die tatsächlichen und bedrohlichen, von Deutschland seit dem 25. Juli getroffenen Kriegsmaßnahmen bezeugen, zur Kenntnis zu bringen. Trotz dieser Tatsache behält Frankreich seine Deckungstruppen ungefähr 10 km von der Grenze.....	132
107	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 30. Juli	Hr. von Jagow erklärt den Vorschlag des Hrn. Sasonow für Österreich als unannehmbar	133
108	Hr. Paul Cambon .	London, 30. Juli	Der deutsche Botschafter hat auf das Verlangen Sir E. Greys, die deutsche Regierung möge selbst eine Formel für eine Vermittlung zu vieren vorschlagen, keine Antwort erteilt. Fürst Lichnowsky hat die englische Regierung über ihre Kriegsvorbereitungen befragt. Die Sir E. Grey übermittelten Nachrichten über Deutschlands Kriegsvorbereitungen haben ihn, wie auch Hrn. Paul Cambon, zu der Überzeugung gebracht, daß der Augenblick gekommen sei, alle Voraussetzungen gemeinschaftlich ins Auge zu fassen....	134

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
109	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 30. Juli	Hr. von Jagow erklärt, er werde, um Zeit zu gewinnen, unmittelbar in Wien vorgehen und nach den österreichischen Bedingungen fragen, indem er so wieder der Anfrage Sir E. Greys ausweicht. Er bringt gegen Rußland Beschuldigungen vor.....	134
109a	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 30. Juli	Die Mobilmachung soll diesen Morgen im Ministerrat beschlossen worden sein	135
109b	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 30. Juli	Staatssekretär von Jagow verzweifelt noch nicht an der Erhaltung des Friedens.....	136
110	Hr. Paul Cambon .	London, 31. Juli	Sir E. Grey benachrichtigt den deutschen Botschafter in London, daß England bei einem allgemeinen Konflikte, in den Frankreich verwickelt würde, nicht neutral bleiben könnte. Andererseits hat er Hrn. Paul Cambon gesagt, die englische Regierung könne uns ihre Intervention nicht verbürgen. Das Handschreiben, das der Herr Präsident der Republik an den König von England gerichtet hat, ist diesem übergeben worden	136
111	Hr. Mollard.....	Luxemburg, 31. Juli	Der luxemburgische Staatsminister meldet die Kriegsvorbereitungen an der deutschen Grenze und erbittet von Frankreich die Verpflichtung, die Neutralität des Großherzogtums Luxemburg zu achten, welche Verpflichtung es von Deutschland nicht erlangen kann	137
112	Hr. René Viviani .	Paris, 31. Juli	Die französische Regierung stellt in Petersburg, um dem Wunsche Englands zu entsprechen, das Gesuch, den Vorschlag des Hrn. Sasonow an Österreich abzuändern, um ihn für diese Macht annehmbar zu gestalten und eine friedliche Lösung des Konfliktes zu ermöglichen	138
113	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 31. Juli	Die russische Regierung nimmt den Vorschlag, ihre Formel abzuändern, an, und zwar trotz der durch die Beschießung von Belgrad hervorgerufenen Aufregung und des beständig herausfordernden Vorgehens Österreich-Ungarns	140

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
114	Hr. René Viviani .	Paris, 31. Juli	Die gleichzeitig von England und Rußland angestrebten Bemühungen für die Erhaltung des Friedens haben sich vereinigt und scheinen der Hoffnung auf eine Verständigung mit Österreich-Ungarn, das sich dazu geneigt zeigt, Raum zu geben. Aber die Haltung Deutschlands erweckt den Eindruck, diese Macht habe von Anfang an nur die Demütigung Rußlands, die Auflösung des Dreiverbandes und, wenn dies nicht erreicht werden könnte, den Krieg angestrebt	140
115	Hr. Dumaine.....	Wien, 31. Juli	Die allgemeine österreichische Mobilisation ist verordnet	141
116	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 31. Juli	Deutschland verordnet seinerseits den „Kriegsgefahrzustand" und verlangt von Rußland, daß es demobilisiere...	142
★117	Hr. René Viviani ..	Paris, 31. Juli	Indem er in Paris das an Rußland gerichtete Ultimatum anmeldet, ersucht Hr. von Schoen die französische Regierung, ihm vor dem morgigen Tage um 1 Uhr nachmittag zu sagen, welches die Haltung Frankreichs im Falle eines russisch-deutschen Zusammenstoßes sein werde	142
★118	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 31. Juli	Die allgemeine russische Mobilmachung ist angeordnet	143
119	Hr. Klobukowski ..	Brüssel, 31. Juli	Die belgische Regierung erhält die amtliche Zusicherung, daß Frankreich die belgische Neutralität achten werde..	144
119a	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 31. Juli	Nur eine englische Intervention wird auf die Berliner Regierung Eindruck machen	144
119b	Hr. Raymond Poincaré	Paris, 31. Juli	Von der Sprache und dem Verhalten der englischen Regierung hängen die letzten Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ab	145
119c	Hr. Blondel	Bukarest, 31. Juli	Rumänien bleibt neutral	146

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
119d	Hr. Paul Cambon ..	London, 31. Juli	Grey ist Anhänger sofortiger Intervention	147
119e	Hr. René Viviani .	Paris, 31. Juli	Die französischen Truppen werden um 10 km von der Grenze zurückgenommen	147
119f	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 31. Juli	Der Kaiser ist bei Einstellung russischer militärischer Vorbereitungen bereit, den Konflikt den Mächten zu unterbreiten.....	147
119g	Hr. Bompard	Thérapia, 31. Juli	Die türkische Regierung zieht Reservisten ein und bereitet Einberufung der asiatischen Korps vor	148

VI. Abschnitt

Deutschlands Kriegserklärung an Rußland (Sonnabend, den 1. August, um 7^{10} abend) und an Frankreich (Montag, den 3. August, um 6^{45} Uhr abend).

120	Hr. René Viviani .	Paris, 1. August	Die österreichischen Botschafter in Paris und Petersburg unternehmen zwei Schritte in versöhnlichem Sinne. Leider gestattet die Haltung Deutschlands kaum mehr, auf eine friedliche Lösung zu hoffen	149
121	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 1. August	Österreich-Ungarn meldet in Petersburg, daß es bereit sei, den Kern seiner Streitfrage mit Serbien zu besprechen; aber Deutschlands Aufforderung an Rußland zur Demobilisation innert zwölf Stunden scheint die letzten Friedenshoffnungen zu zerstören.....	151
122	Hr. René Viviani .	Paris, 1. August	Die französische Regierung erklärt der englischen Regierung, daß sie die belgische Neutralität achten werde	151
123	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 1. August	Die deutsche Regierung weigert sich, eine ähnliche Erklärung abzugeben.	152
124	Hr. Barrère	Rom, 1. August	Hr. di San Giuliano erklärt dem deutschen Botschafter, daß Italien neutral bleiben werde	152

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
125	Hr. René Viviani ..	Paris, 1. August	Nachdem Hr. von Schoen von dem versöhnlichen Geiste Österreichs und von der Annahme der englischen Formel durch Rußland unterrichtet worden ist, spricht er nicht mehr von seiner Abreise und beteuert seine friedliche Gesinnung, indem er gleichzeitig erklärt, von seiner Regierung keine neuen Erklärungen erhalten zu haben.....	153
126	Hr. Paul Cambon ..	London, 1. August	Sir E. Grey erklärt, England habe sich geweigert, das von Deutschland verlangte Versprechen abzugeben, neutral zu bleiben. An der Achtung der belgischen Neutralität ist England viel gelegen, und Deutschland hat auf die gestellte Frage nicht geantwortet.....	154
127	Hr. René Viviani ..	Paris, 1. August	Die französische Mobilisation ist als Antwort auf die deutschen Vorbereitungen verordnet worden	155
128	Hr. Mollard	Luxemburg, 1. August	Der luxemburgische Staatsminister verlangt von Frankreich eine ähnliche Neutralitätszusicherung, wie sie Belgien erhalten hat	157
129	Hr. René Viviani .	Paris, 1. August	Diese Zusicherung wird von der französischen Regierung erteilt.....	157
130	Hr. Jules Cambon .	Berlin, 1. August	Die allgemeine Mobilisation ist in Berlin verordnet	157
130a	König von England	London, 1. August	Hofft, daß die schrecklichen Ereignisse noch abgewendet werden können ...	158
131	Hr. Eyschen	Luxemburg, 2. August	Verletzung der luxemburgischen Neutralität durch deutsche Truppen. Einspruch des Staatsministers	158
132	Hr. Mollard	Luxemburg, 2. August	Von der deutschen Regierung abgegebene Erklärung, wodurch behauptet wird, die in Luxemburg getroffenen Maßnahmen seien nur vorbeugender Natur und keineswegs gegen Luxemburg gerichtet	159
133	Note des Hrn. von Schoen	Paris, 2. August	Dieselbe Erklärung mit Bezug auf den Einmarsch der deutschen Truppen in das Großherzogtum Luxemburg	159

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
134	Hr. Paléologue	St.Petersburg, 2. August	Deutschland hat Rußland soeben den Krieg erklärt	160
135	Hr. René Viviani .	Paris, 2. August	Mitteilung dieser Nachricht an die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande	160
136	Hr. René Viviani ..	Paris, 2. August	Die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande werden eingeladen, diese Lage den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, zur Kenntnis zu bringen	160
137	Hr. Paul Cambon .	London, 2. August	Sir E. Grey hat die Versicherung abgegeben, daß die britische Flotte die französischen Küsten gegen jeden deutschen Angriff zur See verteidigen werde. Die Verletzung der belgischen Neutralität würde als *casus belli* betrachtet	161
138	Hr. René Viviani ..	Paris, 2. August	Der Ministerpräsident teilt den französischen Kammern die Erklärungen Sir E. Greys mit Bezug auf die Mitwirkung der britischen Flotte mit...	162
139	Hr. René Viviani ..	Paris, 2. August	Nach Berlin gerichtete Verwahrung gegen die Verletzung der französischen Grenzen	162
140	Hr. Pellet	Im Haag, 3. August	Der deutsche Gesandte im Haag meldet der niederländischen Regierung den Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg und in Belgien als Vorbeugungsmaßnahmen	163
141	Hr. Klobukowski .	Brüssel, 3. August	Die belgische Regierung weist die an sie gerichtete Aufforderung, den deutschen Truppen freien Durchmarsch durch Belgien zu gewähren, zurück.....	163
142	Hr. Klobukowski .	Brüssel, 3. August	Belgien hält den Augenblick noch nicht für gekommen, die Garantie der Mächte zur Verteidigung seines Gebietes anzurufen	164
143	Hr. Paul Cambon ..	London, 3. August	Die Erklärung über die Intervention der englischen Flotte bindet die britische Regierung	164

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
144	Hr. Paul Cambon ..	London, 3. August	Fruchtloser Schritt des deutschen Botschafters in London bei Sir E. Grey, um die Zusicherung zu erlangen, daß Englands Neutralität nicht von der Achtung der belgischen Neutralität abhängig gemacht werde	165
145	Hr. Paul Cambon ..	London, 3. August	Sir E. Grey gibt im Unterhause die Erklärung über die Intervention der englischen Flotte ab und verliest ein Schreiben des Königs Albert, worin er Englands Hilfe nachsucht	165
146	Hr. René Viviani ..	Paris, 3. August	Die französische Regierung läßt in London die Nachricht widerrufen, laut der die deutsche Grenze durch französische Offiziere verletzt worden wäre.....	166
147	Hr. von Schoen ...	Paris, 3. August	Kriegserklärung, vom deutschen Botschafter in Paris dem Ministerpräsidenten zugestellt.....	166
148	Hr. René Viviani ..	Paris, 3. August	Mitteilung dieser Nachricht an die französischen diplomatischen Vertreter im Auslande	167
149	Hr. René Viviani ..	Paris, 3. August	Weisungen an Hrn. Jules Cambon in Berlin, seine Pässe zu verlangen....	168
150	Hr. René Viviani ..	Paris, 3. August	Der französische Gesandte in München erhält Weisung, seine Pässe zu verlangen	168
151	Hr. René Viviani ..	Paris, 3. August	Verletzung des belgischen Staatsgebietes durch deutsche Truppen	168
152	Hr. Klobukowski .	Brüssel, 4. August	Der von Belgien an England, Frankreich und Rußland gerichtete Appell.	169
153	Hr. Paul Cambon ..	London, 4. August	Die deutsche Regierung wird von der englischen Regierung eingeladen werden, vor Mitternacht ihr Ultimatum an Belgien zurückzuziehen	169
154	Hr. Klobukowski .	Belgien, 4. August	Die deutsche Regierung erklärt in Brüssel, daß sie sich gezwungen sehe, in belgisches Gebiet einzumarschieren.	169
154a	Hr. Raymond Poincaré	Paris, 4. August	Das Einvernehmen zwischen den Generalstäben und der Marine Englands und Frankreichs ist ein vollständiges. Die französische Regierung macht den Vorschlag, jetzt englische Truppen in Belgien zu landen	170

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr.	Name des Absenders	Ort und Datum	Inhalt	Seite
155	Hr. Bapst	Kopenhagen, 6. August	Übermittlung eines Berichtes, in dem Hr. Jules Cambon der Regierung Aufschluß gibt über den Verlauf seiner Rückreise und über die Plackereien, denen er ausgesetzt war	170
156	Hr. Mollard	Paris, 4. August	Bericht des Hrn. Mollard an die Regierung über seine Abreise von Luxemburg, die von den deutschen Militärbehörden verlangt worden war	176
157	Hr. René Viviani .. (Rundschreiben an die Mächte)	Paris, 4. August	Wortlaut der Mitteilung an die Mächte über den zwischen Frankreich und Deutschland bestehenden Kriegszustand	179
158	Hr. Raymond Poincaré, Präsident der Republik (Denkschrift an das Parlament)	Paris, 4. August	Denkschrift des Präsidenten der Republik, verlesen in der Sitzung des Parlaments vom 4. August 1914	180
159	Hr. René Viviani, Minister-Präsident (Rede in der Deputierten-Kammer)	Paris, 4. August	Wortlaut der vom Ministerpräsidenten in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 4. August 1914 gehaltenen Rede	182

VII. Abschnitt

Erklärung des Dreiverbandes

160	Hr. Delcassé	Paris, 4. September	Erklärung Englands, Rußlands und Frankreichs über ihre gegenseitige Verpflichtung, keinen Sonderfrieden zu schließen und keine Friedensbedingungen ohne vorherige Vereinbarung mit jedem der anderen Verbündeten aufzustellen	193

Anhang

* Die echte Denkschrift des General Ludendorff vom Dezember 1912 195

Ein Irrtum der Entente-Kommission. Von Alfred von Wegerer 205

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

I. Abschnitt

Vorzeichen

(1913)

Nr. 1

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Jonnart, Minister des Äußern

Berlin, den 17. März 1913

Unser Militärattaché und unser Marineattaché unterbreiten ihren vorgesetzten Ministern Berichte über die neue deutsche Militärvorlage. Ich lenke die Aufmerksamkeit Ew. Exzellenz auf diese wichtigen Aktenstücke.

Einzig das Studium der Frage, wie die Mittel zur Deckung der Kosten der vorgesehenen militärischen Maßnahmen aufgebracht werden sollen, verzögert die Veröffentlichung der endgültigen Vorschläge der deutschen Regierung. Die besitzenden Klassen, besonders die Geschäftswelt, sind trotz des zur Schau getragenen Patriotismus, mit dem sie das ihnen zugemutete Opfer auf sich nehmen, mit den angekündigten Finanzmaßnahmen unzufrieden und ahnen, daß eine solche Steuer, mitten in Zeiten des Friedens erhoben, für die Zukunft gefährliche Folgen haben kann. Anderseits haben die Bundesregierungen der Neuerung, die dem Reich Einnahmen aus indirekten Steuern verschaffen wird, einen lebhaften Widerstand entgegengesetzt. Bis jetzt war der Bezug solcher Steuern den Bundesstaaten vorbehalten, und diese erblicken im Abweichen von der bisherigen Regel eine neue Stärkung des Reiches und eine gewisse Beeinträchtigung ihrer eigenen Souveränität.

Wie dem auch sei: indem das Reich seine Heeresmacht verstärkt, zeigt es sich entschlossen, nichts dem Zufall zu überlassen, wenn eine Verwicklung eintreten sollte.

Die von Deutschland beschlossenen Neuerungen hatten eine von ihm nicht erwartete Wirkung: die französische Regierung brachte den Vorschlag auf Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ein, und mit mannhafter Entschlossenheit sprach sich Frankreich für diesen Antrag aus. Das dadurch in Deutschland hervorgerufene Erstaunen wurde von der

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Reichsregierung benützt, um die unbedingte Notwendigkeit der Verstärkung der deutschen Heeresmacht zu betonen. Die neuen Vorschläge wurden als eine Antwort auf das Vorgehen Frankreichs hingestellt. In Wahrheit verhält es sich aber gerade umgekehrt: die gewaltigen Anstrengungen, die Frankreich auf dem Gebiete des Heerwesens auf sich nimmt, sind lediglich die Folge der von Deutschland unternommenen Schritte*.

Die Reichsbehörden werden nicht müde, die patriotische Begeisterung zu schüren. Der Kaiser gefällt sich darin, täglich das Andenken an 1813 wachzurufen. Gestern abend durchzog ein militärischer Zapfenstreich die Straßen Berlins, und dabei wurden Reden gehalten, in denen die heutige Lage der vor hundert Jahren gleichgestellt wurde. Diese Bearbeitung der öffentlichen Meinung wird in den Verhandlungen des nächsten Monat zusammentretenden Reichstags ihren Widerhall finden, und ich habe Grund zu der Befürchtung, daß sogar der Kanzler verleitet werde, in seinen Erklärungen auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland anzuspielen**. Es war zu erwarten, daß man in dem Augenblicke, wo dem Lande neue Opfer zugemutet werden, seinen Patriotismus anfachen würde; aber es heißt mit der Vergleichung geschichtlicher Tatsachen Mißbrauch treiben, wenn man die heutige Zeit der von 1813 gleichstellt. Vor hundert Jahren erhob sich das deutsche Volk gegen den genialen Mann, der nach der Weltherrschaft strebte; wenn diese Bewegung heute irgendwo ihr Gegenstück finden sollte, so müßte man es in Frankreich suchen; denn das französische Volk ist einzig und allein darauf bedacht, sich gegen die Herrschaft der Gewalt zu schützen.

Man darf sich aber nicht verhehlen, daß diese in den beiden Ländern vorwaltende Stimmung die Lage ernst gestaltet. Jules Cambon

---

* Die erste Nachricht über eine deutsche Wehrvorlage drang durch einen Artikel der „Post" vom 8. Januar 1913 in die Öffentlichkeit. Die hier gemachten Angaben wurden in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 10. Januar dementiert und zugleich darin zum Ausdruck gebracht, daß eine Wehrvorlage noch gar nicht vorhanden sei, sondern daß vorläufig die Militärressorts erst mit den einschlägigen Vorarbeiten beschäftigt seien. Am 17. Februar teilte der „Temps" mit, daß die französische Regierung in Kürze drei Gesetzentwürfe über die Vermehrung des Landheeres veröffentlichen werde. Am 10. März wurde die Regierungsvorlage zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in der französischen Kammer verteilt. Am 28. März 1913 veröffentlichte eine Extraausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die deutsche Wehrvorlage.

** In seiner Reichstagsrede vom 7. April 1913 über die Einbringung der Wehrvorlage sagte Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

„Die französische Nation, so kriegstüchtig und tapfer, so stolz auf Ruhm und Ehre, so vaterlandsliebend und opferwillig sie ist, ich glaube nicht, daß sie in ihrer Gesamtheit zum Kriege drängt. Aber für weite Kreise der französischen Nation, nicht nur für die chauvinistischen, sondern auch für die ruhigen und überlegten Elemente ist eingetroffen, was Bismarck fürchtete. Man glaubt sich, wenn nicht überlegen, so doch zum mindesten gewachsen zu sein im Vertrauen auf die Stärke der eigenen Armee, im Vertrauen auf das Bündnis mit Rußland, vielleicht auch in der Hoffnung auf die Freundschaft Englands. Das ist die gefährliche Kehrseite des Erstarkens des französischen Nationalempfindens." (Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1913, S. 131.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

BEILAGE I

Bericht des Oberstleutnants Serret, Militärattaché bei der französischen Botschaft in Berlin, an Herrn Etienne, Kriegsminister

Berlin, den 15. März 1913

Die patriotische Bewegung, die in Frankreich zutage getreten ist, hat gewisse Kreise hier in einen wahren Zorn versetzt.

Ich behaupte freilich keineswegs, daß der in der „Kölnischen Zeitung" erschienene heftige Artikel die allgemeine Meinung widerspiegle; er ist vielmehr der Wutausbruch eines impulsiven Journalisten, der von der Regierung sofort desavouiert wurde.

Aber trotz ihrer Ungehörigkeit darf die Bedeutung dieser Kundgebung der „Kölnischen Zeitung" nicht unterschätzt werden. Sie wurde, wenn auch nicht in ihrer Form, doch in ihrem Geist von mehreren bedeutenden Zeitungen gutgeheißen, und sie scheint mir der Ausdruck eines wirklich vorhandenen Gefühls, eines verhaltenen Zornes zu sein.

Diese Feststellung ist von Interesse, da sie den Sinn der gegenwärtigen Rüstungen in ein helleres Licht zu rücken vermag.

Schon seit einiger Zeit trifft man Leute an, welche die militärischen Pläne Frankreichs als außerordentlich und ungerechtfertigt bezeichnen. In einem Salon verstieg sich ein Reichstagsabgeordneter, und zwar kein überspannter Kopf, im Gespräch über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich zu dem Ausspruch: „Das ist eine Herausforderung, das werden wir nicht zugeben." Gemäßigtere Persönlichkeiten aus Militär- und Zivilkreisen kann man täglich den Standpunkt vertreten hören, Frankreich mit seinen 40 Millionen Einwohnern habe kein Recht, in dieser Weise mit Deutschland zu wetteifern.

Kurz, man ist wütend, und zwar nicht etwa wegen des fortwährenden Geschreis gewisser französischer Blätter, über die sich ernsthafte Leute nicht aufhalten, sondern man ist wütend und ärgert sich, weil man sieht, daß es trotz der gewaltigen Anstrengungen des letzten Jahres, die dieses Jahr fortgesetzt und noch gesteigert werden, wahrscheinlich auch jetzt noch nicht gelingt, Frankreich aus dem Felde zu schlagen.

Das ist aber in Wirklichkeit das von Deutschland verfolgte Ziel, uns endgültig aus dem Felde zu schlagen, da wir uns weder auf seine Seite stellen können noch wollen. Das kann nicht genug wiederholt werden, und das im Wurfe liegende Gesetz, in dem man in Frankreich zu sehr nur einen spontanen Ausbruch erkennen will, ist lediglich die unvermeidliche und erwartete Folge des Gesetzes vom Juni 1912.

Dieses Gesetz, das zwei neue Armeekorps schuf, ließ absichtlich nach deutscher Art große Einheiten und Regimenter unvollständig. Es war klar, daß man mit der Ausfüllung der Lücken nicht lange zuwarten würde*.

* Somit wären wir einige Jahre später vor die Frage gestellt worden, vor der wir

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Balkanwirren brachen gerade zur rechten Zeit aus und boten die erwünschte Gelegenheit, die Jahrhundertfeier der Freiheitskriege dazu zu benützen, um in Erinnerung an die einst schon gegen uns gebrachten Opfer um so leichter neue erhältlich zu machen.

Zur Klarlegung der Entstehungsgeschichte dieses Militärprogramms erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, was vor einem Jahre, beim Erscheinen des Gesetzes von 1912, mein Vorgänger, Oberst Pellé, schrieb:

„Wir werden täglich inne, wie tief und anhaltend die durch die letztjährigen Ereignisse geweckten Gefühle gekränkten Hochmuts und des Grolles uns gegenüber sind.

Der Vertrag vom 4. November 1911 ist eine gewaltige Enttäuschung.

In allen Landesteilen werden die Gemüter vom gleichen Gefühl der Mißstimmung beherrscht. Alle Deutschen, bis zu den Sozialdemokraten, grollen uns, daß wir sie um ihren Anteil an Marokko gebracht haben.

Vor einem oder zwei Jahren schienen die Deutschen zur Eroberung der Welt ausgezogen zu sein. Sie hielten sich für so stark, daß niemand wagen würde, den Kampf gegen sie aufzunehmen. Der deutschen Industrie, dem deutschen Handel, der deutschen Expansion erschlossen sich unbegrenzte Möglichkeiten.

Diese Gedanken und ehrgeizigen Bestrebungen sind heute natürlich nicht verschwunden. Die Deutschen haben immer noch das Bedürfnis nach neuen Absatzgebieten, nach wirtschaftlicher und kolonialer Ausdehnung. Sie halten sich dazu für berechtigt, weil sie fortwährend an Zahl zunehmen, weil die Zukunft ihnen gehört. Sie erblicken in uns, mit unsern 40 Millionen Einwohnern, eine Nation zweiten Ranges.

In der Krisis von 1911 hat diese Nation zweiten Ranges ihnen die Stirne geboten, und der Kaiser und die Regierung gaben nach. Das hat die öffentliche Meinung weder ihnen noch uns verziehen. Sie will nicht, daß derartiges sich wiederholen könne."

Und in dem Augenblick, wo der zweite, gewaltige Teil des Programms seiner Verwirklichung nahe ist, wo die deutsche Militärmacht im Begriffe steht, jene endgültige Überlegenheit zu erreichen, die uns zwingen würde, gegebenenfalls eine Demütigung zu ertragen oder erdrückt zu werden — in diesem Augenblick lehnt sich Frankreich dagegen auf, abzudanken und liefert den Beweis „seiner unvergänglichen Kraft der Wiedergeburt und des Neuauflebens", von der Renan gesprochen hat. Man versteht den deutschen Ärger nur zu gut.

Gewiß, die Regierung beruft sich auf die allgemeine europäische Lage und spricht von der slawischen Gefahr. In Wirklichkeit scheint mir die öffentliche Meinung der slawischen Gefahr gegenüber recht gleichgültig zu sein, und doch hat sie mit Würde, um nicht mehr zu sagen, die ungeheuren Lasten der beiden aufeinanderfolgenden Gesetze auf sich genommen.

---

heute stehen, und zwar unter noch beängstigenderen Umständen; denn der Rückgang unserer Kontingente verringert anhaltend unseren Friedensbestand. (Anmerkung des französischen Gelbbuches.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Am vergangenen 10. März, der hundertjährigen Feier der Massenerhebung Deutschlands gegen uns, drängte sich trotz strömenden Regens eine gewaltige Menge zu der Militärparade vor dem Schloß und scharte sich im Tiergarten um die mit Bergen von Blumen geschmückten Standbilder der Königin Luise und Friedrich Wilhelms III.

Diese Feiern zur Erinnerung an den Kampf gegen Frankreich werden sich das ganze Jahr wiederholen. 1914 wird die Jahrhundertfeier des ersten französischen Feldzugs, des ersten Einzugs der Preußen in Paris in Szene gesetzt werden.

Kurz, wenn auch die öffentliche Meinung Deutschlands nicht mit dem Finger auf Frankreich hinweist, wie die „Kölnische Zeitung" es tut, ist sie doch gegen uns gerichtet und wird es noch lange bleiben. Sie findet, daß wir mit unsern 40 Millionen Einwohnern einen unbedingt zu großen Platz an der Sonne einnehmen.

Die Deutschen wünschen den Frieden, so wird man nicht müde auszurufen, und der Kaiser vor allen; aber sie wollen den Frieden nicht im Sinne gegenseitiger Konzessionen und der Herstellung des Gleichgewichts der Rüstungen. Sie wollen gefürchtet sein, und sie schicken sich an, zu diesem Zweck die nötigen Opfer zu bringen. Wenn ihr Nationalstolz sich bei irgendeinem Anlaß verletzt fühlen sollte, so wird das Vertrauen des Landes auf die gewaltige Überlegenheit seines Heeres einen Ausbruch nationalen Zornes begünstigen, und diesem gegenüber wird die Mäßigung der Reichsregierung vielleicht ohnmächtig sein.

Es muß außerdem festgestellt werden, daß die Regierung alles ins Werk setzt, um das Nationalgefühl durch glanzvolle Gedächtnisfeiern der Ereignisse von 1813 zu erhitzen.

Übrigens würde die Wendung, welche die öffentliche Meinung genommen hat, in jedem Fall dem Kriege einen mehr oder weniger nationalen Charakter verleihen. Mit welchem Vorwand Deutschland auch einen europäischen Brandausbruch rechtfertigen mag, es ist unvermeidlich, daß die ersten entscheidenden Schläge gegen Frankreich gerichtet sein werden.

BEILAGE II

Herr de Faramond, Marineattaché bei der französischen Botschaft in Berlin, an Herrn Baudin, Marineminister

Berlin, den 15. März 1913

Anläßlich meines Berichts über die Prüfung des Marinebudgets durch die Kommission des Reichstags habe ich bemerkt, daß dieses Jahr kein Gesetz zur Erweiterung der Flotte vorgelegt, sondern daß jeder militärische Aufwand sich gegen uns richten werde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Obwohl der neue Gesetzentwurf betreffend die Vermehrung der deutschen Bestände noch nicht vor dem Reichstag liegt, wissen wir doch aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß es sich um eine „Heeresverstärkung im großen Stile" handelt.

Die offiziösen Zeitungen haben sich übrigens bei Besprechung des Entwurfes in einer Weise geäußert, daß man die Mitteilungen des „Lokalanzeigers" für zuverlässig halten darf.

Die deutschen Bestände betragen zurzeit 720000 Mann. Wir sind zum Schluß berechtigt, daß die Armee am 1. Oktober 1914 auf die Stärke von ungefähr 860000 Mann gebracht sein wird.

Dieser Zahl käme eine weniger große Bedeutung zu, wenn nicht die Absichten des neuen Gesetzes (nach dem, was die offiziösen Blätter haben durchblicken lassen), wie übrigens auch die Bestimmungen des Gesetzes von 1912, dahin zielten, die Armeekorps an unserer Grenze möglichst auf Kriegsstärke zu bringen, um uns plötzlich, gleich am Tage der Eröffnung der Feindseligkeiten, mit weit überlegenen Kräften angreifen zu können. Es ist für die Reichsregierung eine gebieterische Notwendigkeit, sofort am Anfang der Operationen einen Erfolg zu erringen.

Der deutsche Kaiser würde heute einen Krieg gegen Frankreich nicht mehr unter den gleichen Bedingungen wie vor 40 Jahren beginnen. Beim Ausbruch des Krieges von 1870 hatte der preußische Generalstab mit der Möglichkeit einer siegreichen Offensive der Franzosen gerechnet, und Moltke hatte, in der Voraussicht, daß wir unter Umständen bis nach Mainz gelangen könnten, seinem Monarchen erklärt: „Dort werden sie nicht weiter kommen." Wilhelm II. schaltet in seinen Berechnungen jede Möglichkeit eines Rückzuges aus, obschon der deutsche Soldat heute nicht mehr jener einfache, gottesfürchtige, auf Befehl seines Königs zum Sterben bereite Mann ist wie vor 40 Jahren. Angesichts der bei den letzten Wahlen abgegebenen vier Millionen sozialdemokratischer Stimmen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in Deutschland das Stimmrecht erst mit 25 Jahren erworben wird, läßt sich denken, daß das aus jungen Männern von 20—25 Jahren zusammengesetzte aktive Heer in seinen Reihen eine beträchtliche Zahl Sozialdemokraten birgt.

Gewiß wäre es töricht, anzunehmen, die deutschen Sozialdemokraten würden am ersten Tage, wo Deutschland und Frankreich handgemein werden, das Gewehr umkehren; aber es wird für die Reichsregierung von größter Bedeutung sein, ihnen die Überzeugung beizubringen, einerseits, daß wir die Angreifenden sind, und andererseits, daß sie volles Vertrauen in die Führung und den Ausgang des Kampfes haben können.

Ich war überrascht, bei der letzten Vereidigung der Garderekruten in Potsdam den Kaiser in seiner Ansprache an die jungen Soldaten über das Thema sprechen zu hören: „Die Pflicht, in schlechten Zeiten mutiger und disziplinierter zu sein als in guten."

Und weil eine erste Niederlage der Deutschen für das Reich von unberechenbarer Tragweite wäre, darum zielen alle vom Großen Generalstab

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ausgearbeiteten Militärpläne auf eine niederschmetternde Offensive gegen Frankreich hin.

In Wirklichkeit will sich die Reichsregierung instand setzen, allen möglichen Ereignissen gewachsen zu sein. Von seiten Frankreichs scheint ihr die Gefahr am größten. Die „Kölnische Zeitung" sagte es offen in einem gehässigen und heftigen Artikel, der allerdings von der Wilhelmstraße mißbilligt wurde, aber mehr nur in seiner Form als in seinem Inhalt.

Wir müssen davon überzeugt sein, daß die von der „Kölnischen Zeitung" geäußerte Ansicht zur Stunde von der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes geteilt wird.

Nach dieser Richtung dürfte es von Interesse sein, ein Gespräch anzuführen, das ein Mitglied unserer Botschaft an einem der letzten Abende mit dem alten Fürsten Henckel von Donnersmarck hatte, weil es die in den Hofkreisen herrschende Denkart wiedergeben dürfte.

Anspielend auf die neue deutsche Militärvorlage bemerkte Fürst von Donnersmarck: „Die Franzosen sind durchaus im Unrecht, wenn sie glauben, daß wir finstere Absichten hegen und den Krieg wünschen. Aber wir können nicht vergessen, daß 1870 die öffentliche Meinung die französische Regierung zwang, uns in wahnwitziger Weise anzugreifen, ohne bereit zu sein. Wer kann uns versichern, daß die öffentliche Meinung, die in Frankreich so leicht in Brand gerät, nicht eines schönen Tages die französische Regierung wieder zum Krieg mit uns nötige? Vor dieser Gefahr wollen wir uns zum voraus sichern."

Und der Fürst fügte bei: „Man hat mich in Frankreich oft als einen der Anstifter des Krieges von 1870 angesehen. Das ist durchaus falsch. Wenn ich an den Folgen des Krieges mitgearbeitet habe, so hatte ich im Gegenteil vorher mein Möglichstes getan, um dessen Ausbruch zu verhindern. Als ich einige Zeit vor dem Kriege an einem Diner teilnahm, bei dem die angesehensten Persönlichkeiten des Kaiserreichs vereinigt waren, ergriff ich das Wort, um mein Bedauern auszusprechen über die feindseligen Gefühle, die bereits zwischen Frankreich und Preußen zutage traten. Man entgegnete mir, ich rede so, weil ich mich vor einem Kriege fürchte, dessen Ausgang sicher für Preußen ungünstig wäre. Ich erwiderte: Nein, nicht aus Angst weise ich den Gedanken an einen Krieg zwischen Frankreich und Preußen zurück, sondern weil ich glaube, daß es im Interesse beider Länder liegt, ihn zu vermeiden. Und da Sie auf den wahrscheinlichen Ausgang eines solchen Kampfes angespielt haben, will ich Ihnen meine Meinung sagen. Ich habe die Überzeugung, daß Sie geschlagen werden, und zwar deshalb, weil Sie bei allen glänzenden Eigenschaften der Franzosen, die ich anerkenne und bewundere, nicht pünktlich sind. Unter der Pünktlichkeit verstehe ich nicht das rechtzeitige Erscheinen bei einem Stelldichein, sondern die Pünktlichkeit im vollen Sinn des Wortes. Der Franzose, der leicht arbeitet, ist in der Erfüllung seiner Pflichten nicht so pünktlich wie der Deutsche. Im nächsten Kriege wird aber diejenige

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nation siegreich sein, deren Diener alle von oben bis unten ihre Pflicht, so groß oder so klein sie sein mag, genau erfüllen werden." Und der Fürst von Donnersmarck sagte weiter: „Die Pünktlichkeit, die eine so große Rolle spielte, als es sich vor 40 Jahren darum handelte, eine Armee von 500000 Mann in Bewegung zu setzen, wird eine noch viel größere Bedeutung haben im Laufe des nächsten Krieges, wo weit größere Massen zur Verwendung kommen werden."

In dieser Form gab der alte Fürst dem Vertrauen Ausdruck, das alle Deutschen in die Überlegenheit ihrer Militärorganisation haben.

Als ich weiter oben von der neuen deutschen Vorlage sprach, habe ich nur auf die Verstärkung der Bestände hingewiesen. Allein sie bringt auch eine Vermehrung des Materials und der Verteidigungswerke mit sich. Einzelheiten darüber sind nicht bekannt, aber man kann sich davon einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß Ausgaben im Betrag von 1250000000 Franken vorgesehen sind.

Die Ausführung des Quinquennalgesetzes von 1911 hatte keine besonderen Finanzmaßnahmen notwendig gemacht.

Die Ausgaben des Militär- und Flottengesetzes von 1912 waren vorläufig gedeckt durch die Etatüberschüsse der Jahre 1910 und 1911, durch eine Abänderung des Alkoholgesetzes und durch das Aufschieben der Herabsetzung des Zuckerzolls (diese beiden letzten Einnahmsquellen ergaben übrigens zusammen nur einen Betrag von 60 Millionen Franken).

Überdies sei daran erinnert, daß kürzlich vom Reich und von Preußen große Anleihen aufgenommen worden sind: 500 Millionen Mark am 29. Januar 1912 und 350 Millionen Mark am 7. März 1913. Ein nicht unbedeutender Teil dieser Anleihen ist jedenfalls für die Militärausgaben bestimmt worden.

Das Militärgesetz von 1913 wird ganz ausnahmsweise Finanzmaßnahmen erfordern.

Nach den Angaben der halbamtlichen Zeitungen würden sich die sog. „einmaligen" Ausgaben auf eine Millarde Mark belaufen und die „dauernden" Ausgaben infolge der Vermehrung der Bestände 200 Millionen Mark jährlich übersteigen.

Es scheint ziemlich sicher zu sein, daß die nicht jährlich wiederkehrenden Ausgaben durch eine Wehrsteuer auf dem Vermögen gedeckt werden sollen. Die kleineren Vermögen würden von der Steuer befreit und die Vermögen von über 20000 Mark mit einer Progressivsteuer belegt. In dieser Form können sich die Sozialdemokraten mit der Wehrsteuer abfinden; sie können so, ihrer üblichen Taktik gemäß, den Grundsatz des Militärgesetzes ablehnen und die seine Ausführung sichernden Mittel bewilligen.

Die Regierung fürchtet, daß diese außerordentliche, einzig das Vermögen belastende Steuer von einer Milliarde bei den Reichen und im Mittelstand eine dauernde Unzufriedenheit hervorrufen werde; darum tut sie alles, was in ihrer Macht liegt, um die, welche dieses schwere Lösegeld zu entrichten haben, davon zu überzeugen, daß die Sicherheit des Reichs

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

bedroht ist, und um die Ähnlichkeit zwischen der kriegerischen Zeit von 1813 und der Gegenwart nachzuweisen.

Durch eine geräuschvolle Begehung der Jahrhundertfeier der Unabhängigkeitskriege soll das Volk von der Notwendigkeit des Opfers überzeugt und ihm ins Gedächtnis gerufen werden, daß Frankreich heute wie vor hundert Jahren der Erbfeind ist.

Wenn wir feststellen, daß die deutsche Regierung mit allen Mitteln zu erreichen sucht, daß diese gewaltige Steuer nicht ratenweise entrichtet werde, und wenn, wie einige Zeitungen behaupten, der Gesamtbetrag vor dem 1. Juli 1914 bezahlt sein muß, so liegt darin für uns ein erschrecklicher Fingerzeig, denn nichts kann eine solche Eile der Militärbehörden verständlich machen, in ihrer Kasse über einen flüssigen Kriegsschatz von einer Milliarde zu verfügen.

Über die Deckung der dauernden Ausgaben, welche die Gesetze von 1912 und 1913 bedingen, hat noch nichts verlautet.

Es werden jedenfalls neue Beschlüsse notwendig sein zur Deckung der jährlichen Ausgaben.

Ich ziehe den Schluß: In Deutschland folgt die Ausführung einer militärischen Reform dem Beschlusse, sie an die Hand zu nehmen, immer auf dem Fuße. Alle neuen Bestimmungen des Quinquennalgesetzes von 1911 und des Gesetzes von 1912 sind bereits in Kraft getreten. Es ist sehr wohl möglich, daß ein Teil des Materials, dessen Ankauf das neue Gesetz bewilligen wird, schon in Erstellung begriffen ist. Die militärischen Geheimnisse werden hier so streng gehütet, daß es äußerst schwierig ist, den Veränderungen im Personal und Material zu folgen.

Mit 700000 Mann unter den Waffen (ganz abgesehen von den sehr zahlreichen Reservisten, die gegenwärtig eingeübt werden), mit einer vollkommenen militärischen Organisation und mit einer öffentlichen Meinung, die unter dem Banne der kriegerischen Aufrufe des Kriegerverbandes und des Flottenvereins steht, ist das deutsche Volk zur Stunde ein sehr gefährlicher Nachbar.

Wenn die dreijährige Dienstzeit in Frankreich angenommen wird und sofort zur Anwendung gelangt, werden die Verhältnisse nächstes Jahr weniger ungleich sein. Die deutschen Bestände werden zwar die unsrigen noch wesentlich übersteigen, aber die Einberufung der ganzen verfügbaren Macht wird keine Auswahl mehr gestatten und in das deutsche Heer Elemente zweiten Ranges und sogar weniger wünschenswerte Einheiten eingliedern. Der moralische Wert des aktiven Heeres wird dabei eine Einbuße erleiden.

Die Deutschen haben das Gleichgewicht der beiden Europa trennenden Lager zerstören wollen durch einen letzten großen Kraftaufwand, mit dem sie so ziemlich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind.

Sie hielten Frankreich nicht für fähig zu einem großen Opfer. Die Annahme der dreijährigen Dienstzeit bei uns wird einen Strich durch ihre Rechnung machen.

Faramond

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 2

Herr Etienne, Kriegsminister, an Herrn Jonnart, Minister des Äußern

Paris, den 2. April 1913

Ich habe soeben von zuverlässiger Seite Mitteilung erhalten von einem amtlichen und geheimen Berichte über die Verstärkung des deutschen Heeres. Er zerfällt in zwei Teile: einen ersten, allgemeinen, und einen zweiten, technischen Inhalts, und beschreibt in allen Einzelheiten, Waffe für Waffe, genau die zu treffenden Maßnahmen; die Ausführungen über die Verwendung der Kraftfahrzeuge und die Benützung der Luftfahrzeuge sind besonders auffallend.

Ich habe die Ehre, Ihnen beiliegend eine Abschrift des ersten Teils dieses Aktenstücks zu überreichen, der mir Ihre Aufmerksamkeit zu verdienen scheint.

Etienne

BEILAGE

*Note über die Verstärkung des deutschen Heeres**

Berlin, den 19. März 1913

I. Allgemeines über die neuen Militärgesetze

Die Vermehrung erfolgte in drei Abschnitten:

1. Die Algesiraskonferenz hat die letzten Zweifel über das Bestehen einer Verständigung zwischen Frankreich, England und Rußland beseitigt. Anderseits sahen wir, daß Österreich-Ungarn genötigt war, Kräfte gegen Serbien und Italien festzulegen. Endlich war unsere Flotte damals nicht stark genug. Nach Beendigung des Konfliktes befaßte man sich daher in erster Linie mit der Verstärkung unserer Küstenverteidigung, mit der Hebung unserer Seemacht. Der Absicht Englands, ein Expeditionskorps von 100000 Mann auf den Kontinent zu entsenden, mußte man eine bessere Gliederung der Reserven entgegenhalten, die je nach den Umständen im Küstengebiet, in den Festungen und bei den Belagerungen Verwendung finden sollten. Es war schon in jenem Zeitpunkt klar, daß es ohne große Kraftanstrengung nicht abgehen würde.

2. Die Franzosen haben durch die Verletzung der marokkanischen Übereinkünfte den Zwischenfall von Agadir herbeigeführt. Damals mach-

* General Ludendorff erklärt diese angebliche deutsche Denkschrift für „apokryph" und für „eine grobe Mystifikation". Vgl. Ludendorff: Französische Fälschungen meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg, ein Beitrag zur Schuld am Kriege. E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1919. Wortlaut der echten Denkschrift siehe Anhang I, S. 195.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ten die Fortschritte des französischen Heeres, die moralische Erstarkung der Nation, der technische Vorsprung auf dem Gebiete der Luftschiffahrt und der Maschinengewehre einen Angriff gegen die Franzosen weniger leicht als im vorausgehenden Zeitabschnitt. Außerdem mußte man auf einen Angriff der englischen Flotte gefaßt sein. Diese schwierige Lage öffnete uns die Augen über die Notwendigkeit einer Heeresverstärkung. Diese Verstärkung wurde von jenem Zeitpunkte an als ein Minimum angesehen.

3. Der Balkankrieg hätte uns in einen Krieg verwickeln können, um unserm Verbündeten beizustehen. Die neue Lage im Süden Österreich-Ungarns verminderte den Wert der Hilfe, den dieser Verbündete uns bringen konnte. Anderseits war Frankreich durch ein neues Kadergesetz stärker geworden. Das neue Militärgesetz mußte daher früher zur Ausführung kommen, als ursprünglich vorgesehen war.

Man bereitet die öffentliche Meinung vor auf eine neue Verstärkung des aktiven Heeres, welche Deutschland einen ehrenvollen Frieden und den ihm in der Weltpolitik zukommenden Einfluß sichern würde. Das neue Militärgesetz und die Ergänzung, die ihm folgen muß, werden beinahe vollständig die Erreichung dieses Zieles ermöglichen.

Weder das lächerliche Revanchegeschrei der französischen Chauvinisten, noch das Zähneknirschen der Engländer, noch das ungeregelte Gebaren der Slawen werden uns von unserem Endziel abbringen, das Deutschtum in der ganzen Welt zu stärken und auszubreiten.

Die Franzosen mögen rüsten soviel sie wollen; sie können nicht von heute auf morgen ihre Bevölkerung vermehren. Die Verwendung eines schwarzen Heeres auf den europäischen Kriegsschauplätzen wird noch lange ein, übrigens jeder Schönheit barer, Traum sein.

II. Ziel und Aufgaben unserer nationalen Politik, unseres Heeres und unserer besonderen Organe im Dienste des Heeres

Unser neues Militärgesetz ist lediglich eine Erweiterung des militärischen Erziehungswerkes am deutschen Volk. Unsere Vorfahren von 1813 haben größere Opfer gebracht. Es ist unsere heilige Pflicht, das Schwert, das man uns in die Hand gedrückt hat, zu schärfen und bereit zu halten, um uns zu verteidigen und um unserem Feinde Hiebe zu versetzen. Der Gedanke muß tief ins Volk eindringen, daß unsere Rüstungen eine Antwort sind auf die französischen Rüstungen und die französische Politik. Es muß an die Auffassung gewöhnt werden, daß ein Offensivkrieg unsererseits eine Notwendigkeit ist, um den Herausforderungen des Gegners entgegenzutreten. Dabei muß vorsichtig zu Werke gegangen werden, um keinen Verdacht zu erwecken, und es gilt, die Krisen zu vermeiden, die unser wirtschaftliches Leben schädigen könnten. Die Sache muß so geführt werden, daß unter dem schweren Druck gewaltiger Rüstungen, großer Opfer und einer gespannten politischen Lage

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ein Losschlagen wie eine Erlösung empfunden wird, weil nachher, wie nach 1870, Jahrzehnte des Friedens und der Wohlfahrt folgen würden. Der Krieg muß auch in finanzieller Hinsicht vorbereitet werden; nach dieser Richtung ist noch viel zu tun. Das Mißtrauen unserer Finanzleute darf nicht geweckt werden, aber vieles wird doch nicht verborgen bleiben können.

Um das Schicksal unserer Kolonien hätte man sich nicht zu bekümmern. Das Endergebnis in Europa wird auch für sie entscheidend sein. Dagegen müssen in Nordafrika und Rußland Unruhen hervorgerufen werden, damit auf diese Weise Kräfte des Gegners gebunden werden. Wir müssen uns daher unbedingt durch ausgesuchte Organe mit einflußreichen Leuten in Ägypten, Tunis, Algier und Marokko in Verbindung setzen und die für den Fall eines europäischen Krieges notwendigen Maßnahmen vorbereiten. Natürlich würden diese geheimen Verbündeten im Kriegsfall offen anerkannt und ihnen beim Friedensschluß die errungenen Vorteile dauernd zugesichert. Diese Absichten können ihre Verwirklichung finden. Ein erster, vor einigen Jahren gemachter Versuch hatte uns die gewünschte Fühlung verschafft, leider wurden aber die angeknüpften Beziehungen nicht genügend gefestigt. Wohl oder übel müssen wir aber Vorbereitungen dieser Art treffen, wenn wir einen Feldzug rasch zu Ende führen wollen.

Die durch politische Agenten in Kriegszeiten hervorzurufenden Erhebungen verlangen eine sorgfältige Vorbereitung, auch durch materielle Mittel. Gleich zu Beginn dieser Erhebungen sind die Verkehrsmittel zu zerstören; an die Spitze der Bewegung gehört ein leitender Kopf, der unter den einflußreichen religiösen oder politischen Führern zu finden sein wird. Die ägyptische Schule eignet sich hierzu besonders, sie vereinigt immer noch die Intellektuellen der muselmanischen Welt in sich.

Unter allen Umständen müssen wir stark genug sein, um in einem wuchtigen Anlauf unsere Feinde im Osten und Westen vernichten zu können. Aber im nächsten europäischen Kriege müssen auch die kleinen Staaten gezwungen werden, sich uns anzuschließen, oder sie wären zu maßregeln. Unter gewissen Bedingungen können ihre Heere und befestigten Plätze leicht überwältigt werden oder neutral gemacht werden; das hätte voraussichtlich gegenüber Belgien und Holland zu geschehen, um unserem Feind im Westen es nicht zu ermöglichen, dieses Gebiet zur Operationsbasis in unserer Flanke zu machen. Im Norden haben wir eine drohende Haltung Dänemarks oder der skandinavischen Staaten nicht zu befürchten; dies um so weniger, als wir in jedem Falle eine starke Nordarmee aufstellen und so in der Lage sein werden, jedem feindlichen Verhalten von dieser Seite her zu begegnen. Im ungünstigsten Falle könnte Dänemark von England zur Aufgabe seiner Neutralität gezwungen werden; aber in diesem Augenblick wäre die Entscheidung zu Wasser und zu Land bereits gefallen. Unsere Nordarmee, die durch holländische Truppen wesentlich verstärkt werden könnte, würde auch mit einer äußerst lebhaften Defensive jeder Offensive von dieser Seite begegnen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Im Süden bietet die Schweiz ein äußerst starkes Bollwerk und wir können darauf rechnen, daß sie ihre Neutralität gegen Frankreich tatkräftig verteidigen und so unsere Flanke schützen wird.

Wie gesagt, befinden wir uns gegenüber den kleinen Staaten an unserer Nordwestgrenze nicht in der nämlichen Lage. Dort handelt es sich für uns um eine Lebensfrage und wir müssen darnach trachten, vom ersten Tage an mit stark überlegenen Kräften die Offensive zu ergreifen. Zu diesem Zweck muß eine große Armee zusammengezogen werden, der starke Landwehrtruppen folgen, welche die kleinen Staaten zwingen werden, sich uns anzuschließen oder zum wenigsten sich am Kriege nicht zu beteiligen, und welche sie im Falle eines bewaffneten Widerstandes zermalmen würden. Wenn diese Staaten dazu gebracht werden könnten, ihr Verteidigungssystem so einzurichten, daß unsere Flanke wirksam geschützt ist, dann könnte auf den geplanten Einmarsch verzichtet werden. Aber in diesem Falle müßte, namentlich in Belgien, auch das Heer umgestaltet werden, damit es eine sichere Garantie für einen wirksamen Widerstand böte. Wenn umgekehrt Belgiens Verteidigungsorganisation sich gegen uns richtete, was unserem westlichen Nachbar zum sichtlichen Vorteil gereichte, dann könnten wir diesem Staat unter keinen Umständen die Sicherheit seiner Neutralität gewährleisten. Unserer Diplomatie steht daher ein weites Feld offen, um im Sinne unserer Interessen in diesem Lande tätig zu sein.

Die getroffenen Maßnahmen geben der Hoffnung Raum, daß die Offensive sofort nach der vollständigen Versammlung der Niederrheinarmee ergriffen werden kann. Ein kurzbefristetes Ultimatum, gefolgt vom sofortigen Truppeneinmarsch, wird gestatten, unser Vorgehen vom Standpunkte des Völkerrechts aus genügend zu rechtfertigen.

Das sind die Aufgaben, welche unser Heer zu erfüllen hat und die einen erhöhten Bestand erfordern. Wenn der Feind uns angreift oder wenn wir ihn bändigen wollen, werden wir wie unsere Brüder von 1813 handeln; der herausgeforderte Adler wird sich aufschwingen, den Feind mit seinen geschärften Klauen anpacken und ihn unschädlich machen. Wir werden uns dann daran erinnern, daß die Provinzen des alten deutschen Reichs, die Grafschaft Burgund und ein schöner Teil Lothringens, noch in den Händen Frankreichs sind, daß Tausende von deutschen Brüdern in den baltischen Provinzen unter dem slawischen Joch schmachten. Es ist eine nationale Frage, Deutschland wiederzugeben, was es einst besessen hat.

Nr. 3

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Stéphen Pichon, Minister des Äußern

Berlin, den 6. Mai 1913

Ich sprach heute abend mit dem Staatssekretär über die Botschafterkonferenz und die in der gestrigen Sitzung in London erzielten Ergebnisse.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Krisis, von der Europa bedroht war, ist nach seiner Ansicht beseitigt, aber nur für einige Zeit. Herr von Jagow bemerkte: „Es scheint, wir marschieren in einem Berglande. Wir haben eben einen schwierigen Paß überschritten und sehen neue Höhen vor uns sich erheben." — „Die, welche wir eben überwunden haben," erwiderte ich ihm, „bot vielleicht die größten Schwierigkeiten."

Die Krisis, die wir eben durchgemacht haben, war sehr ernst. Hier hat man die Kriegsgefahr als unmittelbar bevorstehend angesehen. Wie besorgt man in Deutschland war, geht aus einer Reihe von Tatsachen hervor, die zu kennen für Ew. Exzellenz von Wichtigkeit ist.

Gestern erhielt ich den Besuch eines meiner Kollegen, mit dem ich in persönlichen und herzlichen Beziehungen stehe. Anläßlich seines Besuchs bei Herrn von Jagow fragte ihn dieser vertraulich, welches genau die Stellung Rußlands im äußersten Osten sei, und ob diese Macht im gegenwärtigen Zeitpunkt von jener Seite her irgend etwas zu befürchten habe, das dort ihre Kräfte zurückhalten würde. Der Botschafter antwortete ihm, daß Rußland nach seiner Ansicht dort nichts, gar nichts zu befürchten und in Europa freie Hand hätte.

Ich habe eingangs gesagt, daß die Kriegsgefahr hier als sehr nahe bevorstehend angesehen worden war. Man hat sich daher nicht damit begnügt, im äußersten Osten das Terrain zu sondieren, sondern man hat sich hier selber gerüstet.

Die Mobilmachung der deutschen Armee beschränkt sich nicht auf das eigentliche Aufgebot der Reservisten. Deutschland kennt eine vorbereitende Maßnahme, die wir nicht haben und die darin besteht, die Offiziere und Mannschaften der Reserve zu benachrichtigen, sich für das Aufgebot bereit zu halten, damit sie die nötigen Anordnungen treffen können. Dies ist ein allgemeiner „Achtungsbefehl" und es bedarf des unglaublichen Sinns für Gehorsam, Disziplin und Verschwiegenheit, wie er in diesem Lande herrscht, damit eine solche Einrichtung bestehen kann. Wenn eine derartige Ankündigung in Frankreich erlassen würde, so würde das ganze Land erzittern und die Presse am folgenden Tage davon berichten.

Eine solche Ankündigung erging im Jahre 1911 während der Verhandlungen, die ich über Marokko führte.

Neuerdings wurde sie vor etwa zehn Tagen, d. h. zur Zeit der österreichisch-albanischen Spannung, erlassen. Ich weiß es, und zwar aus verschiedenen Quellen, namentlich von Reserveoffizieren, die Freunden in der größten Vertraulichkeit davon Mitteilung machten. Diese Herren haben die nötigen Maßnahmen getroffen, um ihrer Familie im Geldschrank die Mittel zum Leben für ein Jahr zu sichern. Es wurde sogar gesagt, der Kronprinz, der die Probefahrt des „Imperator" mitmachen sollte, habe sich aus demselben Grunde nicht eingeschifft.

Der Entschluß zu dieser die eigentliche Mobilmachung vorbereitenden Maßnahme entspricht den Gedanken des Großen Generalstabes. Ich wurde

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in dieser Beziehung von einer Äußerung in Kenntnis gesetzt, die General Moltke, der hier als der hervorragendste Offizier der deutschen Armee gilt, im Gespräch in einem Kreis von Deutschen gehalten hat.

Der Generalstab sinnt auf Überrumpelung. General Moltke sagte: „Man muß die Gemeinplätze über die Verantwortlichkeit des Angreifers beiseite lassen. Ist der Krieg einmal notwendig geworden, muß man alle Gewinnaussichten auf unsere Seite bringen. Der Erfolg allein rechtfertigt ihn. Deutschland kann und darf Rußland nicht Zeit zum Mobilisieren lassen; denn sonst wäre es genötigt, an der Ostgrenze eine so große Heeresmacht aufzustellen, daß es Frankreich nur mit einer gleichen, wenn nicht gar geringeren Truppenzahl gegenübertreten könnte. Deshalb, fügte der General bei, müssen wir unserem Hauptgegner zuvorkommen, sobald mit einer Wahrscheinlichkeit von neun gegen eins mit dem Ausbruch eines Krieges zu rechnen ist, und unverzüglich losschlagen, um jeden Widerstand mit Gewalt zu brechen."*

Das ist genau der in den Militärkreisen herrschende Geisteszustand, und er entspricht demjenigen in den politischen Kreisen, die Rußland, im Gegensatz zu uns, nicht von vornherein als Feind betrachten.

So dachte und sprach man im Stillen vor 14 Tagen.

Man muß aus dieser Begebenheit die Lehre ziehen, welche die oben angeführten Tatsachen enthalten: Diese Leute fürchten den Krieg nicht, sie rechnen durchaus mit seiner Möglichkeit und haben die entsprechenden Maßnahmen getroffen. Sie wollen jederzeit bereit sein.

Wie gesagt, das setzt einen hohen Grad von Verschwiegenheit, Disziplin und Beharrlichkeit voraus; mit der Begeisterung allein ist es nicht getan. Es dürfte dienlich sein, über diese Lehre ernstlich nachzudenken in dem Augenblicke, wo die französische Regierung vom Parlament die Mittel für die Landesverteidigung verlangen wird. Jules Cambon

Nr. 4

Herr Allizé, französischer Gesandter in Bayern, an Herrn Stéphen Pichon, Minister des Äußern

München, den 10. Juli 1913

Vom politischen Gesichtspunkt aus fragt man sich, wozu die neuen Rüstungen dienen sollen. Da Deutschland von keiner Seite bedroht ist,

* In einem Brief an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 18. Dezember 1914 erklärt General von Moltke zu diesen ihm zugeschriebenen Ausführungen: „Was die Äußerungen anbetrifft, die Mr. Cambon mir in seinem Bericht vom 6. Mai 1913 in den Mund legt, und über deren Quellen er sich nicht ausspricht, so erkläre ich dieselben von Anfang bis zu Ende für erfunden. Der Verantwortlichkeit meiner Stellung wohlbewußt, bin ich nie so unvorsichtig gewesen, mich, sei es in größerem oder in kleinerem Kreise außerhalb meines engsten Militärressorts über eine eventuelle Kriegführung unsererseits zu äußern. Alles, was Mr. Cambon als meine Äußerungen mitteilt, ist entweder von ihm oder seinem Gewährsmann erfunden." (Deutsches Weißbuch Juni 1919, Seite 75f.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

hält man dafür, die deutsche Diplomatie verfüge bereits über ansehnliche Kräfte und mächtige Bündnisse genug, um die deutschen Interessen mit Erfolg zu verteidigen. Wie ich seiner Zeit unmittelbar nach dem Marokkoabkommen von 1911 hervorhob, besteht die Auffassung, das Reichskanzleramt werde in Zukunft ebenso unfähig sein wie bisher, eine wirksame äußere Politik zu treiben und wenigstens auf diesem Gebiete Erfolge davonzutragen, die mit den Opfern, welche das Land sich auferlegt, im Einklang stünden.

Dieser Gemütszustand ist um so beunruhigender, als die Reichsregierung gegenwärtig von der öffentlichen Meinung in jedem Unternehmen, in das sie sich kräftig einlassen würde, selbst auf die Gefahr eines Konfliktes hin, unterstützt würde. Der Kriegszustand, an den sich die Gemüter infolge der Ereignisse im Orient seit zwei Jahren gewöhnen, erscheint nicht mehr als eine Katastrophe in weiter Ferne, sondern als eine Lösung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich mit der Zeit nur noch verschärfen werden.

Möge das Beispiel Bulgariens in Deutschland einen heilsamen Einfluß ausüben! Wie mir kürzlich der Prinzregent sagte: „Das Waffenglück ist immer ungewiß; jeder Krieg ist ein Abenteuer, und ein Narr, wer sich in dasselbe hineinstürzt, im Glauben, der Sieg sei ihm sicher."

Allizé

Nr. 5

Note an Herrn Stéphen Pichon, Minister des Äußern

(über die öffentliche Meinung in Deutschland, nach den Berichten der diplomatischen Vertreter und Konsularagenten)

Paris, den 30. Juli 1913

Aus den Beobachtungen, welche unsere Vertreter in Deutschland bei Personen, die in die verschiedensten Kreise Zutritt haben, machen konnten, darf der Schluß gezogen werden, daß zwei Gefühle die Geister beherrschen und erregen:

1. Der Vertrag vom 4. November 1911 sei für Deutschland eine Enttäuschung;

2. Frankreich — ein neues Frankreich — von dem man bis zum Sommer 1911 keine Ahnung hatte — sei kriegerisch gesinnt. Es wolle den Krieg.

Reichstagsabgeordnete aller Parteien, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten, und aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, Angehörige der Hochschulen von Berlin, Halle, Jena und Marburg, Studenten, Lehrer, Handelsbeflissene, Bankangestellte, Bankiers, Handwerker, Handelsleute, Industrielle, Ärzte, Rechtsanwälte, Redakteure demokratischer und sozialdemokratischer Zeitungen, jüdische Schrift-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

steller, Gewerkschaftsmitglieder, Pastoren und Krämer der Brandenburger Mark, pommersche Junker und den 505. Jahrestag der Gründung ihres Verbandes feiernde Schuster von Stettin, Burgherren, Beamte, Priester und westfälische Großgrundbesitzer — sie alle sind, mit nur unbedeutenden Schattierungen und je nach ihrer Zugehörigkeit zu diesen oder jenen Kreisen und Parteien, in diesen beiden Punkten einig. Alle diese Meinungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der Vertrag vom 4. November ist eine diplomatische Niederlage, ein Beweis der so oft gerügten Unfähigkeit der deutschen Diplomatie und Sorglosigkeit der Regierung, der Beweis, daß die Zukunft des Reiches ohne einen neuen Bismarck nicht gesichert ist, eine nationale Demütigung, eine Einbuße der europäischen Achtung, eine Schmälerung des deutschen Ansehens, was um so ernster ist, als bis zum Jahre 1911 Deutschlands militärische Überlegenheit unbestritten und die französische Anarchie, die Ohnmacht der Republik gewissermaßen ein deutsches Dogma gewesen ist.

Im Juli 1911 stellte der „Streich von Agadir" zum ersten Male die marokkanische Frage wahrhaftig als eine nationale, für das Leben und die Ausdehnung Deutschlands bedeutungsvolle Angelegenheit dar. Die Enthüllungen und Prozesse, die nachher in der Presse zutage traten, haben zur Genüge dargetan, wie die Bewegung eingeleitet worden war, was für alldeutsche Begehrlichkeiten sie geweckt und welchen Groll sie zurückgelassen hatte. Wenn die Person des Kaisers umstritten, der Kanzler nicht populär ist, so war Herr von Kiderlen letzten Winter der meistgehaßte Mann in Deutschland. Er fängt jedoch an, nur noch mißachtet zu sein, denn er läßt durchblicken, daß er sich rächen werde*.

Also während des Sommers 1911 bäumte sich die deutsche öffentliche Meinung gegen die französische wegen Marokko auf. Und die Haltung Frankreichs, seine ruhige Gelassenheit, seine wiederhergestellte moralische Einheit, seine Entschlossenheit, sein Recht bis zum Äußersten geltend zu machen, der Umstand, daß es so unverschämt ist, sich vor dem Krieg nicht zu fürchten, sind der beständige und wichtigste Grund der Beunruhigung und Verstimmtheit der deutschen öffentlichen Meinung.

Warum hat Deutschland denn nicht im Sommer 1911 den Krieg erklärt, wo doch die öffentliche Meinung, wenn auch weniger einmütig und entschlossen als in Frankreich, dem Losschlagen günstig war? Außer der Friedensliebe des Kaisers und des Kanzlers werden in maßgebenden Kreisen militärische und finanzielle Gründe geltend gemacht.

Aber diese Ereignisse des Jahres 1911 haben in Deutschland eine gewaltige Enttäuschung hervorgerufen. Ein neues, geeinigtes, entschlossenes

---

* Da der Staatssekretär von Kiderlen-Waechter bereits am 30. Dezember 1912 gestorben war und nicht anzunehmen ist, daß der Redakteur von Gelbbuch Nr. 5 dies nicht wußte, liegt die Vermutung nahe, daß die Note an Stéphen Pichon nicht am 30. Juli 1913 abgefaßt worden ist, sondern ein früherer Bericht, der Ende 1911 oder Anfang 1912 zusammengestellt wurde, mit dem Datum des 30. Juli 1913 versehen worden ist. (Vgl. auch „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", 4. Januar 1915, Nr. 4.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Frankreich, das gewillt ist, sich nicht mehr einschüchtern zu lassen, ist aus dem Grabe auferstanden, in das man es seit 10 Jahren versenkt glaubte. Mit einem von Ärger untermischten Erstaunen, hat die deutsche öffentliche Meinung vom Dezember bis zum Mai aus den Zeitungsberichten aller Parteien, die der Reichsregierung ihre Unfähigkeit und Feigheit vorwarfen, die Entdeckung gemacht, daß der Besiegte von 1870 seither ununterbrochen Krieg geführt, seine Fahne und das Ansehen seines Heeres in Asien und Afrika zur Geltung gebracht und weite Gebiete erobert hatte; daß dagegen Deutschland an vergangenem Heldenmut gezehrt hatte, daß die Türkei das einzige Land sei, wo es unter der Regierung Wilhelms II. moralische Eroberungen machte, Eroberungen, die übrigens nun durch die schimpfliche Lösung der marokkanischen Frage sehr in Frage gestellt werden. Bei jeder kolonialen Eroberung Frankreichs tröstete man die öffentliche Meinung mit den Worten: „Ja, aber das hindert den Zerfall, die Anarchie, die Zersetzung Frankreichs im Innern nicht."

Man täuschte sich, und man täuschte die öffentliche Meinung.

Was läßt sich in Anbetracht derartiger Gefühle der deutschen öffentlichen Meinung, die Frankreich für kriegerisch gesinnt hält, mit Bezug auf die Möglichkeit und das nahe Bevorstehen eines Krieges voraussagen?

Bezüglich der Frage der Möglichkeit und des Bevorstehens eines Krieges machen sich in der deutschen öffentlichen Meinung zwei Strömungen geltend.

Es gibt im Lande Friedensmächte, aber sie sind nicht organisiert und ohne volkstümliche Führer. Nach ihrer Ansicht wäre der Krieg für Deutschland ein soziales Unglück, der Kastendünkel, die preußische Vorherrschaft und die Kanonen- und Panzerfabrikanten zögen daraus den größten Vorteil, und der Krieg würde hauptsächlich England zustatten kommen.

Diese Friedensmächte zerfallen in folgende Gruppen:

Die große Masse der Arbeiter, der Handwerker und der Bauern, die von Natur aus Friedensfreunde sind.

Der Adel, der von den Interessen an einer militärischen Laufbahn befreit und an industriellen Unternehmungen beteiligt ist — so die schlesischen Adeligen und einige andere am Hofe einflußreiche Persönlichkeiten — und der weitsichtig genug ist, um sich von den unheilvollen politischen und sozialen Folgen eines selbst siegreichen Krieges Rechenschaft zu geben.

Eine große Zahl mittlerer Industrieller, Handels- und Finanzleute, die im Falle eines Krieges, selbst wenn er siegreich verlaufen sollte, bankrott würden, weil ihre Geschäfte vom Kredit leben und hauptsächlich mit ausländischem Kapital arbeiten.

Die Polen, die Elsaß-Lothringer und die Schleswig-Holsteiner, die wohl unterworfen, aber noch nicht assimiliert und im geheimen der preußischen Politik feindselig gesinnt sind, zusammen ungefähr 7 Millionen annektierte Deutsche.

Endlich sind die Regierungen und führenden Klassen der großen Süd-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

staaten, Sachsen, Bayern, Württemberg und Großherzogtum Baden, von dem doppelten Gefühl beherrscht: Ein unglücklich verlaufender Krieg würde den Fortbestand des Bundes bedrohen, der ihnen große wirtschaftliche Vorteile gebracht hat; ein siegreicher Krieg würde einzig Preußen und der Verpreußung zugute kommen, gegen die sie nur mit Mühe ihre politische Unabhängigkeit und ihre Selbständigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung aufrecht erhalten können.

Alle diese Kreise ziehen, aus Überlegung oder instinktmäßig, den Frieden dem Kriege vor. Aber es handelt sich dabei bloß um politische Gegengewichtskräfte, deren Einfluß auf die öffentliche Meinung beschränkt ist, oder um soziale Kräfte, die schweigen, untätig sind und der Ansteckung eines ausbrechenden Kriegsfiebers keinen Widerstand leisten könnten.

Ein Beispiel wird diese Ansicht bekräftigen: Die 110 sozialdemokratischen Abgeordneten sind Anhänger des Friedens. Sie könnten den Krieg nicht verhindern, denn er hängt nicht von einem Beschlusse des Reichstags ab, und gegenüber dieser Möglichkeit würde der Großteil ihrer Leute mit dem Rest des Landes in das Zorngeschrei oder die Kriegsbegeisterung einstimmen.

Man muß ferner beachten, daß diese Anhänger des Friedens in der großen Menge an den Krieg glauben, weil sie keinen anderen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage sehen. In gewissen Verträgen, namentlich den Verlagsverträgen, wurde die Auflösungsklausel für den Kriegsfall aufgenommen. Diese Kreise hoffen immerhin, daß einerseits der Wille des Kaisers und andererseits die Schwierigkeiten Frankreichs in Marokko noch für einige Zeit den Frieden verbürgen. Aber wie dem auch sei, ihr Pessimismus läßt den Anhängern des Krieges freies Spiel.

Man spricht bisweilen von einer deutschen Militärpartei. Der Ausdruck ist ungenau, selbst wenn man damit sagen will, daß Deutschland das Land der Oberhoheit der Militärgewalt sei, wie man von Frankreich sagt, es sei das Land der Oberhoheit der bürgerlichen Gewalt. Es gibt eine Geistesrichtung, die mehr Aufmerksamkeit verdient als diese historische Tatsache, da sie eine augenscheinlichere und unmittelbarere Gefahr bedeutet. Es gibt eine Kriegspartei mit Führern, mit Soldaten, mit einer überzeugten oder bezahlten Presse zur Erzeugung der öffentlichen Meinung, mit vielseitigen und furchtbaren Mitteln, um die Regierung einzuschüchtern. Sie wirkt auf das Land ein mit klaren Gedanken, heißen Gefühlen, einem brausenden und angestrengten Willen.

Die Anhänger des Krieges teilen sich in mehrere Klassen. Jeder leitet aus seiner Kaste, seinem Stande, seiner geistigen und sittlichen Bildung, seinen Vorteilen, seinem Grolle besondere Gründe ab, die eine allgemeine Gesinnung hervorrufen und die Wucht und das Ungestüm der kriegerischen Strömung steigern.

Die einen wollen den Krieg, weil er unter den gegenwärtigen Verhältnissen „unvermeidlich" ist. Nach ihnen ist es für Deutschland besser, wenn er früher statt erst später ausbricht.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Andere halten ihn aus wirtschaftlichen Gründen für nötig, wegen der Übervölkerung, der Überproduktion, des Bedürfnisses nach neuen Märkten und Absatzgebieten, oder aus sozialen Gründen, indem eine Ablenkung nach außen einzig imstande sei, das Anschwellen der sozialdemokratischen Massen und ihr Aufsteigen zur Macht zu verhindern oder hintanzuhalten.

Wieder andere, über die Zukunft des Reichs beunruhigt und überzeugt, daß die Zeit für Frankreich arbeite, sind der Ansicht, man müsse das Ereignis beschleunigen. Nicht selten begegnet man in Gesprächen und patriotischen Schriften dem dunkeln, aber tiefgewurzelten Gefühl, ein freies Deutschland und ein verjüngtes Frankreich seien zwei miteinander unverträgliche geschichtliche Tatsachen.

Noch andere sind kriegerisch gesinnt aus „Bismarckismus", wenn man so sagen kann. Für sie ist es eine Demütigung, mit Franzosen freimütig und vernünftig reden zu müssen in Verhandlungen und Besprechungen, in denen sie nicht immer Recht bekamen, während sie doch die entscheidendere Macht haben. Eine nicht ferne Vergangenheit hat bei ihnen einen Dünkel gezeitigt, der durch die Erinnerung an früher Erlebtes, durch mündliche Überlieferung und Bücher immer neu genährt wird und sich infolge der Ereignisse der letzten Jahre verletzt fühlt. Dieser Ärger, diese Gereiztheit ist das entscheidende Merkmal des Geistes, der die Bildung der Wehrvereine und anderer Vereinigungen Jungdeutschlands gerufen hat und sie beseelt.

Einige wollen den Krieg aus dunkelm Haß gegen das revolutionäre Frankreich. Andere endlich aus Rachsucht. Diese letztern sind es, die alle möglichen Vorwände zusammentragen.

In Wirklichkeit kommen alle diese Stimmungen folgendermaßen zur Erscheinung: Die Junker, im Reichstag durch die konservative Partei vertreten, wollen um jeden Preis der Erbschaftssteuer aus dem Wege gehen, die doch unvermeidlich ist, wenn der Friede länger anhält. Der Reichstag hat in der letzten Sitzung der eben geschlossenen Session den Grundsatz derselben bereits angenommen. Das bedeutet einen schweren Eingriff in die Interessen und Vorrechte des großgrundbesitzenden Adels. Andererseits ist dieser Adel eine Militäraristokratie, und ein Vergleich des Jahrbuches des Heeres mit demjenigen des Adels ist in dieser Beziehung sehr lehrreich. Einzig der Krieg kann sein Ansehen länger aufrecht erhalten und seinen Familieninteressen nützen. In der Beratung des Militärgesetzes hat ein Redner dieser Partei zugunsten seiner Annahme die Beförderung der Offiziere geltend gemacht. Diese soziale Klasse, die eine Hierarchie bildet, deren Spitze der König von Preußen ist, stellt endlich mit Schrecken die fortschreitende Demokratisierung Deutschlands und die wachsende Macht der sozialdemokratischen Partei fest und hält dafür, daß ihre Tage gezählt seien. Nicht nur sind ihre materiellen Interessen durch die wuchtige Bewegung gegen das agrarische Schutzzollsystem bedroht, sondern auch ihre politische Vertretung nimmt mit jeder Legislaturperiode ab. Der Reichstag zählte im Jahre 1878 (auf 397) 162 adelige Mitglieder, 1898 83;

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

1912 waren es noch 57, und davon gehören bloß 27 der Rechten an, 14 dem Zentrum, 7 der Linken und einer der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Großbourgeoisie, vertreten durch die nationalliberale Partei, die Partei der Befriedigten hat nicht die gleichen Gründe wie die Junker um den Krieg zu wollen. Sie ist, jedoch mit wenigen Ausnahmen, kriegerisch gesinnt und hat dafür soziale Gründe.

Der Großbourgeoisie geht die Demokratisierung Deutschlands nicht weniger nahe als dem Adel. 1871 hatte sie 125 Vertreter im Reichstag, 1874 155, 1887 99 und 1912 45. Sie kann es nicht vergessen, daß sie unmittelbar nach dem Kriege von 1870 im Parlament die führende Rolle spielte, indem sie den Plänen Bismarcks gegen die Junker diente. Heute, schwankend zwischen angeborener konservativer Gesinnung und liberalen Ideen, erwartet sie vom Kriege Lösungen, die ihre unfähigen und kläglichen Vertreter nicht finden können. Außerdem behaupten die industriellen Doktrinäre, daß die Schwierigkeiten, die sie mit ihren Arbeitern haben, ihren Ursprung in Frankreich, dem revolutionären Herde des Gedankens an Emanzipation, hätten — ohne Frankreich wäre in der Industrie alles ruhig.

Endlich, die Kanonen- und Stahlpanzerfabrikanten, die Großkaufleute, die größere Märkte verlangen, die Bankiers, welche auf das goldene Zeitalter und die nächste Kriegsentschädigung spekulieren, denken, der Krieg wäre ein gutes Geschäft.

Zu den „Bismarckianern" müssen die Beamten jeder Art gerechnet werden, die im Reichstag ziemlich genau durch die Freikonservativen oder die Reichspartei vertreten sind, die Partei der Pensionierten, deren Sturmgedanken in der „Post" verbreitet werden. Sie machen Schule in den Vereinigungen der jungen Leute, deren Geist und Gesinnung durch die Schule oder die Universität in diesem Sinne bearbeitet worden ist.

Die Universität, abgesehen von einigen hervorragenden Geistern, entwickelt kriegerische Gedanken. Die Volkswirtschafter weisen an Hand der Statistik nach, Deutschland bedürfe einer seiner industriellen Entwicklung entsprechenden Kolonial- und Handelsmacht. Es gibt fanatische Soziologen, die noch weiter gehen. Nach ihnen ist der bewaffnete Frieden eine erdrückende Last für die Nationen, welche die Verbesserung des Loses der breiten Massen verhindere und den sozialdemokratischen Ansturm begünstige. Frankreich widersetze sich durch seinen hartnäckigen Revanchegedanken der Abrüstung. Es müsse daher ein für allemal für ein Jahrhundert unschädlich gemacht werden, das sei die beste und rascheste Art der Lösung der sozialen Frage.

Geschichtsforscher, Philosophen, politische Schriftsteller und andere Verteidiger der „deutschen Kultur" wollen der Welt eine spezifisch deutsche Denk- und Empfindungsart aufnötigen. Sie wollen die geistige Vorherrschaft erobern, die, nach der Auffassung der hellen Köpfe, Frankreich ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

bleibt. Aus dieser Quelle nährt sich das hohle Geschwätz der Alldeutschen und die Denkart der Kriegervereine, Wehrvereine und anderer derartiger Verbindungen, die so gut bekannt sind, daß darüber kein weiteres Wort verloren zu werden braucht. Es sei nur bemerkt, daß infolge der durch den Vertrag vom 4. November verursachten Unzufriedenheit die Zahl der Mitglieder der Kolonialgesellschaften beträchtlich gestiegen ist.

Endlich gibt es Anhänger des Krieges aus Groll und Rachsucht. Sie sind die Gefährlichsten. Sie rekrutieren sich hauptsächlich aus den Diplomaten. Die deutschen Diplomaten sind in der öffentlichen Meinung sehr übel angeschrieben. Die Erbittertsten sind diejenigen, die seit 1905 an den Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland beteiligt waren; sie häufen die Beschwerden gegen uns an und fügen immer neue hinzu, und sie werden eines schönen Tages in der Kriegspresse Abrechnung halten. Man hat den Eindruck, daß sie diese Beschwerden in Marokko suchen werden, wenn auch ein Zwischenfall jederzeit auf irgendeinem Punkte des Erdballs, wo Frankreich und Deutschland in Berührung kommen, sich ereignen kann.

Sie wollen ihre Rache haben, denn sie beklagen sich, daß sie angeführt worden seien. Während der Beratung der Wehrvorlagen erklärte einer dieser kriegslustigen Diplomaten: „Deutschland wird mit Frankreich erst dann ernsthaft reden können, wenn es alle seine wehrfähigen Männer unter den Waffen haben wird."

Wie wird dieses Vorgehen eingeleitet werden? Die Ansicht ist, selbst in den Kreisen der Alldeutschen, ziemlich verbreitet, mit Rücksicht auf das Defensivbündnissystem und die Stimmung des Kaisers werde Deutschland den Krieg nicht erklären. Aber im gegebenen Moment müsse der Kaiser Frankreich mit allen Mitteln zum Angriff zwingen. Man wird letzteres nötigenfalls beleidigen. Das ist preußische Überlieferung.

Muß der Krieg deshalb als unvermeidlich angesehen werden?

Deutschland wird höchst wahrscheinlich das Wagnis nicht unternehmen, wenn Frankreich vor der Öffentlichkeit den Beweis erbringen kann, daß die „Entente cordiale" und das Bündnis mit Rußland nicht bloß diplomatische Erdichtungen, sondern Tatsachen sind, die wirklich bestehen und sich geltend machen werden. Die englische Flotte flößt einen heilsamen Schrecken ein. Aber man weiß, daß ein Seesieg die Sache nicht entscheiden, sondern daß zu Land die Rechnung endgültig beglichen werden wird.

Rußlands Bedeutung und Gewicht wird heute von der öffentlichen Meinung höher eingeschätzt als vor drei oder vier Jahren, aber in den politischen und militärischen Kreisen glaubt man nicht, daß sein Eingreifen rasch und tatkräftig genug erfolgen könne, um wirksam zu sein.

Die Geister gewöhnen sich so daran, den nächsten Krieg als einen Zweikampf zwischen Frankreich und Deutschland anzusehen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 6

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Stéphen Pichon, Minister des Äußern

Berlin, den 22. November 1913

Aus ganz zuverlässiger Quelle habe ich Kenntnis von einer Unterredung erhalten*, die der Kaiser in Gegenwart des Generalstabschefs General von Moltke vor etwa vierzehn Tagen mit dem König der Belgier gehabt haben soll und von der, wie es scheint, König Albert sehr betroffen gewesen sein soll. Dieser von ihm empfundene Eindruck hat mich keineswegs überrascht, denn er entspricht dem, den ich selbst seit einiger Zeit empfinde: Die feindliche Gesinnung gegen uns verschärft sich, und der Kaiser hat aufgehört, Anhänger des Friedens zu sein.

König Albert dachte bis dahin, wie alle Welt, Wilhelm II., dessen persönlicher Einfluß sich wiederholt in kritischen Augenblicken zugunsten der Aufrechterhaltung des Friedens geltend gemacht hatte, hege immer noch die gleichen Gesinnungen. Diesmal soll er ihn aber vollständig verändert gefunden haben: Der deutsche Kaiser ist in seinen Augen nicht mehr der Verfechter des Friedens gegenüber den kriegerischen Absichten gewisser deutscher Parteien. Wilhelm II. ist zur Auffassung gekommen, daß der Krieg mit Frankreich unvermeidlich sei, und daß es früher oder später dazu kommen müsse. Natürlich glaubt er an die erdrückende Überlegenheit des deutschen Heeres und an seinen sichern Erfolg.

General von Moltke sprach sich genau wie sein Herrscher aus. Auch er erklärte den Krieg als notwendig und unvermeidlich, aber er zeigte sich des Erfolges noch sicherer, „denn," so sagte er zum Könige, „diesmal muß ein Ende gemacht werden, und Ew. Majestät können sich keine Vorstellung davon machen, welch unwiderstehliche Begeisterung an jenem Tage das ganze deutsche Volk mitreißen wird."

Der König von Belgien warf ein, es hieße die Absichten der französischen Regierung entstellen, wenn man sie so wiedergebe, und sich durch die Kundgebungen einiger überspannter Köpfe oder gewissenloser Ränkeschmiede über die wahren Gesinnungen der französischen Nation täuschen lasse.

Der Kaiser und sein Generalstabschef beharrten trotzdem auf ihrem Standpunkte**.

Übrigens schien der Kaiser während dieser Unterredung überarbeitet und gereizt. Mit der zunehmenden Bürde der Jahre gewinnen

---

* Jules Cambon erhielt von dieser Unterredung Kenntnis durch den belgischen Gesandten in Berlin, Baron Beyens. (Vgl. Baron Beyens: L'Allemagne avant la Guerre. G. van Oest et Cie., Paris et Bruxelles, 1917, S. 26.)

** Diese Mitteilung steht im Widerspruch zu einem Bericht des deutschen Militärattachés in Brüssel, Major von Klüber, und einer brieflichen Äußerung des Generals von Moltke in Beantwortung einer Anfrage des Staatssekretärs von Jagow. Vgl. Parlamentarischer Untersuchungsausschuß Heft 2: Militärische Rüstungen, Anlage 54, Seite 95 und Deutsches Weißbuch 1919, Anlage IV, Seite 75.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

die Familientraditionen, die rückschrittlichen Gesinnungen des Hofes und namentlich die Ungeduld der Militärs immer mehr Herrschaft über seinen Geist. Vielleicht empfindet er wer weiß was für eine Eifersucht über die Popularität seines Sohnes, der den Leidenschaften der Alldeutschen schmeichelt und die Stellung des Reiches in der Welt nicht seiner Macht entsprechend findet. Vielleicht ist auch die Antwort Frankreichs auf die letzte Heeres-Vermehrung, deren Zweck war, die unbestrittene Überlegenheit Deutschlands zu schaffen, mit schuld an dieser Verbitterung, denn was man auch sagen mag, man fühlt, daß man schwerlich weiter gehen kann.

Man kann sich fragen, was hinter dieser Unterredung steckt. Der Kaiser und sein Generalstabschef mögen den Zweck verfolgt haben, den König von Belgien zu beeindrucken und ihn zu bestimmen, im Falle eines Konfliktes mit uns keinen Widerstand zu leisten. Vielleicht wolle man auch Belgien gewissen ehrgeizigen Plänen, die man hier mit Bezug auf den Kongo hat, geneigter sehen, aber diese letztere Hypothese scheint mir mit dem Dazwischentreten des Generals von Moltke nicht im Einklang zu stehen.

Übrigens ist Kaiser Wilhelm weniger Herr seiner ungeduldigen Gedanken, als man gemeinhin glaubt. Ich war mehr als einmal dabei, wie ihm seine innersten Gedanken entschlüpften. Was er auch durch die Unterredung, von der mir Kenntnis gegeben wurde, erzielt haben wollte, so hat die vertrauliche Mitteilung nichtsdestoweniger sehr ernsten Charakter. Sie entspricht der Unsicherheit der allgemeinen Lage und dem Zustand eines gewissen Teils der öffentlichen Meinung in Frankreich und Deutschland.

Wenn ich einen Schluß ziehen darf, so möchte ich sagen, daß man gut daran tut, der neuen Tatsache Rechnung zu tragen, daß der Kaiser sich mit einer Denkweise vertraut macht, die ihm früher widerstrebte, und daß wir, um eine ihm geläufige Wendung zu gebrauchen, unser Pulver trocken halten müssen.

Jules Cambon

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

II. Abschnitt

Vorspiel

Vom Tode des Erzherzog-Thronfolgers

(28. Juni 1914)

bis zur Überreichung der österreichischen Note an Serbien

(23. Juli 1914)

Nr. 7

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Wien, den 28. Juni 1914

Soeben gelangt die Nachricht nach Wien, daß der österreichische Erzherzog-Thronfolger und seine Gemahlin heute in Serajewo von einem Studenten, der aus Grahovo stammt, ermordet worden sind. Kurz vor dem Anschlage, dem sie zum Opfer fielen, sind sie noch einem Bombenattentat entgangen, durch das mehrere Offiziere ihres Gefolges verwundet wurden.

Dumaine

Nr. 7a

*Herr Blondel, französischer Gesandter in Bukarest, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen**

Bukarest, den 29. Juni 1914

Die Abendblätter beschäftigen sich mit der Haltung, die die österreichischen amtlichen Stellen gegenüber der slawischen Bevölkerung ein-

* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Les Affaires balkaniques", Tome III, unter Nr. 238.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nehmen werden, die man ohne Zweifel als verantwortlich für das von zwei serbischen Individuen begangene Verbrechen hinstellen wird. Sie fürchten, daß die Regierung den Aufreizungen keinen Widerstand leisten könne, die durch diejenigen hervorgerufen werden, die das serbische Element, unter welcher Form es auch hervortritt, mit ihrem Haß verfolgen. Schon meldet der Telegraph schwere Unruhen in Sarajevo und in anderen Städten Bosniens, in deren Verlauf Serben mißhandelt und Wohnungen der Serben geplündert sein sollen.

Wenn, sagen die Zeitungen, die diese Nachrichten veröffentlichen, die österreichische Regierung nicht schnellstens diesen Kundgebungen Einhalt gebietet, kann sich die Agitation ausbreiten und die Folgen können unberechenbar werden.

Mein serbischer Kollege steht sehr unter dem Eindruck der Situation, die nach seiner Ansicht die Ermordung des Erzherzogs zwischen Österreich und seinem Land geschaffen hat. Österreich, sagte er mir heute morgen, hat nicht gezögert, Serbien Freveltaten zuzuschieben, an denen es unschuldig war; es wird heute nicht zaudern, es für ein Verbrechen verantwortlich zu machen, das nur ein Werk von Tollen oder von Verzweifelten sein kann, die man mehr als Verräter an der serbischen Sache wie als Verteidiger ansehen müsse. Der Zwischenfall Prochaska und der Prozeß von Agram sind leider Präzedenzfälle, die diese Befürchtungen rechtfertigen.

Blondel

Nr. 8

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Wien, den 2. Juli 1914

Das Verbrechen von Sarajevo erregt in den österreichischen militärischen Kreisen und bei allen denen den tiefsten Groll, die Serbien nicht die Stellung lassen wollen, die es sich auf dem Balkan erworben hat.

Die Untersuchung über die Entstehung des Attentats, die man von der Regierung zu Belgrad unter Bedingungen fordern möchte, die mit ihrer Würde unvereinbar wären, würde im Falle einer Weigerung den Grund zu einer militärischen Aktion geben können. Dumaine

Nr. 9

Herr de Manneville, französischer Geschäftsträger in Berlin, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Berlin, den 4. Juli 1914

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts teilte mir gestern mit, und wiederholte es heute dem russischen Botschafter, er hoffe, daß Serbien

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

den Forderungen entsprechen werde, die Österreich zur Ermittelung der Mitschuldigen des Verbrechens von Sarajevo und zu ihrer Verfolgung stellen könnte. Er fügte hinzu, er vertraue darauf, weil Serbien, wenn es anders handle, die Meinung der ganzen zivilisierten Welt gegen sich hätte.

Die deutsche Regierung scheint also die Besorgnisse, die in einem Teile der deutschen Presse über die Möglichkeit einer Spannung zwischen den Regierungen in Wien und Belgrad sich zeigen, nicht zu teilen, oder sie will es sich wenigstens nicht merken lassen.

de Manneville

Nr. 10

Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an den Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen, Herrn René Viviani

Petersburg, den 6. Juli 1914

Im Verlaufe einer Unterhaltung, die Herr Sasonow mit dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger hatte, hat er diesen Diplomaten in freundschaftlicher Weise auf die beunruhigende Erregung aufmerksam gemacht, die die Angriffe der österreichischen Presse gegen Serbien in seinem Lande hervorzurufen drohen.

Als Graf Czernin merken ließ, daß die österreichisch-ungarische Regierung vielleicht genötigt sein würde, auf dem serbischen Gebiete nach den Anstiftern des Attentats von Sarajevo zu fahnden, unterbrach ihn Herr Sasonow. „Kein Land," sagte er, „hat mehr als Rußland unter Attentaten gelitten, die auf fremdem Gebiet vorbereitet wurden. Haben wir uns je angemaßt, gegen irgendein Land ein Verfahren einzuschlagen, wie es Ihre Presse Serbien gegenüber androht? Begeben Sie sich nicht auf diesen Weg."

Möge diese Warnung nicht vergeblich sein.

Paléologue

Nr. 10a

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen**

London, den 8. Juli 1914

Sir E. Grey sagte mir, daß er aus Anlaß der serbischen Umtriebe in Bosnien eine österreichische Démarche in Belgrad befürchte. Ich ent-

* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Les Affaires balkaniques", Tome III, unter Nr. 239.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gegnete ihm, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht geneigt scheine, die Belgrader Regierung für die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers verantwortlich zu machen. Sir E. Grey ist davon überzeugt, aber er fügte hinzu, daß die öffentliche Meinung in Wien derart erregt sei, daß, um ihr Genugtuung zu geben, Graf Berchtold wahrscheinlich gezwungen sein würde, Ermahnungen an die serbische Regierung zu richten, daß eine derartige Démarche jedenfalls Empfindlichkeiten in Serbien und rückwirkend in Rußland wachrufen würde. Diese Situation gibt ihm keinen Anlaß zur Beunruhigung. Paul Cambon

Nr. 10b

*Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen**

Wien, den 8. Juli 1914

Nach meinem russischen Kollegen, der viel ruhiger ist, als ich erwartete, wird die österreichisch-ungarische Regierung dem Druck der Militärpartei, die Serbien eine gerichtliche Untersuchung der Ursachen des Verbrechens von Bosna-Serai auferlegen möchte, nicht nachgeben; der Einfluß des alten Kaisers wird ohne Zweifel jede Absicht einer androhenden Démarche verhindern. Wenn Unvorsichtigkeit und Fahrlässigkeit vorhanden waren, so sind es die amtlichen Stellen in Bosnien, die in erster Linie verantwortlich sind. Man sieht sich genötigt, das zuzugeben.

Die Rückkehr des österreichischen Gesandten nach Belgrad und die Wiederaufnahme der Diskussionen über die Frage der orientalischen Eisenbahn, sind Symptome der Beruhigung.

Was die fortdauernden Straßendemonstrationen anbetrifft, so gehen sie vor allem von Deutsch-Böhmen aus, die der Eröffnung von tschechischen Schulen in Wien feindlich gegenüberstehen. Dumaine

Nr. 10c

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, an den französischen Botschafter in London, Herrn Paul Cambon***

Paris, den 9. Juli 1914

Der russische Botschafter in Wien hat durchaus die Empfindung, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht dem Druck der Militärpartei

---

* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Les Affaires balkaniques", Tome III, unter Nr. 240.

** Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Les Affaires balkaniques", Tome III, unter Nr. 241.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nachgeben wird, die Serbien eine gerichtliche Untersuchung der Ursachen des Attentats von Sarajevo auferlegen wollte; man ist in Wien überzeugt, daß die Fahrlässigkeit der bosnischen Behörden zum Teil verantwortlich ist. Die Rückkehr des österreichischen Gesandten nach Belgrad und die Wiederaufnahme der Diskussion über die Frage der orientalischen Eisenbahn sind ebenfalls Anzeichen der Beruhigung.

René Viviani

Nr. 10d

Herr Thiebault, französischer Gesandter in Stockholm, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

(Telegrammauszug)*

Stockholm, den 10. Juli 1914

„Ein Wort der Beruhigung, das der Präsident der Republik, bei seinem Aufenthalt in Stockholm auf der Rückreise von Petersburg, Schweden vom Zaren mitteilen würde, könnte es in Sicherheit wiegen über die Absichten Rußlands und es wieder zu einer gerechteren Beurteilung seiner nationalen Interessen zurückführen. Die russische Regierung hat bereits ihre Zustimmung zu dieser Anregung erteilt. Je ausdrücklicher in dieser Hinsicht die Versicherungen sein werden, die der Präsident während seines Aufenthaltes empfangen wird, und derart die schwedische Regierung zufriedenzustellen, um so mehr wird man Grund zur Hoffnung auf eine Entspannung zwischen beiden Ländern haben, die gestatten würde, die gefährlichen Reibungen zu vermeiden. Unsere Allianz würde so eine notwendige Aktionsfreiheit wiedergewinnen und naturgemäß die Bemühungen derjenigen entmutigen, die versuchen möchten, den allgemeinen Frieden zu stören."

Thiebault

Nr. 11

Herr d'Apchier le Maugin, französ. Generalkonsul in Budapest, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Budapest, den 11. Juli 1914

Auf eine Interpellation in der Kammer über den Stand der österreichisch-serbischen Frage erklärte Herr Tisza, daß vor allem das Ergebnis

* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht bei E. Bourgeois et G. Pagès: Les Origines et les Responsabilités de la grande Guerre, Librairie Hachette, Paris 1922, S. 7. (Deutsche Ausgabe bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der gerichtlichen Untersuchung, über die er sich weigerte, zur Stunde irgendwelchen Aufschluß zu geben, abgewartet werden müsse. Die Kammer hat ihm ganz zugestimmt. Er zeigte sich ebenso zurückhaltend über die bei der Ministerzusammenkunft in Wien gefaßten Beschlüsse, und ließ nicht erkennen, ob dem Plan eines Schrittes in Belgrad, von der die Blätter der ganzen Welt sprechen, Folge gegeben werde oder nicht. Die Kammer hat abermals zugestimmt.

Was den erwähnten Schritt betrifft, so scheint eine Parole ausgegeben worden zu sein, um dessen Tragweite abzuschwächen: der ungarische Zorn ist in den heftigen Zeitungsartikeln, die jetzt einstimmig von dem Schritte als gefährlich abraten, gleichsam verpufft. Die halbamtlichen Zeitungen besonders wünschen, daß an Stelle des bedrohlich klingenden Wortes „Schritt" („démarche") der ihrer Ansicht nach freundlichere und höflichere Ausdruck „Besprechungen" („Pourparlers") trete. So sieht augenblicklich amtlich alles nach Frieden aus.

Nach Frieden sieht in den Zeitungen alles aus; aber die Mehrheit der Bevölkerung glaubt hier an den Krieg und fürchtet ihn. Übrigens haben mir Leute, in die ich mit Recht volles Vertrauen setze, versichert, daß täglich Kanonen und Munition massenhaft nach der Grenze abgehen. Dieses Gerücht ist mir, mag es nun wahr sein oder nicht, mit übereinstimmenden Einzelheiten von verschiedenen Seiten zugetragen worden. Jedenfalls zeigt es, welcher Art die allgemeinen Besorgnisse sind. Die Regierung, mag sie aufrichtig den Frieden wünschen, oder mag sie einen Streich vorbereiten, tut jetzt ihr Möglichstes, um diese Besorgnisse zu beschwichtigen. Deshalb haben auch die Blätter, die der Regierung nahestehen, ihren Ton allmählich erst um eine Note, dann um zwei Noten herabgestimmt, so daß sie jetzt beinahe optimistisch sind. Sie selbst aber hatten nach Lust und Gutfinden Alarmnachrichten verbreitet. Ihr bestellter Optimismus findet gegenwärtig keinen Widerhall. Die Nervosität der Börse, ein nicht zu vernachlässigender Barometer, liefert hierfür einen sichern Beweis: die Wertpapiere sind ohne Ausnahme unglaublich gefallen; die ungarische 4 % Rente notierte gestern 79,95, ein Kurs, wie er seit der ersten Emission nie verzeichnet worden ist.

d'Apchier le Maugin

Nr. 12

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern

Wien, den 15. Juli 1914

Gewisse Wiener Zeitungen erklären in der Besprechung der militärischen Organisation Frankreichs und Rußlands diese beiden Staaten

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

außerstande in den europäischen Angelegenheiten ein Wort mitzureden; das würde es der von Deutschland unterstützten Doppelmonarchie angenehm leicht machen, Serbien die ihr gutdünkende Behandlung angedeihen zu lassen. Die „Militärische Rundschau" gesteht es ohne Umschweife zu: „Der Augenblick ist uns noch günstig. Wenn wir uns jetzt nicht für den Krieg entscheiden, wird der Krieg, den wir in spätestens zwei oder drei Jahren führen müssen, unter viel weniger günstigen Umständen begonnen werden. Gegenwärtig liegt die Initiative in unserer Hand: Rußland ist nicht bereit; die moralischen Faktoren und das gute Recht sind auf unserer Seite, ebenso die Kraft. Da wir doch eines Tages den Kampf werden annehmen müssen, so wollen wir ihn sogleich herbeiführen. Unser Ansehen, unsere Großmachtstellung, unsere Ehre stehen auf dem Spiele. Ja, noch mehr, denn wahrscheinlich würde es sich um unsere Existenz, um Sein oder Nichtsein handeln. Das ist heute die große Frage."

Indem sie sich selbst überbietet, greift die „Neue Freie Presse" von heute den Grafen Tisza wegen der Mäßigung seiner zweiten Rede an, in der er gesagt hat: „Unsere Beziehungen zu Serbien müßten geklärt werden." Diese Worte erregen ihre Entrüstung. Für sie kann Beruhigung und Sicherheit sich nur aus einem Kriege bis aufs Messer gegen den Panserbismus erheben, und im Namen der Menschheit fordert sie die Ausrottung der verruchten serbischen Rasse.

Dumaine

Nr. 13

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Wien, den 19. Juli 1914

Der Konsulatskanzler, der mir seinen Halbjahrsbericht überreichte, in dem er die verschiedenen Erscheinungen wirtschaftlicher Natur, die seit Jahresbeginn den Gegenstand seiner Studien bildeten, zusammengestellt hat, fügt ihm einen politischen Teil bei, der aus ernster Quelle stammt.

Ich habe ihn ersucht, kurz die von ihm gesammelten Erkundigungen über die nächster Tage erwartete Übergabe der österreichischen Note an Serbien zusammenzustellen, die die Zeitungen seit einigen Tagen beharrlich ankündigen.

Sie finden in der Anlage diese Zusammenstellung, die wegen ihrer Genauigkeit beachtenswert ist.

Dumaine

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 14

Notiz
(Auszug aus einem Konsularbericht über die wirtschaftliche und politische Lage in Österreich)

Wien, den 20. Juli 1914

Aus Mitteilungen einer Persönlichkeit, die über die öffentlichen Angelegenheiten außerordentlich gut auf dem Laufenden ist, erhellt, daß die französische Regierung falsch handeln würde, wollte sie den optimistischen Ausstreuungen irgendwelchen Wert beimessen: man wird viel von Serbien verlangen, man wird ihm die Auflösung mehrerer Propagandagesellschaften auferlegen, man wird von ihm die Unterdrückung des Nationalismus, die Grenzüberwachung in Zusammenarbeit mit österreichischen Kommissaren, Polizeimaßnahmen gegen die Schulen hinsichtlich des antiösterreichischen Geistes verlangen, und sehr schwer wird eine Regierung darin einwilligen, in dieser Weise den Gendarmen einer auswärtigen Regierung zu machen. Man rechnet mit Ausflüchten, durch die Serbien zweifellos sich einer klaren und direkten Antwort wird entziehen wollen; man wird ihm daher wahrscheinlich eine kurze Frist stellen, sich zu erklären, ob es annimmt oder nicht. Der Ton der Note und ihre imperative Form* geben die beinahe sichere Bürgschaft, daß Belgrad ablehnen wird. Dann wird man militärisch vorgehen.

Hier sowohl als in Berlin gibt es gewisse Kreise, die sich mit dem Gedanken eines großen Konfliktes befreundet haben, mit anderen Worten also mit einem Weltbrande. Der leitende Gedanke ist allem Anscheine nach der, daß man losschlagen müsse, bevor Rußland mit der Vervollkommnung seiner Heereseinrichtungen und dem Ausbau seiner Eisenbahnen zu Ende sei und bevor Frankreich seine militärische Organisation durchgeführt habe. Aber hier besteht in den höheren Kreisen keine einheitliche Meinung darüber. Graf Berchtold und die Diplomaten möchten sich auf eine Operation gegen Serbien beschränken. Indes muß jede Möglichkeit ins Auge gefaßt werden. Man macht auf eine eigentümliche Tatsache aufmerksam: Die amtliche Telegraphenagentur pflegt gewöhnlich in ihrer Übersicht und Inhaltsangabe der ausländischen Presse nur die halbamtlichen Zeitungen und die hervorragendsten Blätter anzuführen und berücksichtigt oder erwähnt die anderen gar nicht. Dies ist hier eine Regel, eine Überlieferung. Seit etwa zehn Tagen nun liefert dieselbe amtliche Agentur den österreichischen Zeitungen eine vollständige Übersicht über die gesamte serbische Presse, wobei sie auch die unbekanntesten, kleinsten und unbedeutendsten, die gerade deshalb eine freiere, kühnere, aggressivere und oft beleidigende Sprache führen, in großem Maße berücksichtigt.

* Dieser Konsularbericht zeigt, vorausgesetzt, daß er echt ist, daß man auf Seiten der Entente sehr gut über den wahrscheinlichen Inhalt der bevorstehenden österreichischen Note an Serbien unterrichtet war.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dieses Vorgehen der amtlichen Agentur verfolgt sichtlich den Zweck, das öffentliche Empfinden aufzustacheln und eine dem Kriege günstige Stimmung zu schaffen. Diese Tatsache ist bezeichnend.

Nr. 15

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern**

Berlin, den 21. Juli 1914

Es kommt mir zu Ohren, daß der serbische Vertreter in Berlin gestern in der Wilhelmstraße einen Schritt unternommen hat**, um zu erklären, daß seine Regierung bereit wäre, dem mit dem Attentat von Sarajevo begründeten Ansuchen Österreichs zu entsprechen, vorausgesetzt, daß es nur gerichtliche Schritte zur Unterdrückung und Verhütung politischer Attentate verlange. Er sei aber beauftragt, die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß es gefährlich wäre, danach zu trachten, durch die begehrte Untersuchung das Ansehen Serbiens zu untergraben.

Ich kann Euer Exzellenz im Vertrauen noch mitteilen, daß der russische Geschäftsträger bei dem heutigen diplomatischen Empfange Herrn von Jagow von dieser Sache gesprochen hat. Er sagte ihm, er vermute, die deutsche Regierung kenne zur Stunde die von Österreich vorbereitete Note genau und sei daher imstande, die Versicherung abzugeben, daß die österreichisch-serbischen Schwierigkeiten lokalisiert werden würden. Der Staatssekretär beteuerte, daß ihm der Inhalt der Note ganz unbekannt sei und sprach sich mir gegenüber in dem gleichen Sinne aus. Ich habe über eine Erklärung nur staunen müssen, die so wenig mit dem übereinstimmte, was die Umstände uns vermuten lassen.

Man hat mir übrigens versichert, daß Vorankündigungen der Mobilisation, die Deutschland, solange eine Spannung anhält, in eine Art Vorbereitung versetzen, hier sogleich an alle Klassen, die sie in solchen Fällen erhalten müssen, bereits ergangen sind. Es ist dies eine Maßregel, zu der die Deutschen, ihrer Gewohnheit gemäß, greifen können, ohne Indiskretionen befürchten zu müssen und ohne die Bevölkerung dadurch aufzuregen: Sie hat nicht einen sensationellen Charakter und es folgt ihr auch nicht notwendigerweise die wirkliche Mobilisation, wie wir es schon gesehen haben; sie ist aber nichtsdestoweniger bedeutungsvoll***.

Jules Cambon

---

* Nach einer Aussage des Kriegsministers Messimy soll dieses Telegramm erst am Abend des 23. Juli oder am Morgen des 24. Juli am Quai d'Orsay angekommen sein. Ein handschriftlicher Auszug von Bienvenu-Martin wurde dem Kriegsministerium am 28. Juli zugestellt. (Raymond Recouly: Les Heures tragiques d'Avant-Guerre, La Renaissance du Livre, Paris 1922, S. 71f.)

** Vgl. hierzu: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, herausgegeben im Auftrage des Auswärtigen Amtes von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin Nr. 86, 91 und 95.

*** Diese unrichtige Meldung Jules Cambons geht zurück auf ein Gerücht, das dem

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 15a

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in Berlin, London, St. Petersburg, Rom und Wien

(Telegrammauszug*)

Paris, den 21. Juli 1914

Der italienische Geschäftsträger verständigte mich über die auf Einladung des Kaisers erfolgende Reise des Königs von Italien nach Deutschland im Monat September. Er bemerkte mir gegenüber, daß diese Reise keinen politischen Charakter trage und daß der König von keinem Minister begleitet sein werde. Diese Mitteilung ist der französischen Regierung vertraulich gemacht worden, um ungenaue Kommentare und Pressepolemiken zu vermeiden.

Nr. 16

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, nach London, St. Petersburg, Wien und Rom

Paris, den 21. Juli 1914

Ich mache Sie besonders auf die Nachrichten aufmerksam, die ich von Berlin erhalte: der französische Botschafter meldet die außerordentliche Schwäche der gestrigen Berliner Börse und schreibt dies den Besorgnissen zu, die die serbische Frage zu erregen beginnt.

Herr Jules Cambon hat sehr ernste Gründe zu der Annahme, Deutschland werde, wenn Österreich den nach dem Attentate von Sarajevo für nötig erachteten Schritt in Belgrad unternimmt, den Bundesgenossen mit seinem ganzen Ansehen unterstützen, ohne zu versuchen, die Vermittlerrolle zu spielen.

Bienvenu-Martin

---

französischen Marineattaché von seinem englischen Kollegen übermittelt und auch dem russischen Geschäftsträger Bronewski mitgeteilt wurde. (Vergleiche dazu den Bericht Bronewskis vom 9./22. Juli 1914: Das Russische Orangebuch von 1914, ergänzt durch die inzwischen bekanntgewordenen neuen Dokumente, herausgegeben von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin, Nr. 6.)

Die unrichtige Meldung des französischen Botschafters, die auch einen der Anklagepunkte des Rapport der Ententekommission vom 29. März 1914 bildete, ist eingehend widerlegt worden von Alfred von Wegerer in seiner Arbeit: „Ein Irrtum der Entente-Kommission", im Septemberheft 1923 der Monatsschrift: „Die Kriegsschuldfrage", Vgl. Anhang II Seite 205.

* Dieses Dokument ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 50.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 17

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Wien und Rom

Paris, den 22. Juli 1914

Herr Jules Cambon, der sich bei Herrn von Jagow über den Inhalt der österreichischen Note an Belgrad erkundigte, erhielt von ihm die Antwort, daß ihm deren Wortlaut gänzlich unbekannt sei. Unser Botschafter hat seine große Überraschung hierüber geäußert. Er stellt fest, daß die Baisse an der Berliner Börse anhält und pessimistische Nachrichten umlaufen.

Herr Barrère hat die gleiche Frage an den Marquis di San Giuliano gerichtet*, der sich darüber besorgt zeigt und versichert, er wirke in Wien dahin, daß von Serbien nur realisierbare Dinge gefordert werden, wie z. B. die Auflösung des bosnischen Klubs, und nicht eine gerichtliche Untersuchung über die Ursachen des Attentates zu Sarajevo.

Unter den jetzigen Umständen ist die günstigste Vermutung, der man sich hingeben kann, die, daß die Wiener Regierung unter dem Drucke der Presse und der Militärpartei von Serbien durch vorläufige, direkte oder indirekte Einschüchterung das Maximum an Zugeständnissen zu erlangen sucht und sich dabei auf Deutschland stützt.

Ich habe den französischen Botschafter in Wien gebeten*, seinen ganzen Einfluß bei dem Grafen Berchtold aufzubieten und ihn in freundschaftlichem Tone darauf aufmerksam zu machen, wie sehr eine Mäßigung der österreichischen Regierung von Europa geschätzt würde, und welche Folgen ein brutaler Druck auf Serbien haben könnte.

Bienvenu-Martin

Nr. 18

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Wien, den 22. Juli 1914**

Man weiß noch nicht, welche Entscheidungen Graf Berchtold, der seinen Aufenthalt in Ischl verlängert, von dem Kaiser zu erlangen sucht. Man schrieb der Regierung die Absicht zu, mit der größten Strenge gegen Serbien vorzugehen, damit ein für allemal aufzuräumen, es „wie ein zweites Polen zu behandeln". Acht Armeekorps sollen bereit sein, ins Feld zu

* Die entsprechenden Telegramme fehlen im französischen Gelbbuch von 1914.

** Dieses Telegramm ist in Wien am 22. Juli, 4 Uhr 30 aufgegeben worden. (Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 127.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

rücken; Herr Tisza jedoch, dem die Agitation in Kroatien Besorgnis einflößt, hätte energisch interveniert.

Auf alle Fälle glaubt man, daß der Schritt in Belgrad diese Woche erfolgen wird. Die Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung hinsichtlich der Bestrafung des Attentats und bestimmter Garantien für Überwachung und Polizei scheinen für die Würde der Serben annehmbar; Herr Jovanowitsch glaubt, daß sie angenommen werden. Herr Pasitsch wünscht ein friedliches Arrangement, erklärt sich aber zu jedem Widerstand vorbereitet. Er hat Vertrauen auf die Stärke der serbischen Armee, er rechnet außerdem darauf, daß alle Slawen der Monarchie vereint darauf hinwirken werden, den Schlag gegen sein Land unwirksam zu machen.

Außer im Fall einer völligen Verblendung müßte man hier einsehen, daß ein Gewaltstreich die größten Aussichten bietet, sowohl den österreichisch-ungarischen Truppen als auch dem schon so gefährdeten Zusammenhalt der von dem Kaiser beherrschten Nationalitäten verderblich zu werden.

Der deutsche Botschafter, Herr von Tschirschky, zeigt sich als Anhänger auf Gewalt abzielender Beschlüsse, wobei er jedoch gern durchblicken läßt, daß die Reichskanzlei nicht so ganz mit ihm in diesem Punkt einverstanden sei. Der russische Botschafter, der gestern auf Grund der ihm vom Minister des Auswärtigen gegebenen beruhigenden Versicherungen aufs Land gereist ist, hat mir anvertraut, daß seine Regierung gegen Schritte betr. die Bestrafung der Schuldigen und die Auflösung der offenkundig revolutionären Vereine nichts einwenden wird, daß sie aber keine Forderungen zulassen könnte, die für das serbische Nationalgefühl demütigend sein würden.

Dumaine

Nr. 19

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an den stellvertretenden Minister des Auswärtigen, Herrn Bienvenu-Martin

London, den 22. Juli 1914

Ew. Exzellenz haben die Liebenswürdigkeit gehabt, mir die Eindrücke mitzuteilen, die unser Botschafter in Berlin hinsichtlich der Folgen des Schrittes empfangen hat, den die österreichisch-ungarische Regierung in Belgrad zu tun sich anschickt.

Diese Eindrücke sind mir durch eine Unterredung bestätigt worden, die ich gestern mit dem leitenden Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten gehabt habe. Sir E. Grey sagte mir, er habe den Besuch des deutschen Botschafters empfangen, der ihm erklärt hat, daß man in

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Berlin auf einen Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung bei der serbischen Regierung vorbereitet sei. Fürst Lichnowsky hat versichert, daß die deutsche Regierung sich bemühe, das Wiener Kabinett zurückzuhalten und zu mäßigen, daß es ihr aber bis jetzt nicht gelungen sei und daß sie nicht ohne Besorgnisse über die Folgen eines solchen Schrittes ist. Sir E. Grey antwortete dem Fürsten Lichnowsky, daß er wohl annehmen dürfe, daß sich die österreichisch-ungarische Regierung, bevor sie in Belgrad interveniere, über die Umstände des Komplottes, dem der Erzherzog-Thronfolger und die Herzogin von Hohenberg zum Opfer fielen, wohl unterrichtet und sich auch darüber vergewissert habe, daß die serbische Regierung davon Kenntnis hatte und nicht alles getan habe, was an ihr lag, um seine Ausführung zu verhindern. Denn wenn nicht der Beweis erbracht werden könne, daß die serbische Regierung bis zu einem gewissen Grade auch verantwortlich sei, so würde die Intervention der österreichisch-ungarischen Regierung sich nicht rechtfertigen lassen, und die europäische Meinung würde sich gegen sie wenden.

Die Mitteilung des Fürsten Lichnowsky hatte bei Sir E. Grey besorgniserregenden Eindruck hinterlassen, den er mir nicht verhehlte. Den gleichen Eindruck habe der italienische Botschafter, der ebenfalls die Möglichkeit einer neuen Spannung in den österreichisch-serbischen Beziehungen fürchtet.

Heute morgen erhielt ich den Besuch des serbischen Gesandten, der die Besorgnisse des Sir E. Grey ebenfalls teilt. Er fürchtet, Österreich werde die serbische Regierung vor Forderungen stellen, deren Annahme ohne Protest ihre Würde und besonders die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung nicht gestatten würde. Als ich ihm die Ruhe entgegenhielt, die in Wien herrsche, und die von allen dort akkreditierten Botschaftern bestätigt werde, antwortete er mir, diese offizielle Ruhe sei nur scheinbar und verberge äußerst feindliche Absichten gegen Serbien. Wenn nun, fügte er weiter hinzu, diese Absichten sich in einem Schritte äußerten, der über das wünschenswerte Maß hinausginge, so würde man mit der serbischen öffentlichen Stimmung rechnen müssen, die durch schlechte Behandlung Serbiens durch Österreich überreizt sei und durch die noch frische Erinnerung an zwei siegreiche Kriege nicht duldsamer geworden sei. Trotz der Opfer, die Serbien seine letzten Siege gekostet haben, vermag es immer noch 400000 Mann aufzustellen, und die öffentliche Meinung, die das weiß, ist nicht geneigt, eine Demütigung hinzunehmen.

Sir E. Grey ersuchte in seiner Unterredung den österreichisch-ungarischen Botschafter, seiner Regierung zu empfehlen, zur Vermeidung neuer Verwicklungen die nötige und vorsichtige Mäßigung nicht außer acht zu lassen, von Serbien nur die Maßnahmen zu verlangen, zu denen es sich vernünftigerweise verstehen könne, und sich nicht hinreißen zu lassen, über dieses Maß hinauszugehen.

Paul Cambon

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 20

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, nach London, Berlin, St. Petersburg und Rom.

Paris, den 23. Juli 1914

Nach den durch den französischen Botschafter in Wien eingezogenen Nachrichten lag es ursprünglich in der Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung, mit der größten Strenge gegen Serbien vorzugehen; sie hält deshalb acht Armeekorps bereit ins Feld zu ziehen.

Die jetzigen Dispositionen sollen verträglicheren Charakter tragen: Herr Dumaine, den ich beauftragt habe, die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung auf die in Europa entstandene Unruhe zu lenken, erhielt auf seine Frage von dem Freiherrn Macchio die Versicherung, der Ton der österreichischen Note und die darin gestellten Forderungen ließen auf eine friedliche Lösung rechnen. Ich weiß nicht, wie weit man diesen Versicherungen Glauben beimessen kann, wenn man die Gepflogenheiten der kaiserlichen Kanzlei in Betracht zieht.

Jedenfalls wird die österreichische Note in kürzester Frist übergeben werden. Der serbische Gesandte glaubt, Herr Pasitsch werde, aus Wunsch nach einer Verständigung, die auf die Bestrafung des Attentats und die Garantien für die Überwachung und die Polizei abzielenden Forderungen annehmen, aber alles zurückweisen, was die Souveränität und die Würde des Landes antasten würde.

In den diplomatischen Kreisen Wiens redet der deutsche Botschafter Gewaltmaßregeln das Wort, wobei er immerhin zugibt, daß die Reichskanzlei in diesem Punkte vielleicht nicht ganz mit ihm einig gehe. Der russische Botschafter ist im Vertrauen auf die ihm gemachten Zusicherungen von Wien abgereist und hat vor seiner Abreise Herrn Dumaine anvertraut, daß seine Regierung gegen die Bestrafung der Schuldigen und gegen die Auflösung der revolutionären Vereine keine Einwendungen erheben werde, daß sie aber Forderungen, die für das Nationalgefühl der Serben demütigend wären, nicht dulden könnte. Bienvenu-Martin

Nr. 21

Herr Allizé, französischer Gesandter in München, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

München, den 23. Juli 1914

Die bayrische Presse scheint zu glauben, daß eine friedliche Lösung des österreichisch-serbischen Zwischenfalles nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich ist. In den offiziellen Kreisen hingegen trägt man seit einiger Zeit mit mehr oder weniger Aufrichtigkeit einen wirklichen Pessimismus zur Schau.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Ministerpräsident insbesondere sagte mir heute, daß die österreichische Note, von der er Kenntnis erhalten habe*, seiner Ansicht nach

* Der bayerische Ministerpräsident, Graf Hertling, war durch den Bericht des bayerischen Geschäftsträgers in Berlin, von Schoen, vom 18. Juli 1914 (Deutsche Dokumente, a. a. O. Anhang IV, Nr. 2) über einige Hauptpunkte des österreichischen Ultimatums an Serbien unterrichtet worden. Als im Dezember 1914 die ersten Auszüge aus dem französischen Gelbbuch durch die Pariser Presse bekannt wurden, wandte sich der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenfeld, in nachstehendem Schreiben an den Grafen Hertling:

Berlin, den 9. Dezember 1914

Hochverehrtester Freund!

Das französische Gelbbuch liegt hier noch nicht vor. Die Zeitungen haben aber bereits Auszüge gebracht. Der des „Matin" erwähnt eine Unterredung zwischen Euer Exzellenz und dem französischen Geschäftsträger, Herrn Allizé, die auch in deutschen Zeitungen gemeldet wird. Nach dem Matin-Auszug hätten Eure Exzellenz Herrn Allizé gesagt, daß Ihnen das österreichische Ultimatum bekannt sei. Nach dem „Berliner Tageblatt" hätte Ihre Mitteilung gelautet, daß das Ultimatum Ihnen in seinen Hauptzügen bekannt sei und Sie die Lage für ernst hielten.

Ich lege die erwähnten Ausschnitte samt einem Ausschnitt aus der „Times" in der Anlage vor.

Heute hat mich Graf Wedel auf die Sache angeredet und bemerkt, daß diese Zeitungsmeldungen hier großes Aufsehen erregt hätten. Das Auswärtige Amt habe allen Staaten und der Öffentlichkeit gegenüber immer daran festgehalten, daß ihm das österreichische Ultimatum vor seiner Überreichung in Belgrad nicht bekannt gewesen sei. Dieses Gebäude, das für die Stellung des Reiches den jetzigen Feinden gegenüber wichtig sei, würde durch die Äußerung Euer Exzellenz an Herrn Allizé, wenn sie unwiderlegt bliebe, umgestürzt.

Ich habe Graf Wedel erwidert, daß Euer Exzellenz das Ultimatum sicherlich nicht gekannt hätten. Wenn die Unterredung mit Herrn Allizé überhaupt stattgefunden hätte, was ich nicht wisse, so würden Eure Exzellenz diesem gewiß nur gesagt haben, daß Österreich, wie die Dinge liegen, ernste Garantien von Serbien verlangen müsse, und daß hiernach die Lage ernst sei.

Nun ist mir aus den Akten bekannt, daß Euer Exzellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers, Herrn von Schoen, vom 18. Juli ds. J. Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatumsnote ersehen hatten. Schoen hat aber in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland behaupten werde, es sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden wie alle anderen Mächte. Dabei muß es selbstredend bleiben, und es muß daher auf alle Fälle bestritten werden, daß Euer Exzellenz den Inhalt des Ultimatums vor seiner Überreichung gekannt haben. Denn, wie der „Matin" sagt, kann nicht angenommen werden, daß das, was man in München wußte, nicht in Berlin bekannt gewesen wäre ... que le Gouvernement bavarois qui ne pouvait avoir de secret pour Berlin ...

Ich erwarte nun den Befehl, was ich dem Grafen Wedel auf seine Anfrage antworten soll. Dem Ausland gegenüber muß, wie schon gesagt, auf alle Fälle alles bestritten werden. Was die Stellung gegenüber dem hiesigen Auswärtigen Amt betrifft, so dürfte hier in Betracht kommen, daß die österreichische Note in Belgrad am 23. Juli, also am selben Tage in Belgrad übergeben worden ist, an dem die angebliche Unterredung Euer Exzellenz mit Herrn Allizé stattgefunden haben soll. Ferner, daß schon vorher einiges aus der Note am Tage vor dem 23. in der Presse durchgesickert war. („Münchener Neueste Nachrichten" vom 22. Juli, Vorblatt Nr. 370, S. 1 „Vor einer neuen Krisis".) Es wird in diesem Artikel von der Unterdrückung der verbrecherischen Propaganda in Serbien gesprochen. Die Lage war also ernst und es muß verständlich sein, wenn Euer Exzellenz den französischen Geschäftsträger darauf aufmerksam gemacht haben. Es

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in einer für Serbien annehmbaren Form abgefaßt sei, daß ihm aber die gegenwärtige Lage nichtsdestoweniger als sehr ernst erscheine.

Allizé

---

ist endlich auch möglich, daß Unterstaatssekretär Zimmermann sich der Unterredung mit Schoen (18. Juli) nicht mehr erinnert, und daß man den Bericht Schoens vom gleichen Tage ignorierte. Aber darauf ist kein Verlaß. Es scheint mir deshalb nicht zu empfehlen, dem Auswärtigen Amt jede Kenntnis der österreichischen Note in Abrede zu stellen. Aber ebensowenig notwendig, des Berichtes Schoens Erwähnung zu tun, wenn nicht darnach gefragt wird.

Aber Euer Exzellenz werden dies alles am besten selbst ermessen, und ich bitte, meine Vorschläge nur meiner guten Absicht anzurechnen, die Sache möglichst glatt aus der Welt geschafft zu sehen.

Noch eines möchte ich bemerken: Es wird wohl darauf hinauslaufen, daß eine Richtigstellung in der Bayerischen Landeszeitung erscheint. Vielleicht senden mir Euer Exzellenz gleich mit der Antwort auf diesen Brief einen Entwurf einer solchen Erklärung, den ich im Auswärtigen Amt zur Sprache bringen kann.

In treuer Verehrung

Euer Exzellenz

treu ergebener

Graf Lerchenfeld

(Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, herausgegeben von Dr. P. Dirr. Dritte erweiterte Auflage. Verlag R. Oldenbourg, München und Berlin, S. 202f.)

Darauf erwiderte Graf Hertling:

München, den 11. Dezember 1914

Hochverehrter Freund!

Besten Dank für Ihren Brief vom 9. ds. Mts. und für die darin gegebenen wertvollen Anregungen. In der gleichen Angelegenheit war gestern Herr v. Treutler, der sich einige Tage hier aufgehalten hat, bei mir und erkundigte sich im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach dem Sachverhalt. Ich kann nur wiederholt erklären, daß es mir unerfindlich ist, wie die fragliche Bemerkung in das Gelbbuch gekommen sein mag, wenn nicht auch hier wieder eine absichtliche Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse vorliegt. Alles, was ich von dem zu erwartenden österreichischen Ultimatum wußte, beruhte auf dem Bericht des Herrn v. Schoen vom 18. Juli. Wie der Inhalt dieses Berichtes ergibt, war damals noch gar nicht gewiß, zu welchen Forderungen sich Österreich tatsächlich entschließen wird. Gleich eingangs heißt es in dem Bericht von der seitens der österreichisch-ungarischen Regierung „beabsichtigten Auseinandersetzung mit Serbien"; an einer späteren Stelle sind einige österreichische Forderungen angeführt, jedoch mit dem Beifügen „soweit bis jetzt feststeht". Weiter findet sich der bemerkenswerte Vorbehalt, „ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn v. Zimmermann noch immer zweifelhaft."

Daß ich bei so wenig bestimmten Mitteilungen über das Ultimatum Herrn Allizé gegenüber erklärt haben sollte, das Ultimatum sei mir bekannt, ist ganz ausgeschlossen. Auch die Hauptzüge des Ultimatums waren mir nicht bekannt, wie ein Vergleich der in dem Bericht des Herrn v. Schoen mitgeteilten voraussichtlich drei Forderungspunkten mit den tatsächlich zehn Punkten des Ultimatums ohne weiteres ergibt. Dazu kommt, daß mit das Wesentlichste des österreichischen Ultimatums dessen außergewöhnlich scharfe Fassung war, von der ich natürlich auch keine Kenntnis hatte.

Nach allem wäre ich in der Lage, mit gutem Gewissen die im Entwurf anliegende halbamtliche Erklärung veröffentlichen zu lassen, die dann gleichzeitig der „Norddeut-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

schen Allgemeinen Zeitung" und durch Wolff-Bureau in der Presse verbreitet werden könnte. Euer Exzellenz darf ich ergebenst ersuchen, hierüber alsbald mit dem Auswärtigen Amt ins Benehmen zu treten. Ich werde dann morgen Samstag, 12. Dezember, um 1 Uhr bei Ihnen antelephonieren, so daß im Falle des Einverständnisses des Auswärtigen Amtes die halbamtliche Erklärung noch morgen abend in die Staatszeitung kommen könnte.

Von dem Berichte des Herrn v. Schoen vom 18. Juli wird wohl dem Auswärtigen Amt gegenüber um so mehr Gebrauch gemacht werden können, als ich über denselben auch mit Herrn v. Treutler sprach, so daß das Auswärtige Amt auf diesem Wege wahrscheinlich davon Kenntnis hat.

Mit besten Grüßen

Euer Exzellenz ergebenster

Hertling

(Bayerische Dokumente a. a. O. S. 203f.)

Die im Hertlingschen Schreiben angekündigte amtliche Erklärung erschien in der „Bayerischen Staatszeitung" in folgender Form:

12. Dezember 1914

Das französische Gelbbuch und das österreichische Ultimatum an Serbien

Aus dem französischen Gelbbuch, das in seinem offiziellen Wortlaut hier noch nicht bekannt ist, haben französische und englische Zeitungen Auszüge gebracht, die auch in der deutschen Presse besprochen werden. In diesen Auszügen findet sich die Behauptung, daß der bayerischen Regierung das österreichische Ultimatum vor Überreichung der betreffenden Note an die serbische Regierung bekannt gewesen sei, oder, wie eine andere Lesart lautet, daß Staatsminister Graf v. Hertling am 23. Juli (dem Tag der Überreichung des Ultimatums) dem französischen Geschäftsträger Allizé in München gesagt habe, die österreichischen Forderungen seien ihm in ihren Hauptzügen bekannt und die Situation sei ernst.

Demgegenüber muß aufs bestimmteste festgestellt werden, daß die bayerische Regierung und der Staatsminister des K. Hauses und des Äußeren, Graf von Hertling, von den seitens der österreichisch-ungarischen Regierung an die serbische Regierung gestellten Forderungen erst durch die am 24. Juli erfolgte Veröffentlichung in der Presse Kenntnis erhielten, und daß der bayerischen Regierung wie auch dem Staatsminister Grafen von Hertling vorher weder der Wortlaut des Ultimatums, noch die seitens der österreichisch-ungarischen Regierung am 23. Juli gestellten Forderungen in ihren Hauptzügen bekannt waren.

Die oben genannten Behauptungen des französischen Gelbbuches entsprechen demnach nicht der Wahrheit; damit entfallen auch die Schlüsse, die daraus gezogen werden wollten."

(Bayerische Dokumente a. a. O. S. 205.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

III. Abschnitt

Die österreichische Note und die serbische Antwort

Vom Freitag, 24. Juli, bis Sonnabend, 25. Juli

Nr. 22

Herr René Viviani, Ministerpräsident,
an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Ich wäre Ihnen für dringende Übermittelung folgender Informationen und Instruktionen an Herrn Dumaine dankbar.

Reval, den 24. Juli 1914, morgens 1 Uhr

Im Verlauf meiner Unterredungen mit dem russischen Minister des Äußern haben wir die Gefahren ins Auge gefaßt, die aus einer möglichen Demarche Österreich-Ungarns bei Serbien wegen des Attentates, dessen Opfer der Erzherzog-Thronfolger geworden ist, hervorgehen könnten. Wir waren einig in dem Gedanken, daß nichts unterlassen werden dürfe, um einem Verlangen nach Aufklärungen oder irgendwelcher dringender Aufforderung zuvorzukommen, das einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkäme und als ein Angriff auf seine Souveränität und seine Unabhängigkeit betrachtet werden könnte.

Infolgedessen fanden wir es richtig, dem Grafen Berchtold in einer freundschaftlichen Unterredung Mäßigung anraten zu lassen, die ihm zu verstehen gab, wie unangebracht eine Intervention in Belgrad wäre, in der eine Drohung der Wiener Regierung erblickt werden könnte.

Der englische Botschafter, von Herrn Sasonow auf dem Laufenden gehalten, gab dem Gedanken Ausdruck, daß seine Regierung sich ohne Zweifel einem Vorgehen anschließen würde, das darauf hinzielte, eine Gefahr abzuwenden, die den allgemeinen Frieden bedrohen könne. Er hat in diesem Sinne an seine Regierung telegraphiert.

Herr Sasonow hat entsprechende Instruktionen an Herrn Schebeko gesandt*. Ohne daß es sich hier um ein gemeinsames oder geschlossenes Vorgehen der Vertreter des Dreiverbandes in Wien handelt, bitte ich Sie,

* S. Das Russische Orangebuch von 1914, a. a. O. Nr. 4.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mit dem russischen und englischen Botschafter die Frage zu besprechen und sich mit ihnen über das beste Mittel für jeden von Ihnen zu verständigen, um dem Grafen Berchtold unverzüglich die Mäßigungsratschläge zu unterbreiten, die die gegenwärtige Lage nach unserem Dafürhalten notwendig erscheinen läßt.

Ich füge hinzu, daß es angezeigt wäre, Herrn Paul Cambon zu bitten, bei Sir E. Grey auf die Nützlichkeit dieses Schrittes hinzuweisen und die Anregung zu unterstützen, die der englische Botschafter in Rußland an das Foreign Office dieserhalb übersandt haben dürfte. Graf Benckendorff ist beauftragt, eine ähnliche Empfehlung zu machen*.

René Viviani

Nr. 23

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten, an Bord der „France"

Paris, den 24. Juli 1914

Ich habe Ihre Weisungen unverzüglich nach Wien übermittelt; aber es geht aus den Berichten der Presse von heute morgen hervor, daß die österreichische Note gestern abend um 6 Uhr in Belgrad übergeben worden ist.

Diese Note, deren amtlichen Wortlaut uns der österreichisch-ungarische Botschafter noch nicht übermittelt hat, scheint sehr scharf zu sein; sie soll nicht nur die gerichtliche Verfolgung der Serben verlangen, die unmittelbar in das Attentat von Sarajevo verwickelt sind, sondern sie soll auch die unverzügliche Unterdrückung jeder anti-österreichischen Propaganda in der serbischen Presse und Armee fordern. Sie soll Serbien bis Samstag abend um 6 Uhr Frist zur Annahme geben.

Bei der Übermittlung Ihrer Weisungen an Herrn Dumaine habe ich ihn gebeten, sich mit seinem englischen und seinem russischen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen.

Bienvenu-Martin

---

* Nach Mitteilungen Poincarés (Poincaré: Les Origines de la Guerre, Librairie Plon, Paris 1921, S. 213) hat Viviani am Vormittag des 24. Juli, nachdem ihm von Paléologue ein Résumé der österreichischen Note übermittelt worden war, sofort Telegramme an Paléologue und Paul Cambon (London) gesandt, in denen er zum Ausdruck brachte, „daß er der Ansicht sei, 1. daß Serbien sofort jede mit seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit vereinbare Genugtuung anbieten müsse, 2. daß es um eine Verlängerung der Frist von 48 Stunden, in der Österreich eine Antwort forderte, bitten müsse, 3. daß England, Rußland und Frankreich sich verständigen müßten, um diese Bitte zu unterstützen, 4. daß die Tripleentente versuchen müsse, ob es nicht möglich wäre, im Bedarfsfalle die österreichisch-serbische gerichtliche Untersuchung durch eine internationale gerichtliche Untersuchung zu ersetzen."

Im Gelbbuch fehlen sowohl das Telegramm Paléologues an Viviani, wie auch die Depeschen Vivianis an Paléologue und Paul Cambon.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 24

Wortlaut der österreichischen Note

(Note wurde Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern, durch den österreichisch-ungarischen Botschafter, Graf Szécsen, am Freitag, den 24. Juli 1914, um 10½ Uhr vormittags mitgeteilt)

Wien, den 24. Juli 1914

Die kaiserliche und königliche Regierung hat sich genötigt gesehen, Donnerstag, den 23. Juli d. J. durch den kaiserlichen und königlichen Gesandten in Belgrad die folgende Note an die königliche Regierung von Serbien zu richten:

Am 31. März 1909 hat der Königlich Serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrage seiner Regierung der kaiserlichen und königlichen Regierung folgende Erklärung abgegeben: „Serbien anerkennt, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde, und daß es sich demgemäß den Entschließungen anpassen wird, welche die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrags treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenem Oktober eingenommen hat, aufzugeben, und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Österreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben.

Die Geschichte der letzten Jahre nun, und insbesondere der schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni, haben das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebiets loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden.

Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die Königlich Serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldete das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldete eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldete schließlich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Hasse gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten.

Diese Duldung, der sich die Königlich Serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Moment angedauert, in dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentats vom 28. Juni, daß der Mord von Sarajevo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der Narodna Odbrana angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. und k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der k. und k. Regierung vielmehr die Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden.

Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. und k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die Königlich Serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 13./26. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

„Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen.

Die Königlich Serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die Königliche Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte.

Die Königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer eines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreichs ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird."

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der Königlichen Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Armee veröffentlicht werden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich überdies,

1. jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist;

2. sofort mit der Auflösung des Vereins „Narodna Odbrana" vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigen. Die Königliche Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen;

3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren;

4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamte zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der Königlichen Regierung bekanntzugeben, sich die k. und k. Regierung vorbehält;

5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken,

6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden.

Von der k. und k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen,

7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voja Tankosic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind,

8. durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern,

jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Sarajevo bei dem Übertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und strenge zu bestrafen,

9. der k. und k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und dem Auslande, die ihrer offiziellen Stellung ungeachtet nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen,

10. die k. und k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die k. und k. Regierung erwartet die Antwort der Königlichen Regierung spätestens bis Sonnabend, den 25. d. Mts., um 6 Uhr nachmittags*.

Ein Memoire über die Ergebnisse der Untersuchung in Sarajevo, soweit sie sich auf die in Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beigeschlossen.

Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz zu ersuchen, den Inhalt dieser Note zur Kenntnis der Regierung, bei der Sie akkreditiert sind, bringen zu wollen und folgenden Kommentar beizufügen:

Am 31. März 1909 richtete die Königlich Serbische Regierung an Österreich-Ungarn die Erklärung, deren Wortlaut oben wiedergegeben ist.

Schon am nächsten Tage begann Serbien eine Politik, die den Zweck hatte, den Angehörigen serbischer Abstammung in der österreichisch-ungarischen Monarchie subversive Ideen einzuflößen und dadurch die Abtrennung der an Serbien angrenzenden österreichisch-ungarischen Gebiete vorzubereiten.

Serbien wurde der Herd einer verbrecherischen Agitation:

Es dauerte nicht lange, so bildeten sich Vereine und Verbindungen, die offen oder heimlich dazu bestimmt waren, Unruhen auf österreichisch-ungarischem Gebiet hervorzurufen. Diese Vereine und Verbindungen zählen zu ihren Mitgliedern Generäle, Diplomaten, Staatsbeamte und Richter, kurz, die Spitzen der offiziellen und nichtoffiziellen Kreise des Königreichs.

Die serbische Presse steht fast gänzlich im Dienste dieser gegen Österreich-Ungarn gerichteten Propaganda, und es vergeht kein Tag, ohne daß die Organe der serbischen Presse ihre Leser zum Haß und der Verachtung der Nachbarmonarchie oder zu Attentaten gegen ihre Sicherheit und Integrität mehr oder weniger offen aufhetzen.

Eine große Zahl Agenten dient dazu, durch alle möglichen Mittel die Umtriebe gegen Österreich-Ungarn zu unterstützen und in den angrenzenden Provinzen die Jugend dieser Länder zu verderben.

Der Verschwörergeist der serbischen Politiker, von dem die Annalen des Königreichs blutige Spuren aufweisen, hat seit der letzten Balkankrise eine Steigerung erfahren; Leute, die bisher den in Mazedonien tätigen

---

* Der österreichisch-ungarische Botschafter teilte im Verlaufe des 24. Juni dem Minister des Äußern durch ein besonderes Schreiben folgende Berichtigung mit: „In der Abschrift der Depesche, die ich die Ehre hatte, Ew. Exzellenz heute morgen zu überreichen, war gesagt, meine Regierung erwarte die Antwort des Kabinetts von Belgrad spätestens bis Samstag den 25. d. M. um fünf Uhr abends. Da unser Gesandter in Belgrad seine Note gestern erst um sechs Uhr abends überreicht hat, so erfährt deshalb die Frist für die Antwort eine Verlängerung bis morgen Sonnabend um sechs Uhr abends.

Ich hielt es für meine Pflicht, Ew. Exzellenz von dieser kleinen Abänderung in dem Ablauf der für die Antwort der serbischen Regierung bestimmten Frist Kenntnis zu geben." (Anmerkung des französischen Gelbbuches von 1914.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Banden angehörten, haben sich der gegen Österreich-Ungarn gerichteten terroristischen Propaganda zur Verfügung gestellt.

Gegenüber diesen Umtrieben, denen Österreich-Ungarn seit Jahren ausgesetzt ist, hielt es die serbische Regierung nicht für nötig, die geringsten Maßregeln zu ergreifen. Sie hat auf diese Weise ihre Pflicht verletzt, die ihr die feierliche Erklärung vom 31. März 1909 auferlegte, und sich so dem Willen Europas und den Verpflichtungen, die sie Österreich-Ungarn gegenüber übernommen hatte, widersetzt.

Die Langmut der k. und k. Regierung angesichts der herausfordernden Haltung Serbiens war begründet durch das territoriale Desinteressement der österreichisch-ungarischen Monarchie, und durch die Hoffnung, daß die serbische Regierung trotz allem schließlich doch die Freundschaft Österreich-Ungarns nach ihrem wahren Werte schätzen lernen würde. Die k. und k. Regierung hoffte, dadurch, daß sie sich den politischen Interessen Serbiens gegenüber freundschaftlich verhielt, daß das Königreich sich endlich seinerseits zu einer gleichen Haltung entschließen würde. Österreich-Ungarn erwartete besonders einen solchen Umschwung in den politischen Gesinnungen Serbiens, als nach den Ereignissen von 1912 die k. und k. Regierung durch ihre uneigennützige und ruhige Haltung eine so bedeutende Vergrößerung Serbiens ermöglichte.

Dies von Österreich-Ungarn dem Nachbarstaate gegenüber beobachtete Wohlwollen übte jedoch keinen Einfluß auf die Handlungsweise des Königreiches aus. Letzteres fuhr fort auf seinem Gebiete eine Propaganda zu dulden, deren unheilvolle Folgen sich der ganzen Welt am 28. Juni d. J. offenbarten, als der Thronfolger und seine hohe Gemahlin dem in Belgrad geschmiedeten Komplotte zum Opfer fielen.

Angesichts dieser Tatsachen sah sich die k. und k. Regierung gezwungen, neue und dringliche Schritte in Belgrad zu unternehmen, um die serbische Regierung zu veranlassen, der aufwieglerischen Bewegung, die die Sicherheit und die Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie bedrohte, Einhalt zu gebieten.

Die k. und k. Regierung ist überzeugt, daß dieser Schritt die volle Zustimmung aller zivilisierten Nationen finden wird, die nicht zugeben können, daß der Königsmord eine Waffe wird, deren man sich ungestraft im politischen Kampfe bedienen kann, und daß der europäische Frieden beständig durch von Belgrad ausgehende Umtriebe gestört wird.

Zum Beweise obiger Ausführungen hält die k. und k. Regierung Aktenmaterial zur Einsicht der französischen Regierung bereit, das die serbischen Machenschaften und die Beziehungen zwischen diesen Machenschaften und dem Mord vom 28. Juni darlegt.

Eine gleichlautende Mitteilung wird allen Vertretern der k. und k. Regierung bei den anderen Vertragsmächten übermittelt.

Sie werden hiermit ermächtigt eine Abschrift dieser Depesche dem Minister des Äußern einzuhändigen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

BEILAGE

Die bei dem Gericht in Sarajevo gegen den Gabrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni d. J. begangenen Meuchelmordes bzw. wegen Mitschuld hieran anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Sarajevo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gabrilo Princip, Nedeljko Gabrinović, einem gewissen Milan Ciganović und Trifko Grabez unter Beihilfe des Majors Voja Tankkosić ausgeheckt.

2. Die sechs Bomben und vier Browningpistolen, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Gabrinovic und Grabez in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganović und dem Major Voja Tankkosić verschafft und übergeben.

3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Kragujevac entstammen.

4. Um das Gelingen des Attentates zu sichern, unterwies Milan Ciganović den Princip, den Gabrinović und Grabez in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schießfelde von Topschider dem Princip und Grabez Unterricht im Schießen mit Browningpistolen.

5. Um dem Princip, Gabrinović und Grabez den Übergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganović organisiert. Der Eintritt der Verbrecher samt ihren Waffen nach Bosnien und der Herzegowina wurde von den Grenzhauptleuten von Schabatz (Rade Popovic) und Loznica sowie von den Zollorganen Rudivoj Grbic von Loznica mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.

Nr. 25

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten, an Bord der „France", und nach London, Berlin, Wien, St. Petersburg, Rom und Belgrad

Paris, den 24. Juli 1914

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die in Belgrad am Donnerstag abend übergebene österreichische Note mir heute morgen durch den österreichisch-ungarischen Botschafter in Abschrift übergeben worden ist. Graf Szécsen hat mich davon in Kenntnis gesetzt, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Antwort der serbischen Regierung bis Sonnabend, den 25., um 5 Uhr abends, erwartet*.

* Vgl. die Anmerkung S. 47. (Anmerkung des französischen Gelbbuchs von 1914.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Note stützt sich auf die von Serbien am 31. März 1909 übernommene Verpflichtung, die Annexion von Bosnien-Herzegowina anzuerkennen, und wirft der serbischen Regierung vor, eine anti-österreichische Propaganda geduldet zu haben, an der sich die Beamten, die Armee und die Presse beteiligten, eine Propaganda, die die Sicherheit und Integrität Österreichs bedrohe und deren Gefahren das am 28. Juni begangene Verbrechen, das nach den Feststellungen der Untersuchung in Belgrad angestiftet worden sei, erwiesen habe.

Die österreichische Regierung hält sich für verpflichtet, einer Propaganda, die eine fortgesetzte Gefahr für ihre Ruhe darstelle, ein Ende zu machen und von der serbischen Regierung eine amtliche Erklärung zu fordern, daß sie gewillt sei, jene Propaganda zu verurteilen und zu unterdrücken, und zwar durch die Veröffentlichung einer Kundgebung im Amtsblatt vom 26., deren Wortlaut vorgeschrieben wird und die den Ausdruck der Mißbilligung, des Bedauerns und die Androhung schwerer Bestrafung enthält. Ein Tagesbefehl des Königs soll in gleicher Weise diese Erklärung zur Kenntnis des Heeres bringen. Außerdem soll sich die serbische Regierung verpflichten, die Schriften zu unterdrücken, die Vereine aufzulösen, die Offiziere und Beamten abzuberufen, deren Namen ihr von der österreichischen Regierung übermittelt würden und ferner die Mitwirkung von österreichischen Beamten zu gestatten, sowohl bei der Unterdrückung der genannten subversiven Umtriebe, wie auch bei der Untersuchung über das Attentat von Sarajevo, endlich soll sie zur sofortigen Verhaftung eines serbischen Offiziers und eines Beamten schreiten, die durch das Verbrechen bloßgestellt sind.

Dem österreichischen Memorandum ist eine Note beigefügt, die die Feststellungen der Untersuchung über das Verbrechen von Sarajevo zusammenfaßt und behauptet, daß es in Belgrad angestiftet worden sei, daß die Bomben aus einem serbischen Waffenlager stammen und von dort den Attentätern geliefert worden seien, endlich, daß die Mörder von serbischen Offizieren und Beamten eingeübt und unterstützt worden seien.

Sofort nach dieser Mitteilung stattete Graf Szécsen dem stellvertretenden politischen Direktor einen Besuch ab und teilte ihm, ohne irgendwelche begleitende Erklärung, die Überreichung der Note mit. Herr Berthelot konnte, meinen Weisungen entsprechend, den österreichisch-ungarischen Botschafter bloß auf den beunruhigenden Eindruck aufmerksam machen, den die im Verlauf des Vormittags bekannt gewordenen Nachrichten über den Inhalt der österreichischen Note erweckt hatten, und auf das peinliche Gefühl hinweisen, das ohne Zweifel in der öffentlichen Meinung Frankreichs durch die Wahl des Augenblicks hervorgerufen werden würde, der für eine so imperative und so kurzfristige Demarche gewählt worden sei; nämlich der Augenblick, in dem der Präsident der Republik und der Ministerpräsident, der auch Minister des Äußern sei, Petersburg verlassen hätten und sich auf hoher See befänden und infolgedessen außerstande seien, im Einverständnis mit den nicht unmittelbar

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

beteiligten Mächten die zwischen Serbien und Österreich im Interesse des allgemeinen Friedens so wünschenswerte beruhigende Aktion durchzuführen.

Der serbische Gesandte hat noch keine Angaben über die Absichten seiner Regierung.

Der deutsche Botschafter hat um einen Empfang heute nachmittag um 5 Uhr nachgesucht.

Bienvenu-Martin

Nr. 26

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an Herrn Thiébaut, französischen Gesandten in Stockholm (für den Ministerpräsidenten), und nach Belgrad, Wien, London, Berlin, Rom und Petersburg

Paris, den 24. Juli 1914

Herr Vesnitch hatte bis heute morgen noch kein Telegramm von seiner Regierung erhalten, das ihn über ihre Absichten aufgeklärt hätte, und kannte den Inhalt der österreichischen Note nicht.

Auf die Bitte um Rat, die er an die politische Abteilung richtete, teilte ihm Herr Berthelot als ganz persönliche Meinung mit, Serbien solle Zeit zu gewinnen suchen, da die Frist von 48 Stunden vielleicht mehr eine „dringende Aufforderung" als ein eigentliches Ultimatum darstelle. Man könnte z. B. sofort Genugtuung in allen den Punkten anbieten, die mit der Würde und Souveränität Serbiens nicht unvereinbar seien. Es wurde ihm geraten, darauf aufmerksam zu machen, daß die Feststellungen der österreichischen Untersuchung in Sarajevo einseitig seien, und daß Serbien sehr wohl bereit sei, gegen die Mitschuldigen an einem Verbrechen, das es aufs höchste mißbillige, streng einzuschreiten, und verlange, mit dem Beweismaterial bekanntgemacht zu werden, um es rasch prüfen zu können. Vor allem aber sollte es danach trachten, dem direkten Eingriffe Österreichs sich zu entziehen, indem es sich bereit erkläre, sich dem Schiedsgerichte Europas zu unterwerfen.

Ich habe in London und Petersburg nach den Auffassungen und Absichten der englischen und der russischen Regierung gefragt. Andererseits geht aus unseren Informationen hervor, daß Italien erst heute die österreichische Note mitgeteilt erhielt, über die es weder im voraus gefragt worden war, noch überhaupt Nachricht erhalten hatte.

Bienvenu-Martin

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 27

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, nach Stockholm (für den Ministerpräsidenten), Belgrad, London, St. Petersburg, Berlin und Rom

Paris, den 24. Juli 1914

Der französische Botschafter in Wien teilt mir mit*, daß die öffentliche Meinung durch die Plötzlichkeit und Übertriebenheit der österreichischen Forderungen überrascht worden ist, daß aber die Militärpartei vornehmlich zu befürchten scheint, Serbien möchte nachgeben.

Der serbische Gesandte in Österreich ist der Meinung, daß seine Regierung sich sehr versöhnlich zeigen werde in den Punkten, die sich auf die Bestrafung der Mitschuldigen am Attentat und die für die Unterdrückung der antiösterreichischen Propaganda zu gebenden Garantien beziehen. Sie könne aber nicht annehmen, daß dem König ein Tagesbefehl an die Armee vorgeschrieben werde, ebensowenig, als sie die Verabschiedung von Offizieren, die Österreich verdächtig erscheinen, sowie das Eingreifen fremder Beamter in Serbien dulden könne. Herr Jovanović ist der Meinung, daß, wenn es möglich sei, eine Erörterung herbeizuführen, der Konflikt mit Hilfe der Mächte noch beigelegt werden könne.

Unser Botschafter in Berlin berichtet von der durch die österreichische Note hervorgerufenen Aufregung und von der Stimmung des russischen Geschäftsträgers, der glaubt, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland den Krieg wünsche. Der Ton der Presse ist drohend und scheint die Einschüchterung Rußlands zu bezwecken. Unser Botschafter soll heute abend Herrn von Jagow aufsuchen.

Herr Barrère teilt mit*, daß Italien in Wien im mäßigenderen Sinne einwirkt und Verwicklungen zu verhindern sucht.

Bienvenu-Martin

Nr. 28

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, nach Stockholm (für den Ministerpräsidenten), und nach Belgrad, London, St. Petersburg, Berlin, Wien und Rom

Paris, den 24. Juli 1914

Herr von Schoen kam, um mir eine Note seiner Regierung mitzuteilen, von der er mir keine Abschrift überlassen wollte, die er mir aber auf meinen Wunsch zweimal vorlas**.

---

* Die hier erwähnten Telegramme der französischen Botschafter in Wien und Rom sind im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten.

** Siehe den genauen Wortlaut der Note in Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch a. a. O., Nr. 100.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diese Note lautet annähernd wörtlich wie folgt:

„Die Veröffentlichungen der österreichisch-ungarischen Zeitungen über die Umstände, unter denen das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin stattgefunden hat, enthüllen offen das Ziel, das sich die großserbische Propaganda gesetzt hat, und die Mittel, deren sie sich zur Verwirklichung desselben bedient. Nach den bekanntgegebenen Tatsachen kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß das Aktionszentrum der Bestrebungen, die auf Loslösung der südslawischen Provinzen von der österreichisch-ungarischen Monarchie und auf ihre Vereinigung mit dem serbischen Königreiche abzielen, in Belgrad zu suchen ist, und daß es dort zum mindesten mit der Konnivenz von der Regierung und Armee seine Tätigkeit entfaltet hat.

Die serbischen Treibereien gehen auf eine lange Reihe von Jahren zurück. Der großserbische Chauvinismus trat in besonders krasser Form während der bosnischen Krisis in Erscheinung. Nur der weitgehenden Mäßigung und Selbstbeherrschung der österreichisch-ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte war es zu verdanken, wenn die Provokationen, denen Österreich-Ungarn damals von seiten Serbiens ausgesetzt war, keinen Konflikt herbeiführten. Das Versprechen, eine vorwurfsfreie Haltung einzunehmen, das die serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen; auf ihr Konto ist das jüngste Verbrechen zu setzen, dessen Fäden nach Belgrad führen. Es ist unzweifelhaft, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie vereinbar sein würde, angesichts der Agitation, die jenseits der Grenze erfolgt und die die Sicherheit und die Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht, noch länger tatenlos zu bleiben. Bei dieser Sachlage können das Vorgehen sowie die Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung nur als gerechtfertigt angesehen werden. Trotzdem schließt die Haltung, die die öffentliche Meinung sowohl als auch die Regierung in Serbien in letzter Zeit eingenommen hat, die Befürchtung nicht aus, daß die serbische Regierung es ablehnen wird, diesen Forderungen zu entsprechen, und daß sie sich sogar zu einer provokatorischen Haltung Österreich-Ungarn gegenüber hinreißen lassen wird. Es würde der österreichisch-ungarischen Regierung, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, nichts anderes übrig bleiben, als ihre Forderungen bei der serbischen Regierung durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß."

Der deutsche Botschafter hat meine Aufmerksamkeit besonders auf die beiden letzten Paragraphen seiner Note hingewiesen, indem er vor ihrer Verlesung ausdrücklich bemerkte, daß darin der Hauptpunkt liege.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich habe den Text wörtlich notiert wie folgt: „Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß die gegenwärtige Frage eine Angelegenheit betrifft, die ausschließlich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu ordnen ist, und daß die Großmächte das ernstlichste Interesse daran haben, sie auf die beiden beteiligten Parteien zu beschränken.

Die deutsche Regierung wünscht dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge des natürlichen Gegenspieles der Bündnisse unabsehbare Folgen nach sich ziehen würde."

Ich habe dem deutschen Botschafter hierauf erwidert, so gerecht es auch erscheine, die Bestrafung aller am Attentat von Sarajevo Mitschuldigen zu verlangen, so schwierig erscheine es umgekehrt, von Serbien Maßnahmen zu fordern, die mit seiner Würde und Unabhängigkeit unvereinbar seien. Selbst wenn die serbische Regierung sich solchen Forderungen unterwerfen wollte, würde sie Gefahr laufen, durch eine Revolution beseitigt zu werden.

Ebenso habe ich Herrn von Schoen darauf aufmerksam gemacht, daß seine Note nur zwei Möglichkeiten ins Auge fasse: Die einer glatten Ablehnung oder die einer herausfordernden Haltung Serbiens. Eine dritte Möglichkeit (welche die Türe zu einer Verständigung offen ließe) sollte auf jeden Fall ins Auge gefaßt werden: diejenige einer Annahme Serbiens, das einwilligen würde, sich unverzüglich für die Bestrafung der Mitschuldigen und für die Unterdrückung der antiösterreichischen Propaganda mit aller Bestimmtheit zu verbürgen, welche Zugeständnisse mit seiner Unabhängigkeit und seiner Würde vereinbar wären.

Ich habe beigefügt, daß, wenn innerhalb dieser Beschränkung die von Österreich verlangte Genugtuung zulässig wäre, die näheren Bestimmungen ihrer Anwendung geprüft werden könnten. Wenn Serbien offenkundige Beweise eines guten Willens gäbe, so würde man es nicht begreifen, daß sich Österreich dann noch weigerte, sich zu Verhandlungen herbeizulassen.

Vielleicht sollte es dritten Mächten, die aus moralischen und Gefühlsgründen ihr Interesse für Serbien nicht fallen lassen könnten, nicht allzu schwer gemacht werden, eine Haltung einzunehmen, die dem von Deutschland geäußerten Wunsche nach Lokalisierung des Konflikts entsprechen würde.

Herr von Schoen hat den Wert dieser Erwägungen anerkannt und die unbestimmte Erklärung gegeben, die Hoffnung bleibe immer möglich. Wie ich ihn fragte, ob der österreichischen Note der Charakter einer bloßen Mahnung, die eine Verhandlung erlaube, beizumessen sei oder der eines Ultimatums, antwortete er, daß er darüber keine eigene Ansicht habe.

Bienvenu-Martin

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 29

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 24. Juli 1914

Die Übergabe der österreichischen Note an Serbien hat eine tiefe Erregung hervorgerufen.

Der österreichische Botschafter erklärt, daß seine Regierung von ihren Forderungen nichts ablassen könne. In der Wilhelmstraße und in den Zeitungen führt man die gleiche Sprache.

Die meisten in Berlin anwesenden Geschäftsträger haben mich heute morgen aufgesucht. Sie zeigen wenig Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang. Der russische Geschäftsträger bemerkte mit Bitterkeit, daß Österreich seine Note gerade in dem Augenblick überreicht habe, in dem der Präsident der Republik und der Ministerpräsident Petersburg verlassen hätten. Er neigt zu der Annahme, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland den Krieg wünscht und diese Gelegenheit ergreifen möchte, bei der sich Österreich ohne Zweifel einiger als in der Vergangenheit zeigen wird, und bei der der deutsche Kaiser, aus monarchischem Solidaritätsgefühl und aus Abscheu vor dem Attentat, weniger geneigt sein wird, sich versöhnlich zu zeigen.

Herr von Jagow wird mich am Spätnachmittag empfangen.

Jules Cambon

Nr. 30

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 24. Juli 1914

In der Zusammenkunft, die ich heute mit dem Staatssekretär hatte, fragte ich ihn, ob es richtig sei, daß, wie die Zeitungen meldeten, Österreich den Mächten eine Note über seinen Zwist mit Serbien zugestellt habe, ob er diese erhalten habe und welchen Wert er ihr beimesse.

Herr von Jagow antwortete bejahend und fügte bei, daß die Note energisch gehalten sei und daß er sie billige, da die serbische Regierung seit langer Zeit die österreichische Geduld mißbraucht habe. Er betrachtet übrigens diese Frage als eine innere Angelegenheit Österreichs und hofft, daß sie örtlich beschränkt bleiben werde.

Ich sagte ihm daraufhin, ich wolle, da ich noch keine Weisungen erhalten habe, nur ganz persönliche Ansichten mit ihm austauschen. Ich fragte ihn dann, ob wirklich die Berliner Regierung ganz und gar keine Kenntnis von den österreichischen Forderungen gehabt habe, bevor sie

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in Belgrad mitgeteilt worden seien. Da er mir dies bestätigte, gab ich ihm meine Überraschung darüber zu erkennen, daß er sich so darauf einlasse, Ansprüche zu unterstützen, deren Grenze und Tragweite er nicht kenne.

„Nur da wir miteinander persönliche Ansichten austauschen," sagte, mich unterbrechend, Herr von Jagow zu mir, „lasse ich mir das von Ihnen sagen."

„Gewiß," antwortete ich, „aber wenn Peter I. sich demütigt, wird Serbien wahrscheinlich innern Wirren ausgesetzt sein, was neuen Möglichkeiten die Türe öffnen wird, und wissen Sie, wohin Sie dann von Wien werden geführt werden?" Ich fügte bei, daß die Sprache der deutschen Zeitungen nicht die Sprache von gleichgültigen und der Sache fernstehenden Leuten sei, sondern eine tätige Unterstützung ankündige. Schließlich bemerkte ich, daß die Kürze der Frist, die Serbien gewährt sei, um sich zu unterwerfen, in Europa einen unangenehmen Eindruck hervorrufen werde.

Herr von Jagow antwortete mir, daß er auf „ein wenig Aufregung" von Serbiens Freunden wohl gefaßt sei, daß er aber hoffe, sie würden diesem gute Ratschläge erteilen.

Ich sagte darauf: „Ich zweifle nicht, daß Rußland bei dem Belgrader Kabinett Anstrengungen machen wird, um es zu annehmbaren Zugeständnissen zu bewegen; aber warum sollte man nicht von dem einen verlangen, was man von dem anderen verlangt? Und wenn man darauf rechnet, daß in Belgrad Ratschläge erteilt werden, ist es dann nicht berechtigt, darauf zu rechnen, daß von einer anderen Seite auch in Wien Ratschläge erteilt werden?"

Der Staatssekretär ließ sich so weit gehen, zu sagen, dies hänge von den Umständen ab; aber, sich sofort verbessernd, wiederholte er, die Angelegenheit müsse örtlich beschränkt bleiben. Er fragte mich, ob ich wirklich die Lage als ernst ansehe. „Gewiß," antwortete ich ihm, „denn, wenn das, was sich zuträgt, überlegt worden ist, begreife ich nicht, daß man die Brücken hinter sich abgebrochen hat."

Alles weist darauf hin, daß Deutschland sich anschickt, in besonders nachdrücklicher Weise die Haltung Österreichs zu unterstützen. Die Schwäche, die der österreichisch-ungarische Verbündete seit einigen Jahren zeigte, verminderte das Vertrauen, das man hier in ihn setzte. Man fand, es sei schwer, ihn mitzuschleppen. Die schlimmen Prozesse, wie die Angelegenheit von Agram und die Angelegenheit Friedjung machten seine Polizei verhaßt und gleichzeitig lächerlich. Man verlangte von ihm nur, er solle stark sein, aber man ist zufrieden, daß er brutal ist.

Ein heute abend im „Lokal-Anzeiger" erschienener Artikel läßt auch in der deutschen Reichskanzlei auf eine Auffassung schließen, der wir in Paris ganz natürlicherweise nicht genügend Rechnung zu tragen geneigt sind, ich meine das Gefühl der monarchischen Solidarität. Ich bin über-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zeugt, daß diese Auffassung stark in Betracht gezogen werden muß, um die Haltung Kaiser Wilhelms zu beurteilen, auf dessen eindrucksfähige Natur das Attentat auf einen Fürsten, der ihn einige Tage vorher empfangen hatte, sehr stark wirken mußte.

Es ist nicht weniger auffallend, zu sehen, mit welcher Geflissentlichkeit Herr von Jagow und alle ihm nachgeordneten Beamten aller Welt zu sagen bestrebt sind, sie hätten die Tragweite der Serbien überreichten österreichischen Note nicht gekannt.

Jules Cambon

Nr. 31

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern**

Petersburg, den 24. Juli 1914

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat Herrn Sasonow von einer Drohnote an Serbien Mitteilung gemacht.

Die Absichten des Kaisers von Rußland und seiner Minister sind die friedlichsten, wie sich der Präsident der Republik und der Ministerpräsident unmittelbar haben überzeugen können; aber das Ultimatum, das die österreichisch-ungarische Regierung soeben der Belgrader Regierung überreicht hat, bringt ein neues und beunruhigendes Element in die Lage hinein.

Die öffentliche Meinung in Rußland würde nicht dulden, daß Österreich Serbien Gewalt antäte. Die Kürze der für die Beantwortung des Ultimatums festgesetzten Frist erschwert noch die mäßigende Einwirkung, die die Mächte des Dreiverbandes in Wien ausüben könnten.

Andererseits vermutet Herr Sasonow, daß Deutschland seinen Verbündeten wird unterstützen wollen, und ich befürchte, daß dieser Eindruck richtig ist. Einzig das feste Zusammenstehen des Dreiverbandes kann die germanischen Mächte daran hindern, ihre herausfordernde Haltung noch bestimmter zu betonen.

Paléologue

* Dies ist das einzige Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg vom 24. Juli, das im Gelbbuch veröffentlicht worden ist. Ohne Zweifel hat aber Paléologue über die Besprechung eingehend berichtet, die er am Vormittag des 24. Juli auf der französischen Botschaft mit Sasonow, dem englischen Botschafter und dem rumänischen Gesandten hatte. Über die Haltung des französischen Botschafters berichtet am 24. Juli der englische Botschafter: „Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich alle Verpflichtungen erfüllen würde, die das Bündnis mit Rußland nach sich ziehen müßte, wenn die Notwendigkeit eintrete, und außerdem Rußland bei allen etwaigen diplomatischen Verhandlungen stark unterstützen würde" ... „Nach der Sprache des französischen Botschafters scheint mir, daß Frankreich und Rußland, selbst wenn wir ablehnen, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, entschlossen sind, sich stark zur Wehr zu setzen." (Englisches Blaubuch Nr. 6.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 32

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 24. Juli 1914

Als mir Sir Ed. Grey von seinem Wunsche gesprochen hat, nichts zu unterlassen, um die Krisis abzuwenden, waren wir einig in dem Gedanken, die englische Regierung könnte die deutsche Regierung bitten, den Anstoß zu einem Schritte zu geben, um in Wien die Vermittlung der vier nicht direkt beteiligten Mächte zwischen Österreich und Serbien anzubieten. Wenn sich Deutschland dazu versteht, wird man Zeit gewinnen, und das ist das Wichtigste.

Sir Ed. Grey sagte mir, er werde dem Fürsten Lichnowsky den Plan, den ich mit ihm soeben besprochen habe, unterbreiten. Ich machte meinem russischen Kollegen davon Mitteilung, der von Deutschland eine Überraschung befürchtet und vermutet, Österreich würde ohne vorausgegangene Verständigung mit Berlin sein Ultimatum nicht abgeschickt haben.

Graf Benckendorff sagte mir, Fürst Lichnowsky habe ihm bei der Rückkehr aus seinem Urlaube vor ungefähr einem Monate pessimistische Ansichten über die Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin geäußert. Er habe die Beunruhigung hervorgehoben, die durch die Gerüchte von einem Flottenabkommen zwischen Rußland und England, durch den Besuch des Zaren in Bukarest und durch die Verstärkung der russischen Armee in Berlin entstanden war. Graf Benckendorff hatte daraus geschlossen, daß man in Deutschland einen Krieg mit Rußland gerne sehen würde.

Dem Unterstaatssekretär ist, wie uns allen, das sorgenvolle Aussehen des Fürsten Lichnowsky seit seiner Rückkehr aus Berlin aufgefallen. Er ist der Ansicht, daß Deutschland, wenn es gewollt hätte, die Überreichung des Ultimatums hätte verhindern können.

Die Lage ist also sehr ernst, und wir sehen keinerlei Mittel, dem Laufe der Ereignisse Einhalt zu tun.

Doch glaubt Graf Benckendorff, es wäre gut, den Schritt zu versuchen, über den ich mich mit Sir Ed. Grey verständigt habe.

Paul Cambon

Nr. 33

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 24. Juli 1914

Der serbische Gesandte hat diese Nacht von Herrn Pasitsch ein Telegramm erhalten, wonach die österreichisch-ungarische Regierung ihm ihr Ultimatum zugeschickt habe, dessen Frist morgen, das heißt Sonnabend, um 6 Uhr abends, ablaufe. Herr Pasitsch teilt den Wortlaut der

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

österreichischen Note nicht mit, aber wenn sie so gehalten ist, wie die „Times" von heute sie wiedergibt, so erscheint es unmöglich, daß die serbische Regierung sie annehmen könne.

Mein russischer Kollege, der es für seine Regierung für äußerst schwierig hält, Serbien nicht zu unterstützen, und ich haben uns gefragt, welche Vermittlung den Konflikt aufhalten könnte.

Ich habe mir vorgenommen, Sir Ed. Grey, der mich auf heute nachmittag zu sich berufen hat, nahezulegen, die halbamtliche Vermittlung der deutschen Regierung in Wien zu erbitten, um einen plötzlichen Angriff zu verhindern. Paul Cambon

Nr. 34

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, nach Stockholm (für den Ministerpräsidenten), Belgrad, St. Petersburg, Berlin, Wien und Rom

Paris, den 24. Juli 1914

Als der österreichische Botschafter die Note seiner Regierung Sir Ed. Grey mitgeteilt hatte, wies dieser darauf hin, daß niemals eine so furchtbare Erklärung von einer Regierung an eine andere gerichtet worden sei; er lenkte die Aufmerksamkeit des Grafen Mensdorff auf die Verantwortung, die Österreich auf sich geladen habe.

Da Sir Ed. Grey die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Österreich und Rußland ins Auge faßt, beabsichtigt er, die Mitwirkung der deutschen Regierung bei einer Vermittlung durch die vier in der serbischen Angelegenheit nicht unmittelbar beteiligten Mächte: England, Frankreich, Italien und Deutschland zu erbitten; diese Vermittlung würde gleichzeitig in Wien und in Petersburg einsetzen.

Ich habe dem serbischen Gesandten zur Vorsicht geraten und bin bereit, mich jedem vermittelnden Schritte in Wien anzuschließen, in der Hoffnung, daß Österreich seine Forderungen gegenüber einem kleinen Staate nicht in vollem Umfange aufrecht erhalten werde, wenn dieser sich geneigt zeigt, jegliche Genugtuung zu erteilen, die mit seiner Unabhängigkeit und Souveränität vereinbar sind. Bienvenu-Martin

Nr. 35

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 25. Juli 1914

Der belgische Gesandte zeigt sich über die Ereignisse sehr besorgt.

Er ist der Meinung, Österreich und Deutschland haben das Zusammentreffen der Umstände ausnützen wollen, nach denen ihnen Rußland und

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

England augenblicklich von innern Wirren bedroht erscheinen und in Frankreich das Militärsystem angegriffen wird. Auch glaubt der Gesandte nicht an die Unkenntnis, die die Berliner Regierung hinsichtlich des österreichischen Schrittes vorgibt.

Er meint, wenn auch dessen Form der Berliner Regierung nicht unterbreitet worden sei, so sei doch mit dieser der Augenblick in geschickter Weise gewählt worden, um den Dreiverband in einer Zeit der Zerrüttung zu überraschen.

Er hat den italienischen Botschafter gesprochen, der soeben seinen Urlaub unterbrochen hat, um auf seinen Posten zurückzukehren. Es scheint, daß Italien, um nicht mehr zu sagen, überrascht ist, daß seine beiden Verbündeten es von der ganzen Angelegenheit ferngehalten haben.

Jules Cambon

Nr. 36

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, nach Stockholm (für den Ministerpräsidenten) und nach London, Berlin, Petersburg und Wien

Paris, den 25. Juli 1914

Der deutsche Botschafter ist heute mittag gekommen, um gegen einen Artikel des „Echo de Paris" Einspruch zu erheben, der seinen gestrigen Schritt als „deutsche Drohung" hinstellte. Herr von Schoen hat einer Anzahl Zeitungsberichterstattern gesagt und die Aussage auf der politischen Abteilung bestätigt, daß hinsichtlich der österreichischen Note zwischen Österreich und Deutschland keine „Verabredung" bestanden habe, und daß die deutsche Regierung diese nicht kannte, obschon sie sie nachträglich gebilligt habe, als sie ihr zu gleicher Zeit wie den anderen Mächten mitgeteilt wurde.

Freiherr von Schoen fügte bei, es liege ebensowenig eine „Drohung" vor: die deutsche Regierung habe sich damit begnügt, bekanntzugeben, daß sie die örtliche Beschränkung des Konfliktes als wünschenswert erachte, und daß das Dazwischentreten anderer Mächte ihn schwieriger gestalten könnte.

Der stellvertretende politische Direktor hat den Schritt des Freiherrn von Schoen zur Kenntnis genommen. Auf sein Ersuchen, den genauen Wortlaut der letzten zwei Abschnitte seiner Note zu wiederholen, machte ihn der Botschafter darauf aufmerksam, daß der Inhalt Deutschlands Willen bekunde, sich zwischen die Mächte und Österreich zu stellen. Herr Berthelot fügte bei, daß übrigens keinem Zeitungsberichterstatter irgendwelche vertrauliche Mitteilung gemacht worden und für die Nachricht des „Echo de Paris" dieses Blatt allein verantwortlich sei. Diese Meldung zeige nur, daß das deutsche Vorgehen, wie es scheine, auch anderswo als

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

am Quai d'Orsay und ohne Zusammenhang mit diesem bekannt geworden sei. Der deutsche Botschafter ging auf diese Anspielung nicht ein.

Andererseits ist der österreichische Botschafter in London ebenfalls zu Sir Ed. Grey gegangen, um ihn zu beruhigen, indem er sagte, die österreichische Note stelle nicht ein „Ultimatum", sondern „ein befristetes Ersuchen um Antwort" dar, was bedeute, daß der österreichische Gesandte, wenn die österreichischen Forderungen nicht am heutigen Abend um 6 Uhr angenommen seien, Belgrad verlassen und die österreichisch-ungarische Regierung militärische „Vorbereitungen" treffen, nicht aber militärische „Operationen" beginnen werde.

Das Londoner Kabinett hat, wie das von Paris und Petersburg, in Belgrad den Rat erteilen lassen, man solle das Bedauern aussprechen für die Akte von Mitschuld, die an dem Attentate von Sarajevo erwiesen werden könnten, und diesbezüglich die weitgehendste Genugtuung versprechen. Es hat beigefügt, daß es im übrigen Serbien zukomme, seine Antwort so abzufassen, wie das Wohl des Landes es ihm geraten erscheinen lasse. Der englische Gesandte in Belgrad soll mit seinem französischen und seinem russischen Kollegen Rücksprache nehmen, und wenn diese die gleichen Weisungen erhalten haben, der serbischen Regierung anraten, in allen den Punkten Genugtuung zu erteilen, in denen sie es tun zu können glaube.

Sir Ed. Grey sagte dem Fürsten Lichnowsky (der ihm bis jetzt keinerlei Mitteilung ähnlich der von Herrn von Schoen in Paris abgegebenen gemacht hat), daß sich die englische Regierung, wenn die österreichische Note zwischen Österreich und Rußland keine Schwierigkeiten herbeiführe, damit nicht zu befassen haben werde, aber es sei zu befürchten, daß der schroffe Ton der Note und die Kürze der angesetzten Frist eine Spannung herbeiführen würden. Unter diesen Umständen bestünde die einzige Aussicht, den Konflikt zu vermeiden, in einer Vermittlung durch Frankreich, Deutschland, Italien und England, da nur Deutschland eine Einwirkung in diesem Sinne auf die Wiener Regierung ausüben könne.

Der deutsche Botschafter antwortete, er werde diese Anregung nach Berlin weiterleiten, aber er ließ dem russischen Botschafter, der mit ihm verwandt ist, durchblicken, daß sich Deutschland zu keinem Schritt in Wien hergeben werde. Bienvenu-Martin

Nr. 37

Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 25. Juli 1914

Der deutsche Botschafter hat im Foreign Office erklärt, daß seine Regierung es ablehnen werde, sich in den Konflikt zwischen Österreich und Serbien einzumischen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sir Ed. Grey antwortete, daß England, ohne Deutschlands Mitwirkung in Wien, in Petersburg nicht vorgehen könne. Wenn jedoch beide, Österreich und Rußland, mobilisieren sollten, so wäre dies dann der Anlaß zu einer Intervention der vier anderen Mächte. Würde dann die deutsche Regierung ihre passive Haltung aufrecht erhalten und sich weigern, sich England, Frankreich und Italien anzuschließen?

Fürst Lichnowsky nimmt das nicht an, weil es sich dann nicht mehr um Schwierigkeiten zwischen Wien und Belgrad, sondern um einen Konflikt zwischen Wien und Petersburg handeln würde.

Sir Ed. Grey fügte noch die Bemerkung bei, daß, wenn der Krieg ausbrechen sollte, keine Macht in Europa ihm teilnahmslos gegenüberstehen könnte.

de Fleuriau

Nr. 38

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Petersburg, den 25. Juli 1914

Die russische Regierung wird sich bemühen, von der österreichisch-ungarischen Regierung eine Verlängerung der durch das Ultimatum festgesetzten Frist zu erlangen, damit die Mächte sich eine Meinung bilden können über das gerichtliche Aktenmaterial, dessen Mitteilung ihnen angeboten ist.

Herr Sasonow hat den deutschen Botschafter gebeten, seine Regierung auf die Gefährlichkeit der Lage aufmerksam zu machen.

Paléologue

Nr. 39

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an Herrn Dumaine, französischer Botschafter in Wien

Paris, den 25. Juli 1914

Die russische Regierung hat ihrem Vertreter in Wien Weisung gegeben, die österreichische Regierung um eine Verlängerung der Serbien gestellten Frist zu ersuchen, um es den Mächten zu ermöglichen, sich eine Meinung über das Aktenmaterial zu bilden, dessen Mitteilung ihnen Österreich angeboten hat und Folgen zu vermeiden, die für alle bedauerlich wären.

Eine von Österreich diesem Verlangen entgegengesetzte Weigerung würde den Schritt, den es mit der Mitteilung seiner Note an die Mächte unternommen hat, jeder Bedeutung berauben und es mit der internationalen Moral in Widerspruch setzen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die russische Regierung hat gebeten, Sie möchten unverzüglich beim Grafen Berchtold einen entsprechenden Schritt unternehmen. Ich bitte Sie, das Ersuchen Ihres Kollegen zu unterstützen. Dasselbe Ersuchen hat die russische Regierung nach London, Rom, Berlin und Bukarest gerichtet.

Bienvenu-Martin

Nr. 40

Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 25. Juli 1914

Sir Ed. Grey hat heute morgen von den Vorschriften Kenntnis erhalten, die den russischen Botschafter in Wien anweisen, eine Verlängerung der Frist zu verlangen, die Serbien durch die österreichische Note von vorgestern gesetzt worden war. Herr Sasonow ersuchte, daß das russische Vorgehen durch den englischen Botschafter unterstützt werden möge.

Sir Ed. Grey hat Herrn von Bunsen telegraphiert, sich in gleichem Sinne wie sein russischer Kollege auszusprechen und an die österreichische Mitteilung zu erinnern, die ihm gestern abend spät von Graf Mensdorff gemacht worden ist, wonach die Nichtannahme der Bedingungen des Ultimatums durch Serbien von heute ab nur den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, nicht aber sofortige militärische Operationen nach sich ziehen würde.

Sir Ed. Grey schloß daraus, daß den Mächten Zeit gelassen werde, um einzugreifen und Mittel zu suchen, die Lösung der Krise zu ermöglichen.

de Fleuriau

Nr. 41

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 25. Juli 1914

Heute morgen hat der britische Geschäftsträger nach den Weisungen seiner Regierung Herrn von Jagow gefragt, ob Deutschland sich England, Frankreich und Italien anschließen würde, um zur Verhinderung eines Konfliktes zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln und vor allem in Wien eine Verlängerung der Serbien durch das Ultimatum gesetzten Frist zu verlangen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts antwortete, er habe bereits heute morgen, gleich nach Empfang des Telegramms des Fürsten Lichnowsky über die Absichten Sir Ed. Greys, an den deutschen Botschafter

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in Wien telegraphiert, damit er beim Grafen Berchtold diese Verlängerung nachsuche. Leider ist Graf Berchtold in Ischl. Übrigens glaubt Herr von Jagow nicht, daß dieses Gesuch angenommen werde.

Der britische Geschäftsträger hat sich ebenfalls, wie ich es gestern getan hatte, bei Herrn von Jagow erkundigt, ob Deutschland keine Kenntnis von der österreichischen Note gehabt habe, bevor sie abgeschickt worden sei. Er hat eine so unzweideutig verneinende Antwort erhalten, daß er nicht weiter bei dem Thema bleiben konnte. Er konnte aber nicht umhin, seine Verwunderung über die Blankovollmacht auszusprechen, die Deutschland Österreich gegeben habe.

Auf die Antwort des Herrn von Jagow, die Angelegenheit sei für Österreich eine innere Angelegenheit, bemerkte der britische Geschäftsträger, daß sie eine im höchsten Grade internationale geworden sei.

Jules Cambon

Nr. 42

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 25. Juli 1914

Der russische Geschäftsträger hat Weisung erhalten, die deutsche Regierung zu ersuchen, sie solle bei der Wiener Regierung auf eine Verlängerung der Frist des Ultimatums dringen.

Da Herr von Jagow ihm erst auf den Spätnachmittag eine Zusammenkunft gewährte, d. h. in dem Augenblick, wo das Ultimatum gerade abgelaufen sein wird, hat Herr Bronewski dem Staatssekretär eine dringende schriftliche Note geschickt, in der er betont, daß die Verspätung der Mitteilung an die Mächte durch Österreich die Wirkung dieser Mitteilung illusorisch mache, da sie ihnen nicht Zeit lasse, vor dem Ablauf der bestimmten Frist Kenntnis von den angeführten Tatsachen zu nehmen. Er beharrt sehr lebhaft auf der Notwendigkeit, sie zu verlängern, wenn man nicht die Absicht habe, eine große Krise zu schaffen.

Jules Cambon

Nr. 43

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 25. Juli 1914

Der russische Geschäftsträger hat beim Staatssekretär den Schritt ausgeführt, der ihm hinsichtlich einer Verlängerung der Frist des Ulti-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

matums vorgeschrieben war. Herr von Jagow hat ihm geantwortet, er habe schon eine derartige Anzeige nach Wien übermittelt, glaube aber, alle diese Schritte seien zu spät.

Herr Bronewski sagte nachdrücklich, wenn die Frist nicht verlängert werden könnte, so könnten wenigstens die Ausführungsmaßnahmen verschoben werden, um den Mächten zu gestatten, sich dafür zu verwenden, einen Konflikt zu vermeiden. Er fügte bei, daß die österreichische Note in Ausdrücken abgefaßt sei, die darauf berechnet wären, Serbien zu verletzen und zum Kriege zu zwingen.

Herr von Jagow antwortete ihm, es handle sich nicht um einen Krieg, sondern um eine „Strafvollziehung" in einer lokalen Angelegenheit.

Der Geschäftsträger sprach in seiner Entgegnung das Bedauern darüber aus, daß die deutsche Regierung ihre Verantwortlichkeit nicht ermesse für den Fall, daß Feindseligkeiten entstünden, die sich auf das übrige Europa ausdehnen könnten. Darauf antwortete Herr von Jagow, er lehne es ab, an solche Folgen zu glauben.

Dem russischen Geschäftsträger ist wie mir das Gerücht zu Ohren gekommen, Österreich werde trotz seiner Erklärung, keine Gebietsaneignung beabsichtigen, Teile von Serbien so lange besetzen, bis es vollständige Genugtuung erlangt habe. „Man weiß ja," sagte er mir, „was dieses Wort Genugtuung bedeutet!" Die Eindrücke des Herrn Bronewski über Deutschlands Hintergedanken sind sehr pessimistisch.

Jules Cambon

Nr. 44

Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Rom, den 25. Juli 1914

Der russische Botschafter hat auf der Consulta die Demarche gemacht, mit der Herr Sasonow Rußlands Vertreter in Paris, Berlin, Rom und Bukarest beauftragt hatte und die dahin zielte, diese verschiedenen Regierungen zu veranlassen, ihre Anstrengungen mit denjenigen Rußlands in Wien zu vereinigen, um eine Verlängerung der Serbien gesetzten Frist zu erreichen.

In Abwesenheit des Marchese di San Giuliano haben die Herren Salandra und de Martino geantwortet, sie würden sich mit dem Minister des Äußern in Verbindung setzen, seine Antwort könne ihnen aber erst gegen 6 Uhr zukommen, d. h. zu spät für eine etwaige Demarche in Wien.

Barrère

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 45

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Wien, den 25. Juli 1914

Der russische Geschäftsträger hat von seiner Regierung die Weisung, um eine Verlängerung der Frist für das Ultimatum an Serbien zu ersuchen, gerade in dem Augenblick erhalten, als Graf Berchtold nach Ischl abreiste, um dort, nach den Meldungen der Zeitungen, bis zur Beendigung der Krise in der Nähe des Kaisers zu bleiben.

Fürst Koudacheff hat ihn trotzdem von dem Schritte, mit dem er beauftragt war, durch zwei offene Telegramme — ein Bahntelegramm und ein Telegramm nach dem Bestimmungsorte — unterrichtet. Er erwartet hiervon keine Wirkung.

Baron Macchio, Generalsekretär des Ministeriums des Äußern, dem der Fürst den Inhalt seiner Weisungen und seines telegraphischen Schrittes mitteilte, bezeugte eine eisige Kälte, als dieser ihm auseinandersetzte, es widerstreite der internationalen Höflichkeit, wenn man Beschwerden samt Beweisstücken zur Prüfung vorlege, ohne die Zeit zum Aktenstudium zu lassen; Baron Macchio hat erwidert, zuweilen entbinde das Interesse von der Pflicht der Höflichkeit.

Die österreichische Regierung ist entschlossen, Serbien eine Demütigung zuzufügen: Sie wird keine Vermittlung irgendeiner Macht annehmen, ehe nicht der Schlag ausgeführt ist und ihn Serbien mitten ins Gesicht erhalten hat.

Dumaine

Nr. 46

Herr Boppe, französischer Gesandter in Belgrad, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Belgrad, den 25. Juli 1914

Herr Pasitsch hat mir soeben von der Antwort Kenntnis gegeben, die heute abend dem österreichischen Gesandten überreicht werden wird.

Die serbische Regierung willigt ein, morgen im Amtsblatt die von ihr verlangte Erklärung zu veröffentlichen; sie wird sie durch Tagesbefehl auch dem Heere mitteilen; sie wird die Landesverteidigungsvereine und alle anderen Gesellschaften auflösen, die der Agitation gegen Österreich-Ungarn verdächtig sind; sie verpflichtet sich, das Preßgesetz zu ändern, aus dem Heeresdienste, dem öffentlichen Unterrichte und den übrigen Verwaltungen alle Beamten zu entlassen, deren Beteiligung an der Propaganda bewiesen wurde; sie bitte nur um Mitteilung der Namen dieser Beamten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Was die Mitwirkung von österreichischen Beamten bei der Untersuchung anbetrifft, so verlangt sie Aufschluß, wie sich diese gestalten würde; sie könne nur eine solche annehmen, die dem Völkerrechte oder den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würde.

Sie nimmt alle anderen Forderungen des Ultimatums an und erklärt, daß, wenn die österreichisch-ungarische Regierung damit nicht zufriedengestellt sei, sie sich dem Entscheide des Haager Schiedsgerichts oder dem der Großmächte, die an der Ausarbeitung der Erklärung vom 31. März 1909 mitgewirkt haben, unterwerfen wolle.

Boppe

Nr. 47

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 25. Juli 1914

Während des ganzen Nachmittags erhielt sich mit Hartnäckigkeit das Gerücht, daß Serbien sich den Forderungen Österreichs unterwerfe. Heute abend veröffentlichen die Zeitungen Extrablätter, die den Bruch mit Belgrad und die Abreise des österreichisch-ungarischen Gesandten melden.

Dieses Gerücht ist soeben dem Vertreter der Havas-Agentur in der Wilhelmstraße bestätigt worden. Beträchtliche Gruppen von mehreren Hunderten von Personen sammeln sich hier vor den Zeitungsbureaus, und soeben ist ein starker Demonstrationszug von jungen Leuten unter Hurrarufen auf Deutschland und unter Absingung vaterländischer Lieder über den Pariser Platz gezogen; er begibt sich nach der Siegessäule, zur österreichischen, dann zur italienischen Botschaft. Es ist ein bezeichnender Ausbruch des Chauvinismus.

Eine deutsche Persönlichkeit, die ich heute abend sah, hat mir gestanden, daß man hier befürchtet habe, Serbien könnte die österreichische Note en bloc annehmen, und sich lediglich vorbehalten, die Art ihrer Ausführung zu erörtern, um Zeit zu gewinnen und es den Anstrengungen der Mächte zu ermöglichen, sich vor dem Bruch nützlich zu erweisen.

In Finanzkreisen ergreift man bereits Maßregeln, um jeder Möglichkeit gewachsen zu sein; denn man sieht dort bei der entschiedenen Unterstützung Österreichs durch Deutschland kein Mittel, die Krisis abzuwenden.

Meines Erachtens könnte in ganz Europa nur England sich in Berlin Gehör verschaffen.

Was auch komme, Paris, Petersburg und London werden den Frieden in würdiger Weise nur dann aufrecht erhalten können, wenn sie sich fest und vollständig einig zeigen.

Jules Cambon

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 48

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Wien, den 25. Juli 1914

Man übermittelt mir Ihr Telegramm gerade zu der Stunde, in der die Serbien gewährte Frist abläuft. Andererseits habe ich Ihnen soeben mitgeteilt, unter welchen Umständen der russische Geschäftsträger seinen Schritt hat ausführen müssen. Es scheint unnütz, ihn zu unterstützen, wo es nicht mehr Zeit dazu ist.

Im Verlaufe des Nachmittags hatte sich das Gerücht verbreitet, Serbien habe sich dem Ultimatum gefügt, immerhin mit dem Zusatze, daß es deswegen die Mächte anrufe. Man versichert aber im letzten Augenblick, der österreichische Gesandte habe soeben Belgrad eilig verlassen; er hätte die Zustimmung der serbischen Regierung zu den von seiner Regierung gestellten Bedingungen für ungenügend erachtet.

Dumaine

Nr. 49

Antwort der serbischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note

(Mitgeteilt von Herrn Vesnitch, dem serbischen Gesandten, am 27. Juli)

Belgrad, den 25. Juli 1914

Die Königlich serbische Regierung hat die Mitteilung der k. und k. Regierung vom 10./23. ds. erhalten und ist überzeugt, daß ihre Antwort jedes Mißverständnis zerstreuen wird, welches die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen der österreichischen Monarchie und dem Königreich Serbien zu stören droht.

Die Königliche Regierung ist sich bewußt, daß der großen Nachbarmonarchie gegenüber bei keinem Anlaß jene Proteste erneuert wurden, die seiner Zeit sowohl in der Skupschtina als auch in Erklärungen und Handlungen der verantwortlichen Vertreter des Staates zum Ausdruck gebracht wurden und die durch die Erklärung der serbischen Regierung vom 18./31. März 1909 ihren Abschluß gefunden haben, sowie weiter, daß seit jener Zeit weder von den verschiedenen einander folgenden Regierungen des Königreichs noch von deren Organen der Versuch unternommen wurde, den in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen politischen und rechtlichen Zustand zu ändern. Die Königliche Regierung stellt fest, daß die k. und k. Regierung in dieser Richtung keinerlei Vorstellung erhoben hat, abgesehen von dem Falle eines Lehrbuches, hinsicht-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lich dessen die k. und k. Regierung eine vollkommen befriedigende Aufklärung erhalten hat. Serbien hat während der Dauer der Balkankrise in zahlreichen Fällen Beweise für seine pazifistische und gemäßigte Politik geliefert, und es ist nur Serbien und den Opfern, die es ausschließlich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Friede erhalten geblieben ist.

Die Königliche Regierung kann nicht für Äußerungen privaten Charakters verantwortlich gemacht werden, wie es Zeitungsartikel und die friedliche Arbeit von Gesellschaften sind, Äußerungen, die fast in allen Ländern ganz gewöhnliche Erscheinungen sind, und die sich im allgemeinen der staatlichen Kontrolle entziehen. Dies um so weniger, als die Königliche Regierung bei der Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, die zwischen Serbien und Österreich-Ungarn aufgetaucht waren, großes Entgegenkommen bewiesen hat, wodurch es ihr gelungen ist, deren größeren Teil zugunsten des Fortschritts der beiden Nachbarländer zu lösen.

Die Königliche Regierung war deshalb durch die Behauptungen, daß Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Serajewo verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. Sie hatte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden, und war bereit, um ihre vollkommene Korrektheit durch Taten zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären.

Den Wünschen der k. und k. Regierung entsprechend ist die Königliche Regierung somit bereit, dem Gericht ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Serajewoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten. Sie verpflichtet sich insbesondere auf der ersten Seite des Amtsblatts vom 13./26. Juli folgende Enuntiation zu veröffentlichen: „Die Königlich Serbische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein sollte, d. h. die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreißung einzelner Gebiete von der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielen, und sie bedauert aufrichtig die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.

Die Königliche Regierung bedauert, daß laut der Mitteilung der k. und k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt, und daß diese damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die Königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die Regierung, die jeden Gedanken und jeden Versuch einer Einmischung in das Schicksal der Bewohner irgendeines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und ablehnt, hält es für ihre Pflicht, den Offizieren, den Beamten und der ganzen Bevölkerung offiziell davon Kenntnis zu geben, daß sie in Zukunft mit der äußersten Strenge gegen die Personen vorgehen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

werde, die sich solcher Umtriebe schuldig machen würden, daß sie alle Anstrengungen machen werde, diesen Umtrieben vorzubeugen und sie zu unterdrücken."

Diese Erklärung wird durch einen Tagesbefehl im Namen Seiner Majestät des Königs durch S. k. H. den Kronprinzen Alexander der königlichen Armee zur Kenntnis gebracht und im nächsten offiziellen Armeebulletin veröffentlicht werden.

Die Königliche Regierung verpflichtet sich weiter:

1. Anläßlich des nächsten ordnungsmäßigen Zusammentritts der Skupschtina in das Preßgesetz eine Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Monarchie sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gerichtet ist.

Sie verpflichtet sich, anläßlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikel XXII des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.

2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür und auch die Note der k. und k. Regierung liefert ihr keine solchen, daß der Verein „Narodna Odbrana" und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherischen Handlungen dieser Art begangen hätten. Nichtsdestoweniger wird die Königliche Regierung die Forderung der k. und k. Regierung annehmen und die Gesellschaft „Narodna Odbrana" sowie jede Gesellschaft, die gegen Österreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.

3. Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien alles auszuscheiden, was die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte, falls ihr die k. und k. Regierung tatsächliche Beweise für diese Propaganda liefert.

4. Die Königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zuschulden kommen lassen; sie erwartet, daß die k. und k. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und die Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.

5. Die Königliche Regierung muß bekennen, daß sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. und k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, daß die Königlich serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihren Gebieten die Mitwirkung von Organen der k. und k. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, daß sie jede

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würde.

6. Die Königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hierzu speziell delegierten Organen der k. und k. Regierung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozeßgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von den Ergebnissen der Untersuchung gemacht werden.

7. Die Königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Voija Tankosič verfügt. Was aber den Milan Ciganovič anbelangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahn-Direktion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.

Die k. und k. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung sobald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Serajewo gesammelten Schuldbeweise in der üblichen Form bekanntzugeben.

8. Die serbische Regierung wird die bestehenden Maßnahmen wegen Unterdrückung des Schmuggels von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern.

Es ist selbstverständlich, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Sabac—Loznica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

9. Die Königliche Regierung ist gerne bereit, Aufklärung über die Äußerungen zu geben, welche ihre Beamten in Serbien und im Auslande nach dem Attentate in Interviews gemacht haben, und die nach der Behauptung der k. und k. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die k. und k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, daß diese Äußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die Königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Überführungsmittel hierfür zu sammeln.

10. Die Königliche Regierung wird, insofern dies nicht schon in dieser Note geschehen ist, die k. und k. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Maßnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Maßregeln angeordnet und durchgeführt wird.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Königlich serbische Regierung glaubt, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen, und ist daher, falls sich die k. und k. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer, bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Übertragung der Entscheidung dieser Frage an das internationale Gericht im Haag, sei es durch Überlassung der Entscheidung an die Großmächte, welche an der Ausarbeitung der von der serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben*.

* Vgl. Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. 26. Band, II, Nr. 9497.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

IV. Abschnitt

Von der Abbrechung der diplomatischen Beziehungen
(25. Juli 1914)
bis zu Österreichs Kriegserklärung an Serbien
(28. Juli 1914)

Nr. 50

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an den Ministerpräsidenten (an Bord der „France") und an die Herren französischen Botschafter in London, Petersburg, Berlin, Wien und Rom

Paris, den 26. Juli 1914

Man kann die Ereignisse vom Samstag folgendermaßen zusammenfassen: Weigerung Österreichs, der von Rußland nachgesuchten Verlängerung der Frist zuzustimmen. — Abreise des österreichischen Gesandten von Belgrad nach Übergabe einer für ungenügend erachteten Antwort Serbiens, obgleich sie die Grenze der als möglich erachteten Zugeständnisse erreicht hatte. — Mobilisationsbefehl in Serbien, dessen Regierung sich nach Kragujevac zurückgezogen hat, wohin ihr die französischen und russischen Gesandten gefolgt sind.

Die italienische Regierung, der die österreichische Note am Freitag ohne Bitte um Unterstützung oder nur Meinungsäußerung mitgeteilt wurde, hat, in Abwesenheit des Marchese di San Giuliano, der erst Dienstag zurückkehrt, auf die Anregung der russischen Regierung nicht antworten können, die auf eine Verlängerung der Frist in Wien hinzuwirken vorschlug. Es geht aus einer vertraulichen Mitteilung des italienischen Botschafters an Herrn Paléologue hervor, daß man sich in Wien weiter in dem Glauben wiegt, Rußland werde nicht standhalten*. Man darf nicht vergessen, daß Italien nur dann an die Verpflichtungen des Dreibundes gebunden ist, wenn es vorher befragt worden ist.

* Das entsprechende Telegramm Paléologues an Bienvenu-Martin fehlt im französischen Gelbbuch von 1914.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Aus Petersburg hören wir, daß Herr Sasonow Serbien geraten hat, die englische Vermittlung anzurufen. Im Ministerrate vom 25., der im Beisein des Kaisers abgehalten wurde, ist die Mobilisation der dreizehn Armeekorps, die gegebenenfalls gegen Österreich vorzugehen bestimmt sind, ins Auge gefaßt worden. Diese Mobilisation würde jedoch nur ausgeführt, wenn Österreich Serbien mit Waffengewalt zwingen wollte*, und nur nach Einholung der Ansicht des Ministers des Äußern, dem die Aufgabe zufällt, das Datum festzusetzen, wobei ihm freisteht, die Verhandlungen selbst in dem Falle fortzuführen, daß Belgrad besetzt würde. Die russische öffentliche Meinung gibt der politischen und moralischen Unmöglichkeit für Rußland Ausdruck, Serbien zertreten zu lassen.

In London ist die deutsche Demarche in denselben Ausdrücken wie durch Freiherrn von Schoen in Paris erfolgt. Sir E. Grey hat dem Fürsten Lichnowsky geantwortet, daß keine Macht in Europa einem etwaigen Ausbruche des Krieges gegenüber gleichgültig bleiben könnte. Er hat das nicht genauer ausgeführt und dem serbischen Gesandten gegenüber eine sehr zurückhaltende Sprache geführt. Die am Abend des 25. vom österreichischen Botschafter gemachte Mitteilung hat Sir E. Grey optimistischer gestimmt; da die Abbrechung der diplomatischen Beziehungen nicht unmittelbar militärische Operationen nach sich ziehen soll, ist der Staatssekretär geneigt, noch zu hoffen, daß die Mächte Zeit zur Intervention haben werden.

In Berlin ist die Sprache, die der Staatssekretär dem russischen Geschäftsträger gegenüber geführt hat, wenig befriedigend und hinhaltend. Als ihn dieser bat, sich einem Vorgehen in Wien für eine Verlängerung der Frist anzuschließen, hat er geantwortet, daß er schon in diesem Sinne tätig gewesen sei, daß es aber zu spät sei. Auf die Bitte, eine Frist zum Aufschub der Exekutionen zu erwirken, hat er erwidert, es handle sich um eine innere Frage und nicht um einen Krieg, sondern um eine lokale Strafvollziehung. Herr von Jagow gibt vor, nicht zu glauben, daß die österreichische Aktion allgemeine Folgen nach sich ziehen könnte.

Es vollzieht sich in Berlin eine wahre Explosion von Chauvinismus. Der deutsche Kaiser kehrt direkt nach Kiel zurück. Herr Jules Cambon meint, daß Deutschland auf die ersten militärischen Maßnahmen Rußlands sofort antworten und wahrscheinlich keinen Vorwand erst abwarten würde, um uns anzugreifen.

In Wien hat der französische Botschafter nicht Zeit gehabt, sich dem Vorgehen seines russischen Kollegen anzuschließen, um eine Verlängerung der für Serbien festgesetzten Frist zu erwirken. Er bedauert es nicht, da dieser Schritt nachdrücklich zurückgewiesen wurde und England auch nicht mehr Zeit hatte, seinem Vertreter bezügliche Weisungen zu erteilen.

---

* „... si l'Autriche contraignait la Serbie par la force des armes ...“ (Anmerkung des französischen Gelbbuchs von 1914.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Eine Note der englischen Botschaft wurde mir übergeben*; sie berichtet über die Konferenz des englischen Botschafters in Petersburg mit Herrn Sasonow und Herrn Paléologue. Sir Ed. Grey meint, daß die vier nicht beteiligten Mächte bei Rußland und Österreich darauf bestehen sollten, daß ihre Armeen die Grenzen nicht überschreiten und England, Frankreich, Deutschland und Italien Zeit lassen, ihre Vermittlung auszuführen. Wenn Deutschland annimmt, hat die englische Regierung Gründe zu der Annahme, daß Italien glücklich sein würde, sich ebenfalls der gemeinsamen Aktion von England und Frankreich anzuschließen. Der Anschluß Deutschlands ist wesentlich, denn Österreich würde ebensowenig als Rußland eine andere Einmischung als die von unparteiischen Freunden oder von Verbündeten dulden.

Bienvenu-Martin

Nr. 51

Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Rom, den 26. Juli 1914

Ein soeben in der Consulta eingetroffenes Telegramm aus Wien berichtet, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien Tatsache ist, und daß Österreich zu militärischen Maßnahmen schreitet.

Der Marchese di San Giuliano, der sich in Fiuggi befindet, wird erst übermorgen nach Rom zurückkehren.

Ich hatte heute mit dem Ministerpräsidenten ein interessantes Gespräch über die Lage, deren Ernst er anerkennt. Aus allen seinen Äußerungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich die italienische Regierung im Falle eines Konflikts abseits halten und eine beobachtende Haltung einnehmen wolle.

Herr Salandra hat mir in dieser Hinsicht gesagt: „Wir werden die größten Anstrengungen machen, um zu verhindern, daß der Friede gestört wird: Unsere Lage ist der Englands etwas ähnlich. Vielleicht könnten wir mit den Engländern zusammen etwas für den Frieden tun." Herr Salandra hat mir bestätigt, daß die österreichische Note in letzter Stunde in Rom mitgeteilt wurde.

Barrère

---

* Diese Note der englischen Botschaft ist in der Anlage 1 des französischen Gelbbuches veröffentlicht worden, aber unter Auslassung des Schlußsatzes, der nach Blaubuch 6 folgenden Wortlaut hat:

„Nach der Sprache des französischen Botschafters scheint aber, daß Frankreich und Rußland, selbst, wenn wir ablehnen, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, entschlossen sind, sich stark zur Wehr zu setzen."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 52

Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Rom, den 26. Juli 1914

Herr Sasonow hat gestern dem italienischen Botschafter in Petersburg gesagt, Rußland würde sich aller diplomatischen Mittel bedienen, um den Konflikt zu vermeiden, und es lasse die Hoffnung nicht fallen, daß eine Vermittlung Österreich zu einer weniger unversöhnlichen Haltung bewegen könne, aber man könne von ihm doch nicht verlangen, Serbien zertreten zu lassen.

Ich bemerke, daß der größte Teil der italienischen öffentlichen Meinung in dieser ernsten Angelegenheit Österreich feindlich gesinnt ist.

Barrère

Nr. 53

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an Herrn de Fleuriau, Geschäftsträger in London

Paris, den 26. Juli 1914

Herr Paléologue richtet folgendes Telegramm an mich: „Herr Sasonow rät der serbischen Regierung, die Vermittlung der englischen Regierung anzurufen."

In Übereinstimmung mit Herrn Paul Cambon* glaube ich, daß die französische Regierung nur die Hoffnung aussprechen kann, die englische Regierung möge annehmen, wenn ihr ein derartiges Anerbieten gemacht würde.

Wollen Sie sich in diesem Sinne im Foreign Office aussprechen.

Bienvenu-Martin

Nr. 54

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

St. Petersburg, den 26. Juli 1914

Der Minister des Äußern fährt mit einer löblichen Beharrlichkeit fort, Mittel zu suchen, um einer friedlichen Lösung die Oberhand zu verschaffen. „Bis zum letzten Augenblicke," erklärte er mir, „werde ich mich zu Verhandlungen bereit zeigen."

* Paul Cambon, der französische Botschafter in London, weilte vom 25.—27. Juli in Paris.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Von diesem Gedanken geleitet, hat er soeben den Grafen Szapary zu einer „offenen und loyalen Auseinandersetzung" zu sich bitten lassen. Artikel für Artikel hat Herr Sasonow mit ihm das österreichisch-ungarische Ultimatum kommentiert, wobei er den verletzenden Charakter der Hauptforderungen hervorhob. „Die Absicht, unter dessen Einfluß das Dokument entstanden ist," sagte er, „ist berechtigt, wenn Sie nur den Zweck verfolgt haben, Ihr Gebiet gegen die Anschläge der serbischen Anarchisten zu schützen; aber das Verfahren, welches Sie eingeschlagen haben, ist nicht zu verteidigen." Er schloß mit den Worten: „Nehmen Sie Ihr Ultimatum zurück, mäßigen Sie dessen Form, und ich garantiere Ihnen für das Resultat."

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat sich von dieser Sprache bewegt gezeigt; immerhin hält er, in Erwartung von Weisungen an der Ansicht seiner Regierung fest. Ohne sich entmutigen zu lassen, hat Herr Sasonow sich entschlossen, noch heute abend dem Grafen Berchtold die Eröffnung einer direkten Verhandlung zwischen Wien und Petersburg über die Veränderungen vorzuschlagen, welche an dem Ultimatum vorzunehmen wären.

Diese freundschaftliche und offiziöse Vermittlung Rußlands zwischen Österreich und Serbien hat den Vorzug eines schleunigen Verfahrens. Ich glaube deshalb, daß sie jedem anderen Vorgehen vorzuziehen ist und geeignet ist, zum Ziele zu führen.

Paléologue

Nr. 55

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Wien, den 26. Juli 1914

Herr Schebeko ist plötzlich von einer Reise nach Rußland zurückgekehrt; er hatte sie erst nach der vom Grafen Berchtold gegebenen Versicherung, daß die an Serbien gerichteten Forderungen höchst annehmbar sein würden, angetreten.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg hatte am Tage vor der Übergabe der Note mit Herrn Sasonow in demselben Sinne gesprochen. Dieses Vorgehen, das bei der Diplomatie der Monarc ie sehr gebräuchlich ist und dessen sich auch Freiherr Macchio gegen mich bedient hatte, scheint viel zu der Gereiztheit der russischen Regierung beigetragen zu haben.

Herr Schebeko wird sich jedoch bemühen, die für die Mobilisation unentbehrliche Frist zu benutzen, um den Vorschlag eines Übereinkommens anzuregen, welches wenigstens den Vorteil haben wird, einen Gradmesser für den Wert der friedliebenden Erklärungen Deutschlands zu geben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Während wir heute abend zusammen mit Sir M. de Bunsen darüber beratschlagten, erhielt dieser Weisungen vom Foreign Office hinsichtlich des von den Vertretern der vier weniger direkt beteiligten Mächte zu versuchenden Schrittes. Ich erwarte also für morgen eine Besprechung mit dem Herzog von Avarna und mit Herrn von Tschirschky, welch letzterer sich, wie fast sicher ist, hinter dem Grundsatze der lokalen Beschränkung des Konfliktes verschanzen wird, um seine Mitarbeit zu verweigern.

Mein Eindruck ist übrigens, daß sich die österreichisch-ungarische Regierung, obgleich überrascht über die ihr eingehauchte Tatkraft und sie vielleicht bedauernd, verpflichtet glauben wird, die militärische Aktion zu beginnen.

Dumaine

Nr. 56

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an den Ministerpräsidenten (an Bord der „France") und an die Herren französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Wien und Rom

Paris, den 26. Juli 1914

Die Zusammenfassung der serbischen Antwort auf die österreichische Note ist uns erst mit zwanzig Stunden Verspätung zugegangen. Obgleich die serbische Refgierung bis auf zwei kleine Vorbehalte in allen Punkten nachgegeben hatte, hat der österreichisch-ungarische Gesandte die Beziehungen abgebrochen und damit den von seiner Regierung vorgefaßten Willen bekundet, zur Exekution gegen Serbien zu schreiten.

Nach einem Telegramm des Herrn Jules Cambon hat der britische Botschafter das Gefühl einer leichten Neigung zur Nachgiebigkeit. Als er zu Herrn von Jagow bemerkte, daß Sir Ed. Grey ihn nicht bäte, zwischen Österreich und Serbien zu vermitteln, sondern, da die Frage nicht mehr örtlich beschränkt sei, mit England, Frankreich und Italien in Wien und Petersburg zu intervenieren, erklärte der Staatssekretär, er würde sein möglichstes tun, um den Frieden zu erhalten.

Im Verlaufe einer Unterredung zwischen Herrn Barrère und dem Generalsekretär im italienischen Ministerium des Äußern hat dieser erklärt, daß die italienische Regierung wahrscheinlich die österreichische Note nicht gebilligt haben würde. Da sie ihr aber nicht vorher mitgeteilt worden sei, fühle sie sich dadurch von jeder Verantwortlichkeit für die ernste von Österreich ergriffene Initiative frei.

Der deutsche Botschafter kam heute nachmittag zu mir, um mir eine Mitteilung zu machen, die eine Intervention Frankreichs bei Rußland im Sinne des Friedens anstrebt. Österreich, sagte er mir, habe Rußland erklären lassen, daß es weder eine Gebietsvergrößerung, noch einen Angriff

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gegen die Integrität des Königreichs Serbien anstrebe, seine einzige Absicht sei, seine eigene Ruhe zu sichern und polizeiliche Aufsicht zu üben. Von den Entscheidungen Rußlands hänge es ab, ob der Krieg vermieden werde. Deutschland fühle sich mit Frankreich in dem heißen Wunsche solidarisch, daß der Frieden aufrecht erhalten bleibe, und habe die feste Hoffnung, daß Frankreich von seinem Einflusse in Petersburg in besänftigendem Sinne Gebrauch machen werde.

Ich habe auf diese Anregung erwidert, daß Rußland gemäßigt sei, daß es nichts getan habe, was einen Zweifel an seiner Mäßigung gestatte, und daß wir mit ihm übereinstimmen, eine friedliche Lösung dieses Konfliktes zu suchen. Es schiene uns also, daß Deutschland als Gegenpartie in Wien, wo die Wirksamkeit seiner Bemühungen sicher sei, tätig sein müsse, um die militärischen Vorkehrungen, die die Besetzung von Serbien anstrebten, zu vermeiden.

Da der Botschafter mir sagte, daß dies mit dem von Deutschland eingenommenen Standpunkt unvereinbar sei, „daß die Frage nur Österreich und Serbien anginge", sagte ich ihm, daß die Vermittlung in Wien und in Petersburg von den vier anderen, weniger an der Frage beteiligten Mächten, geschehen könne.

Herr von Schoen verschanzte sich dann hinter die mangelnden diesbezüglichen Instruktionen, und ich sagte ihm, daß ich unter diesen Bedingungen nicht in der Lage sei, in Petersburg allein eine Aktion zu unternehmen.

Die Unterhaltung endigte mit der vom Botschafter erneuerten Versicherung der friedlichen Absichten Deutschlands, das er in diesem Punkte mit Frankreich solidarisch erklärte.

Bienvenu-Martin

Nr. 57

Note für den Minister

Sonntag abend, den 26. Juli 1914

Nach dem Besuch, den er um 5 Uhr nachmittags dem Minister gemacht hatte, hat sich Freiherr von Schoen heute abend um 7 Uhr zu der politischen Abteilung mit dem Ersuchen begeben, es möchte der Presse, um tendenziöse Zeitungskommentare wie die des „Echo de Paris" vom Abend zuvor zu vermeiden und um den Zweck der Schritte der deutschen Regierung genau festzustellen, eine kurze Mitteilung über die Zusammenkunft des deutschen Botschafters und des Ministers des Äußern gegeben werden.

Herr von Schoen schlug, um seinen Gedankengang näher zu präzisieren, folgenden Wortlaut vor, den der stellvertretende politische Direktor nach seinem Diktat zu Papier brachte: „Der deutsche Botschafter und der Minister des Äußern haben am Nachmittag eine neue Unterredung ge-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

habt, in deren Verlauf sie im freundschaftlichsten Geiste und im Gefühle friedlicher Solidarität die Mittel prüften, die angewandt werden könnten, um den allgemeinen Frieden zu erhalten."

Der stellvertretende politische Direktor antwortete sogleich: „So ist also nach Ihrer Ansicht alles geregelt, und Sie bringen uns die Versicherung, daß Österreich die serbische Note annimmt oder sich hierüber in Verhandlungen mit den Mächten einlassen wird?" Da der Botschafter überrascht schien und lebhaft verneinte, wurde ihm auseinandergesetzt, daß der vorgeschlagene Wortlaut der „Mitteilung an die Presse", wenn sich in der ablehnenden Haltung Deutschlands nichts geändert habe, zu weit ginge und geeignet sei, die französische öffentliche Meinung in eine falsche Sicherheit zu wiegen, indem sie Illusionen über die wirkliche Lage wachriefe, deren Gefahren nur zu deutlich seien.

Auf die Versicherungen über seinen optimistischen Eindruck, mit welchen der deutsche Botschafter ihn überschüttete, fragte der stellvertretende politische Direktor, ob er ihm erlaube, ganz persönlich und vertraulich, Mann zu Mann, ganz ungebunden und ohne Rücksicht auf ihre beiderseitige Stellung, zu ihm zu sprechen. Freiherr von Schoen bat ihn, das zu tun.

Herr Berthelot sagte darauf, daß für jeden Unbefangenen die Haltung Deutschlands nicht verständlich sei, wenn sie nicht auf den Krieg abziele; eine rein sachliche Beurteilung der Tatsachen und die Psychologie der österreichisch-deutschen Beziehungen führten logischerweise zu diesem Schlusse. Bei der wiederholten Versicherung, daß Deutschland den Inhalt der österreichischen Note nicht gekannt habe, sei es nicht mehr erlaubt, Zweifel über diesen Punkt zu erheben. Sei es jedoch wahrscheinlich, daß sich Deutschland mit geschlossenen Augen in solchem Abenteuer an die Seite Österreichs gestellt haben sollte? Gestatte die Psychologie aller vergangenen Beziehungen zwischen Wien und Berlin die Annahme, daß Österreich eine Stellung ohne Vorbehalt eines Rückzugs angenommen hätte, wenn es nicht vorher mit seinem Verbündeten alle Folgen seiner Unnachgiebigkeit erwogen hätte? Wie überraschend erscheine die Weigerung Deutschlands, in Wien einen Vermittlungsvorschlag zu machen, jetzt, wo es den ungewöhnlichen Wortlaut der österreichischen Note kenne! Welche Verantwortlichkeit würde die deutsche Regierung übernehmen und welcher Verdacht würde auf ihr lasten, wenn sie dabei bliebe, sich nach der sozusagen unbedingten Unterwerfung Serbiens zwischen Österreich und die Mächte zu stellen, jetzt, wo der geringste von ihr in Wien gegebene Rat dem auf Europa lastenden Alpdruck ein Ende machen würde!

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Österreich, seine Kriegsdrohungen und die von ihm vorgenommene Mobilisation machen die friedensstiftende Aktion Deutschlands äußerst dringlich, denn von dem Tage an, an dem die österreichischen Truppen die serbische Grenze überschritten haben würden, würde man sich einer Tatsache gegenüber befinden, die zweifellos das Petersburger Kabinett zur Intervention

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zwingen und die Gefahr in sich bergen würde, einen Krieg zu entfesseln, den Deutschland vermeiden zu wollen erkläre.

Herr von Schoen, der lächelnd zuhörte, versicherte von neuem, daß Deutschland den Wortlaut der österreichischen Note nicht gekannt* und sie erst nach ihrer Übergabe gebilligt habe; es glaube immer noch, daß Serbien eine Lektion nötig habe, die streng genug sei, um nicht vergessen zu werden, und daß Österreich es sich selbst schuldig sei, einer für eine Großmacht gefährlichen und unerträglichen Lage ein Ende zu machen. Er erklärte überdies, den Wortlaut der serbischen Antwort nicht zu kennen, und zeigte sich persönlich überrascht, daß sie Österreich nicht befriedigt haben solle, wenn sie wirklich so wäre, wie sie die häufig schlecht unterrichteten Zeitungen wiedergäben.

Er betonte noch weiter die friedlichen Absichten Deutschlands und gab seiner Meinung über die Wirkung Ausdruck, die gute Ratschläge, die z. B. von England in freundschaftlichem Tone nach Wien gerichtet würden, haben könnten. Nach seiner Ansicht sei Österreich nicht unversöhnlich; was es ablehne, sei den Gedanken einer formellen Vermittlung, das „Gespenst" einer Konferenz; ein friedliches Wort aus Petersburg, freundschaftliche Worte in versöhnlichem Tone seitens der Mächte des Dreiverbandes hätten Aussicht, gut aufgenommen zu werden. Er fügte endlich hinzu, daß er nicht sagen wolle, Deutschland würde nicht auch seinerseits in Wien einige Ratschläge geben.

Unter diesen Bedingungen erklärte der stellvertretende politische Direktor, daß er den Minister fragen würde, ob es ihm angezeigt erscheine, der Presse eine kurze Notiz in gemäßigtem Tone zugehen zu lassen.

Nr. 58

Herr Chevalley, französischer Gesandter in Christiania, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Christiania, den 26. Juli 1914

Die ganze deutsche Flotte in Norwegen hat Befehl erhalten, in See zu stechen. Die deutschen Behörden in Bergen erklären, es handle sich um direkte Rückkehr nach Deutschland.

Die in den Fjords nördlich von Bergen zerstreuten deutschen Schiffe würden sich mit denen in der Umgegend von Stavanger vereinigen.

Chevalley

---

* Vgl. 21. Brief des französischen Gesandten in München, der berichtet, daß der bayrische Ministerpräsident am 23. Juli gesagt habe, er kenne den Wortlaut der österreichischen Note an Serbien.

Vgl. auch Blaubuch, 95, wo Sir M. de Bunsen, englischer Botschafter in Wien, erklärt: „Obgleich ich es nicht feststellen kann, höre ich aus privater Quelle, daß der deutsche Botschafter den Wortlaut des österreichischen Ultimatums an Serbien kannte, bevor es abgesandt wurde, und daß er es dem deutschen Kaiser telegraphiert hat; ich weiß vom deutschen Botschafter selbst, daß er jede Zeile davon billigt." (Diese Anmerkung ist im französischen Gelbbuch von 1914 enthalten.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 59

Herr d'Annoville, französischer Geschäftsträger in Luxemburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Luxemburg, den 26. Juli 1914

Nach den Nachrichten, die ich soeben aus Diedenhofen erhalte, haben die vier letzten entlassenen Jahrgänge Befehl erhalten, sich zu jeder Stunde zur Verfügung der Kommandantur zu halten.

Ohne vollständig mobilisiert zu sein, ist es den Reservisten verboten, sich von ihrem Wohnorte zu entfernen.*

d'Annoville

Nr. 59a

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

St. Petersburg, den 26. Juli 1914
Aufgegeben 1 Uhr 55 p. m.

„Gestern — 25. Juli — hat mir in Krasnoje der Kriegsminister die Mobilmachung von vier Armeekorps der Militärbezirke von Kiew, Odessa, Kasan und Moskau bestätigt. Aber die Militärbezirke von Warschau, Wilna und Petersburg erhalten geheime Verfügungen. Die Städte und die Regierungen von Petersburg und Moskau sind in Kriegszustand versetzt. Dem Dekret ist eine Liste derjenigen Angelegenheiten beigefügt, über die die Zeitungen nicht berichten dürfen, und die in der Tat nur militärische Fragen betreffen.

---

* Die Nachrichten sind nicht zu erklären. Wahrscheinlich handelte es sich um die Wiedergabe einer falschen Agentennachricht. Vgl. Heft II des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses: „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen" (Anlage XIV, S. 69), wo es heißt:

„Am 27. Juli berichtete der kommandierende General des XVI. Armeekorps (Metz) mit 1 a, Nr. 1203g:

„Dem k. Kriegsministerium teile ich sehr ergebenst mit, daß ich mit Rücksicht auf die politische Lage es für nötig befunden habe, die Werke der Westfront der Festung Metz außer durch die ständigen Wachkompagnien auch durch Fußartillerie und Maschinengewehre zu besetzen. Ferner ist angeordnet, daß die Truppen sich in der Nähe ihrer Kasernen halten und weitere Beurlaubungen nicht mehr stattfinden.

Dasselbe ist für die Festung Diedenhofen angeordnet. Weitere Maßregeln habe ich vorläufig nicht für nötig gehalten, insbesondere habe ich von einer Zurückberufung der beurlaubten Offiziere und Mannschaften wegen des mit einer solchen Maßregel verbundenen Aufsehens noch abgesehen, trotz der großen Anzahl Ernteurlauber beim K. bayerischen Kontingent[1], besonders da die Abteilung IIIb des Großen Generalstabes gestern morgen mitteilt, die Lage sei zuversichtlich."

[1]) Die Rückberufung der Ernteurlauber des bayerischen Kontingents wurde am 27. Juli vom bayerischen Kriegsministerium angeordnet (Weißbuch Juni 1919, Seite 71, Abs. 1).

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Beförderung von jungen Offizieren, die, wie gewöhnlich, am 18. August hätte stattfinden müssen, ist in der Eile gestern abend um 6 Uhr (am 25.) erfolgt, zur selben Zeit, wie der Befehl zur Aufhebung des Lagers von Krasnoje gegeben wurde. In diesem Augenblick kehren die Truppen in ihre Bestimmungsgarnisonen zurück. Der Kriegsminister hat uns seinen Willen wiederholt, Deutschland die Initiative für einen eventuellen Angriff zu überlassen*."

Nr. 60

Herr Farges, französischer Generalkonsul in Basel, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Basel, den 27. Juli 1914

Die sich hier in der Gegend in den Ferien aufhaltenden deutschen Offiziere daben vor vier Tagen Befehl erhalten, ihre Ferien abzubrechen und nach Deutschland zurückzukehren**.

Andererseits erfahre ich aus zwei ernst zu nehmenden Quellen, daß die Besitzer von Kraftwagen im Großherzogtum Baden angewiesen worden sind, sich bereitzuhalten, ihre Wagen zwei Tage nach einem weiteren Befehl zur Verfügung der militärischen Behörden zu stellen. Die Geheimhaltung dieser Anweisung ist bei Strafe befohlen worden.

Die Basler Bevölkerung ist sehr beunruhigt, und die Banken sind zurückhaltend.

Farges

Nr. 61

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an Herrn Jules Cambon, französischen Botschafter in Berlin, mitgeteilt an Bord der „France" (für den Ministerpräsidenten), und an die Herren Botschafter Frankreichs in London, St. Petersburg, Wien und Rom

Paris, den 27. Juli 1914

Die drei Schritte des deutschen Botschafters in Paris erscheinen charakteristisch; — am Freitag verliest er eine Note, in der sich die deutsche Regierung kategorisch zwischen Österreich und die Mächte stellt,

* Der Wortlaut ist im Senatsbericht Nr. 704 S. 39 und 127 und bei Bourgeois et Pagès S. 39 und 137 veröffentlicht.

** Diese Nachricht trifft nicht zu. Vgl. Heft 2 des Parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses: „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen", Anlage 20e Seite 71, wo es heißt:

„Rückberufung der Urlauber. Nr. 2786/14 und Nr. 19 gg A. 1, Telegramm ab: 29. Juli 10 Uhr 40 und 11 Uhr 20 abends."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

das österreichische Ultimatum an Serbien billigt und hinzufügt, daß „Deutschland dringend wünscht, daß der Konflikt lokalisiert bleibe, da jede Intervention einer anderen Macht durch das Spiel und Gegenspiel der Bündnisse unberechenbare Folgen hervorrufen müsse." — Am folgenden Tage, am Sonnabend, nachdem die Wirkung erzielt worden war und die Mächte infolge der Überraschung, der Kürze der Frist und der Gefahren eines allgemeinen Krieges, Serbien geraten hatten, nachzugeben, kommt Herr von Schoen wieder, um seinen Schritt abzuschwächen, indem er vorgibt, über den hervorgerufenen Eindruck erstaunt zu sein, und verwahrt sich dagegen, daß man Deutschland Absichten zuschreibe, die es nicht habe, weil, wie er sagt, weder von einem vorherigen Einverständnisse noch von einer nachherigen Drohung die Rede sein könnte; — am dritten Tage, am Sonntag, als der Erfolg erzielt worden war, da Serbien tatsächlich sozusagen allen Anforderungen Österreichs nachgegeben hatte, erscheint der deutsche Botschafter zweimal, um die friedlichen Absichten Deutschlands und seinen dringenden Wunsch auf Mitwirkung an der Erhaltung des Friedens zu betonen, nachdem er den österreichischen Erfolg einkassiert hatte, der die erste Phase der Krise abschließt.

Augenblicklich bleibt die Lage beunruhigend infolge der unverständlichen Weigerung Österreichs, die serbische Unterwerfung anzunehmen, seiner Mobilisationsvorkehrungen und seiner Drohungen, in Serbien einzufallen. Die mit der Unterstützung Deutschlands von Anfang an eingenommene Haltung der österreichischen Regierung, ihre Weigerung, irgendeine Besprechung mit den Mächten anzunehmen, machen es ihnen tatsächlich unmöglich, in nützlicher Weise ohne Deutschlands Vermittlung bei ihr zu intervenieren. Indessen drängt die Zeit, denn wenn die österreichische Armee die Grenze überschreitet, wird es sehr schwer sein, die Krisis zu beschwören, da Rußland anscheinend die Besetzung Serbiens nicht dulden kann, nachdem sich dieses in Wirklichkeit der österreichischen Note unterworfen hat und ihm alle Genugtuungen und Sicherheiten gegeben hat. Deutschland ist gerade infolge der von ihm eingenommenen Stellung geeignet, in nützlicher Weise zu intervenieren und in Wien angehört zu werden; wenn es das nicht tut, rechtfertigt es allen Verdacht und übernimmt die Verantwortung für den Krieg.

Die Mächte und insbesondere Rußland, Frankreich und England haben durch ihre dringenden Ratschläge Belgrad zum Nachgeben bestimmt. Sie haben also ihre Aufgabe erfüllt; jetzt ist es an Deutschland, das allein in der Lage ist, in Wien rasch Gehör zu finden, Ratschläge an Österreich zu geben, das Genugtuung erhalten hat und wegen einer leicht zu erledigenden Einzelheit nicht den allgemeinen Krieg entfesseln kann.

In dieser Lage taucht der Vorschlag des Londoner Kabinetts auf. Da Herr Sasonow dem englischen Botschafter mitgeteilt hat, daß Rußland infolge des Appells Serbiens an die Mächte einwilligen würde, sich abseits zu halten, hat Sir Ed. Grey den Kabinetten von Paris, Berlin und Rom folgenden Vorschlag unterbreitet: Die Botschafter Frankreichs,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutschlands und Italiens in London sollen beauftragt werden, mit Sir Ed. Grey ein Mittel zu suchen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu lösen, wobei abgemacht sein solle, daß sich unterdessen Rußland, Österreich und Serbien jeder aktiven militärischen Handlung enthalten sollen. Sir A. Nicolson hat dem deutschen Botschafter von diesem Vorschlag gesprochen, der sich ihm geneigt gezeigt hat; er wird ebenfalls in Paris und aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Rom gut aufgenommen werden. Auch hier hat Deutschland das Wort und zudem Gelegenheit, anders als mit Worten seinen guten Willen zu zeigen.

Ich bitte Sie, sich mit Ihrem englischen Kollegen zu besprechen und seinen Schritt bei der deutschen Regierung in der Ihnen angemessen erscheinenden Form zu unterstützen.

Bienvenu-Martin

Nr. 62

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an den Ministerpräsidenten (an Bord der „France") und an die Herren Botschafter Frankreichs in London, St. Petersburg, Wien und Berlin

Paris, den 27. Juli 1914

Nach seinem gestern unternommenen Schritte, der eine beschwichtigende Intervention Frankreichs in Petersburg anstrebte, war der deutsche Botschafter, wie ich Ihnen schon mitteilte, zur politischen Abteilung zurückgekehrt unter dem Vorgeben, daß es von Nutzen sein könnte, der Presse eine kurze Note mitzuteilen, die den friedlichen und freundschaftlichen Sinn der Besprechung hervorheben sollte. Er hatte sogar folgenden Wortlaut angeregt: „Der deutsche Botschafter und der Minister des Äußern haben am Nachmittag eine neue Unterredung gehabt, in deren Verlauf sie im freundschaftlichsten Geiste und im Gefühl friedlicher Solidarität die Mittel prüften, die angewendet werden könnten, um den allgemeinen Frieden zu erhalten." Es wurde sofort geantwortet, daß die Fassung zu weit gehe und geeignet sei, die öffentliche Meinung über die wahre Lage hinwegzutäuschen, daß indessen eine kurze, im angedeuteten Sinne gegebene Note, d. h. mit der Meldung einer Besprechung, in der die zur Erhaltung des Friedens anzuwendenden Mittel geprüft worden seien, vorbehaltlich meiner Zustimmung, veröffentlicht werden könnte.

Die veröffentlichte Mitteilung lautete: „Der deutsche Botschafter und der Minister des Äußern hatten eine neue Unterredung, in deren Verlauf sie die Mittel für das Vorgehen der Mächte zur Aufrechterhaltung des Friedens untersucht haben." Diese absichtlich farblose Abfassung vermied eine Solidaritätserklärung mit Deutschland, die falsch ausgelegt werden könnte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Heute morgen hat Herr von Schoen, unter dem Vorgeben, seine Unterredung mit dem Minister zusammenzufassen, einen persönlichen Brief an den Direktor der politischen Abteilung gerichtet und hinzugefügt: „Beachten Sie besonders den Satz über die Solidarität der friedlichen Gesinnungen. Das ist keine banale Phrase, sondern der aufrichtige Ausdruck der Wirklichkeit." Die dem Briefe beigelegte Zusammenfassung lautete wie folgt: „Das Wiener Kabinett hat formell und offiziell demjenigen von Petersburg erklären lassen, es verfolge in Serbien keinerlei Landerwerb, und wolle die Integrität des Königsreichs in keiner Weise antasten; seine einzige Absicht ist, seine Ruhe zu sichern. In diesem Augenblick hängt die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg ausbrechen soll, allein von Rußland ab. Die deutsche Regierung hat das feste Vertrauen, daß die französische Regierung, mit der sie sich in dem heißen Wunsche, daß der europäische Friede bewahrt werden möge, solidarisch weiß, ihren ganzen Einfluß in beruhigendem Sinne bei dem Petersburger Kabinett geltend machen werde."

Ich habe Ihnen die Antwort zur Kenntnis gebracht, die darauf erteilt wurde (ein Schritt Frankreichs in Petersburg ließe sich schlecht erklären und müßte durch einen Schritt Deutschlands in Wien, oder in Ermangelung dessen durch eine Vermittlung der vier weniger beteiligten Mächte in beiden Hauptstädten ergänzt werden).

Der Brief des Herrn von Schoen kann verschieden gedeutet werden. Die wahrscheinlichste Auslegung ist die, daß er, wie das Vorgehen des Botschafters selbst, danach trachtet, Frankreich in den Augen Rußlands bloßzustellen, um im Falle des Mißlingens die Verantwortlichkeit eines etwaigen Krieges auf Rußland und auf Frankreich zu schieben, um schließlich hinter Friedensbeteuerungen, die nicht erhört würden, eine militärische Aktion Österreichs in Serbien zu verdecken, die bestimmt ist, den österreichischen Erfolg zu vervollständigen.

Ich übermittle Ihnen diese Auskünfte zur Information und zu jeder Ihnen nützlich erscheinenden Verwendung. Bienvenu-Martin

Nr. 63

Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 27. Juli 1914

Der deutsche und der österreichisch-ungarische Botschafter lassen durchblicken, sie seien sicher, daß England im Falle des Ausbruchs eines Konfliktes die Neutralität bewahren würde. Sir Arthur Nicolson sagte mir, daß jedoch Fürst Lichnowsky, nach der Unterredung, die er heute mit ihm gehabt habe, keinen Zweifel haben könne, daß die englische Regierung sich die Freiheit einer Intervention in dem ihr angezeigt erscheinenden Falle vorbehalte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der deutsche Botschafter wird zweifellos über diese Erklärung überrascht sein; um aber auf Deutschland einen Druck auszuüben und einen Konflikt zu vermeiden, scheint es unerläßlich, dieses zu der Überzeugung zu bringen, daß es England und Rußland an der Seite Frankreichs finden würde.

de Fleuriau

Nr. 64

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

Herr Sasonow hat allen meinen Kollegen gegenüber eine versöhnliche Sprache geführt.

Trotz der öffentlichen Erregung bemüht sich die russische Regierung mit Erfolg, die Presse im Zaume zu halten. Man hat vor allem eine große Mäßigung Deutschland gegenüber anempfohlen.

Seit gestern hat Herr Sasonow weder von Wien noch von Berlin irgendeine Information erhalten.

Paléologue

Nr. 65

Herr Bompard, französischer Botschafter in Konstantinopel, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Thérapia, den 27. Juli 1914

Die Zusammenkunft in Brüssel zwischen Herrn Venizelos und dem Großwesier wird nicht stattfinden, da Herr Venizelos plötzlich trotz der Bitten des Großwesiers, der in dem österreich-serbischen Konflikt keinen genügenden Grund zur Aufgabe sah, nach München zurückgekehrt ist. Gewiß nimmt der österreich-serbische Konflikt die Aufmerksamkeit der ottomanischen Regierung in Anspruch, und die Türken freuen sich über die Prüfungen, die Serbien zu erdulden hat, aber man ist hier im allgemeinen geneigt anzunehmen, daß dieser Konflikt örtlich beschränkt bleiben wird. Das Prestige Rußlands in Konstantinopel hat sich noch nicht wieder davon erholt, daß die slawische Großmacht im Jahre 1909 Serbien im Stiche gelassen hat, und man glaubt allgemein, daß Rußland auch diesmal noch nicht zugunsten Serbiens intervenieren werde, unter Bedingungen, die den bewaffneten Konflikt ausdehnen würden.

Nach dem einhelligen Empfinden in den ottomanischen politischen Kreisen wird Österreich mit der Unterstützung Deutschlands seine Ziele erreichen und Serbien, nach Bulgarien, in den Kreis des Dreibundes einreihen.

Bompard

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 66

Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 27. Juli 1914

Sir Ed. Grey hat heute morgen zum deutschen Botschafter gesagt, daß Österreich, wenn es nach der serbischen Antwort in Serbien einfiele, damit zeigen würde, daß es nicht nur die Regelung der in seiner Note vom 23. Juli erwähnten Fragen bezwecke, sondern, daß es einen kleinen Staat erdrücken wolle. „Dann," fügte er hinzu, „würde sich eine europäische Frage ergeben, es würde daraus ein Krieg entstehen, an dem andere Mächte teilzunehmen veranlaßt sein würden."

Die Haltung Großbritanniens offenbart sich durch die Einstellung der Demobilisation seiner Flotte. Der erste Lord der Admiralität hatte aus eigenem Antriebe diese Maßregel schon Freitag im Geheimen ergriffen; heute Nacht haben Sir Ed. Grey und seine Kollegen beschlossen, sie zu veröffentlichen. Dieses Resultat ist der versöhnlichen Haltung Serbiens und Rußlands zu danken.

de Fleuriau

Nr. 67

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 27. Juli 1914

Ich habe mich heute mit dem Staatssekretär über den Schritt Englands unterhalten, der darauf abzielt, daß Deutschland sich mit den Kabinetten von London, Paris und Rom vereinigen möge, um die Feindseligkeiten zwischen Petersburg und Wien zu verhindern.

Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß der Vorschlag Sir Ed. Greys den Weg zu einem friedlichen Ausgange eröffne. Herr von Jagow hat mir geantwortet, daß er geneigt sei, darauf einzugehen. Aber er wies mich darauf hin, daß Deutschland, wenn Rußland mobilisierte, gezwungen wäre, sogleich zu mobilisieren, daß wir dazu ebenfalls gezwungen sein würden, und daß dann der Konflikt fast unvermeidlich wäre. Ich fragte ihn, ob Deutschland zu mobilisieren sich gezwungen glauben würde, wenn Rußland nur an der österreichischen Grenze mobilisierte. Er antwortete mit Nein und ermächtigte mich ausdrücklich, Ihnen von dieser Einschränkung Mitteilung zu machen. Auch wäre es ihm außerordentlich daran gelegen, daß die mit Rußland befreundeten und verbündeten Mächte bei diesem intervenierten.

Endlich hat er bemerkt, daß, wenn Rußland Österreich angriffe, Deutschland seinerseits sofort auch angreifen müßte. Die von England

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

vorgeschlagene Intervention in Petersburg und in Wien könnte danach, wie er glaube, nur dann ausgeführt werden, wenn sich die Ereignisse nicht überstürzten. Er gebe in diesem Falle die Hoffnung nicht auf, daß sie gelingen könnte. Ich sprach mein Bedauern aus, daß Österreich durch seine Unversöhnlichkeit Europa auf den schwierigsten Pfad gedrängt habe, auf dem wir gehen; aber ich sprach die Hoffnung aus, daß die Intervention Erfolg haben werde.

Jules Cambon

Nr. 68

Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 27. Juli 1914

Gestern soll im Verlauf einer Unterredung zwischen Herrn Sasonow, Herrn Paléologue und Sir G. Buchanan der russische Minister gesagt haben, daß Serbien geneigt sei, sich an die Mächte zu wenden, und daß seine Regierung in diesem Falle einwilligen würde, sich abseits zu halten.

Sir Ed. Grey benutzte diese Worte als Grundlage zu einem bei den Kabinetten von Paris, Berlin und Rom zu machenden Vorschlag, den Sir Francis Bertie Euer Exzellenz unterbreiten wird. Die vier Mächte würden in dem Konflikt intervenieren, und die französischen, deutschen und italienischen Botschafter in London würden beauftragt, mit Sir Ed. Grey ein Mittel zu suchen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu lösen.

Es wäre selbstverständlich, daß sich Rußland, Österreich und Serbien während der Verhandlungen dieser kleinen Konferenz aller aktiven militärischen Operationen enthalten müßten. Sir A. Nicolson hat dem deutschen Botschafter von diesem Vorschlage gesprochen, und dieser hat sich ihm geneigt gezeigt.

de Fleuriau

Nr. 69

Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 27. Juli 1914

Der serbische Gesandte hat von seiner Regierung keine Instruktionen erhalten, England um Vermittlung anzugehen; es ist übrigens möglich, daß die Telegramme seiner Regierung unterwegs angehalten worden sind.

Der in meinem vorhergehenden Telegramm gemeldete englische Vorschlag einer Intervention zu vieren ist übrigens erfolgt und scheint mir in erster Linie unterstützt werden zu sollen.

de Fleuriau

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 70

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an Herrn de Fleuriau, französischen Geschäftsträger in London

Paris, den 27. Juli 1914

Der englische Botschafter hat mir den Vorschlag Sir Ed. Greys mitgeteilt, der auf eine gemeinsame Aktion Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens in Wien, Belgrad und Petersburg zur Verhinderung der aktiven militärischen Operationen für die Zeit hinzielt, während deren die Botschafter Deutschlands, Italiens und Frankreichs in London mit Sir Ed. Grey die Mittel prüften, eine Lösung der gegenwärtigen Verwicklungen zu finden.

Ich habe heute morgen Herrn Jules Cambon beauftragt, sich mit dem englischen Botschafter in Berlin ins Einvernehmen zu setzen und dessen Vorgehen in ihm geeignet scheinender Form zu unterstützen.

Ich bevollmächtige Sie, an der von Sir Ed. Grey vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen. Ich bin auch bereit, unseren Vertretern in Wien, Petersburg und Belgrad Instruktionen in dem von der englischen Regierung gewünschten Sinne zu geben.

Immerhin bin ich der Ansicht, daß die Aussichten auf Erfolg des Vorschlags von Sir Ed. Grey hauptsächlich auf der Aktion beruhen, die Berlin in Wien vorzunehmen geneigt wäre; ein Schritt von dieser Seite, um den Aufschub der militärischen Operationen herbeizuführen, schiene mir des Mißlingens sicher, wenn nicht zuvor von Deutschland her ein Einfluß ausgeübt würde.

Ich habe gleicherweise aus den Äußerungen des Herrn von Schoen entnommen, daß die österreichisch-ungarische Regierung besonders an Ausdrücken wie „Vermittlung", „Intervention", „Konferenz", Anstoß nehme und eher geneigt wäre, „freundschaftliche Ratschläge" und „Besprechungen" zuzulassen.

Bienvenu-Martin

Nr. 71

Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 27. Juli 1914

Ich habe Sir Ed. Grey davon Kenntnis gegeben, daß Sie seinem Vorschlag einer Vermittlung zu vieren und einer Konferenz in London beistimmen. Der englische Botschafter in Wien hat die nötigen Instruktionen erhalten, bei der österreichisch-ungarischen Regierung vorstellig zu werden, sobald seine französischen, deutschen und italienischen Kollegen Ermächtigung erhalten haben, den gleichen Schritt zu tun.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die italienische Regierung hat die Intervention zu vieren zum Zwecke der Verhinderung der militärischen Operationen angenommen; sie berät sich mit der deutschen Regierung über den Vorschlag der Konferenz und über den gegenüber der österreichisch-ungarischen Regierung einzuschlagenden Weg. Die deutsche Regierung hat noch nicht geantwortet.

de Fleuriau

Nr. 72

Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Rom, den 27. Juli 1914

Der Marquis di San Giuliano ist heute abend nach Rom zurückgekehrt, und ich habe ihn sogleich nach seiner Ankunft gesehen. Er hat uns vom Inhalt der österreichischen Note gesprochen und mir die formelle Versicherung gegeben, von ihr keine vorherige Kenntnis gehabt zu haben.

Er wußte wohl, daß diese Note einen scharfen und energischen Charakter haben werde; aber er hätte sich nicht vorgestellt, daß sie eine solche Form annehmen könnte. Ich fragte ihn, ob die Behauptung gewisser Blätter wahr sei, er habe in Wien seine Billigung des österreichischen Vorgehens und die Versicherung, Italien werde Österreich gegenüber seinen Pflichten als Verbündeter nachkommen, ausdrücken lassen. „In keiner Weise," antwortete mir der Minister, „wir sind nicht befragt worden, man hat uns nichts gesagt; wir haben daher keinen Grund gehabt, in Wien eine derartige Mitteilung zu machen."

Nach der Ansicht des Marquis di San Giuliano hätte Serbien klüger getan, die Note in ihrer Gesamtheit anzunehmen; auch heute noch hält er dafür, daß dies das einzig mögliche sei, da er überzeugt sei, daß Österreich keine seiner Forderungen zurückziehen und alle aufrecht erhalten werde, selbst auf die Gefahr hin, einen allgemeinen Brand herbeizuführen; er zweifelt daran, daß Deutschland geneigt sein werde, sich zu einem Schritte bei seinem Verbündeten herzugeben. Er stellt jedoch fest, daß Deutschland zurzeit großes Gewicht auf seine Beziehungen zu London legt, und er glaubt, wenn eine Macht Berlin zu einer friedlichen Aktion bestimmen könne, so sei es England.

Was Italien betrifft, so wird es auch weiterhin alle seine Bemühungen zugunsten des Friedens einsetzen. Zu diesem Zwecke hat er ohne Zögern dem Vorschlag Sir Ed. Greys zugestimmt, in London die Botschafter der im österreichisch-serbischen Konflikt nicht unmittelbar beteiligten Mächte zu einer Konferenz zu vereinigen.

Barrère

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 73

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 27. Juli 1914

Der englische Botschafter, der heute zurückkehrte, hat den Staatssekretär gesehen und mit ihm die Anregung Sir Ed. Greys besprochen. Herr von Jagow antwortete ihm, indem er seinen Friedenswunsch immerfort betonte, aber hinzufügte, er könne dem, was einer Mächtekonferenz gleichsehe, nicht beistimmen; das hieße eine Art Schiedsgerichtshof aufstellen, was nur dann annehmbar wäre, wenn es von Wien und Petersburg verlangt würde. Die Worte Herrn von Jagows bestätigen diejenigen des Herrn von Schoen Ew. Exzellenz gegenüber.

In Wirklichkeit läßt sich ein Vorgehen der vier Mächte in Wien und Petersburg auf diplomatischem Wege ausführen, ohne die Form einer Konferenz anzunehmen, und ist verschiedener Gestaltung fähig; das wesentliche wäre, in Wien und Petersburg den gemeinsamen Wunsch der vier Mächte, daß ein Konflikt vermieden werde, zum Ausdruck zu bringen. Einzig das würde gestatten, zu einem friedlichen Ausgang der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu gelangen.

Jules Cambon

Nr. 74

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 27. Juli 1914

Ich habe mich heute mit dem Staatssekretär besprochen und ihm gegenüber den soeben von Sir E. Goschen unternommenen Schritt unterstützt.

Herr von Jagow hat mir, wie schon dem englischen Botschafter, geantwortet, er könne den Vorschlag nicht annehmen, die Botschafter Italiens, Frankreichs und Deutschlands damit zu beauftragen, mit Sir Ed. Grey die Mittel zur Beilegung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ausfindig zu machen, weil dies faktisch eine Konferenz zur Behandlung der Angelegenheiten Österreichs und Rußlands bedeuten würde.

Ich antwortete Herrn von Jagow, ich bedaure seine Antwort, aber dem hohen Ziel gegenüber, das Sir Ed. Grey im Auge habe, könne eine Formfrage nicht ins Gewicht fallen; die Hauptsache sei die Vereinigung Englands und Frankreichs mit Deutschland und Italien zur Arbeit an einem Werk des Friedens; diese Vereinigung könne sich in gemeinsamem Vorgehen in Petersburg und Wien äußern; er habe mir oft sein Bedauern darüber ausgesprochen, die beiden Bündnisgruppen stets gegeneinander

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in Europa stehen zu sehen; er habe nun hier Gelegenheit zu beweisen, daß es einen europäischen Geist gebe, indem er zeige, daß vier den beiden Gruppen angehörende Mächte in gemeinsamem Einverständnis handeln, um einen Konflikt zu verhindern.

Herr von Jagow wich aus und sagte, Deutschland habe Österreich gegenüber Verpflichtungen. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß die Beziehungen Deutschlands zu Wien nicht enger seien als die zwischen Frankreich und Rußland, und in diesem Falle sei er es selbst, der die beiden Bündnisgruppen in Gegensatz zueinander stelle.

Der Staatssekretär sagte mir darauf, er weigere sich nicht, an der Beseitigung des österreichisch-russischen Konfliktes mitzuwirken, aber im österreichisch-serbischen Konflikt könne er nicht intervenieren. „Das eine ist die Folge des anderen," sagte ich, „das wesentliche ist, zu verhindern, daß eine neue Lage geschaffen werde, die geeignet sei, eine Intervention Rußlands herbeizuführen."

Da der Staatssekretär darauf beharrte, er sei verpflichtet, seinen Verpflichtungen gegenüber Österreich nachzukommen, fragte ich ihn, ob er verpflichtet sei, Österreich überallhin, mit verbundenen Augen, zu folgen, und ob er von der Antwort Serbiens an Österreich, die ihm der serbische Geschäftsträger diesen Morgen übergeben habe, Kenntnis genommen habe. „Ich habe noch keine Zeit dazu gehabt," sagte er. „Ich bedaure das. Sie würden sehen, daß sich Serbien mit Ausnahme einiger Einzelheiten völlig unterwirft. Es scheint also, daß Sie Österreich, da es die Genugtuung erlangt hat, die ihm Ihre Unterstützung verschaffte, heute raten könnten, sich damit zu begnügen oder mit Serbien die einzelnen Punkte seiner Antwort zu prüfen."

Da mir Herr von Jagow keine klare Antwort gab, fragte ich ihn, ob Deutschland den Krieg wolle. Er protestierte lebhaft und sagte, er wisse, daß ich diesen Gedanken hege, aber das sei durchaus nicht richtig. „Man muß also," begann ich wieder, „folgerichtig handeln. Wenn Sie die serbische Antwort lesen werden, wägen Sie, ich bitte Sie im Namen der Menschlichkeit, deren Punkte mit Ihrem Gewissen ab und beladen Sie sich nicht selbst mit einem Teil der Verantwortung für die Katastrophen, deren Vorbereitung Sie zulassen." Herr von Jagow protestierte von neuem und fügte hinzu, er sei bereit, sich mit England und Frankreich zu einer gemeinsamen Anstrengung zu vereinigen, aber man müsse für diese Intervention eine Form finden, die er annehmen könne, und die Kabinette müßten sich darüber verständigen.

„Übrigens," fügte er hinzu, „sind zwischen Wien und Petersburg die direkten Verhandlungen eröffnet und nehmen ihren Fortgang; ich verspreche mir von ihnen viel Gutes und hoffe."

Im Begriff ihn zu verlassen, sagte ich ihm, ich hätte heute Morgen den Eindruck gehabt, daß die Stunde der Entspannung geschlagen habe, aber ich sehe wohl ein, daß es damit nichts sei. Er erwiderte, ich irrte mich; er hoffe, die Dinge seien auf gutem Wege und würden vielleicht sehr rasch

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zum Ziele führen. Ich ersuchte ihn, in Wien auf Beschleunigung hinzuwirken, da es wichtig sei, in Rußland nicht eine jener Strömungen der Meinungen, die alles mit sich fortreißen, aufkommen zu lassen.

Nach meinem Empfinden wäre es angezeigt, Sir Ed. Grey, der durch Sir E. Goschen von der Ablehnung seines Antrages in der vorgeschlagenen Form unterrichtet sein muß, zu ersuchen, den Vorschlag in einer anderen Form zu erneuern, derart, daß Deutschland keinen Vorwand behielte, seine Mitwirkung zu verweigern, und England gegenüber seine Verantwortung auf sich nähme.

Jules Cambon

Nr. 75

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an die Herren französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin, Wien und Rom

Paris, den 27. Juli 1914

Der österreichisch-ungarische Botschafter besuchte mich, um mir ein Memorandum zu übergeben, das eine förmliche Anklageschrift gegen Serbien darstellt; er erklärte mir im Auftrage seiner Regierung, daß sie, nachdem Serbien auf die Forderungen der kaiserlichen Regierung nicht in befriedigender Weise geantwortet habe, sich gezwungen sehe, zu energischen Mitteln zu greifen, um Serbien zur Erfüllung der von ihm verlangten Genugtuungen und Garantien zu veranlassen. Morgen werde die österreichische Regierung zu diesem Zwecke ihre Maßnahmen treffen.

Ich bat den Botschafter, mir die von Österreich in Aussicht genommen Maßnahmen zu nennen, und Graf Szécsen antwortete mir, das könne entweder ein Ultimatum oder eine Kriegserklärung oder das Überschreiten der Grenze sein, aber er besitze darüber keine genauen Mitteilungen.

Ich machte dann den Botschafter darauf aufmerksam, daß Serbien in fast allen Punkten die Forderungen Österreichs angenommen habe, daß die in einigen Punkten übrig gebliebenen Meinungsverschiedenheiten mit einigem guten Willen beiderseits und mit Hilfe der Mächte, die den Frieden lieben, aus der Welt geschafft werden könnten; dadurch, daß Österreich die Ausführung seiner Entschlüsse auf morgen festsetze, mache es zum zweiten Male die Beihilfe der Mächte fast unmöglich, und nehme eine schwere Verantwortung auf sich, indem es riskiere, einen Krieg zu entfesseln, dessen Ausdehnung niemand ermessen könne.

Ich teile Ihnen zur Information das mir von Graf Szécsen übermittelte Memorandum mit.

Bienvenu-Martin

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Beilage

Memorandum der österreichisch-ungarischen Regierung, Herrn Bienvenu-Martin am 27. Juli 1914 überreicht durch den Grafen Szécsen*

Die von Serbien ausgegangene Bewegung, die sich zum Ziele gesetzt hat, die südslawischen Teile Österreich-Ungarns von der Monarchie loszureißen, um sie mit Serbien zu einer staatlichen Einheit zu verbinden, reicht weit zurück.

In ihren Endzielen stets gleichbleibend und nur in ihren Mitteln und an Intensität wechselnd, hat diese Propaganda auf serbischem Boden zur Zeit der Annexionskrise einen ihrer Höhepunkte erreicht. Den schützenden Mantel der Heimlichkeiten abstreifend, war sie damals mit dem Einbekenntnisse ihrer Tendenzen offen hervorgetreten und hatte versucht, unter der Patronanz der serbischen Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Verwirklichung ihrer Absichten zu gelangen.

Während die gesamte serbische Presse in gehässigen, die Tatsachen entstellenden Ausfällen zum Kampfe gegen die Monarchie aufrief, bildeten sich — von anderen Propagandamitteln abgesehen — Assoziationen, die diesen Kampf vorbereiteten.

An Bedeutung ragte unter diesen die Narodna odbrana hervor. Aus einem damals bestandenen revolutionären Komitee hervorgegangen, war diese als Privatverein konstituierte, jedoch vom Belgrader Auswärtigen Amte völlig abhängige Organisation von serbischen Militär- und Zivilfunktionären ins Leben gerufen worden. Als ihre Gründer fungierten unter anderen: General Božo Janković, die ehemaligen Minister Ljuba Jovanović, Ljuba Davidović und Velislav Vulović, der Direktor der Staatsdruckerei Zivojin Dačić und die damaligen Hauptleute, jetzt Majore Voja Tankosić und Milan Pribićević. Dieser Verein hatte sich die Bildung und Ausrüstung von Freischaren für den erhofften Krieg gegen die österreichisch-ungarische Monarchie zum Ziele gesetzt.

Ein anschauliches Bild der damaligen Tätigkeit der Narodna odbrana liefert unter anderem die Aussage des vom Kreisgerichte in Sarajevo als Zeugen vernommenen bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen Trifko Krstanović, der sich zu jener Zeit in Belgrad befand und der, nebst anderen Angehörigen der Monarchie, von der Narodna odbrana als Komitatschi angeworben war. Mit etwa 140 anderen Bandenmitgliedern war Krstanović nach einer für die Ausbildung von Banden in Čuprija (Bezirk Jagodina) errichteten und von den Hauptleuten Voja Tankosić und Dušan Putnik geleiteten Schule gebracht worden. Als Lehrer fungierten dort ausschließlich serbische Offiziere. General Božo Janković und Hauptmann Milan Pribičević inspizierten diesen dreimonatlichen Bandenkurs in regelmäßigen Zeitabschnitten.

---

* Die Anlagen zum Memorandum sind im französischen Gelbbuch nicht enthalten, vgl. Rotbuch 1919, II, S. 71 ff.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dort erhielten die angehenden Komitatschis Unterricht im Schießen und Werfen von Bomben, im Minenlegen, Sprengen von Eisenbahnen, Tunnels und Brücken sowie im Zerstören von Telegraphenleitungen. Ihre Aufgabe war es, nach den Aufträgen ihrer Befehlshaber die neuerworbenen Kenntnisse in Bosnien und der Herzegowina in die Tat umzusetzen.

Durch diese ganz öffentlich betriebene und von der serbischen Regierung geförderte Aktion der Narodna odbrana wurde damals der Bandenkrieg gegen Österreich-Ungarn vorbereitet. Angehörige der Monarchie wurden hiebei zum Verrate an ihrem Vaterlande verleitet und systematisch dazu erzogen, als serbische Emissäre heimtückische Angriffe gegen die Verteidigungsmittel ihrer Heimat zu richten.

Diese Periode der aggressiven Aspiration fand ihren Abschluß mit der von der serbischen Regierung am 31. März 1909 abgegebenen Erklärung, in welcher sich diese mit der durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina geschaffenen völker- und staatsrechtlichen Neuordnung abfinden zu wollen erklärte und feierlich versprach, mit der österreichisch-ungarischen Monarchie in Hinkunft in freundschaftlichen Beziehungen leben zu wollen.

Mit dieser Erklärung schien auch das Ende der eine stete Quelle der Unruhe bildenden Bewegung gegen Österreich-Ungarn gekommen und der Weg zu einer wirklich freundschaftlichen Annäherung Serbiens an die Monarchie betreten. Der Förderung durch die serbische Regierung beraubt und von ihr pflichtgemäß bekämpft, hätte die monarchiefeindliche Propaganda nur mehr ein schattenhaftes, dem baldigen Untergange geweihtes Dasein fristen können. Dagegen hätten die zwischen den südslawischen Teilen der Monarchie und Serbien auf sprachlichem, ethnischem und kulturellem Gebiete bestehenden Berührungspunkte zur Verrichtung gemeinsamer, vom Geiste gegenseitiger Freundschaft und paralleler Interessen getragener Kulturarbeit führen müssen.

Diese Erwartungen haben sich jedoch nicht erfüllt.

Die monarchiefeindlichen Aspirationen sind geblieben und unter den Augen der serbischen Regierung, die nichts getan hat, um diese Bewegung zu unterdrücken, hat die gegen Österreich gerichtete Propaganda nur noch an Breite und Tiefe gewonnen. Der Haß gegen die Monarchie wurde wach erhalten und durch stets neue Anfachung zu einem unversöhnlichen ge staltet. Mit den alten, der geänderten Situation angepaßten und durch neue Methoden ergänzten Mitteln wurde das Volk Serbiens „zum unvermeidlichen Vernichtungskampfe“ gegen Österreich-Ungarn aufgerufen. Systematisch wurden geheimnisvolle Fäden nach den südslavischen Gebieten der Monarchie gesponnen und deren Bürger zum Verrate am Vaterlande geworben.

Vor allem hat die serbische Presse seither nicht aufgehört, in diesem Geiste zu wirken.

Nicht weniger als 81 in Serbien erscheinenden Zeitschriften mußte bis heute wegen ihres die inländischen Strafgesetze verletzenden Inhaltes das Postdebit entzogen werden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kaum eine der Strafnormen, welche die erhabene Person des Monarchen, die Mitglieder Allerhöchst seines Hauses und die Integrität des Staates schützen, ist seitens der serbischen Blätter unverletzt geblieben. Einige wenige aus der überreichen Fülle dieses Materials entnommene, aus verschiedenen Zeitpunkten stammende Beweise wird man in Beilage I finden.

Ohne in eine detaillierte Besprechung dieser Äußerungen der öffentlichen Meinung Serbiens einzugehen, muß immerhin bemerkt werden, daß sie die Annexion Bosniens und der Herzegowina trotz der serbischerseits erfolgten Anerkennung dieses Aktes nach wie vor als einen an Serbien verübten Raub, der einer Remedur bedarf, hinstellen, ein Gedanke, der nicht bloß in den Blättern schärfster Richtung immer wiederkehrt, sondern der auch in der dem Belgrader Auswärtigen Amte so nahestehenden „Samouprava" in kaum verhüllter Form ausgesprochen wird (s. Beilage II B).

Ebenso kann nicht unterlassen werden, das Augenmerk darauf zu lenken, wie das am 15. Juni 1910 in Sarajevo von Bogdan Zerajić verübte Attentat gegen den Landes-Chef von Bosnien und der Herzegowina, Feldzeugmeister von Varešanin, von der Presse gelobt wurde.

Wie bekannt, hatte sich Zerajić unmittelbar nach der Tat entleibt und vor deren Verübung seine gesamten Papiere verbrannt. Unter diesen Umständen vermochten die Motive seines Anschlages nicht vollkommen klargestellt zu werden. Immerhin konnte man aber aus einem bei ihm gefundenen Abzeichen schließen, daß er Krapotkinschen Ideen uldigte. Auch die geführten Erhebungen deuteten darauf hin, daß man es mit einem auf anarchistischen Grundlagen beruhenden Verbrechen zu tun hatte.

Dies hinderte jedoch die Presse Serbiens nicht, den Attentäter als serbischen Nationalhelden zu feiern und seine Tat zu verherrlichen. Ja, die „Politika" verwahrte sich förmlich dagegen, daß Zerajić Anarchist gewesen sei und reklamierte ihn als „heldenmütigen Serben, dessen Namen jeder Serbe mit Achtung und Schmerz nennen wird."

Das Datum des 18. August desselben Jahres, Geburtstag Seiner k. und k. Apostolischen Majestät, hielt die „Politika" für eine passende Gelegenheit, sich mit dem Anschlage des Zerajić, „dessen Name im Volke wie etwas ‚Heiliges' genannt werde", neuerlich zu befassen und das Attentat in einem Gedichte zu feiern (Beilage I).

So wurde dieses Verbrechen, das mit den Aspirationen auf Territorien der Monarchie nichts zu tun hatte, für die Förderung dieser Ideen ausgebeutet und durch die Glorifizierung des Zerajić der Mord ganz ausdrücklich als ein rühmliches und nachahmenswertes Mittel im Kampfe für die Verwirklichung dieser Gedanken anerkannt. Diese Sanktionierung des Mordes als einer vollkommen zulässigen Methode im Kampfe gegen die Monarchie kehrt später in den Blättern bei Besprechung des von Jukić verübten Attentates gegen den königlichen Kommissär von Cuvaj wieder (Beilage I E).

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diese nicht nur in Serbien verbreiteten, sondern — wie später gezeigt werden wird — auf wohlorganisierten Schleichwegen in die Monarchie eingeschmuggelten Zeitungen waren es, die bei den breiten Massen jene Stimmungen erzeugten und wach erhielten, welche einen fruchtbaren Nährboden für die Machenschaften der monarchiefeindlichen Assoziationen boten.

Zum Zentralpunkte dieser von Vereinen betriebenen Agitation wurde die Narodna odbrana. Dieselben Personen, die zur Zeit der Annexion an der Spitze des Vereines gestanden hatten, bildeten auch jetzt seine Leitung; wieder findet man hier als die energischesten und tätigsten Organisatoren die obenerwähnten heftigsten Gegner der Monarchie. Organisatorisch auf eine in die Breite und Tiefe gehende Basis gestellt und hierarchisch straff gegliedert (siehe Beilage 2 unter „Organisation"), besaß die Narodna odbrana bald zirka 400 Ausschüsse, die eine lebhafte Agitation entfalteten.

Hiezu kam, daß die Narodna zu dem Schützenbunde (mit 762 Vereinen), dem Sokolbunde „Dušan Silni" (mit 2500 Mitgliedern), dem olympischen Klub, dem Reitervereine „Knez Mihajlo", dem Jägerbunde und der Kulturliga in engste Verbindung trat und zahlreiche andere Vereine in ihre Dienste stellte, die alle, von der Narodna odbrana geführt und unterstützt, in deren Sinn wirken. In steter gegenseitiger Durchdringung gelangten diese Vereine zu einer förmlichen Amalgamierung, so daß sie heute eigentlich alle nur Glieder des einen Körpers der Narodna odbrana sind.

So spannte die Narodna odbrana über ganz Serbien ein engmaschiges Netz der Agitation, mit welchem sie alle für ihre Ideen Empfänglichen an sich zog.

Welches aber der Geist ist, in dem die Narodna odbrana wirkt, das geht mit genügender Klarheit schon aus ihren offiziellen Vereinspublikationen hervor.

In ihren Statuten im Kleide eines Kulturvereines auftretend, dem nur die geistige und körperliche Entwicklung der Bevölkerung Serbiens sowie deren materielle Kräftigung am Herzen liegt, enthüllt die Narodna odbrana in ihrem Vereinsorgane (siehe Beilage II) den wahren und einzigen Grund ihres Daseins, ihr sogenanntes „reorganisiertes Programm", nämlich:

In „fanatischer und unermüdlicher Arbeit" dem serbischen Volke unter dem Vorwande, daß ihm die Monarchie „seine Freiheit und Sprache nehmen, ja Serbien zerschmettern" wolle, die „heilige Wahrheit" zu predigen, daß es eine unerläßliche Notwendigkeit ist, gegen Österreich-Ungarn, diesen seinen „ersten und größten Feind", den „Ausrottungskampf mit Gewehr und Kanone" zu führen und das Volk „mit allen Mitteln" auf diesen Kampf vorzubereiten, der zu führen ist, „zur Befreiung der unterworfenen Gebiete", in denen „7 Millionen unterjochter Brüder schmachten".

Ausschließlich im Dienste dieser Idee stehen die „Kulturbestrebungen" der Narodna odbrana, als bloße Mittel zur Organisierung und

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Erziehung des Volkes für den ersehnten Vernichtungskampf gegen die Monarchie.

In eben diesem Geiste wirken aber alle der Narodna odbrana affilierten Vereine, wofür der Sokolverein in Kragujevac als Beispiel dienen möge (s. Beilage III).

Wie bei der Narodna odbrana, so stehen auch hier Offiziere, Professoren und Staatsbeamte an der Spitze.

Die Ansprache, mit welcher der Vereinspräsident Major Kovačević die Jahresversammlung im Jahre 1914 eröffnete, verzichtet vollkommen darauf, das Turnen, das doch der eigentliche Zweck eines Sokolvereines ist, zu erwähnen und befaßt sich ausschließlich mit der „Vorbereitung zum Kampfe" gegen den „gefährlichen, herzlosen, lüsternen, lästigen und gefräßigen Feind im Norden", der „Millionen serbischer Brüder Freiheit und Recht nimmt und sie in Sklaverei und Ketten hält".

In dem Verwaltungsberichte dieses Vereines treten die sachlichen Ausführungen ganz in den Hintergrund und geben nur die Stichworte für das Bekenntnis des wahren „Zieles der Handlungen der Verwaltung" ab, nämlich: die Vorbereitung der nationalen Entwicklung und der Stärkung der „unterdrückten Nation" zu dem Ende, damit sie ihr „noch nicht erfülltes Programm, ihre noch nicht erfüllte Arbeit" zu Ende führen und jene „große Tat" vollbringen könne, „die sich in nächster Zeit abspielen wird": „die Befreiung der jenseits der Drina wohnenden Brüder, welche die Leiden des Gekreuzigten erdulden".

Ja sogar der Kassier benützt seinen Kassenbericht zu dem Mahnrufe, man müsse „Falken erziehen", die imstande sind, den „noch nicht befreiten Brüdern die Freiheit zu bringen".

Ebenso wie bei der Narodna odbrana die Kulturbestrebungen, ist also bei den Sokols die turnerische Betätigung nicht Selbstzweck, sondern ein bloßes Mittel im Dienste ebenderselben Propaganda, die mit denselben Gedanken, ja fast mit den gleichen Worten betrieben wird.

Wenn nun die Narodna odbrana das „Volk" zum Vernichtungskampfe gegen die Monarchie aufruft, wendet sie sich nicht nur an das Volk in Serbien, sondern an alle südslawischen Völkerschaften. Gelten doch der Narodna odbrana die südslawischen Gebiete der Monarchie als „unsere unterworfenen serbischen Gebiete". (Siehe auch Beilage IV.) So sollen also auch die südslawischen Angehörigen der Monarchie an dieser „nationalen" Arbeit teilnehmen; so soll auch jenseits der serbischen Grenze diese „gesunde, notwendige Arbeit" verrichtet werden. Und auch auf dem Boden der Monarchie sucht die Narodna odbrana jene „Helden für diesen heiligen Kampf", denen Obilić, der Mörder Murads, als nachstrebenswertes Beispiel nationaler Opferwilligkeit voranleuchten soll.

Um aber die „Brüder außerhalb Serbiens" zur Teilnahme an der „Arbeit privater Initiative" anzuspornen, unterhält die Narodna odbrana eine lebhafte Verbindung mit den „Brüdern jenseits der Grenze". Wie diese Verbindung geartet ist, wird in dem Vereinsorgane nicht gesagt,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wohl deshalb, weil dies zu jenem Teile der „Gesamtarbeit" gehört, der „aus mehrfachen Gründen weder wiedergegeben werden darf oder kann".

Wie umfangreich dieser Zweig ihrer Tätigkeit ist, läßt sich aus dem Umstande erkennen, daß sowohl der Zentralausschuß der Narodna odbrana als auch einzelne ihrer Kreisausschüsse eigene Sektionen für „auswärtige Angelegenheiten" besitzen.

Diese „auswärtige" Tätigkeit der Narodna odbrana und ihrer Affilierten ist eine äußerst vielseitige.

Das, weil behördlich kontrollierbar, relativ ungefährlichste Mittel dieser Agitation sind die Vortragsreisen, welche hervorragende Vereinsmitglieder der Narodna odbrana nach den südöstlichen Teilen der Monarchie unternehmen, wo sie in verschiedenen Vereinen über nationale und kulturelle Fragen sprechen. Diese Anlässe bieten den Vortragenden die von ihnen gesuchte und wohl den vornehmlichsten Zweck dieser Reisen bildende Gelegenheit, in halben, dem Kenner verständlichen Worten und Wendungen im Sinne der wahren Tendenzen dieser Vereine zu wirken.

Unter diesen Emissären nimmt nebst anderen auch der schon mehrmals erwähnte Direktor der serbischen Staatsdruckerei Živojin Dačić eine hervorragende Stellung ein, jener Živojin Dačić, der am 8. August 1909 einen „Aufruf" an das serbische Volk erließ, in welchem er Österreich-Ungarn als den Feind Serbiens bezeichnete und zur Vorbereitung auf den Kampf mit der Monarchie ermahnte. Wiederholt unternahm Dačić Agitationsreisen nach den südöstlichen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie. Bei einem solchen Vortrage in Karlovci (1912) legte er seine sonst beobachtete Vorsicht ab und trat geradezu für die „Vereinigung aller Serben gegen den gemeinsamen Feind" ein.

Bedenklicher sind die Beziehungen, welche die im Geiste der Narodna wirkenden serbischen Korporationen unter dem Deckmantel der Interessen- und Kulturgemeinschaft mit Vereinen in der Monarchie angeknüpft haben, denn die gegenseitigen deputativen oder korporativen Besuche dieser Vereine, die sich einer genaueren behördlichen Kontrolle entziehen, werden serbischerseits zu allerlei monarchiefeindlichen Machenschaften benützt.

So hat sich beispielsweise ein zu der bekannten Feier des Sarajevoer Prosvjetavereines im September 1912 (s. Beilage VI) entsendeter Delegierter der Narodna nicht gescheut, bei diesem Anlasse im geheimen bosnische Mitglieder für seinen Verein anzuwerben. Die Entsendung eines Vertreters des Kragujevacer Sokolvereines zu dieser Feier sollte den „Brüdern in Bosnien" sagen: „Wir haben Euer nicht vergessen; die Flügel des Falken der Sumadija sind noch mächtig"; ein Gedanke, der im intimen Verkehre wohl einen ganz anderen, den früher dargelegten Tendenzen der Narodna adäquateren Ausdruck gefunden haben wird. (Siehe Beilage 3.) Was die Vorgänge anbelangt, die sich bei den in Serbien abgehaltenen Zusammenkünften dieser Art abspielen, so entziehen sich diese allerdings einer auf vollkommen sicherer Basis stehenden Kenntnis der k. und k. Behörden,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

denen ja für diese Fälle nur schwer kontrollierbare konfidentielle Mitteilungen zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhange wäre des Besuches von Agramer Studenten in Serbien im April 1912 zu gedenken, der auf serbischer Seite durch die Veranstaltung eines offiziellen militärischen Empfanges, ja sogar einer Truppenparade zu Ehren dieser Studenten zu einer derart suggestiven Demonstration gestaltet wurde, daß der Verwaltungsbericht des Kragujevacer Sokolvereines sagen darf, dieses „Ereignis bedeutet den Anfang und Keim einer großen Tat, die sich in der nächsten Zukunft abspielen wird", „ein Keim, der reifen wird, wenn die Volksseele noch mehr aufwallt", „bis es keine Schranken gibt, die sie nicht niederreißen könnte".

Erst vor kurzem ist es zur Kenntnis der Behörden der Monarchie gelangt, daß die Sokolvereine Serbiens einige analoge Korporationen in der Monarchie dazu bestimmt haben, sich mit ihnen in einem bisher geheim gehaltenen Verbande zu vereinigen, dessen Charakter bisher noch nicht ganz klargestellt ist, da die Erhebungen darüber derzeit noch fortdauern. Immerhin lassen die schon jetzt erzielten Ergebnisse der Nachforschungen vermuten, daß man hier einem der Wege auf die Spur gekommen ist, auf dem die subversiven Tendenzen der serbischen Sokols und ihrer Freunde einzelnen verführten und irregeleiteten Personengruppen in der Monarchie eingeimpft werden.

Diese auf breitere Schichten gemünzte, mehr vorbereitende Propaganda tritt aber an Bedeutung gegenüber jener „auswärtigen Arbeit" in den Hintergrund, die von der Narodna und ihren Freunden in der Agitation von Mann zu Mann geleistet wird. Hier ist jenes Gebiet, auf dem ihre traurigsten Erfolge liegen.

Durch ihre geheimen Vertrauensmänner und Emissäre trägt sie das Gift der Aufwieglung in die Kreise der Erwachsenen ebenso wie der urteilslosen Jugend.

So haben beispielsweise, von Milan Pribičević verleitet, die ehemaligen Honvedoffiziere V. B., D. K., V. N. und der kroatisch-slawonische Gendarmerieleutnant V. K. den Heeresdienst in der Monarchie unter bedenklichen Umständen verlassen und sich nach Serbien gewendet, wo sie inzwischen allerdings manche ihrer Hoffnungen getäuscht sehen und wenigstens zum Teile daran denken, in die von ihnen verratene Heimat zurückzukehren.

Die von Serbien aus in die mittleren Schulen Kroatiens und Bosniens getragene Agitation ist leider so bekannt, daß sie einer Exemplifizierung nicht bedarf. Weniger bekannt aber ist es, daß die wegen schwerer disziplinärer Vergehen aus kroatischen und bosnischen Schulen Ausgeschlossenen in Serbien mit offenen Armen aufgenommen, oft sogar von Staats wegen unterstützt und zu Feinden der Monarchie erzogen werden. Die serbischen Schulen mit ihren monarchiefeindlichen Lehrbehelfen und ihrer großen Zahl von Professoren und Lehrern, die in den Reihen der Narodna stehen, sind allerdings geeignete Anstalten zur Erziehung derartiger Adepten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ein besonders beachtenswerter Fall dieser Art mag hier als Beispiel Erwähnung finden. Im März 1914 waren mehrere Schüler der Lehrerpräparandie in Pakrac (Kroatien) wegen eines Streikes relegiert worden. Dieselben wandten sich nach Serbien, wo sie zum Teile sofort als Lehrer Anstellungen erhielten, zum Teile in einer Lehrerbildungsanstalt untergebracht wurden. Mit monarchiefeindlichen Kreisen in Verbindung stehend, hat einer dieser Relegierten öffentlich erklärt, er und seine Leute würden zur Zeit der Anwesenheit des Herrn Erzherzog-Thronfolgers in Bosnien den Beweis liefern, daß Bosnien serbisches Land sei. Recht merkwürdig mutet es an, daß der königlich serbische Kreispräfekt in Krajna, wie hier ergänzend bemerkt sei, dreien aus dem Kreise dieser so arg kompromittierten Studenten gerade zur Zeit der Anwesenheit des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand in Bosnien serbische Pässe ausstellte, in denen er sie fälschlich als serbische Staatsangehörige bezeichnete, obwohl er deren kroatische Heimatsberechtigung kennen mußte. Mit diesen Pässen ausgerüstet, vermochten die drei Präparandisten unbemerkt nach der Monarchie zu gelangen, wobei sie jedoch erkannt und angehalten wurden.

Mit all dem wäre aber die „auswärtige" Tätigkeit der Narodna noch lange nicht erschöpfend charakterisiert.

Schon seit längerer Zeit war die k. und k. Regierung durch konfidentielle Meldungen darüber unterrichtet, daß die Narodna den von ihr gewünschten Krieg gegen die Monarchie auch militärisch insofern vorbereitete, als sie in der Monarchie Emissäre halte, die nach gewohnter Bandenart im Falle des Ausbruches von Feindseligkeiten die Zerstörung von Transport-Mitteln und -Einrichtungen bewirken und Revolten sowie Paniken hervorrufen sollten (s. Beilage VII).

Das im Jahre 1913 beim Kreisgerichte in Sarajevo gegen Jovo Jagličić und Genossen eingeleitete Strafverfahren wegen Verbrechens der Spionage hat die Bestätigung dieser vertraulichen Mitteilungen gebracht. So wie zur Zeit ihrer Gründung, steht auch heute noch die Vorbereitung des Bandenkrieges auf dem Programme der Narodna, wozu noch ergänzend die Entwicklung einer Spionagetätigkeit trat.

So ist das heutige sogenannte „reorganisierte Programm" der Narodna in Wahrheit ein erweitertes Programm.

Aus dieser Atmosphäre des offen und geheim geschürten Hasses gegen die Monarchie, verbunden mit einer sich jenseits aller Verantwortlichkeit dünkenden Agitation, die im Kampfe gegen Österreich alle Mittel für zulässig erachtet und hierbei ganz ungescheut den gemeinen Mord als deren wirksamstes empfiehlt, mußten schließlich auch ohne weiteres Zutun der monarchiefeindlichen Kreise Serbiens Akte des Terrorismus entstehen.

Am 8. Juni 1912 gab Lukas Jukić gegen den königlichen Kommissär in Agram, von Cuvaj, einen Schuß ab, durch den der im Wagen sitzende Banalrat von Hervoic tödlich verletzt wurde. Auf der Flucht erschoß Jukić einen ihn verfolgenden Polizeimann und verletzte zwei weitere.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wie aus der öffentlich durchgeführten Hauptverhandlung bekannt ist, finden sich in den Ideen des Jukić die grundlegenden Gedanken der von der Narodna odbrana propagierten Pläne wieder. Wenn sich Jukić auch schon seit einiger Zeit mit Attentatsplänen trug, so kamen diese doch erst zur Reife, als er am 18. April 1912 den Ausflug der Agramer Studenten nach Belgrad mitgemacht hatte. Bei den zu Ehren der Besucher veranstalteten Festlichkeiten war Jukić zu verschiedenen Personen in Beziehung getreten, die dem Kreise der Narodna angehörten und mit denen er politische Gespräche führte. Wenige Tage später war Jukić wieder in Belgrad und hier erhielt er von einem serbischen Major eine Bombe und von einem Genossen die Browningpistole, mit der er das Attentat vollführte.

Die in Agram aufgefundene Bombe war nach dem Gutachten der Sachverständigen in einem Arsenale zu militärischen Zwecken erzeugt worden.

Noch war der Anschlag des Jukić nicht vergessen, als am 18. August 1913 der aus Amerika zugereiste Stephan Dojčić in Agram ein Attentat gegen den königlichen Kommissär Baron Skerleci verübte — eine Tat, die der von Serbien aus organisierten Verhetzung der in Amerika lebenden Südslawen entsprang — gleichfalls ein Werk der „auswärtigen" Propaganda der Narodna.

Die von dem Serben T. Dimitrijević verfaßte, in Chicago gedruckte Broschüre mit ihren maßlosen Ausfällen gegen Seine k. und k. Apostolische Majestät und ihrer Aufforderung an die Serben der Monarchie, im Hinblick auf ihre baldige „Befreiung" nach Serbien heimzuwandern, zeigt den Parallelismus dieser in Amerika mit voller Freiheit der Bewegung betriebenen, von Serbien aus geleiteten Propaganda und einer, die von Serbien aus in die Gebiete der Monarchie getragen wird.

Und wieder kaum nach Jahresfrist war Agram der Schauplatz eines, diesmal mißglückten Attentates.

Am 20. Mai 1913 versuchte Jakob Schäfer im Agramer Theater einen Anschlag auf den Banus Freiherrn von Skerlecz, woran er im letzten Augenblicke durch einen Polizeibeamten gehindert wurde. Die Untersuchung ergab den Bestand eines Komplottes, dessen Seele Rudolf Hercigonja war. Aus den Aussagen Hercigonjas und seiner fünf Mitangeklagten ergab sich, daß auch dieses Attentat seinen Ausgang von Serbien nahm.

An einem gescheiterten Versuche zur Befreiung des Jukić beteiligt, war Hercigonja nach Serbien geflüchtet (Oktober 1912), wo er gemeinsam mit seinem Komplizen Marojan Jaksic mit Komitatschis und Mitgliedern der Narodna verkehrte. Wie schon so oft bei den durch viel zu frühe Beschäftigung mit Fragen der Politik überhitzten jugendlichen Gemütern, war das Ergebnis dieses korrumpierenden Verkehrs auch diesmal ein unheilvolles. Hercigonja kehrte mit dem in Belgrad verkündeten Dogma zurück, daß die südslavischen Länder Österreich-Ungarns von der Monarchie abgetrennt und mit dem Königreiche vereinigt werden müßten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dazu hatte er in dem Kreise, in dem er dort verkehrte, die Lehre eingesogen, daß dieses Ziel durch die Ausführung von Attentaten auf hochstehende Persönlichkeiten und führende Politiker der Monarchie anzustreben sei, da es nur durch diese Mittel verwirklicht werden könne.

In diesem Sinne wirkte dann Hercigonja in Agram auf seine Freunde ein, deren einige er für seine Ideen gewann. Im Vordergrunde seiner Pläne stand die Verübung eines Anschlages auf den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand.

Wenige Monate vorher waren gegen Luka Aljinović Erhebungen wegen hochverräterischer Propaganda geführt worden. Im Zuge dieses Verfahrens hatten drei Zeugen ausgesagt, Aljinović habe vor ihnen erklärt, er hätte in Belgrad zu Propagandazwecken, speziell aber zur Ausführung eines Attentats von der Narodna 100 Dinar und die gleiche Summe von einer geheimen Studentenvereinigung bekommen.

Man sieht, wie sich die verbrecherische Agitation der Narodna und der ihr Gleichgesinnten in letzter Zeit auf die Person des Erzherzog-Thronfolgers konzentrierte.

Aus allen diesen Feststellungen gelangt man zu dem Schlusse, daß die Narodna odbrana mit den um sie gruppierten monarchiefeindlichen Kreisen Serbiens seit kurzem den Zeitpunkt für gekommen erachtete, die von ihr verbreiteten Lehren durch Taten verwirklichen zu lassen.

Beachtenswert ist aber, daß sie sich hiebei damit begnügte, für diese Taten die Anregungen zu geben und dort, wo diese Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen waren, die materiellen Hilfsmittel zu deren Verwirklichung beizustellen, daß sie aber die einzige gefährliche Rolle bei dieser Propaganda der Tat ausschließlich der von ihr verhetzten und verführten Jugend der Monarchie zuschob, die ganz allein die Lasten dieses traurigen „Heldentums" zu tragen hat.

Alle Züge dieser Mache finden sich in der Entstehungsgeschichte des tiefbetrübenden Attentates vom 28. Juni wieder.

Princip und Grabež tragen den Typus der schon in der Schule von den Gedanken der Narodna vergifteten Jugend.

In Belgrad, im Kreise einer von diesen Ideen erfüllten Studentenschar verkehrend, trug sich Princip mit Attentatsplänen gegen den Herrn Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand, gegen den sich damals aus Anlaß seiner Reise nach den annektierten Ländern der Haß der monarchiefeindlichen Elemente Serbiens besonders akzentuiert hatte.

Ihm gesellte sich der im selben Kreise verkehrende Čabrinović bei, dessen radikal-revolutionäre Ansichten nach seinem eigenen Geständnisse in die gleiche monarchiefeindliche und zur Propaganda der Tat neigende Richtung gedrängt wurde.

Soweit aber dieses Komplott auch gediehen und so fest der Entschluß der Verschwörer auch gewesen sein mag, zur Ausführung des Attentates zu schreiten, so wäre es doch nie zu dessen Verübung gekommen, wenn sich nicht, gleichwie im Falle Jukić, Leute gefunden hätten, die den

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Komplizen die Mittel zur Verübung des Anschlages zur Verfügung gestellt hätten. Denn es fehlte ihnen wie Princip und Čabrinović ausdrücklich bestätigen, an den nötigen Waffen, ebenso aber auch an Geld zu deren Anschaffung.

Interessant ist es nun zu sehen, wo sich die Komplizen ihre Werkzeuge zu verschaffen suchten. Milan Pribičević und Živojin Dačić, diese beiden führenden Männer der Narodna, waren die ersten, an die sie als sichere Helfer in ihrer Not dachten, offenbar deshalb, weil es im Kreise der Attentatslustigen bereits zur Tradition geworden ist, die Mordwerkzeuge von diesen Repräsentanten der Narodna zu beziehen. Der zufällige Umstand, daß diese beiden Männer zur kritischen Zeit nicht in Belgrad weilten, vereitelte allerdings diesen Plan, doch waren Princip und Čabrinović deshalb nicht verlegen, eine andere Unterstützungsstelle zu finden, jenen Milan Ciganović, einen gewesenen Komitatschi, jetzt Beamten der serbischen Eisenbahndirektion in Belgrad, gleichfalls ein aktives Mitglied der Narodna odbrana.

Dieser und durch dessen Vermittlung sein Freund, der schon mehrmals genannte königlich serbische Major Voja Tankosić, ebenfalls einer der Führer der Narodna (Beilage 5), der im Jahre 1908 Leiter der Bandenschule in Čuprija gewesen war, erscheinen nun als geistige Leiter des Komplotts. Nur ein leises Bedenken hatten sie zuerst — ob die drei Verschwörer auch fest entschlossen wären, die Tat zu wagen — ein Bedenken, das unter ihrer suggestiven Mithilfe allerdings bald schwand. Dann aber waren sie zu jeder Hilfe bereit. Tankosić stellte 4 Brownings mit Munition und Reisegeld zur Verfügung; 6 Handgranaten aus serbischen Armeebeständen bildeten die Vervollständigung der Ausrüstung, eine Bewaffnung, die nach ihrer Zusammenstellung und Herkunft Reminiszenzen an den Fall Jukić wachruft. Um den Erfolg der Aktion besorgt, verfügte Tankosić die Unterweisung der Verschwörer im Schießen. Eine spezielle, nicht erbetene Fürsorge entwickelten aber Tankosić und Čiganović zur Geheimhaltung des Komplottes: sie stellten Zyankali* mit der Weisung bei, daß sich die Täter nach vollbrachtem Anschlage damit entleiben sollten, ein Akt der Fürsorge, der in erster Linie ihnen zugute kommen mußte, da die Wahrung des Geheimnisses sie auch noch den geringen Gefahren entrückte, die sie bei dieser Unternehmung auf sich nehmen mußten. Der sichere Tod für die Opfer ihrer Verführung, die volle Sicherheit für sich, das ist die bereits bekannte Devise der Narodna.

Um die Ausführung des Attentatsplanes zu ermöglichen, mußten die Bomben und Waffen unbemerkt nach Bosnien eingeschmuggelt werden. Auch hier tritt Čiganović helfend auf, er schreibt den Verschwörern eine

---

* Dieser Wortlaut ist dem in deutscher Sprache übergebenen Original des Memorandums entnommen. In der französischen Übersetzung heißt es: „Ils apostèrent Zian Kali avec l'indication que les deux auteurs ..." Das den Verschwörern zur Verfügung gestellte Zyankali wurde also vom Übersetzer für einen Mitverschworenen gehalten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

genaue Reiseroute vor und sichert ihnen für ihr Einschleichen nach Bosnien die Unterstützung der serbischen Grenzbehörden. Die Art, wie dieser selbst von Princip als „mysteriös" bezeichnete Transport organisiert war und durchgeführt wurde, läßt keinen Zweifel darüber offen, daß dies ein wohl vorbereiteter und für die geheimnisvollen Zwecke der Narodna odbrana schon oft begangener Schleichweg war. Mit einer Selbstverständlichkeit und Sicherheit, die nur der Gewohnheit entspringen können, stellten die Grenzhauptleute in Šabac und Ložnica ihren Verwaltungsapparat für diesen Zweck zur Verfügung. Ohne Störungen vollzog sich dieser geheimnisvolle Transport mit seinem komplizierten System von stets wechselnden Führern, die wie durch Zauberkraft herbeigerufen, immer zur Stelle waren, wenn man sie brauchte. Ohne nach dem Zwecke dieser merkwürdigen Reise einiger unreifer Studenten zu fragen, ließen die serbischen Behörden, auf die Weisung des ehemaligen Komitatschi und untergeordneten Bahnbeamten Čiganović hin, diesen glatt funktionierenden Apparat spielen. Sie brauchten übrigens nicht zu fragen, denn nach den erhaltenen Weisungen war ihnen wohl klar, daß hier wieder eine „Mission" der Narodna zu erfüllen war. Der Anblick des Arsenals von Bomben und Revolvern entlockte denn auch dem Finanzwachmanne Grbic nur ein wohlwollend zustimmendes Lächeln, wohl ein ausreichender Beweis dafür, wie sehr man auf dieser „Straße" an den Anblick derartiger Konterbande gewöhnt war.

Schwere Schuld hat die Königlich serbische Regierung auf sich geladen, als sie all dies geschehen ließ.

Zur Pflege freundnachbarlicher Beziehungen zu Österreich-Ungarn verpflichtet, hat sie ihrer Presse gestattet, den Haß gegen die Monarchie zu verbreiten; hat sie es zugelassen, daß auf ihrem Boden etablierte Vereinigungen unter Führung hoher Offiziere, Staatsbeamter, Lehrer und Richter öffentlich eine Kampagne gegen die Monarchie führen, die auf die Revolutionierung ihrer Bürger abzielt; hat sie es nicht verhindert, daß an der Leitung ihrer Militär- und Zivilverwaltung beteiligte, aller moralischen Hemmungen bare Männer das öffentliche Gewissen derart vergiften, daß ihm in diesem Kampfe der gemeine Meuchelmord als die beste Waffe scheint.

Nr. 75bis

Halbamtliche Mitteilung des Preßbureaus

Wien, den 28. Juli 1914

Der österreichische Gesandte in Belgrad hat gleich nach seiner Rückkehr nach Wien den Wortlaut der serbischen Antwort vorgelegt.

Diese Antwort ist von einem Geiste mangelnder Aufrichtigkeit erfüllt: sie läßt erkennen, daß die serbische Regierung nicht die ernsthafte

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Absicht hat, der sträflichen Duldung, zufolge deren die antiösterreichischen Umtriebe möglich wurden, ein Ende zu setzen. Die serbische Antwort enthält so viel Einschränkungen und Vorbehalte nicht nur, was das österreichisch-ungarische Vorgehen im Prinzip betrifft, sondern auch bezüglich der von Österreich aufgestellten Forderungen, daß die gemachten Zugeständnisse ohne Bedeutung sind.

Insbesondere weigert sich Serbien unter nichtigem Vorwande, die Teilnahme österreichisch-ungarischer Organe an der Verfolgung der auf serbischem Gebiete lebenden Urheber der Attentate zuzulassen.

Ebenso kommt die serbische Antwort auf die Forderung, den feindlichen Umtrieben der Presse ein Ende zu setzen, einer Ablehnung gleich.

Die Forderung bezüglich der verlangten Maßnahmen, damit die Österreich-Ungarn feindlichen Vereine nach ihrer Auflösung nicht unter anderm Namen und in anderer Form ihre Tätigkeit fortsetzen könnten, ist nicht einmal berücksichtigt worden.

Da diese Forderungen das zur Wiederherstellung der dauernden Ruhe im Südosten der Monarchie unerläßliche Minimum darstellen, wird die serbische Antwort als ungenügend betrachtet.

Die serbische Regierung ist sich übrigens dessen bewußt, da sie die Regelung des Konflikts auf dem Wege des Schiedsgerichts in Aussicht nimmt, und da sie an dem Tage, an dem die Note überreicht werden mußte und noch vor der Überreichung, die Mobilisation verfügt hatte.

Nr. 75a

Der französische Außenminister an den Herrn Generalresidenten in Rabat

Paris, den 27. Juli 1914*

Für den Fall eines Kontinentalkrieges müssen alle Ihre Bemühungen darauf gerichtet sein, in Marokko nur das Minimum der unentbehrlichsten Kräfte zu lassen. — Das Schicksal Marokkos wird in Lothringen entschieden.

Die Besetzung Marokkos muß sich auf die der wichtigsten Küstenhäfen, und, wenn möglich, auf die Verbindungslinie Kenitra Mekues Fez Oudjda beschränken.

Alle Häfen zweiten Ranges und alle vorgeschobenen franz. Bezirke müssen vorübergehend aufgegeben werden. Es muß Ihre erste Aufgabe sein, Ausländer und Franzosen aus dem Inneren in den Küstenhäfen zusammenzuziehen, um ihre Sicherheit zu wahren.

* Dieses Telegramm ist entnommen: Les Armées Françaises dans la Grande Guerre. Tome I, 1er volume, Imprimerie Nationale, Paris 1925, Annexe 12.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Indem ich Ihnen diese Direktiven mitteile, bitte ich Sie, mich Ihre Maßnahmen wissen zu lassen und die Stärke der Kräfte, die Sie in Casablanca einschiffen oder über Taza oder Ost-Marokko nach Oran leiten können und in welchen Fristen.

Im Falle einer Verschärfung der gegenwärtigen Lage rechnet die Regierung auf Ihre Umsicht und auf Ihren Patriotismus als Franzose und als Lothringer, um bei der Verteidigung des Vaterlandes in weitestem Maße mitzuwirken. gez.: A. Ferry*

Nr. 75b

Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 27. Juli 1914

„Zur gegenwärtigen Stunde (hatte ein anderes Mitglied des englischen Kabinetts, Sir A. Nicolson, gesagt) entgeht den Engländern die europäische Seite der Affäre. Sie werden sie später verstehen, vielleicht zu spät. Wir sind von der öffentlichen Meinung abhängig, die sich empören würde, wenn Deutschland Frankreich angreifen würde. Aber es handelt sich um Serbien, für das sie sich nicht interessieren und für das sie sich weigern würden, die Waffen zu ergreifen**."

Nr. 75c

Herr de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 27. Juli 1914

„Man sagt hier, daß Wilhelm II. in der Erregung, hervorgerufen durch die Ermordung des Erzherzogs, Österreich eine Art Blankovollmacht gegeben habe. Die Minister würden ohne ausdrücklichen Befehl nicht wagen, die vom Kaiser damals erteilten Richtlinien abzuändern. Das Berliner Kabinett erwartet die Rückkehr des Kaisers***."

Nr. 76

Herr René Viviani, Ministerpräsident, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

An Bord der „France", den 28. Juli 1914

Ich erhielt über Kopenhagen Ihr, die Ereignisse vom Sonnabend zusammenfassendes Telegramm, das Telegramm mit dem Bericht über den

* Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen.

** Dieser Telegrammauszug ist im Senatsbericht Seite 57 bei Bourgeois et Pagès Seite 58 veröffentlicht.

*** Dieser Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès Seite 114 und Seite 123 und im Senatsbericht Seite 107 und Seite 113.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

letzten Besuch des deutschen Botschafters, dasjenige über die Vermittlung, die Rußland Serbien nachzusuchen rät, und über die englischen Schritte in Rußland, ebenso wie Ihr heute morgen mir direkt vom Eiffelturm her zugekommenes Telegramm.

Ich billige vollkommen die Antwort, die Sie dem Baron von Schoen gaben; der Grundsatz, den Sie vertreten haben, bedarf keines Beweises: In dem Bestreben, eine friedliche Beilegung des Streitfalles zu suchen, sind wir vollständig einig mit Rußland, das für die gegenwärtige Lage nicht verantwortlich ist und bisher keinerlei Maßnahmen getroffen hat, die den geringsten Verdacht erregen könnten; aber es ist klar, daß sich Deutschland demgegenüber nicht weigern kann, der österreichischen Regierung, deren Vorgehen die Krise eröffnet hat, Ratschläge zu geben.

Es ist deshalb angebracht, dem deutschen Botschafter gegenüber auch weiterhin die gleiche Sprache zu führen. Dieser Rat steht übrigens im Einklang mit dem in Ihrem Telegramm erwähnten doppelten Vorschlag Englands. Ich billige die von Sir Edward Grey vorgeschlagene Kombination durchaus und ersuche Herrn Paul Cambon direkt, es ihn wissen zu lassen. Es ist wesentlich, daß man in Berlin und Wien wisse, daß den Bestrebungen, die die englische Regierung verfolgt, um eine Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes zu suchen, unsere volle Mitwirkung gesichert ist. Die Aktion der vier weniger beteiligten Mächte kann aus den oben angeführten Gründen nicht in Wien und Petersburg allein unternommen werden. Mit dem Vorschlag, sie auch in Belgrad durchzuführen, was zudem tatsächlich sagen will: zwischen Wien und Belgrad trifft Sir Edward Gr y den springenden Punkt, und, indem er Petersburg nicht ausschließt, bietet er andererseits Deutschland die Möglichkeit, in aller Würde von dem Schritt zurückzutreten, durch den die deutsche Regierung in Paris und London wissen ließ, sie betrachte die Angelegenheit als rein österreichisch-serbisch und lege ihr keinen allgemeinen Charakter bei.

Ich bitte Sie, das vorliegende Telegramm unsern Vertretern bei den Großmächten und unserm Gesandten in Belgrad mitzuteilen.

René Viviani

Nr. 77

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten, an Bord der „France“

Paris, den 28. Juli 1914

Trotz der sowohl in Berlin wie in Paris von den deutschen Vertretern gegebenen Versicherungen, ihre Regierung wünsche bei den Bemühungen zur Erhaltung des Friedens mitzuwirken, ist von ihrer Seite keine ernsthafte Aktion erfolgt, um Österreich zurückzuhalten. Der englische Vorschlag, der in einer Aktion der vier weniger beteiligten Mächte besteht,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

um eine Einstellung der militärischen Operationen in Wien, Belgrad und Petersburg zu erlangen, und in der Einberufung einer Londoner Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens unter dem Vorsitze Sir Ed. Greys, zur Beratung einer Lösung für die österreichisch-serbischen Verwicklungen, begegnet in Berlin Einwendungen, die sie zum Scheitern bringen müssen.

Der österreichische Botschafter hat einen Schritt unternommen, um mitzuteilen, seine Regierung werde morgen energische Maßnahmen ergreifen, um Serbien zu zwingen, ihr die von dieser Macht geforderte Genugtuung und Garantie zu geben; Graf Szécsen hat sich über die Art dieser Maßnahmen nicht ausgesprochen; nach dem Bericht unseres Militärattachés in Wien scheint die Mobilisation ab 28. Juli beschlossene Sache.

Bienvenu-Martin

Nr. 78

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in London, Berlin, Petersburg, Wien und Rom

Paris, den 28. Juli 1914

Ich hatte heute morgen wieder den Besuch des deutschen Botschafters; er sagte mir, er habe mir keine Mitteilung, keinen offiziellen Vorschlag zu machen, sondern er komme, wie am Vorabend, um sich über die Lage und über die Mittel zur Vermeidung nicht wieder gutzumachender Handlungen zu besprechen. Über die Absichten Österreichs befragt, erklärte er, sie nicht zu kennen und nicht zu wissen, welcher Art Zwangsmaßnahmen es vorbereite.

Nach den Worten des Baron von Schoen wünscht Deutschland nichts anderes als mit Frankreich gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu wirken. Auf die ihm gemachte Bemerkung, England habe einen Vermittlungsvorschlag der vier Mächte zur Sprache gebracht, dem wir uns angeschlossen und dem grundsätzlich auch Italien und Deutschland zugestimmt hätten, sagte der Botschafter, Deutschland wünsche in der Tat nichts anderes, als sich dem Vorgehen der Mächte anzuschließen, vorausgesetzt, daß dieses Vorgehen nicht die von Österreich zurückgewiesene Form eines Schiedsverfahrens oder einer Konferenz annehme.

Ich antwortete, wenn das eine Wort allein die österreichische Regierung zurückhalte, so könne das Ziel mit anderen Mitteln erreicht werden; die deutsche Regierung sei gewiß in der Lage, Österreich zu ersuchen, daß es den Mächten Zeit lasse zu intervenieren und eine Verständigung zu ermitteln.

Herr von Schoen bemerkte darauf, er habe keine Weisungen und wisse nur, daß Deutschland sich weigere, auf Österreich, das keine Konferenz

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wolle, einen Druck auszuüben. Er wirft den französischen Blättern vor, sie schrieben Deutschland eine Haltung zu, die es nicht einnehme, indem sie behaupteten, Deutschland treibe Österreich; zweifellos billige es dessen Haltung, aber es habe dessen Note nicht gekannt; es könne Österreich nicht zu schroff zurückhalten, da dieses der Garantien gegen die serbischen Treibereien bedürfe.

Bienvenu-Martin

Nr. 79

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, an Herrn Dumaine, französischer Botschafter in Wien

Paris, den 28. Juli 1914

Sie kennen aus den Ihnen zugegangenen Telegrammen unserer Botschaften den englischen Vorschlag betreffend einer Vermittlung zu vieren und der Konferenz in London sowie auch unsere Zustimmung zu diesem Vorschlag, ferner Italiens bedingte Annahme und die Vorbehalte seitens Berlin.

Ich bitte Sie, diesbezüglich mit Ihrem englischen Kollegen in Fühlung zu bleiben, der die nötigen Weisungen erhalten hat, um bei der österreichisch-ungarischen Regierung den englischen Vorschlag vorzubringen, sobald seine drei Kollegen die Ermächtigung zu dem gleichen Vorgehen erhalten haben werden. Sie wollen sich nach seinem Verhalten richten.

Bienvenu-Martin

Nr. 80.

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 28. Juli 1914

Sir Ed. Grey hat gestern meine Kollegen, die Botschafter Österreich-Ungarns und Deutschlands, empfangen. Der erstere beharrte darauf, zu behaupten, die serbische Antwort sei unannehmbar. Der letztere führte eine analoge Sprache wie Herr von Schoen in Paris. Er betonte die Nützlichkeit einer zur Mäßigung mahnenden Aktion Englands in Petersburg. Sir Ed. Grey antwortete ihm, Rußland habe sich seit dem Beginn der Krise sehr gemäßigt gezeigt, vor allem in seinen Ratschlägen an die serbische Regierung, und es wäre ihm sehr ungelegen, ihm Friedensratschläge zukommen zu lassen. Er fügte bei, vor allem in Wien gezieme es sich zu handeln und die Mithilfe Deutschlands sei dazu unerläßlich.

Andererseits telegraphierte der englische Botschafter in Petersburg, Herr Sasonow habe dem österreichischen Botschafter eine Besprechung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

über die serbische Angelegenheit vorgeschlagen. Diese Nachricht wurde bestätigt durch die Mitteilung des englischen Botschafters in Wien, wonach eine erste Unterredung zwischen dem russischen Minister des Äußern und Graf Szapary am Ballplatz einen guten Eindruck gemacht habe.

Sir Ed. Grey und Sir A. Nicolson sagten mir, man könnte sich beglückwünschen, wenn zwischen Petersburg und Wien ein direktes Einvernehmen erzielt werden könnte, aber sie äußerten einige Zweifel an dem Erfolg der Initiative des Herrn Sasonow.

Von Sir G. Buchanan über die eventuelle Einberufung der Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens zu einer Konferenz in London, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu suchen, befragt, antwortete Herr Sasonow, „er habe unter — wie er hoffe — günstigen Bedingungen Unterhandlungen mit dem österreichischen Botschafter angeknüpft; er habe indessen auf seinen Vorschlag einer Revision der serbischen Note durch die beiden Kabinette noch keine Antwort erhalten." Sollten sich direkte Auseinandersetzungen mit der Wiener Regierung nicht verwirklichen lassen, so erklärt sich Herr Sasonow bereit, den englischen Vorschlag oder irgendeinen anderen, der den Streitfall auf günstige Weise beizulegen geeignet wäre, anzunehmen.

Es wäre aber in jedem Falle sehr wünschenswert, daß diese direkten Verhandlungen, in einem Augenblicke, wo die geringste Verzögerung so ernsthafte Folgen haben kann, in einer Weise geführt würden, daß die Bemühungen Sir Ed. Greys nicht gehemmt werden und Österreich nicht einen Vorwand erhalte, sich der freundschaftlichen Intervention der vier Mächte zu entziehen.

Als der englische Botschafter in Berlin bei Herrn von Jagow darauf bestand, die Zustimmung zu dem Vorschlag von Sir Ed. Grey zu erlangen, antwortete der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts, man müsse das Ergebnis der zwischen Petersburg und Wien eröffneten Verhandlungen abwarten. Sir Ed. Grey beauftragte infolgedessen Sir Ed. Goschen, für den Augenblick seine Schritte einzustellen. Übrigens läßt die Mitteilung, daß Österreich soeben seine Kriegserklärung an Serbien amtlich notifiziert hat, die Frage in eine neue Phase eintreten.

Paul Cambon

Nr. 81

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 28. Juli 1914

Die Unterredung zwischen Herrn Sasonow und dem Grafen Szapary ist durch den russischen Geschäftsträger zur Kenntnis von Herrn von Jagow gebracht worden. Der Staatssekretär sagte ihm darauf, da nach

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ablauf des österreichischen Ultimatums die Wiener Regierung weitere Unterhandlungen mit der Petersburger Regierung nicht ablehne, so könne man in Übereinstimmung mit den Bemerkungen des deutschen Botschafters in Rußland wohl Ursache haben, zu hoffen, daß Graf Berchtold seinerseits mit Herrn Schebeko sich besprechen und so ein Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten ausfindig gemacht werden könne. Der russische Geschäftsträger begrüßt diese Stimmung der Gemüter, die den Wünschen Herrn von Jagows entspricht, Wien und Petersburg sich direkt verständigen und Deutschland aus dem Spiel zu lassen. Man muß sich nur fragen, ob Österreich nicht Zeit zu gewinnen sucht, um seine Vorbereitungen zu treffen.

Ich habe heute den Schritt meines englischen Kollegen bei dem Staatssekretär unterstützt. Dieser antwortete mir, wie Sir Ed. Goschen, es sei ihm unmöglich, dem Gedanken einer Art Botschafterkonferenz der vier Mächte zuzustimmen, und daß man daher dem englischen Vorschlag eine andere Form geben müsse, um seine Verwirklichung zu ermöglichen. Ich führte ihm die Gefahr einer Verzögerung vor Augen, die den Krieg herbeiführen könne, und fragte ihn, ob er ihn wünsche. Er verwahrte sich dagegen und fügte hinzu, daß die unmittelbaren Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg eröffnet seien und er von ihnen von jetzt an einen günstigen Fortgang erwarte.

Der englische und der italienische Botschafter besuchten mich heute morgen gemeinsam, um mir die Unterredungen, die sie gestern über den Vorschlag Sir Ed. Greys mit Herrn von Jagow gehabt hatten, mitzuteilen. Der Staatssekretär hat, alles in allem genommen, ihnen gegenüber die gleiche Sprache geführt wie zu mir: grundsätzlich einverstanden mit einem gemeinsamen Vorgehen mit England, Italien und uns, weist er indessen jeden Gedanken an eine Konferenz zurück.

Meine Kollegen und ich haben gedacht, es handle sich hier nur um eine Formsache, und der englische Botschafter wird seiner Regierung empfehlen, den Vorschlag anders zu fassen, der den Charakter eines diplomatischen Schritts in Wien und Petersburg annehmen könnte.

Angesichts des Widerstandes, den Herr von Jagow jedem Vorgehen in Wien entgegensetzt, könnte ihn Sir Ed. Grey in die Enge treiben und ihn bitten, selbst die Form vorzuschlagen, wie das diplomatische Vorgehen der Mächte zur Vermeidung des Krieges durchgeführt werden könnte.

Wir müssen uns allen Bemühungen zugunsten des Friedens, die sich mit unseren Verpflichtungen unserem Verbündeten gegenüber vereinbaren lassen, anschließen; aber um die Verantwortung dort zu lassen, wo sie ist, ist es wichtig, von Deutschland die genaue Erklärung darüber zu verlangen, was es will.

Jules Cambon

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 82

Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Petersburg, den 28. Juli 1914

Die österreichisch-ungarische Regierung hat auf den Vorschlag der russischen Regierung bezüglich der Eröffnung direkter Unterhandlungen zwischen Petersburg und Wien noch nicht geantwortet.

Herr Sasonow hat heute nachmittag die Botschafter Deutschlands und Österreich-Ungarns empfangen; der Eindruck, den er von seiner doppelten Unterhaltung zurückbehalten hat, ist schlecht. „Österreich will," sagte er mir, „entschieden nicht unterhandeln."

Nach einer Besprechung, die ich soeben mit meinen beiden Kollegen gehabt habe, habe ich den gleichen pessimistischen Eindruck.

Paléologue

Nr. 83

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Wien, den 28. Juli 1914

Graf Berchtold hat soeben Sir M. de Bunsen die Erklärung abgegeben, jede Intervention, die auf Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Österreich und Serbien auf Grund der serbischen Antwort abziele, wäre frucht los und käme übrigens zu spät, da der Krieg am Mittag amtlich erklärt worden sei.

Die Haltung meines russischen Kollegen hat sich bis jetzt nicht geändert, es handelte sich seiner Ansicht nach nicht darum, den Konflikt zu lokalisieren, sondern darum, ihn zu verhindern. Die Kriegserklärung wird die Einleitung der Verhandlungen zu vieren ebenso wie auch die Fortsetzung der unmittelbaren Unterhandlungen zwischen Herrn Sasonow und Graf Szapary sehr erschweren.

Man schützt hier vor, daß die Formel, welche die Zustimmung Deutschlands erlangen zu können schien — „Vermittlung zwischen Österreich und Rußland" —, die Unzuträglichkeit habe, zwischen diesen beiden Reichen das Vorhandensein eines Konfliktes festzustellen, der bis zur Stunde nicht bestehe.

Von allen Verdachtsmomenten, die Österreichs plötzlicher und gewaltsamer Entschluß erweckt hat, ist das beunruhigendste, daß Deutschland zum Angriff auf Serbien gedrängt habe, um selbst unter den nach seinem Dafürhalten günstigsten Umständen und unter wohl erwogenen Bedingungen mit Rußland und Frankreich selbst in den Kampf eintreten zu können.

Dumaine

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

V. Abschnitt

Von Österreichs Kriegserklärung an Serbien
(28. Juli 1914)
bis zu Deutschlands Ultimatum an Rußland
(31. Juli 1914)

Nr. 84

Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Rom, den 29. Juli 1914

Die Consulta ist der Meinung, daß trotz der Kriegserklärung Österreichs an Serbien die diplomatischen Bemühungen, die eine Vermittlungskonferenz in London zum Ziele haben, nicht zu unterbrechen seien.

Barrère

Nr. 85

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, nach Petersburg, London, Berlin, Rom, Wien, Konstantinopel und Belgrad

Paris, den 29. Juli 1914

Die Haltung Österreichs und Deutschlands klärt sich. Das wegen der slawischen Propaganda beunruhigte Österreich hat das Attentat von Serajewo als Anlaß benützt, um gegen die serbischen Umtriebe vorzugehen und sich von dieser Seite Garantien zu sichern, die, je nachdem man den Ereignissen ihren Lauf läßt oder nicht, entweder nur die serbische Regierung und Armee betreffen oder zu Gebietserwerbungen führen können. Deutschland stellt sich zwischen seinen Verbündeten und die übrigen Mächte, indem es erklärte, es handle sich um eine lokale Angelegenheit,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nämlich um die Strafe für ein in der Vergangenheit erfolgtes politisches Verbrechen und um sichere Bürgschaften für die Zukunft, daß die antiösterreichischen Umtriebe ein Ende nehmen werden. Die deutsche Regierung ist der Meinung, Rußland sollte sich mit den amtlichen und ausdrücklichen Versicherungen Österreichs, daß dieses keine Gebietserweiterung anstrebe und die Unabhängigkeit Serbiens unangetastet lassen werde, zufrieden geben. Unter diesen Umständen könne eine Kriegsgefahr einzig von Rußland kommen, wenn es in dieser klar umschriebenen Frage intervenieren wollte. Deshalb müsse ausschließlich in Petersburg auf die Erhaltung des Friedens hingewirkt werden.

Dieser Sophismus, der Deutschland von der Verpflichtung, in Wien zu intervenieren, entbinden würde, ist in Paris ohne Erfolg durch Herrn von Schoen verfochten worden, der vergeblich versucht hat, uns für eine gemeinsame deutsch-französische Aktion in Petersburg zu gewinnen. Er ist ebenso in London gegenüber Sir Edward Grey entwickelt worden: Sowohl in Frankreich wie in England antwortete man, daß das Petersburger Kabinett von Anfang an die größten Beweise seiner Mäßigung gegeben habe, insbesondere dadurch, daß es sich den Mächten angeschlossen hat, um Serbien zur Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der österreichischen Note zu raten. Rußland bedrohe also keineswegs den Frieden. Es gelte, auf Wien einzuwirken. Von dorther drohe Gefahr von dem Augenblicke an, wo man sich dort weigere, sich mit der fast vollständigen Unterwerfung Serbiens unter die übermäßigen Forderungen zu begnügen, wo man die Mitwirkung der Mächte bei der Verhandlung über die Punkte, die zwischen Österreich und Serbien zu regeln übrig blieben, ablehne, und wo man endlich nicht vor einer so überstürzten Kriegserklärung, wie sie die ursprüngliche Note Österreich-Ungarns bedeute, zurückschrecke.

Die Haltung Berlins wie Wiens bleibt hinzögernd. In der erstgenannten Hauptstadt verwirft man, unter Beteuerung des Wunsches Deutschlands, den allgemeinen Frieden durch eine gemeinsame Aktion der vier Mächte aufrecht zu erhalten, den Gedanken einer Konferenz, ohne jedoch eine andere Lösung anzuregen und unter der Weigerung, in Wien positiv einzuwirken. In der österreichischen Hauptstadt möchte man Petersburg mit der Vorspiegelung einer Verständigung unterhalten, die sich aus direktem Meinungsaustausch ergeben könnte, und geht nun gleichzeitig gegen Serbien vor.

Unter diesen Umständen erscheint es wesentlich, daß das Petersburger Kabinett, dessen Wunsch nach einer friedlichen Lösung der Krise offenkundig ist, sich unverzüglich dem Vorschlag Englands anschließt. Dieser bedarf in Berlin der kräftigsten Unterstützung, um Herrn von Jagow zu einer wirksamen Aktion auf Wien zu veranlassen, die imstande ist, Österreich Halt zu gebieten und zu verhindern, daß es seinem diplomatischen Vorsprung noch einen militärischen Erfolg beifügt. Die österreichisch-ungarische Regierung würde sicherlich nicht unterlassen, ihn auszunützen, um Serbien unter dem dehnbaren Worte Garantien Bedingungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

aufzuerlegen, die tatsächlich trotz aller Versicherungen eines territorialen Desinteressements den gegenwärtigen Zustand Osteuropas verändern würden und dazu angetan wären, den allgemeinen Frieden, sei es jetzt, sei es in naher Zukunft, schwer zu gefährden.

Bienvenu Martin

Nr. 86

Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

St. Petersburg, den 29. Juli 1914

Ich bin nunmehr in der Lage, Ew. Exzellenz versichern zu können, daß die russische Regierung sich jedem Vorgehen anschließt, das Frankreich und England zur Erhaltung des Friedens vorschlagen werden. Mein englischer Kollege telegraphiert im gleichen Sinne nach London.

Paléologue

Nr. 87

Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Brüssel, den 29. Juli 1914

Von meiner Unterhaltung mit Herrn Davignon und verschiedenen Persönlichkeiten, die in der Lage sind genau unterrichtet zu sein, bringe ich folgenden Eindruck mit: Die Haltung Deutschlands ist rätselhaft und berechtigt zu allen Befürchtungen. Es erscheint unwahrscheinlich, daß die österreichisch-ungarische Regierung eine Initiative ergriffen hätte, die sie zu einer Kriegserklärung führte, ohne vorher sich mit Kaiser Wilhelm verständigt zu haben.

Die deutsche Regierung bleibt Gewehr bei Fuß und behält sich je nach den Umständen ihre Stellungnahme im Sinne des Friedens oder des Krieges vor; aber die Beunruhigung ist in allen Kreisen derart, daß ein plötzliches Einschreiten gegen uns hier niemand überraschen würde. Meine Kollegen von Rußland und England teilen diese Empfindung.

Die belgische Regierung trifft Maßnahmen entsprechend der Erklärung, die mir gestern Herr Davignon abgegeben hat, daß nämlich alles ins Werk gesetzt werde zur Verteidigung der Neutralität des Landes.

Klobukowski

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 88

Herr Ronssin, französischer Generalkonsul in Frankfurt a. M., an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Frankfurt a. M., den 29. Juli 1914

Hiermit melde ich Ihnen bedeutende Truppenbewegungen, die gestern und in der vergangenen Nacht hier stattgefunden haben. Diesen Morgen sind mehrere Regimenter in Feldausrüstung angekommen, besonders auf den Strecken von Darmstadt, Kassel und Mainz, die voll von Militärpersonen sind.* Die Brücken und Eisenbahnen werden unter dem Vorwande von Vorbereitungen für die Herbstmanöver bewacht.

Ronssin

Nr. 89

Herr Allizé, französischer Gesandter in München, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

München, den 29. Juli 1914

Man versichert mir, daß die Mühlen von Illkirch (Elsaß-Lothringen) aufgefordert worden sind, ihrer gewöhnlichen Kundschaft keine Lieferungen mehr zu machen und ihre gesamte Produktion zur Verfügung der Armee zu halten.

Von Straßburg werden Transporte von Automobilkanonen gemeldet, die für die Beschießung von Flugzeugen und lenkbaren Luftschiffen verwendet werden.

Unter dem Vorwande von Abänderungen der Herbstübungen haben die Unteroffiziere und Soldaten der bayrischen Infanterieregimenter von Metz, die in Bayern auf Ernteurlaub waren, gestern Befehl erhalten, unverzüglich in die Garnison zurückzukehren**.

Allizé

Nr. 90

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Wien, den 29. Juli 1914

Der französische Konsul in Prag bestätigt mir die bereits mitgeteilte Mobilmachung des 8. Armeekorps sowie diejenige der Landwehrdivision

* Nach unseren Feststellungen sind weder am 27. Juli noch am 28. oder 29. Juli 1914 Regimenter in Feldausrüstung in Frankfurt a. M. angekommen.

** Der Befehl für die Rückberufung der zu Erntearbeiten beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften der bayerischen Regimenter in Metz wurde bereits am 27. Juli erlassen. Vgl. Fußnote zu Dokument 59.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

dieses Armeekorps. Ebenso mobilisieren die Kavalleriedivisionen in Galizien; Kavallerieregimenter und -Divisionen aus Wien und Budapest wurden bereits nach der russischen Grenze transportiert. In dieser Gegend werden gegenwärtig Reservisten einberufen.

Um jeder Drohung zu begegnen und vielleicht um in Petersburg Eindruck zu machen, geht das Gerücht, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Absicht habe, am 30. Juli oder am 1. August die allgemeine Mobilmachung der Armeen zu beschließen. Endlich wird die Rückkehr des Kaisers von Ischl nach Wien für morgen in sichere Aussicht gestellt.

Dumaine

Nr. 91

Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Petersburg, den 29. Juli 1914 4 Uhr 14 p. m.*

Die direkte Verhandlung, zu der die russische Regierung die österreichisch-ungarische Regierung in freundschaftlicher Weise eingeladen hatte, ist von dieser abgeschlagen worden.

Andererseits hat der russische Generalstab festgestellt, daß Österreich seine militärischen Vorbereitungen gegen Rußland beschleunigt und seine Mobilisation, die an der galizischen Grenze begonnen hat, eifrig betreibt**. Infolgedessen wird in dieser Nacht der Mobilisationsbefehl für die dreizehn Armeekorps, die gegebenenfalls gegen Österreich vorgehen würden, erlassen werden.

Trotz des Scheiterns seines Vorschlages stimmt Herr Sasonow dem Gedanken einer Konferenz der vier Mächte in London zu; er legt übrigens keinen Wert auf den offiziellen Titel dieser Beratung und wird sich allen Bemühungen Englands zugunsten des Friedens anschließen.

Paléologue

Nr. 92

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Berlin, den 29. Juli 1914

Heute fragte ich den Staatssekretär, wie es mit der Frage der direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg stehe, die ihm gestern als

---

* Zeitangabe nach Senatsbericht Seite 40.

** Nach den Feststellungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstags sind die Angaben unzutreffend. Vgl. Heft 2 des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses: Militärische Rüstungen und Mobilmachungen. S. 20.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

das beste Vorgehen erschienen wären, um zu einer Entspannung zu gelangen. Er antwortete mir, daß die Stimmung über diesen Punkt in Petersburg günstig sei und daß er in Wien ersucht habe, diesen Weg zu beschreiten; er erwarte die Antwort. Die britische Regierung hätte, nachdem die Anregung einer Konferenz zurückgewiesen worden sei, mitgeteilt, daß sie es begrüßen würde, wenn zwischen Österreich und Rußland diese Verhandlungen eröffnet würden, und hätte Deutschland ersucht, Österreich dazu zu bestimmen, was die Kaiserliche Regierung zu tun nicht ermangele.

Ich fragte Herrn von Jagow, ob er endlich die Antwort Serbiens an Österreich habe, und was er davon halte. Er antwortete mir, er sehe darin eine mögliche Grundlage für Unterhandlungen. Ich entgegnete, daß ich eben deshalb, nach Empfang eines derartigen Schriftstückes, den Bruch Österreichs unerklärlich fände.

Der Staatssekretär bemerkte darauf, daß man bei den Völkern des Ostens niemals genug an Sicherheiten haben könne und daß Österreich die Verwirklichung der ihm gemachten Versprechungen überwachen wolle, eine Kontrolle, der sich Serbien widersetze. Das ist in den Augen des Staatssekretärs der entscheidende Punkt. Ich entgegnete Herrn von Jagow, daß Serbien, da es unabhängig bleiben wolle, die Kontrolle einer einzigen Macht verwerfen müsse, daß dagegen eine internationale Kommission nicht den gleichen Charakter haben würde. Die Balkanstaaten hätten deren mehr als eine; angefangen mit der Finanzkommission in Athen. Man könnte sich z. B., sagte ich, unter anderen Kombinationen eine provisorische internationale Kommission vorstellen, die beauftragt wäre, die von Österreich verlangte polizeiliche Untersuchung zu prüfen; aus diesem Beispiel gehe klar hervor, daß die Antwort Serbiens die Tür öffne zu Unterhandlungen und einen Bruch nicht rechtfertige.

Weiterhin stellte ich an den Staatssekretär die Frage, ob er, abgesehen von den direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg, für die Sir Ed. Grey sich erklärt hätte, nicht denke, daß die gemeinsame Aktion der vier Mächte sich durch die Vermittlung ihrer Botschafter ausüben ließe. Er antwortete mir bejahend und fügte hinzu, daß gegenwärtig das Londoner Kabinett sich damit begnüge, im Sinn der direkten Verhandlungen zu wirken.

Gegen Ende des Nachmittags bat der Reichskanzler den englischen Botschafter um seinen Besuch. Er erörterte mit ihm den Vorschlag Sir Ed. Greys bezüglich der Einberufung einer Konferenz und sagte ihm, er habe einen Vorschlag nicht annehmen können, der Österreich die Oberhoheit der Mächte aufzuerlegen schiene. Er versicherte meinen Kollegen seines aufrichtigen Wunsches nach Frieden und der Anstrengungen, die er in Wien mache, fügte aber bei, daß einzig Rußland es in seiner Macht habe, den Frieden zu erhalten oder den Krieg zu entfesseln.

Sir Edward Goschen antwortete ihm, daß er seine Auffassung nicht teile und daß Österreich den größten Teil der Verantwortung tragen würde,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wenn der Krieg ausbrechen sollte; denn es sei unverantwortlich, daß es mit Serbien nach dessen Antwort gebrochen habe.

Ohne sich über diesen Punkt auszulassen, sagte der Kanzler, er arbeite soviel wie möglich auf die direkten Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland hin; er wisse, daß England diesen Verhandlungen günstig gegenüberstehe. Er fügte hinzu, daß seine eigene Aktion in Wien sehr erschwert würde, wenn es wahr wäre, daß Rußland an der österreichischen Grenze vierzehn Armeekorps mobilisiert habe. Er bat meinen Kollegen, die Aufmerksamkeit Sir Ed. Greys auf alle diese Betrachtungen zu lenken.

Sir Edward Goschen hat in diesem Sinne nach London telegraphiert.

Die Haltung des Kanzlers ist sehr wahrscheinlich die Folge der letzten Unterredung Sir Ed. Greys mit dem Fürsten Lichnowsky. Bis auf diese allerletzten Tage hat man sich hier mit der Hoffnung geschmeichelt, daß England außerhalb des Konflikts bleiben würde, und der Eindruck, den seine Haltung auf die deutsche Regierung, auf die Finanz- und auf die Geschäftswelt gemacht hat, ist ein tiefer.

Jules Cambon

Nr. 93

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Wien, den 29. Juli 1914

Die Ansicht meiner englischen, russischen und italienischen Kollegen sowie die meinige geht übereinstimmend dahin, daß es unmöglich ist, einen ersten Kampf zwischen Österreich und Serbien zu verhindern, da alle Versuche, den Zusammenstoß aufzuhalten, gescheitert sind.

Herr Schebeko hatte den Wunsch geäußert, daß die Besprechungen in Petersburg zwischen Herrn Sasonow und Herrn Szapary fortgesetzt und durch Spezialvollmachten für den letzteren wirksamer gestaltet würden. Dem widersetzte sich Graf Berchtold schlankweg. Er gab damit unzweifelhaft kund, daß Österreich keine Intervention dulde, die es daran hindern würde, Serbien eine Züchtigung und eine Demütigung aufzuerlegen.

Der Herzog von Avarna nimmt als sehr wahrscheinlich an, daß die Gefahr einer allgemeinen Erhebung der südslawischen Untertanen der Monarchie ihre Entschlüsse beschleunigt habe. Er klammert sich noch an die Hoffnung, daß nach einem ersten Erfolge der österreichisch-ungarischen Armeen, aber nicht früher, eine Vermittlung den Konflikt begrenzen könnte.

Dumaine

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 94

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, nach London, Berlin, Petersburg, Rom, Wien, Konstantinopel und Belgrad

Paris, den 29. Juli 1914

Heute morgen wurde mir vom deutschen Botschafter folgende offiziöse Mitteilung gemacht: Die deutsche Regierung setzt ihre Bemühungen fort, um die österreichische Regierung zu einer freundschaftlichen Unterredung zu veranlassen, die ihr Gelegenheit geben werde, genau den Zweck und die Ausdehnung der Operationen in Serbien zur Kenntnis zu bringen. Das Berliner Kabinett hofft, deutliche Erklärungen zu erhalten, die dazu angetan wären, Rußland zufriedenzustellen. Die Bemühungen Deutschlands werden durch die erfolgte Kriegserklärung keineswegs beeinträchtigt. Eine gleichlautende Mitteilung wird in Petersburg abgegeben werden.

Im Verlaufe einer Unterredung, die ich heute morgen mit Baron von Schoen hatte, erklärte mir dieser, daß die deutsche Regierung die Absichten Wiens nicht kenne. Wenn Berlin wissen wird, wie weit Österreich gehen will, werde eine Grundlage zu Verhandlungen vorhanden sein, die die weiteren Besprechungen zugunsten einer Intervention erleichtern wird.

Auf meine Bemerkung, daß die begonnenen militärischen Operationen vielleicht zu Besprechungen keine Zeit mehr ließen und daß die deutsche Regierung ihren Einfluß in Wien geltend machen sollte, um sie hinzuziehen, antwortete mir der Botschafter, Berlin könne keinen Druck ausüben, er hoffe aber, die Operationen würden nicht sehr aktiv betrieben werden.

Bienvenu-Martin

Nr. 95

Herr Bienvenu-Martin, stellvertretender Minister des Äußern, nach London, Berlin, Petersburg, Wien, Konstantinopel, Rom und Belgrad

Paris, den 29. Juli 1914

Im Auftrage seiner Regierung teilte mir Herr Iswolski ein Telegramm des Herrn Sasonow nach Berlin mit. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß Rußland infolge der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, sowie der bereits für den größten Teil der österreichisch-ungarischen Armee getroffenen Mobilmachungsmaßnahmen, und endlich der Weigerung des Grafen Berchtold, die Besprechungen zwischen Wien und Petersburg fortzusetzen, die Mobilmachung in den Bezirken Odessa, Kiew, Moskau und Kasan beschlossen habe. Der russische Botschafter in Berlin ist be-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

auftragt worden, indem er das zur Kenntnis der deutschen Regierung bringe, hinzuzufügen, daß diese militärischen Vorsichtsmaßnahmen in keiner Weise gegen Deutschland gerichtet seien und ebensowenig Angriffsmaßnahmen gegen Österreich-Ungarn bedeuteten. Der russische Botschafter in Wien sei übrigens von seinem Posten nicht abberufen.

Außerdem gab mir der russische Botschafter von dem Inhalte zweier Telegramme des Herrn Sasonow nach London Kenntnis. Das erste, in dem angezeigt wird, daß die Kriegserklärung an Serbien den Unterhandlungen des russischen Ministers mit dem österreichischen Botschafter ein Ende machte, ersuchte England, so schnell als möglich seine Aktion im Sinne einer Vermittlung und der sofortigen Einstellung der Kriegsoperationen Österreichs (deren Fortsetzung Österreich Zeit lassen würde, Serbien zu erdrücken, während die Vermittlun in die Länge gezogen würde) durchzuführen. Das zweite Telegramm gab Kenntnis von dem Eindrucke, den Herr Sasonow von seinen Unterredungen mit dem deutschen Botschafter erhalten hat, daß nämlich Deutschland die unversöhnliche Haltung Österreichs begünstige und auf es nicht einwirke. Der russische Minister betrachtet die Haltung Deutschlands als sehr beunruhigend und glaubt, England sei besser als die anderen Mächte in der Lage, in Berlin Schritte im Sinne einer Einwirkung auf Wien zu tun.

Bienvenu-Martin

Nr. 96

Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Rom, den 29. Juli 1914

Der Minister des Äußern ist vom russischen Botschafter amtlich verständigt worden, daß seine Regierung infolge der Kriegserklärung Österreichs an Serbien und der durch Österreich bereits getroffenen Mobilmachungsmaßnahmen den Befehl gegeben habe, in den Regierungsbezirken Kiew, Odessa, Moskau und Kasan zu mobilisieren. Er hat hinzugefügt, daß diese Maßnahme keinen feindlichen Charakter gegen Deutschland trage, und daß der russische Botschafter in Wien nicht abberufen worden sei.

Indem er diese Mitteilung mit mir besprach, sagte der Marquis di San Giuliano zu mir, leider hätten Österreich und Deutschland in dieser ganzen Angelegenheit die Überzeugung gehabt und seien noch jetzt überzeugt, daß Rußland nicht losschlagen werde. Er hat mir hierauf bezüglich eine Depesche des Herrn Bollati vorgelesen, in der ihm dieser über eine heute mit Herrn von Jagow gehabte Unterredung berichtet, bei der ihm letzterer neuerdings wiederholt habe, er glaube nicht, daß Rußland losschlagen werde. Er stützte diese Ansicht auf die Tatsache, daß die russische Regierung soeben einen Unterhändler nach Berlin geschickt habe, um über

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gewisse Finanzfragen zu verhandeln. Der österreichische Botschafter in Berlin hat zu seinem englischen Kollegen gleichfalls gesagt, er glaube nicht an einen allgemeinen Krieg, da Rußland zum Kriege weder geneigt noch imstande sei.

Der Marquis di San Giuliano teilt diese Anschauung durchaus nicht. Er meint, daß wenn Österreich sich damit begnügt, Serbien zu demütigen und außer der Annahme der Note gewisse materielle Vorteile zu fordern, die Serbiens Gebiet unberührt lassen, Rußland noch den Weg zur Verständigung mit Österreich finden könne. Wollte aber Österreich Serbien sei es zerstückeln, sei es seiner politischen Unabhängigkeit berauben, so betrachte er es als unmöglich für Rußland, nicht mit den Waffen einzugreifen.

Trotz der äußerst ernsten Lage scheint mir der Minister des Äußern nicht an der Möglichkeit eines Ausgleichs zu verzweifeln. Er glaubt, England könne in Berlin noch einen großen Einfluß im Sinne des Friedens ausüben. Wie er mir sagte, hatte er gestern abend eine lange Besprechung mit dem englischen Botschafter, Sir R. Rodd, um ihm nachzuweisen, wie wirksam die englische Intervention sein könnte. Zum Schlusse sagte er mir: „Wenn Ihre Regierung diese Ansicht ebenfalls teilt, könnte sie ihrerseits in London in diesem Sinne vorstellig werden."

Barrère

Nr. 97

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London

Paris, den 29. Juli 1914

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie Sir Ed. Grey bitten wollten, er möge in Berlin sobald als möglich und in der Form, die er für die geeignetste und wirksamste halte, seinen Vorschlag zu einer Vermittlung der vier Mächte wieder aufnehmen, der die grundsätzliche Zustimmung der deutschen Regierung gefunden habe.

Die russische Regierung hat sich verpflichtet, ihrerseits denselben Wunsch der englischen Regierung auszudrücken; Österreichs Kriegserklärung an Serbien, seine Truppensendungen an die österreichisch-russische Grenze, die hierauf folgende russische Mobilisierung an der Grenze von Galizien haben in der Tat den direkten Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland ein Ende gesetzt.

Die Erläuterungen, die die deutsche Regierung nach der Erklärung des Freiherrn von Schoen, die ich Ihnen mitgeteilt habe, in Wien verlangen wird, um die Absichten der österreichischen Regierung zu erfahren, werden den vier Mächten erlauben, zwischen Wien und Petersburg eine zur Erhaltung des Friedens nützliche Tätigkeit zu entfalten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich bitte Sie, den englischen Staatssekretär auch darauf hinzuweisen, wie wichtig es wäre, wenn er von der italienischen Regierung die Zusage ihrer vollständigsten Mitwirkung bei den gemeinsamen Unternehmungen der vier Mächte zugunsten des Friedens erlangen könnte.

René Viviani

Nr. 98

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

London, den 29. Juli 1914

In seiner heutigen Unterredung mit meinem deutschen Kollegen hat Sir Ed. Grey bemerkt, daß, da die von Herrn Sasonow vorgeschlagene direkte Aussprache zwischen Rußland und Österreich in Wien nicht angenommen worden sei, es angezeigt wäre, auf seinen Vorschlag einer freundschaftlichen Intervention durch die vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte zurückzukommen. Diese Anregung ist von der deutschen Regierung grundsätzlich angenommen worden, sie hat aber Bedenken gegen den Gedanken einer Konferenz oder einer Vermittlung geäußert. Der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten hat den Fürsten Lichnowsky eingeladen, seine Regierung zu bitten, sie möge selbst eine Formel vorschlagen. Welcher Art sie auch sei, wenn sie erlaubt, den Frieden zu erhalten, werden ihr England, Frankreich und Italien beipflichten.

Der deutsche Botschafter wird das Gesuch des Sir Ed. Grey unverzüglich nach Berlin weitergegeben haben. Indem der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten mir über diese Unterredung berichtete, fügte er hinzu, Deutschlands Antwort auf diese Mitteilung sowie auf diejenige Rußlands über die Mobilmachung von vier Armeekorps* an der österreichischen Grenze werde uns erlauben, uns über die Absichten der deutschen Regierung Rechenschaft zu geben. Als mein deutscher Kollege Sir Ed. Grey über die Absichten der britischen Regierung befragte, antwortete der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, er habe sich vorläufig nicht darüber auszusprechen.

Sir Ed. Grey hat mir nicht verborgen, daß er die Lage für sehr ernst ansehe und wenig Hoffnung auf eine friedliche Lösung hege.

Paul Cambon

Nr. 99

Herr Boppe, französischer Gesandter in Belgrad, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

Belgrad, den 29. Juli 1914

Der Kronprinz hatte gleich nach der Überreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatums den Zaren telegraphisch um seinen Schutz ge-

* Hier liegt ein Irrtum vor. Die Mobilmachung umfaßte 4 Armeebezirke = 13 Armeekorps.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

beten. Mein russischer Kollege teilt mir im Vertrauen mit, daß er soeben Herrn Pasitsch die Antwort Seiner Majestät mitgeteilt habe.

Der Zar dankt dem Prinzen dafür, daß er sich unter so kritischen Umständen an ihn gewandt habe; er erklärt, alle Maßnahmen seien getroffen, um zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu gelangen, und gibt dem Prinzen die ausdrückliche Zusicherung, daß Rußland, wenn dieses Ziel nicht erreicht werden könne, Serbien niemals seinem Schicksale überlassen werde. Boppe

Nr. 100

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern

St. Petersburg, den 29. Juli 1914*

Der deutsche Botschafter hat Herrn Sasonow die Erklärung überbracht, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle, werde die deutsche Armee den Mobilmachungsbefehl erhalten.

Herr Sasonow hat geantwortet, die russischen Vorbereitungsmaßnahmen seien begründet, einerseits in der starren Unnachgiebigkeit Österreichs, andererseits in der Tatsache, daß schon acht österreichisch-ungarische Korps mobilisiert seien.

Der Ton, mit welchem Graf Pourtalès sich seiner Ankündigung entledigte, hat die russische Regierung bewogen, noch in dieser Nacht die Mobilmachung der dreizehn für die Operationen gegen Österreich bestimmten Armeekorps zu verfügen. Paléologue

Nr. 101

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in St. Petersburg und London***

Paris, den 30. Juli 1914
7 Uhr 30 a. m.***

Herr Iswolski ist diese Nacht gekommen, um mir zu sagen, der deutsche Botschafter habe Herrn Sasonow eröffnet, seine Regierung sei ent-

* Aufgegeben 30. Juli 1 Uhr a. m. Vgl. Recouly: Les Heures tragiques d'Avant-Guerre. Seite 160ff.

** In dem nach London aufgegebenen Text fand sich der Zusatz für den dortigen französischen Botschafter „sofort mit Grey Rücksprache zu nehmen, um die gemeinsame Haltung Frankreichs und Englands zu bestimmen, über welche diese beiden Mächte auf Grund des zwischen ihnen bestehenden allgemeinen Einvernehmens zu beraten haben, sobald eine Periode politischer Spannung eintritt", vgl. Livre Noir II, S. 290, Anm. 2 und Fußnote 2.

*** Zeitangabe nach Pierre Renouvin: „Les Origines immédiates de la Guerre", S. 153.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

schlossen, ihre bewaffnete Macht zu mobilisieren, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle.

Der Minister des Äußern des Zaren weist darauf hin, daß diese Vorbereitungen erst infolge der Mobilmachung von acht Armeekorps durch Österreich und infolge der Weigerung dieser Macht, ihren Zwist mit Serbien friedlich beizulegen, begonnen worden seien. Herr Sasonow erklärt, unter diesen Umständen könne Rußland nicht anders, als seine Rüstungen beschleunigen und den Krieg als bevorstehend zu betrachten; es zähle auf die Bundeshilfe Frankreichs und halte es für erwünscht, daß England, ohne Zeit zu verlieren, sich Rußland und Frankreich anschließe. Im übrigen wird es keine Anstrengung vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen.

Frankreich ist entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen*.

Die zwischen den weniger direkt beteiligten Mächten schwebenden Unterhandlungen lassen noch der Hoffnung Raum, daß der Frieden erhalten bleiben könne; nach meiner Meinung wäre es daher zweckmäßig, wenn Rußland bei den Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen, zu denen es glaube schreiten zu müssen, unmittelbar keinerlei Anordnung träfe, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung seiner Kräfte bieten würde.

Der deutsche Botschafter ist am gestrigen Spätnachmittage gekommen, um mit mir über die militärischen Maßnahmen zu sprechen, die die Regierung der Republik treffe, wobei er hinzufügte, es stehe Frankreich frei, so zu handeln, aber in Deutschland könnten die Rüstungen nicht geheim bleiben und die öffentliche Meinung Frankreichs dürfe sich nicht beunruhigen, wenn Deutschland sich zu solchen entschlösse.

Ich habe geantwortet, die französische Regierung habe keinerlei Maßregel ergriffen, die ihren Nachbarn Anlaß zu Unruhe geben könnte, und ihre Bereitwilligkeit zu jeder Unterhandlung im Sinne der Erhaltung des Friedens könne nicht angezweifelt werden.

René Viviani

---

* Der Passus ab: Herr Sasonow erklärt... bis Bundespflichten zu erfüllen lautet nach dem französischen Gelbbuch von 1914 wie folgt:

„Herr Sasonow erklärt, unter diesen Umständen könne Rußland nicht anders, als seine Rüstungen beschleunigen und den Krieg als bevorstehend zu betrachten; es zähle auf die Bundeshilfe Frankreichs und halte es für wünschbar, daß England, ohne Zeit zu verlieren, sich Rußland und Frankreich anschließe.

Frankreich ist entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen.

Im übrigen wird es keine Anstrengung vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen."

Durch Umstellen des Satzes „Im übrigen wird es keine Anstrengungen vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen" hinter den Absatz: „Frankreich ist entschlossen alle seine Bundespflichten zu erfüllen", ist erreicht worden, daß die friedensfreundlichen Worte, eine Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen, sich auf Frankreich beziehen anstatt auf Rußland.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 102, I*

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen

Nr. 311. Petersburg, den 30. Juli 1914
Aufgegeben 4 Uhr 31 p. m.
angekommen 6 Uhr 51 p. m.

Ich antworte auf Ihr Telegramm Nr. 453.

Heute morgen noch habe ich Herrn Sasonow gebeten, jede militärische Maßregel zu vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zur allgemeinen Mobilmachung geben könnte. Er antwortete mir, daß gerade im Verlauf der letzten Nacht der russische Generalstab gewisse geheime Vorsichtsmaßregeln aufgeschoben habe, deren Bekanntwerden den deutschen Generalstab hätte alarmieren können.

Gestern hat der russische Generalstabschef den Militärattaché der deutschen Botschaft zu sich gebeten und ihm sein Ehrenwort gegeben, daß die heute früh angeordnete Mobilmachung ausschließlich Österreich angehe.

Paléologue

---

* Im französischen Gelbbuch von 1914 sind die Texte von 102a und b in einem Telegramm zusammengezogen, das folgenden Wortlaut hat:

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,
an Herrn René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern.

St. Petersburg, den 30. Juli 1914

Herr Sasonow, dem ich Ihren Wunsch, jede militärische Maßnahme vermieden zu sehen, die Deutschland einen Vorwand zur allgemeinen Mobilmachung bieten könnte, bekanntgegeben habe, hat mir geantwortet, gerade in der letzten Nacht habe der Generalstab den Aufschub gewisser militärischer Vorsichtsmaßregeln angeordnet, um jeder Mißdeutung vorzubeugen. Gestern hat der russische Generalstabschef den Militärattaché der deutschen Botschaft zu sich gebeten und ihm sein Ehrenwort gegeben, daß die heute früh angeordnete Mobilmachung ausschließlich Österreich angeht.

Heute nachmittag jedoch hat sich Herr Sasonow in einer Unterredung mit dem Grafen Pourtalès überzeugen müssen, daß Deutschland in Wien das entscheidende Wort, das den Frieden sichern würde, nicht sprechen will. Kaiser Nikolaus hat aus Depeschen, die er persönlich mit Kaiser Wilhelm gewechselt hat, denselben Eindruck gewonnen.

Andererseits haben der russische Generalstab und die Admiralität beunruhigende Nachrichten über die Vorbereitungen der deutschen Armee und Marine erhalten.

Indem er mir diese Mitteilung machte, fügte Herr Sasonow hinzu, die russische Regierung setze nichtsdestoweniger ihre Versöhnungsversuche fort. Er sagte mir wiederum: „Bis zum letzten Augenblicke werde ich unterhandeln."

Paléologue

Der Originalwortlaut der beiden Telegramme ist von Poincaré am 19. Januar 1923 im „Temps" bekannt gegeben worden.

Telegramm 102a trägt die Journalnummer 311 und Telegramm 102b die Journalnummer 315. Es liegen also vier Telegramme dazwischen, deren Text bis jetzt nicht veröffentlicht worden ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 102, II

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen**

Nr. 315. Petersburg, 30. Juli 1914
Aufgegeben 9 Uhr 15 p. m.
angekommen 11 Uhr 25 p. m.

In einer Unterredung, die Herr Sasonow heute nachmittag mit dem Grafen Pourtalès gehabt hat, mußte er sich überzeugen, daß Deutschland in Wien die entscheidenden Worte, die den Frieden sichern würden, nicht sprechen will. Kaiser Nikolaus hat aus einem Telegrammwechsel, den er persönlich mit Kaiser Wilhelm geführt hat, denselben Eindruck gewonnen.

Andererseits haben der russische General- und Admiralstab beunruhigende Nachrichten über die Vorbereitungen der deutschen Armee und Marine erhalten. Die russische Regierung hat daher beschlossen, die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung vorzunehmen.

Indem er mir diese Mitteilung machte, fügte Herr Sasonow hinzu, daß die russische Regierung nichtsdestoweniger ihre Vermittlungsbemühungen fortsetzen werde. Er wiederholte mir: „Bis zum letzten Augenblick werde ich unterhandeln."

Paléologue

Nr. 103

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

St. Petersburg, den 30. Juli 1914

Der deutsche Botschafter hat diese Nacht bei Herrn Sasonow von neuem, wenn auch in weniger entschiedenen Ausdrücken, darauf gedrungen, daß Rußland seine militärischen Vorbereitungen einstelle, wobei er versicherte, daß Österreich den Gebietsbestand Serbiens nicht antasten werde.

„Nicht nur die territoriale Integrität Serbiens müssen wir schützen," hat Herr Sasonow geantwortet, „sondern auch seine Unabhängigkeit und seine Souveränität. Wir können nicht zulassen, daß Serbien ein Vasall Österreichs werde."

Herr Sasonow hat hinzugefügt**: „Die Stunde ist zu ernst, als daß ich Ihnen nicht rückhaltlos sagen sollte, wie ich denke. Indem Deutschland

* Vgl. die Fußnote zu Telegramm 102a S. 162.

** Die folgende Mitteilung hat Sasonow nicht in der Nacht vom 29. zum 30. Juli, sondern am 30. Juli vormittags gemacht. Vgl. Deutsche Dokumente Nr. 421, Telegramm Nr. 192 des deutschen Botschafters in Petersburg an das Auswärtige Amt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in Petersburg interveniert, während es sich weigert, in Wien zu intervenieren, sucht es nur Zeit zu gewinnen, damit Österreich das kleine Königreich Serbien zertrete, bevor ihm Rußland zu Hilfe eilen könne. Aber Kaiser Nikolaus wünscht so dringend, den Krieg zu beschwören, daß ich Ihnen in seinem Namen einen neuen Vorschlag machen will:

„Wenn Österreich, in der Erkenntnis, daß sein Konflikt mit Serbien den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum alle jene Punkte auszuscheiden, die die Souveränität Serbiens antasten, so verpflichtet sich Rußland, alle militärischen Maßnahmen einzustellen."

Graf Pourtalès hat versprochen, diesen Vorschlag bei seiner Regierung zu unterstützen.

Nach der Auffassung des Herrn Sasonow würde die Annahme seines Vorschlages als logische Folge die Eröffnung von Verhandlungen der Mächte in London haben.

Die russische Regierung beweist durch ihre Haltung neuerdings, daß sie nichts unterläßt, um dem Konflikt Einhalt zu tun.

Paléologue

Nr. 104

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn René Viviani, Minister des Äußern

Wien, den 30. Juli 1914

Trotz der Mitteilung, die der russische Botschafter gestern mehreren seiner Kollegen, darunter dem deutschen, über die teilweise Mobilisierung in seinem Lande gemacht hat, hatte sich die Wiener Presse enthalten, die Nachricht zu veröffentlichen. Dieses den Zeitungen auferlegte Schweigen findet seine Erklärung in einer hochwichtigen Unterredung zwischen Herrn Schebeko und dem Grafen Berchtold, die die furchtbaren Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, einer eingehenden Betrachtung unterzogen haben, beide mit demselben guten Willen, ihnen durch beiderseits annehmbare Lösungen zu begegnen.

Die militärischen Vorbereitungen auf der russischen Seite, hat Herr Schebeko dargelegt, haben keinen andern Zweck, als auf diejenigen Österreichs zu antworten und die Absicht und das Recht des Zaren kundzutun, bei der Regelung der serbischen Frage mitzusprechen. Die in Galizien getroffenen Mobilmachungsmaßnahmen, hat Graf Berchtold geantwortet, bedeuten ebensowenig irgendwelche feindselige Absicht und bezwecken nur, den gegenwärtigen Stand der Dinge aufrecht zu erhalten. Auf beiden Seiten wird man sich darum bemühen zu verhindern, daß diese Maßnahmen als Zeichen von Feindseligkeit ausgelegt werden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Zur Beilegung des österreichisch-serbischen Streites ist vereinbart worden, die Unterhandlungen in Petersburg zwischen Herrn Sasonow und dem Grafen Szapary wieder aufzunehmen; wenn sie unterbrochen worden sind, so ist es nur infolge eines Mißverständnisses geschehen, indem Graf Berchtold glaubte, der russische Minister des Äußern verlange für den mit ihm verhandelnden Botschafter Vollmachten, die ihm erlauben würden, den Wortlaut des österreichischen Ultimatums abzuändern. Graf Szapary wird nur ermächtigt sein, darüber zu verhandeln, welches Übereinkommen mit der Würde und dem Ansehen vereinbar wäre, die zu wahren beide Reiche in gleicher Weise besorgt seien.

Unter dieser unmittelbaren und auf die beiden Meistbeteiligten beschränkten Form würde daher vorderhand die Prüfung der Angelegenheit stattfinden, die Sir Ed. Grey den vier nicht direkt beteiligten Mächten anzuvertrauen vorgeschlagen hatte.

Sir M. de Bunsen, der sich bei mir befand, hat Herrn Schebeko sofort erklärt, daß das Foreign Office dieses neue Vorgehen völlig billigen werde. In Wiederholung seiner am Ballplatz abgegebenen Darlegung hat der russische Botschafter versichert, daß seine Regierung den Forderungen der Monarchie in viel höherem Grade Rechnung tragen werde, als man annehme; Herr Schebeko habe nichts vernachlässigt, um den Grafen Berchtold zu überzeugen, daß es Rußlands aufrichtiger Wunsch sei, zu einer für beide Reiche annehmbaren Verständigung zu gelangen.

Die Unterredung war in freundschaftlichem Ton gehalten und gestattete zu glauben, daß noch nicht alle Hoffnung verloren sei, den Konflikt zu lokalisieren, als die Nachricht von der deutschen Mobilmachung nach Wien gelangte.

Dumaine

Nr. 105

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Berlin, den 30. Juli 1914
Aufgegeben 3 Uhr 30 p. m.
angekommen 10 Uhr p. m.*

Herr von Jagow hat mir um zwei Uhr telephoniert, die eine Stunde vorher verbreitete Nachricht von der deutschen Mobilmachung sei falsch, und hat mich gebeten, Sie dringlich davon zu benachrichtigen; die kaiserliche Regierung läßt die Sonderausgaben der Zeitungen, die die Nachricht verkündeten, mit Beschlag belegen. Aber weder diese Mitteilung noch diese Maßregeln vermindern meine Befürchtungen in bezug auf Deutschlands Pläne.

* Die Zeitangaben nach: Bourgeois et Pagès S. 44, und Poincaré a. a. O. S. 259.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Es scheint festzustehen, daß der außerordentliche Ministerrat, der gestern abend in Potsdam mit den Militärbehörden und unter dem Vorsitze des Kaisers abgehalten worden ist, die Mobilmachung beschlossen hatte, was die Vorbereitung einer Sonderausgabe des Lokal-Anzeigers erklärt, daß aber unter verschiedenen Einwirkungen (Erklärung Englands, daß es sich volle Handlungsfreiheit vorbehalte, Telegrammwechsel zwischen dem Zaren und Wilhelm II.) die beschlossenen schwerwiegenden Maßnahmen angehalten worden sind.

Einer der Botschafter, mit dem ich die engsten Beziehungen habe, hat um zwei Uhr Herrn Zimmermann gesehen. Nach Aussage des Unterstaatssekretärs dringen die militärischen Behörden sehr darauf, daß die Mobilmachung angeordnet werde, da jede Verspätung Deutschland um einige seiner Vorteile bringe. Doch bis jetzt sei es gelungen, dem Drängen des Generalstabs, der in der Mobilisierung den Krieg erblickt, zu widerstehen. Wie dem auch sei, die Mobilmachung kann von einem Augenblick zum andern beschlossen werden. Ich weiß nicht, wer in den „Lokal-Anzeiger", ein im allgemeinen halbamtliches Blatt, eine verfrühte Nachricht gebracht hat, die geeignet ist, die Gemüter in Frankreich zu erregen.

Ich habe übrigens die triftigsten Gründe zu der Annahme, daß alle Mobilmachungsmaßnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehls durchgeführt werden können, hier getroffen worden sind, wo man möchte, daß wir unsere Mobilisierung zuerst bekannt geben, um uns die Verantwortung dafür zuzuschieben. Jules Cambon

Nr. 106

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London

Paris, den 30. Juli 1914

Ich bitte Sie, die folgenden Nachrichten über die französischen und deutschen militärischen Vorbereitungen zur Kenntnis Sir Ed. Greys zu bringen. England wird daraus ersehen, daß, wenn Frankreich entschlossen ist, es nicht die Macht ist, die aggressive Maßnahmen trifft.

Wollen Sie die Aufmerksamkeit Sir Ed. Greys auf den vom Ministerrat heute früh gefaßten Beschluß lenken: Obgleich Deutschland seine Deckungsmaßnahmen einige hundert Meter von der Grenze, an der ganzen Front von Luxemburg bis zu den Vogesen, getroffen und Deckungstruppen in ihre Kampfstellungen gebracht hat, haben wir unsere Truppen 10 Kilometer von der Grenze ferngehalten und ihnen verboten, näher an sie heranzurücken.

Unser für die Offensive berechneter Plan sah jedoch vor, daß die Kampfstellungen unserer Deckungstruppen so nahe als möglich an die Grenze vorgeschoben werden sollten. Indem sie somit einen Gebietsstreifen ohne Verteidigung einem plötzlichen Einfall des Feindes aussetzt, ist die

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Regierung der Republik darauf bedacht, zu beweisen, daß Frankreich ebensowenig wie Rußland die Verantwortung des Angriffs trägt.

Um sich davon zu überzeugen, genügt es, die auf beiden Seiten unserer Grenze getroffenen Maßnahmen zu vergleichen; in Frankreich wurden die Beurlaubten erst zurückberufen, nachdem wir die Gewißheit gewonnen hatten, daß dies in Deutschland schon vor fünf Tagen geschehen sei.

In Deutschland sind nicht nur die Garnisontruppen von Metz bis zur Grenze vorgeschoben worden, sondern sie sind sogar durch Abteilungen verstärkt worden, die auf der Eisenbahn aus Garnisonen im Innern, wie Trier oder Köln, herangebracht worden sind. Nichts Ähnliches ist in Frankreich geschehen.

Die Kriegsausrüstung der befestigten Plätze an der Grenze (Abholzungen, Aufstellung von Geschützen, Errichtung von Brustwehren, Verstärkung der Drahtgeflechte) ist in Deutschland schon Sonnabend, den 25. begonnen worden; bei uns wird sie gleich beginnen, da Frankreich nicht verabsäumen kann, dieselben Maßnahmen zu ergreifen.

Die Bahnhöfe sind in Deutschland Sonnabend den 25. militärisch besetzt worden, in Frankreich Dienstag den 28.

Endlich sind in Deutschland die Reservisten zu Zehntausenden persönlich wieder einberufen worden, die im Ausland wohnhaften (Jahrgänge 1903—1911) sind zurückberufen, die Reserveoffiziere aufgeboten worden; im Innern sind die Straßen gesperrt, Kraftwagen dürfen nur mit einem Erlaubnisschein verkehren. Es ist die letzte Vorbereitungsstufe vor der Mobilmachung. In Frankreich ist keine dieser Maßnahmen getroffen worden.

Das deutsche Heer hat seine Vorposten an unseren Grenzmarken; zweimal sind gestern deutsche Patrouillen in unser Gebiet eingedrungen. Das ganze XVI. Korps von Metz, verstärkt durch einen Teil des aus Trier und Köln gekommenen VIII. Korps, hält die Grenze von Metz bis Luxemburg besetzt*, das XV. Armeekorps von Straßburg ist an die Grenze vorgeschoben worden.

Unter der Androhung des Erschießens ist es den Elsaß-Lothringern der annektierten Gebiete verboten, die Grenze zu überschreiten.

René Viviani

Nr. 107

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Berlin, den 30. Juli 1914

Der englische Botschafter hat keine Mitteilung von Deutschlands Antwort auf die Anfrage Sir Ed. Greys erhalten. Er hat mir gesagt, Berlin habe Wien befragt und erwarte noch die Äußerung seines Bundesgenossen.

* Die Angaben über die militärischen Vorbereitungen treffen nicht zu, vgl. Parlamentarischer Untersuchungs-Ausschuß Heft II „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen"; siehe besonders Anlage 23, 24 und 26.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Mein russischer Kollege hat mir seinerseits soeben bekannt gegeben, daß Herr von Jagow (dem Graf Pourtalès die von Herrn Sasonow für eine österreichisch-russische Verständigung vorgeschlagene Versöhnungsformel mitgeteilt hatte) ihm soeben erklärt habe, er finde diesen Vorschlag für Österreich unannehmbar, wodurch er die negative Tätigkeit der deutschen Diplomatie in Wien zu erkennen gegeben habe. Jules Cambon

Nr. 108

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

London, den 30. Juli 1914

Fürst Lichnowsky hat keine Antwort auf die Frage gebracht, die ihm Sir Ed. Grey gestern vorgelegt hatte, um von der deutschen Regierung eine Formel für die Intervention der vier Mächte zugunsten des Friedens zu erhalten. Dagegen hat mein deutscher Kollege den Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten über Englands militärische Vorbereitungen befragt.

Sir Ed. Grey hat ihm geantwortet, diese hätten keinen offensiven Charakter, aber bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge auf dem Kontinent sei es natürlich, daß man einige Vorsichtsmaßregeln treffe; in England wie in Frankreich wünsche man die Erhaltung des Friedens, und wenn man in England wie in Frankreich Verteidigungsmaßnahmen ins Auge fasse, so geschehe es nicht zu dem Zweck, einen Angriff vorzubereiten.

Die von Eurer Exzellenz erhaltenen Mitteilungen über die von Deutschland an der französischen Grenze betriebenen militärischen Maßnahmen haben mir gestattet, Sir Ed. Grey darauf aufmerksam zu machen, daß es sich heute nicht mehr um einen Streit um Einfluß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn handele; es bestehe Gefahr eines Angriffes, der einen allgemeinen Krieg heraufbeschwören könnte.

Sir Ed. Grey hat meine Empfindung völlig verstanden, und wie ich hält er den Augenblick für gekommen, alle Möglichkeiten ins Auge zu fassen und sie gemeinsam zu erörtern. Paul Cambon

Nr. 109

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Berlin, den 30. Juli 1914

In meiner heutigen Unterhaltung mit dem Staatssekretär habe ich Herrn von Jagow gefragt, welche Antwort er Sir Ed. Grey auf seine Bitte,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

selbst eine Formel für die Intervention der nichtbeteiligten Mächte vorzuschlagen, erteilt habe.

Er hat mir geantwortet, daß „um Zeit zu gewinnen", er beschlossen habe, direkt zu handeln, und er Österreich gebeten habe, zu sagen, auf welcher Grundlage eine Aussprache mit ihm möglich wäre. Diese Antwort hat zum Zweck, England, Frankreich und Italien unter dem Vorwande beschleunigteren Handelns auszuschalten und Herrn von Tschirschky, dessen alldeutsche und rußlandfeindliche Gesinnung bekannt ist, damit zu betrauen, Österreich für eine versöhnliche Haltung zu gewinnen.

Herr von Jagow hat hierauf mit mir von der russischen Mobilisierung an der österreichischen Grenze gesprochen; er hat zu mir gesagt, diese Mobilisation stelle den Erfolg jeder Intervention bei Österreich in Frage, und davon hänge alles ab. Er hat hinzugefügt, er befürchte, Österreich werde infolge der teilweisen russischen Mobilmachung vollständig mobilisieren, was als Gegenzug die allgemeine russische Mobilmachung und demzufolge diejenige Deutschlands nach sich ziehen könnte.

Ich habe den Staatssekretär darauf aufmerksam gemacht, daß er selbst mir gesagt habe, Deutschland erachte sich nur in dem Falle für genötigt, zu mobilisieren, wenn Rußland an der deutschen Grenze mobilisiere, dies sei aber nicht der Fall. Er hat mir geantwortet, das sei wahr, aber die Heeresführer beständen darauf, denn jede Verspätung bedeute einen Kräfteverlust für das deutsche Heer, und „die Worte, an die ich erinnerte, hätten nicht eine bindende Verpflichtung von seiner Seite bedeutet."

Nach meinem aus dieser Unterredung gewonnenen Eindrucke sind die Friedensaussichten noch mehr geschwunden.

Jules Cambon

Nr. 109a

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn René Viviani, französischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen

(Telegrammauszug*)

Berlin, den 30. Juli 1914
Aufgegeben 2 Uhr 30 p. m.

Das Gerücht wird verbreitet, daß die Mobilmachung diesen Morgen im Ministerrat beschlossen worden sei und wahrscheinlich morgen erlassen würde. Den Pressekorrespondenten hat man in der Wilhelmstraße erklärt, daß man die Gerüchte des heutigen Morgens weder dementieren noch bestätigen könne, daß aber schwerwiegende Beschlüsse gefaßt worden seien. Es herrscht eine große Erregung.

* Dieser Telegrammauszug ist bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 44 und bei Poincaré a. a. O. S. 260 veröffentlicht.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 109b

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn René Viviani, französischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen

(Telegrammauszug*)

Berlin, den 30. Juli 1914
Aufgegeben 2 Uhr 40 p. m.

Herr von Jagow hat ihm gesagt, daß der Ministerrat, der gestern abend (29. Juli) unter Vorsitz des Kaisers mit den militärischen Chefs im Anschluß an die amtliche Mitteilung der russischen Mobilmachung in Potsdam stattgefunden hat, nichts Endgültiges beschlossen hätte. Der Unterstaatssekretär hat hinzugefügt, er fürchte, daß Österreich im Anschluß an die russische Teilmobilmachung mobilisieren werde, was rückwirkend die russische allgemeine Mobilmachung und infolgedessen die Deutschlands nach sich ziehen könnte. Diese Rückwirkung gelte es zu vermeiden. Herr von Jagow hätte ihm indessen versichert, nicht an der Erhaltung des Friedens zu verzweifeln.

Nach den persönlichen Auskünften dieses Gesandten wären die deutschen Truppen bereits auf dem Eisenbahntransport an unsere Grenze.

Nr. 110

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

London, den 31. Juli 1914

Zu Beginn unserer heutigen Unterredung hat mir Sir Ed. Grey gesagt, Fürst Lichnowsky habe ihn heute morgen gefragt, ob England in dem sich vorbereitenden Konflikt die Neutralität bewahren werde. Der Staats-

---

* Der Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 43. In diesem Telegrammauszug berichtet Jules Cambon über eine Unterredung des Vertreters einer neutralen Macht mit Staatssekretär von Jagow und Unterstaatssekretär Zimmermann.

Staatssekretär von Jagow hat auf eine Anfrage über die aus dem Senatsbericht angeführte Unterredung mit dem Vertreter einer neutralen Macht der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen folgendes mitgeteilt:

„Ich kann auch kaum Mutmaßungen aufstellen, wer der ‚diplomate neutre', auf den Cambon sich beruft, gewesen sein könnte. Vielleicht Theotoki? Jedenfalls liegen Mißverständnisse vor, denn von einem ‚conseil' werde ich nicht gesprochen haben; daß ein solcher nicht stattgehabt hat, habe ich neulich noch in meiner ‚Antwort an Viviani' selbst festgestellt. Möglich ist, daß ich gesagt habe, daß noch nichts beschlossen sei."

Vgl. Alfred von Wegerer: Der angebliche „Kronrat" vom 29. Juli 1914. „Die Kriegsschuldfrage", Juli 1923 S. 12.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sekretär der auswärtigen Angelegenheiten habe ihm geantwortet, wenn der Konflikt allgemein werden sollte, würde England nicht neutral bleiben können, und namentlich wenn Frankreich hineingezogen werden sollte, würde auch England mitgerissen werden.

Ich habe dann Sir Ed. Grey über die Beratung des Ministerrats befragt, die heute morgen stattgefunden hatte. Er hat mir geantwortet, nach Prüfung der Lage finde das Kabinett, daß uns die britische Regierung zurzeit ihre Intervention nicht verbürgen könne; sie habe die Absicht, sich dafür zu verwenden, um von Deutschland und Frankreich die Verpflichtung der Respektierung der belgischen Neutralität zu erlangen; bevor man aber eine Intervention ins Auge fassen könne, müsse man die weitere Entwicklung der Dinge abwarten.

Ich habe Sir Ed. Grey gefragt, ob die britische Regierung mit der Intervention warten wolle, bis der Feind in französisches Gebiet eingefallen sei. Ich habe besonderen Nachdruck auf die Tatsache gelegt, daß die von Deutschland an unserer Grenze bereits getroffenen Maßnahmen die Absicht eines baldigen Angriffs erkennen ließen, und wenn man eine Wiederholung des Irrtums, den Europa im Jahre 1870 begangen habe, nicht wieder erleben wolle, so sei es angezeigt, daß England jetzt schon in Erwägung ziehe, unter welchen Bedingungen es uns den Beistand leisten würde, auf den Frankreich zähle.

Sir Ed. Grey hat mir geantwortet, die Meinung des Kabinetts habe sich nur über die gegenwärtige Situation gebildet; diese Lage könne sich ändern, und in diesem Falle würde man sofort den Ministerrat einberufen, um darüber zu beraten.

Sir A. Nicolson, den ich beim Verlassen des Arbeitszimmers des Staatssekretärs gesehen habe, hat mir gesagt, der Ministerrat werde morgen wieder zusammentreten, und er hat mir im Vertrauen zu verstehen gegeben, der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten werde nicht ermangeln, die Diskussion wieder aufzunehmen.

Ihren Weisungen gemäß habe ich das Nötige veranlaßt, damit das Handschreiben, das der Präsident der Republik an Seine Majestät den König von England richtet, dem Könige heute abend übergeben werde. Dieser Schritt, der gewiß dem Ministerpräsidenten gleich morgen früh mitgeteilt werden wird, wird ohne Zweifel von dem britischen Kabinett in ernste Erwägung gezogen werden. Paul Cambon

Nr. 111

Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Luxemburg, den 31. Juli 1914

Der Staatsminister verläßt soeben die Gesandtschaft; er kam, mir zu sagen, daß die Deutschen die Moselbrücken bei Schengen und Remich

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mit Wagen, diejenige bei Wormeldange mit Seilen gesperrt hätten. Die Brücken über die Sauer bei Wasserbillig und Echternach sind nicht gesperrt, aber die Deutschen lassen weder Getreide, noch Vieh, noch Kraftwagen mehr aus Preußen heraus.

Herr Eyschen hat mich gebeten, und das war der eigentliche Zweck seines Besuches, Sie um eine amtliche Zusicherung zu bitten, welche die Versicherung enthält, daß Frankreich im Kriegsfalle die Neutralität Luxemburgs achten werde. Auf die Frage, ob er eine entsprechende Erklärung von der deutschen Regierung erhalten habe, hat er mir gesagt, er werde sich sogleich zu dem deutschen Gesandten begeben, um dieselbe Erklärung zu erhalten.

Nachschrift. — Bis jetzt sind durch die luxemburgische Regierung keine besonderen Maßnahmen getroffen worden. Herr Eyschen kommt von der deutschen Gesandtschaft zurück. Er hat sich über die von Argwohn zeugenden Maßregeln gegen einen neutralen Nachbarn beklagt. Der Staatsminister hat den deutschen Gesandten um eine amtliche Erklärung seiner Regierung ersucht, daß sie sich verpflichte, die Neutralität zu achten. Herr von Buch soll ihm geantwortet haben: „Das versteht sich von selbst, aber die französische Regierung müßte dieselbe Verpflichtung übernehmen."

Mollard

Nr. 112

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin, Wien und Rom

Paris, den 31. Juli 1914

Der englische Botschafter hat mir eine Note* seiner Regierung überreicht, in der sie die französische Regierung ersucht, in St. Petersburg einen auf eine friedliche Lösung des österreichisch-serbischen Konflikts abzielenden Vorschlag zu unterstützen.

Diese Note legt dar, daß der deutsche Botschafter Sir Ed. Grey benachrichtigt hat, seine Regierung hege die Absicht, sich zu bemühen, von der österreichisch-ungarischen Regierung nach der Einnahme Belgrads und der Besetzung der benachbarten Grenzgebiete das Versprechen zu erwirken, nicht weiter vorzugehen, während die Mächte zu erreichen versuchen würden, daß Serbien Österreich befriedigende Genugtuung leiste; das besetzte Gebiet würde nach erfolgter Genugtuung geräumt werden.

Sir Ed. Grey hat diese Anregung am 29. Juli gemacht und drückt die Hoffnung aus, daß die militärischen Vorbereitungen auf allen Seiten ein-

* Die Note selbst ist im Gelbbuch nicht enthalten. Inhaltlich ist die Note auch im englischen Blaubuch Nr. 103 enthalten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gestellt werden. Obgleich der russische Botschafter in London den Staatssekretär benachrichtigt hat, er fürchte, daß die russische Bedingung (wenn Österreich, in der Erkenntnis, daß sein Konflikt mit Serbien den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum alle jene Punkte auszuscheiden, die dem Prinzip der Souveränität Serbiens Eintrag tun, so verpflichtet sich Rußland, alle militärischen Vorbereitungen einzustellen) nicht abgeändert werden könne, glaubt Sir Ed. Grey, daß, wenn Österreich seinen Vormarsch nach der Einnahme von Belgrad anhalte, die russische Regierung darin einwilligen könnte, die Formel in dem Sinne zu ändern, daß die Mächte prüfen würden, wie Serbien Österreich volle Genugtuung geben könne, ohne der Souveränität oder der Unabhängigkeit des Königreichs Eintrag zu tun. Für den Fall, daß Österreich nach der Besetzung Belgrads und des benachbarten serbischen Gebiets sich im Interesse Europas bereit erklärte, nicht weiter vorzurücken und über die Mittel zur Erreichung eines Ausgleiches zu verhandeln, könnte auch Rußland der Diskussion zustimmen und seine militärischen Vorbereitungen einstellen, vorausgesetzt, daß die anderen Mächte in gleicher Weise handeln.

Dem Ersuchen Sir Ed. Greys entsprechend, hat sich die französische Regierung der englischen Anregung angeschlossen und ihren Botschafter in Petersburg in folgenden Sätzen gebeten, sich zu bemühen, ungesäumt die Zustimmung der russischen Regierung zu erlangen:

„Ich bitte Sie, Herrn Sasonow dringlich bekannt zu geben, daß die Anregung Sir Ed. Greys mir eine brauchbare Grundlage zu einer gegenseitigen Aussprache zwischen den Mächten zu bieten scheint, die alle von demselben Wunsche durchdrungen sind, an einer ehrenvollen Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes zu arbeiten und so die Gefahren, die den allgemeinen Frieden bedrohen, abzuwenden.

Der von dem ersten Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten vorgeschlagene Plan, dem Vorrücken der österreichischen Armee Einhalt zu tun und den Mächten die Prüfung der Frage, wie Serbien Österreich unbeschadet der Hoheitsrechte und der Unabhängigkeit des Königsreichs volle Genugtuung geben könnte, anzuvertrauen, gibt dadurch Rußland ein Mittel an die Hand, alle militärischen Vorbereitungen einzustellen, wobei die anderen Mächte dasselbe tun müßten, und ist geeignet, Rußland und Österreich in gleicher Weise Genugtuung zu geben und Serbien einen annehmbaren Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu verschaffen.

Ich bitte Sie, die vorgehenden Erwägungen zu beherzigen, um bei Herrn Sasonow mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß er ungesäumt dem Vorschlage Sir Ed. Greys, der ihm auch von dessen Seite unterbreitet sein dürfte, seine Zustimmung gebe."

René Viviani

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 113

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

St. Petersburg, den 31. Juli 1914

Die Nachricht von der Beschießung Belgrads in der Nacht und am Morgen des gestrigen Tages hat in Rußland die lebhafteste Erregung hervorgerufen. Man kann keine Erklärung für das Verhalten Österreichs finden, das seit dem Beginn der Krise auf Rußlands Verständigungsversuche und auf die zwischen Petersburg und Wien erfolgten befriedigenden Aussprachen beständig Herausforderungen hat folgen lassen.

Wie dem auch sei, von dem Wunsche geleitet, nichts zu unterlassen, um die Aufrichtigkeit seines Verlangens nach Bewahrung des Friedens zu beweisen, benachrichtigt mich Herr Sasonow, daß er seine Formel auf das Ersuchen des englischen Botschafters folgendermaßen abgeändert hat:

„Wenn Österreich einwilligt, den Vormarsch seiner Truppen auf serbischem Gebiete anzuhalten, und wenn es, in der Erkenntnis, daß der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, zugibt, daß die Großmächte prüfen, welche Genugtuung Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung gewähren könnte, ohne seinen Hoheitsrechten und seiner Unabhängigkeit Abbruch zu tun, verpflichtet sich Rußland, in seiner zuwartenden Haltung zu verharren."

Paléologue

Nr. 114

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin, Wien, Rom und Konstantinopel

Paris, den 31. Juli 1914

Die bisher von England und Rußland nebeneinander und unter der eifrigen Mitwirkung Frankreichs (das von vornherein zu jedem Friedensversuch gewonnen ist) erfolgten Bemühungen zugunsten einer direkten Verständigung zwischen Wien und St. Petersburg oder einer in der geeignetsten Form zu erfolgenden Vermittlung der vier Mächte vereinigen sich heute miteinander: Einen neuen Beweis seines Wunsches nach einer Verständigung gebend, hat sich Rußland beeilt, dem ersten Anzeichen eines Vorschlags, den Deutschland seit dem Beginn der Krise macht (bezüglich der Bedingungen, unter welchen Rußland seine militärischen Rüstungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

einstellen würde), dadurch zu entsprechen, daß es eine Formel aufsetzt und sofort entsprechend dem Ersuchen Englands abändert; nachdem andererseits auch die Unterhandlungen zwischen dem russischen und dem österreichischen Botschafter wieder aufgenommen worden sind, sollte man also hoffen dürfen, daß die englische Vermittlung in London die Bemühungen der unmittelbaren Verhandlungen von Wien und St. Petersburg zu einem guten Ende bringen werde.

Die beharrliche Haltung Deutschlands jedoch, das seit dem Beginn des Konflikts, während es jeder der Mächte gegenüber unaufhörlich seine friedlichen Absichten beteuerte, in Wirklichkeit durch sein entweder hinhaltendes oder negatives Verhalten alle Verständigungsversuche zum Scheitern gebracht und nicht aufgehört hat, durch seinen Botschafter Wien in seiner Unnachgiebigkeit zu bestärken; die seit dem 25. Juli begonnenen und seither ohne Unterbrechung fortgesetzten militärischen Vorbereitungen Deutschlands: der sofortige Einspruch Deutschlands gegen die russische Formel, die in Berlin als für Österreich unannehmbar bezeichnet wurde, bevor noch diese Macht darüber befragt worden war; alle Eindrücke endlich, die uns von Berlin mitgeteilt werden, drängen einem die Überzeugung auf, Deutschland habe es auf die Demütigung Rußlands, die Sprengung des Dreiverbandes und, wenn diese Ziele nicht zu erreichen seien, den Krieg abgesehen.

René Viviani

Nr. 115

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Wien, den 31. Juli 1914
Aufgegeben 6 Uhr a. m.*
angekommen 8 Uhr 30 p. m.

Die allgemeine Mobilisierung, die alle Männer von 19 bis 42 Jahren betrifft, ist heute früh am Morgen von der österreichisch-ungarischen Regierung verfügt worden.

Mein russischer Kollege ist noch der Meinung, daß diese Maßnahme nicht unbedingt im Widerspruch mit den gestrigen Erklärungen des Grafen Berchtold stehe.

Dumaine

---

* Die Zeiten sind durch den Ministerpräsidenten Herriot am 18. Februar 1925 dem Vorstand der französischen Liga für Menschenrechte mitgeteilt worden. Vgl.: Les Cahiers des Droits de l'Homme, 25. März 1925, S. 161.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 116

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern**

Berlin, den 31. Juli 1914
Aufgegeben 12 Uhr 57 p. m.

Herr von Jagow hat mich zu sich bitten lassen und mir soeben gesagt, er müsse mir zu seinem großen Bedauern mitteilen, daß sich Deutschland angesichts der allgemeinen Mobilmachung der russischen Armee im Interesse der Sicherheit des Reiches genötigt sehe, ernsthafte Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Man habe den sogenannten „Kriegsgefahrzustand" verkündet, der der Behörde erlaubt, wenn sie es für nützlich erachtet, den Belagerungszustand zu erklären, gewisse öffentliche Dienste einzustellen und die Grenze zu sperren.

Gleichzeitig verlangt man in Petersburg die Demobilisierung sowohl nach der österreichischen, als auch nach der deutschen Seite hin, widrigenfalls Deutschland seinerseits genötigt wäre, zu mobilisieren. Herr von Jagow hat mich davon in Kenntnis gesetzt, daß Herr von Schoen beauftragt sei, die französische Regierung von den Entschließungen des deutschen Kabinetts zu verständigen und sie zu fragen, welche Haltung sie einzunehmen gedenke.

Jules Cambon

Nr. 117**

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den französischen Botschafter in Petersburg

Nr. 483, 484. Paris, den 31. Juli 1914
Aufgegeben 9 Uhr und 9 Uhr 30 p. m.***

Die deutsche Regierung, welche behauptet, daß die russische Regierung Mobilisierung ihrer Land- und Seestreitkräfte angeordnet hat, beschloß

---

* Die Zeitangabe ist bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 33 veröffentlicht.

** Der vorstehende Wortlaut ist der Schrift von Mathias Morhardt: „Les Origines de la Guerre", Paris 1921, S. 61 f. entnommen.

Im französischen Gelbbuch von 1914 lautete der erste Absatz gekürzt:

Die deutsche Regierung hat heute Mittag beschlossen, alle militärischen Anordnungen zu treffen, die der sogenannte „Kriegsgefahrzustand" mit sich bringt.

Im vierten Absatz fehlten die Worte: „Ich habe ihm nicht geantwortet . . ." Im Schlußabsatz fehlte im Gelbbuch 1914 hinter den Worten „Herrn Sasonow zur Kenntnis zu bringen . . ." die Worte: „. . . und mir schleunigst über die Tatsache einer vorgeblichen allgemeinen Mobilisierung in Rußland Bericht zu erstatten."

*** Das Aufgeben des Telegramms 117 zu zwei verschiedenen Zeiten wurde von Poincaré im „Temps" vom 19. Januar 1923 bestätigt.

Chronologisch gehört demnach Dokument Nr. 117 nach Dokument Nr. 118.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

heute mittag, alle militärischen Anordnungen zu treffen, die der sogenannte „Kriegsgefahrzustand" mit sich bringt.

Indem mir Freiherr von Schoen heute abend um 7 Uhr diesen Entschluß mitteilte, fügte er hinzu, die Regierung verlange gleichzeitig, daß Rußland demobilisiere. Wenn die russische Regierung nicht binnen 12 Stunden eine befriedigende Antwort gebe, werde Deutschland gleichfalls mobilisieren.

Ich habe dem deutschen Botschafter geantwortet, ich hätte keinerlei Kenntnis von der vorgeblichen vollständigen Mobilisierung von Rußlands Heer und Flotte, auf die sich Deutschland zur Begründung seiner von heute an getroffenen neuen militärischen Vorkehrungen berufe.

Freiherr von Schoen hat mich zum Schlusse im Namen seiner Regierung gefragt, welches im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland die Haltung Frankreichs sein würde, ich habe ihm nicht geantwortet. Er hat mir gesagt, er werde meine Antwort morgen, Sonnabend, um 1 Uhr holen.

Ich habe nicht die Absicht, ihm eine Erklärung darüber abzugeben, und ich werde mich darauf beschränken, ihm zu sagen, Frankreich werde sich durch seine Interessen leiten lassen. Die Regierung der Republik schuldet in der Tat niemandem als ihren Verbündeten Rechenschaft über ihre Absichten.

Ich bitte Sie, das Vorstehende unverzüglich Herrn Sasonow zur Kenntnis zu bringen, und mir schleunigst über die Tatsache einer vorgeblichen allgemeinen Mobilisierung in Rußland Bericht zu erstatten. Wie ich mich Ihnen gegenüber geäußert habe, zweifle ich nicht, daß die kaiserliche Regierung ihrerseits im höheren Interesse des Friedens alles vermeiden werde, was die Krise heraufbeschwören könnte.

René Viviani

Nr. 118

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern**

Nr. 318. Petersburg, den 31. Juli 1914
Aufgegeben 10 Uhr 45 a. m.
Angekommen in Paris 8 Uhr 30 p. m.

Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist angeordnet.

Paléologue

---

* Wortlaut und Zeitangaben nach Pierre Renouvin: „Les Origines immédiates de la Guerre", S. 146.
Im französischen Gelbbuch von 1914 steht dafür folgender Text:

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 119

Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Brüssel, den 31. Juli 1914

Nachdem die Havasagentur gemeldet hat, daß in Deutschland der „Kriegsgefahrzustand" erklärt sei, habe ich Herrn Davignon gesagt, ich könne ihm die Versicherung geben, daß die Regierung der Republik die Neutralität Belgiens achten werde.

Der Minister des Äußern hat mir geantwortet, die königliche Regierung habe immer gedacht, daß dem so sein werde, und hat mir gedankt. Der russische und der englische Gesandte, die ich nachher gesehen habe, haben ihre große Befriedigung darüber ausgedrückt, daß ich unter den gegebenen Verhältnissen diese Zusicherung abgegeben habe, die übrigens, wie der englische Gesandte mir gesagt hat, mit der Erklärung Sir Ed. Greys übereinstimme.

Klobukowski

Nr. 119a

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Viviani, französischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen)*

Nr. 231. Sehr dringend.

Berlin, den 31. Juli 1914
Aufgegeben 1 Uhr 30 a. m.
angekommen 3 Uhr a. m.

Die zaudernde Haltung der englischen Regierung ist derart, daß sie die schrecklichsten Folgen nach sich ziehen kann, denn hier betrachtet man den Kampf gegen Frankreich und Rußland, wenn sie allein stehen, mit Hoffnung auf Erfolg. Nur die Möglichkeit der Intervention Englands macht auf den Kaiser, seine Regierung und alle dabei in Betracht Kommenden, Eindruck. Die Frage der Verproviantierung drängt sich auf, und die Bürger schaffen sich Vorräte an. Die Ankündigung dieser Intervention ist also geeignet, eine vorbeugende Wirkung zu haben. Jules Cambon

---

St. Petersburg, den 31. Juli 1914

Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr sich weiter zuvorkommen lassen kann; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Rußland, nachdem es erfahren hatte, daß Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben. Paléologue

* Veröffentlicht durch Poincaré: „Les Origines de la Guerre", a. a. O. S. 262.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 119b

*Brief des Präsidenten der französischen Republik, Raymond Poincaré, an den König von England**

Paris, den 31. Juli 1914

„Werter und großer Freund!

Unter den ernsten Umständen, die Europa durchlebt, glaube ich Eurer Majestät die Nachrichten mitteilen zu sollen, welche die Regierung der Republik aus Deutschland empfangen hat.

Die militärischen Vorbereitungen, denen sich die kaiserliche Regierung ganz besonders in der nächsten Nachbarschaft der französischen Grenze hingibt, nehmen jeden Tag an Intensität und Beschleunigung zu.

Entschlossen, bis zum Ende alles zu tun, was von ihm abhängt, den Frieden zu erhalten, hat Frankreich bis jetzt sich auf die unentbehrlichsten Vorsichtsmaßregeln beschränkt. Aber es scheint nicht, daß seine kluge Vorsicht und seine Mäßigung die Maßnahmen Deutschlands verlangsamen; weit entfernt davon. Trotz der Weisheit der Regierung der Republik und der Zurückhaltung des großen Publikums sind wir daher vielleicht am Vorabend der furchtbarsten Ereignisse.

Aus allen Mitteilungen, die uns zugehen, erhellt, daß, wenn Deutschland die Gewißheit hat, daß die englische Regierung bei einem Konflikt, bei dem Frankreich engagiert wäre, nicht intervenieren würde, der Krieg unvermeidlich sein würde, und daß dagegen, wenn Deutschland dessen gewiß wäre, daß gegebenenfalls die Entente cordiale sich bis auf die Schlachtfelder bewähren würde, die größten Aussichten für die ungestörte Fortdauer des Friedens gegeben wären.

Ohne Zweifel lassen unsere militärischen und Marineabkommen der Regierung Eurer Majestät volle Freiheit und in den im Jahre 1912 zwischen Sir Edward Grey und Mr. Paul Cambon ausgetauschten Briefen haben sich England und Frankreich einander nur verpflichtet, im Fall einer europäischen Spannung sich zu unterhalten und zusammen zu prüfen, ob zu einer gemeinsamen Aktion Anlaß vorliegt.

Aber der Charakter der Intimität, den in beiden Ländern das allgemeine Gefühl der Entente zwischen England und Frankreich gegeben hat, das Vertrauen, mit dem unsere beiden Regierungen nicht aufgehört haben, für die Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten, und die Sympathien, die Eure Majestät zu jeder Zeit Frankreich bewiesen haben, ermutigen mich, Ihnen in aller Offenheit meine Eindrücke zur Kenntnis zu bringen, welche diejenigen der Regierung der Republik und ganz Frankreichs sind.

Von der Sprache und dem Verhalten der englischen Regierung hängen, glaube ich, die letzten Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ab.

---

* Veröffentlicht durch Poincaré: „Les Origines de la Guerre" a. a. O. S. 263 f.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wir haben von Anfang der Krise an unseren Verbündeten eine Mäßigung anempfohlen, von der sie nicht abgewichen sind. In Übereinstimmung mit der königlichen Regierung und gemäß den letzten Vorschlägen Sir Edward Greys werden wir fortfahren, im gleichen Sinne zu handeln.

Aber wenn alle auf Schlichtung gerichteten Bemühungen von derselben Seite ausgehen und wenn Deutschland und Österreich auf die Enthaltung Englands rechnen können, werden die Ansprüche Österreichs unbeugsam bleiben und ein Einvernehmen zwischen Rußland und ihm wird unmöglich werden.

Ich hege die tiefe Überzeugung, daß, je mehr in dieser Stunde England, Frankreich und Rußland in ihrer diplomatischen Aktion einen starken Eindruck der Einheit machen, es um so mehr erlaubt sein wird, auf die Erhaltung des Friedens zu rechnen.

Wollen Eure Majestät einen Schritt entschuldigen, der nur von dem Wunsch diktiert ist, das europäische Gleichgewicht endgültig befestigt zu sehen.

Ich bitte Eure Majestät an meine herzlichsten Empfindungen zu glauben."

Raymond Poincaré

Nr. 119c

*Herr Blondel, französischer Gesandter in Bukarest, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern**

Bukarest, den 31. Juli 1914

Rumänien wird neutral bleiben, so lange sich die gegenwärtige Situation nicht ändert. Ich habe mehreren rumänischen Ministern gegenüber bemerkt, wie sehr mich dieses Communiqué in Erstaunen setze. Denn es ließe vermuten, daß Rumänien im Falle eines russisch-österreichischen Krieges aus seiner Neutralität heraustreten könnte, sich nicht auf den Boden des Vertrages von Bukarest zu stellen und sich von der einen zur anderen Seite hinüberziehen zu lassen, entgegen seinen wahren Interessen. Nachrichten aus geheimer und sicherer Quelle lassen vermuten, daß Rumänien, bearbeitet durch Österreich und vielleicht gebunden durch einen Bündnisvertrag, gegenwärtig zum Dreibund hinneige.

Blondel

---

* Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten, es ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 54. Viviani hat das vorstehende Telegramm am 31. Juli 11 Uhr 55 p. m. den französischen Botschaftern in London, Berlin und St. Petersburg mitgeteilt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 119d

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern**

(Telegrammauszug)

London, den 31. Juli 1914
Aufgegeben 9 Uhr 44 p. m.

Sir Edward Grey ist Anhänger einer sofortigen Intervention; er hat dem Fürsten Lichnowsky damit gedroht. Aber der Ministerrat glaubte, daß die Regierung die Genehmigung des Parlamentes nicht würde erlangen können. Paul Cambon

Nr. 119e

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Paul Cambon, französischer Botschafter in London***

(Telegrammauszug)

Paris, den 31. Juli 1914
Aufgegeben 12 Uhr 30 p. m.

Unsere Vorposten sind im Rückzug auf 10 km von der Grenze. Die dortige Bevölkerung erhebt Einspruch dagegen, so dem Angriff der feindlichen Armee ausgesetzt zu sein, aber die Regierung wünscht der öffentlichen Meinung und der Regierung in England zu zeigen, daß der Angreifer in keinem Fall Frankreich sein wird. René Viviani

Nr. 119f

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern****

(Telegrammauszug)

Petersburg, den 31. Juli 1914
Aufgegeben 6 Uhr 30 p. m.

Der Kaiser hat heute morgen an den Zaren telegraphiert†, daß er für die entgegenkommenden Anordnungen Österreichs garantiere. Wenn

* Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Der Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 58.

** Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Der Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 14.

*** Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Der Telegrammauszug ist veröffentlicht bei Bourgeois et Pagès a. a. O. S. 33f.

† Ein Telegramm des deutschen Kaisers dieses Inhalts liegt nicht vor.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Rußland seine militärischen Vorbereitungen einstelle, würde er seine Zustimmung dazu geben, den Konflikt den Mächten zu unterbreiten. Der deutsche Botschafter hat bei dem Zaren um eine Audienz gebeten, um das Telegramm zu bekräftigen. Der Zar hat den Grafen Pourtalès sofort zu sich gebeten und nach seinem Weggang an den Kaiser telegraphiert.

Paléologue

Nr. 119g

*Herr Bompard, französischer Botschafter in Konstantinopel, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern**

Therapia, den 31. Juli 1914

Die der Pforte durch die bei den Großmächten beglaubigten türkischen Botschafter telegraphisch zugekommenen Nachrichten lassen den Frieden Europas als sehr bedroht erscheinen. Die Ottomanische Regierung wird für den Fall, daß sich der Konflikt auf den Balkan ausdehnen und eine Revision des Friedens von Bukarest hervorrufen würde, gewisse militärische Maßnahmen ins Auge fassen. Sie hat die Reservisten der beiden in Thrazien stationierten Armeekorps einberufen und sie bereitet die Einberufung bei den asiatischen Korps sowie ihren Transport nach Europa vor.

Bompard

* Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten. Es ist veröffentlicht in: „Documents Diplomatiques. Les Affaires Balkaniques 1912—1914." Tome III, Imprimerie Nationale, Paris 1922, Nr. 253.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

VI. Abschnitt

Kriegserklärung Deutschlands an Rußland

(Samstag den 1. August um 7 Uhr 10 nachmittags)

und an Frankreich

(Montag den 3. August um 6 Uhr 45 nachmittags)

Nr. 120*

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin, Wien und Rom

Paris, den 1. August 1914

Zwei Schritte wurden gestern abend von den Botschaftern Österreichs unternommen, der eine ziemlich unbestimmter Natur in Paris, der andere bestimmter Art in Petersburg, und zwar in einem versöhnlichen Sinne.

Graf Szécsen kam zu mir, um mir zu erklären, die österreichisch-ungarische Regierung habe Rußland amtlich davon in Kenntnis gesetzt, daß sie keinerlei Absicht auf Gebietserwerbung habe und die staatliche Souveränität Serbiens nicht antasten werde, daß sie jede Absicht, den Sandschak zu besetzen, ebenfalls von sich weise; aber daß diese Erklärungen über ihr Desinteressement nur so lange ihre Gültigkeit behielten, als der Krieg zwischen Österreich und Serbien lokalisiert bleibe, während ein europäischer Krieg unabsehbare Möglichkeiten zeitigen würde. Der österreichische Botschafter erläuterte diese Erklärungen und gab zu verstehen, daß seine Regierung, wenn sie auf die Fragen der Mächte, die in ihrem eigenen Namen sprechen, nicht antworten könne, ohne Zweifel aber Serbien oder einer im Namen Serbiens sich nach ihren Bedingungen er-

---

* Der Wortlaut dieses Telegramms wird angezweifelt. Vgl. Mathias Morhardt: „Les Preuves", Paris 1924, deutsche Ausgabe, S. 260.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

kundigenden Macht antworten könnte. Er fügte hinzu, daß da vielleicht noch eine Möglichkeit vorliege.

In Petersburg ist der österreichische Botschafter zu Herrn Sasonow gekommen und hat ihm erklärt, seine Regierung sei bereit, eine Besprechung der Grundlage des an Serbien gestellten Ultimatums zu eröffnen. Der russische Minister erklärte sich von dieser Erklärung befriedigt und machte den Vorschlag, die Verhandlungen möchten in London unter der Beteiligung der Mächte stattfinden. Herr Sasonow wird wohl die englische Regierung ersucht haben, die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen; er wies darauf hin, daß es sehr wichtig wäre, daß Österreich seine Operationen in Serbien einstelle.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß Österreich endlich zu einem Übereinkommen geneigt wäre, wie auch die russische Regierung bereit ist, auf der Grundlage des englischen Vorschlages in Unterhandlungen einzutreten.

Leider hat es den Anschein, als sollten diese Absichten, die auf eine friedliche Lösung hoffen ließen, an der Haltung Deutschlands scheitern. Diese Macht hat in der Tat der russischen Regierung ein Ultimatum gestellt, das dieser zwölf Stunden gibt, um in die Demobilisation einzuwilligen, nicht nur nach der deutschen, sondern auch nach der österreichischen Seite hin; um 12 Uhr mittags läuft die Frist ab. Das Ultimatum ist nicht gerechtfertigt, da Rußland den englischen Vorschlag, welcher ein Einstellen der militärischen Vorbereitungen aller Mächte in sich schließt, angenommen hat.

Die Haltung Deutschlands beweist, daß es den Krieg will. Und es will ihn gegen Frankreich. Als gestern Herr von Schoen am Quai d'Orsay vorsprach, um anzufragen, welche Haltung Frankreich im Falle eines russisch-deutschen Konfliktes einzunehmen gedenke, fügte der deutsche Botschafter, obgleich zwischen Frankreich und Deutschland direkt kein Konflikt besteht und obgleich wir seit Beginn der Krisis alle Anstrengungen zur Erzielung einer friedlichen Lösung gemacht haben und noch machen, dem hinzu, er bäte mich, dem Präsidenten der Republik seine Empfehlungen und seinen Dank zu übermitteln, und bat, man möge „Anordnungen für seine eigene Person" treffen. Wir wissen auch, daß er das Botschaftsarchiv schon in Sicherheit gebracht hat. Diese Art Abbruch der diplomatischen Beziehungen, ohne direkten Konflikt und obgleich ihm keinerlei bestimmte verneinende Antwort gegeben worden ist, ist charakteristisch für den festen Willen Deutschlands, gegen Frankreich Krieg zu führen. Der Mangel an Aufrichtigkeit seiner Friedensbeteuerungen wird durch den Bruch bewiesen, den es Europa in dem Augenblicke aufdrängt, da die Unterhandlungen endlich von Österreich, im Einverständnis mit Rußland, angenommen waren.

René Viviani

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 121

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Berlin, den 1. August 1914

Mein russischer Kollege erhielt gestern abend zwei Telegramme von Herrn Sasonow, worin ihm mitgeteilt wurde, der österreichische Botschafter in Petersburg habe erklärt, daß seine Regierung bereit sei, mit der russischen Regierung die Note an Serbien, selbst in ihren Grundlagen, zu erörtern; Herr Sasonow soll ihm geantwortet haben, daß diese Besprechungen seiner Ansicht nach in London stattfinden sollten.

Das Ultimatum an Rußland kann nur die letzten Friedensaussichten zerstören, die diese Besprechungen bestehen zu lassen schienen. Man darf sich fragen, ob unter solchen Umständen Österreichs Annahme ernsthaft war und nicht den Zweck hatte, die Verantwortlichkeit für den Konflikt Rußland aufzubürden.

Mein englischer Kollege hat in der Nacht einen dringenden Appell an die Menschlichkeitsgefühle des Herrn von Jagow gemacht. Dieser antwortete ihm, die Sache sei zu weit gediehen, und man müsse die russische Antwort auf das deutsche Ultimatum abwarten. Nun sagte er aber Sir E. Goschen, das Ultimatum fordere, daß die russische Mobilisation nicht bloß nach der deutschen Seite, sondern auch nach der österreichischen Seite hin rückgängig gemacht werde. Mein englischer Kollege äußerte lebhaftes Erstaunen darüber und erklärte ihm, daß dieser letztere Punkt für Rußland unannehmbar scheine.

Deutschlands Ultimatum, das genau in der Stunde dazwischentritt, wo es zu einer Verständigung zwischen Wien und St. Petersburg zu kommen scheint, ist bedeutsam für seine kriegerische Politik.

Der Konflikt bestand tatsächlich nur zwischen Rußland und Österreich, da Deutschland nur als Verbündeter Österreichs zu intervenieren hatte. Unter diesen Umständen ist es, da doch die beiden hauptsächlich beteiligten Mächte zu Unterhandlungen geneigt waren, unbegreiflich, daß Deutschland, wenn es nicht den Krieg auf seine eigene Rechnung wünschte, an Rußland ein Ultimatum richtet, statt wie alle anderen Mächte fortzufahren, an einer friedlichen Lösung zu arbeiten. Jules Cambon

Nr. 122

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in London und Berlin, sowie an den französischen Gesandten in Brüssel

Paris, den 1. August 1914

Der englische Botschafter kam im Auftrage seiner Regierung zu mir und fragte mich, welches im Falle eines Konfliktes mit Deutschland die Haltung der französischen Regierung gegenüber Belgien sein würde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich habe erklärt, daß wir, wie wir der belgischen Regierung bereits mehrmals wiederholt hätten, Belgiens Neutralität zu achten gewillt seien.

Einzig in dem Falle, daß diese Neutralität durch eine andere Macht verletzt würde, könnte sich Frankreich, um seinen Verpflichtungen als Garantiemacht nachzukommen, veranlaßt sehen, in belgisches Gebiet einzudringen.

René Viviani

Nr. 123

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Berlin, den 1. August 1914

Der britische Botschafter ist von seiner Regierung beauftragt worden, bei der deutschen Regierung den gleichen Schritt mit Bezug auf Belgiens Neutralität zu tun, wie er bei Ihnen unternommen wurde.

Herr von Jagow hat ihm geantwortet, er werde Weisungen vom Kaiser und vom Kanzler einholen, doch bezweifle er, daß eine Antwort erteilt werden könne, denn Deutschland könne seine militärischen Pläne nicht auf diese Weise enthüllen. Der britische Botschafter wird morgen im Laufe des Nachmittags nochmals bei Herrn von Jagow vorsprechen.

Jules Cambon

Nr. 124

Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Rom, den 1. August 1914

Ich war heute morgen um 8½ Uhr beim Marquis di San Giuliano, um von ihm in einer bestimmten Weise zu erfahren, welches die Haltung Italiens angesichts der herausfordernden Handlungen Deutschlands und der Folgen, die daraus entstehen können, sein werde.

Der Minister des Äußern antwortete mir, er habe gestern abend den Besuch des deutschen Botschafters erhalten. Herr von Flotow habe ihm gesagt, Deutschland habe die russische Regierung aufgefordert, ihre Mobilisation einzustellen, und die französische Regierung um Aufschluß ersucht, was sie zu tun gedenke; Deutschland habe Frankreich eine Frist von achtzehn Stunden und Rußland eine solche von zwölf Stunden für die Antwort gegeben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Herr von Flotow hat im Verfolg dieser Mitteilung die Frage gestellt, welches die Absichten der italienischen Regierung seien.

Der Marquis di San Giuliano hat geantwortet, daß sich Italien am Kriege nicht beteiligen könne, da der von Österreich unternommene Krieg, namentlich im Hinblick auf die nach den Worten des deutschen Botschafters möglicherweise daraus entstehenden Folgen, den Charakter eines Angriffskrieges habe und deshalb dem rein defensiven Charakter des Dreibundes nicht entspreche.

Barrère

Nr. 125

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin, Wien, Rom, Madrid und Konstantinopel

Paris, den 1. August 1914

Der deutsche Botschafter ist heute morgen um 11 Uhr wieder zu mir gekommen. Nachdem ich ihn an all die Anstrengungen erinnert hatte, die von Frankreich zum Zwecke einer ehrenvollen Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes und des daraus zwischen Österreich und Rußland entstandenen Zwistes fortwährend gemacht wurden, setzte ich ihn von den seit gestern fortgesetzten Unterhandlungen in Kenntnis:

1. Englischer Vergleichsvorschlag, der unter anderem seitens Rußlands die Einstellung der militärischen Vorbereitungen vorsieht, unter der Bedingung, daß die anderen Mächte dasselbe tun; Zustimmung Rußlands zu diesem Vorschlag;

2. Mitteilungen der österreichischen Regierung, sich weder in Serbien vergrößern, noch auch nur in den Sandschak eindringen zu wollen, und in London mit den anderen Mächten den Kern selbst der österreichisch-serbischen Frage zu erörtern.

Dem habe ich die Haltung Deutschlands gegenübergestellt, das unter Aufgabe jeglicher Unterhandlung Rußland in dem Augenblicke, wo diese Macht die englische Formel angenommen hatte (welche die Einstellung der militärischen Vorbereitungen aller Länder, die mobilisiert haben, einschließt) ein Ultimatum stellte und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich als unmittelbar bevorstehend betrachtete.

Baron von Schoen antwortete mir, er habe keine Kenntnis von den Entwicklungen, die diese Frage seit vierundzwanzig Stunden genommen habe, es sei darin vielleicht ein „Hoffnungsschimmer" für eine Verständigung zu erblicken, er habe keine neue Mitteilung von seiner Regierung erhalten; er werde sich erkundigen. Er beteuerte von neuem die Aufrichtigkeit seines Wunsches, seine Anstrengungen mit denjenigen Frankreichs zu vereinigen, um eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Ich

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

legte Nachdruck auf die schwere Verantwortung, die die kaiserliche Regierung übernehmen würde, wenn sie unter solchen Umständen Schritte täte, die nicht gerechtfertigt und solcher Art wären, daß sie den Frieden unrettbar gefährden würden.

Baron von Schoen hat nicht mehr auf seine sofortige Abreise angespielt und mich auch nicht mehr aufgefordert, auf seine Frage betreffend die Haltung Frankreichs im Falle eines österreichisch-russischen Konfliktes zu antworten. Er beschränkte sich darauf, von sich aus zu sagen, daß sie nicht zweifelhaft sei.

Es ist durchaus nicht angezeigt, die Möglichkeiten zu überschätzen, die sich aus meiner Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter ergeben können, denn die kaiserliche Regierung setzt ihrerseits die bedrohlichsten Vorbereitungen an unserer Grenze fort. Doch darf man sie nicht außer acht lassen, und wir dürfen nicht aufhören, auf eine Verständigung hinzuarbeiten. Frankreich greift seinerseits zu allen militärischen Maßnahmen, die geeignet sind, es gegen einen zu großen Vorsprung der deutschen militärischen Vorbereitungen zu sichern. Es ist der Ansicht, daß seine Verständigungsversuche nur soweit Erfolg haben werden, als man es bereit und entschlossen weiß, wenn der Kampf ihm aufgezwungen werden sollte.

René Viviani

Nr. 126

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

London, den 1. August 1914

Sir Edward Grey hat mir gesagt, im Ministerrate von heute morgen habe das Kabinett die Lage neuerdings beraten. Nachdem Deutschland von England eine Neutralitätserklärung verlangt und nicht erhalten habe, behalte die britische Regierung ihre Bewegungsfreiheit und diese könnte in verschiedenen Möglichkeiten zum Ausdruck kommen.

Erstens ist England an der belgischen Neutralität sehr viel gelegen. Frankreich hat sich neuerdings sofort verpflichtet, sie zu achten. Deutschland hat die Erklärung abgegeben, es sei „nicht imstande zu antworten". Sir Ed. Grey wird diese Antwort dem Kabinett unterbreiten und die Ermächtigung erbitten, am Montag im Unterhause zu erklären, daß die britische Regierung eine Verletzung der belgischen Neutralität nicht dulden wird.

Zweitens sind die englischen Geschwader mobilisiert, und Sir Ed. Grey wird seinen Kollegen vorschlagen, zu erklären, daß sie sich der Durchfahrt der deutschen Geschwader durch den Kanal oder, wenn sie dazu kämen sie zu passieren, jeder Demonstration an der französischen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Küste widersetzen werden. Der Ministerrat vom Montag wird diese beiden Fragen behandeln; ich habe dem Ersten Staatssekretär bemerkt, man solle sich, wenn sich inzwischen irgendein Zwischenfall ereignen sollte, nicht überraschen lassen, man müsse daran denken, rechtzeitig zu intervenieren.

Paul Cambon

Nr. 127

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London

Paris, den 1. August 1914

Wir werden von verschiedenen Seiten benachrichtigt, daß die deutsche und die österreichische Regierung in diesem Augenblicke versuchen, auf England dadurch Eindruck zu machen, daß sie es glauben machen, die Verantwortung für den Krieg werde, wenn er ausbreche, auf Rußland fallen. Man bemüht sich, die Neutralität Englands zu erlangen, indem man die Wahrheit entstellt.

Frankreich hat nicht aufgehört, im Einverständnis mit England in Petersburg zur Mäßigung zu raten; diese Ratschläge haben Gehör gefunden.

Von Anfang an hat Herr Sasonow einen Druck auf Serbien ausgeübt, damit es alle die Klauseln des Ultimatums annehme, die mit seiner Souveränität vereinbar seien.

Er hat sich alsdann mit Österreich in eine direkte Besprechung eingelassen, die ein erneuter Beweis seiner versöhnlichen Gesinnung war. Schließlich hat er eingewilligt, es den am wenigsten beteiligten Mächten zu überlassen, Mittel und Wege zur Schlichtung des Konfliktes zu suchen.

Gemäß dem ihm von Sir G. Buchanan ausgedrückten Wunsche hat Herr Sasonow eingewilligt, die erste von ihm aufgestellte Formel abzuändern, und eine zweite abgefaßt, die nicht wesentlich von den Erklärungen, die gestern dem Herrn de Margerie vom Grafen Szécsen abgegeben wurden, abweicht. Dieser versichert, Österreich hege keinerlei Absicht auf Gebietserwerbung und wolle die Souveränität Serbiens nicht antasten. Er fügt ausdrücklich hinzu, daß Österreich durchaus keine Absichten auf den Sandschak Novi-Basar habe.

Es könnte somit scheinen, als wäre es ein leichtes, zwischen der Anregung des Sir Edward Grey, der Formel des Herrn Sasonow und den Erklärungen Österreichs eine Einigung zu erzielen.

Frankreich ist entschlossen, mit England bis ans Ende an der Verwirklichung dieser Einigung zu arbeiten.

Aber während man unterhandelte und Rußland in der Unterhandlung einen unbestreitbaren guten Willen zeigte, ist Österreich zuerst zu einer allgemeinen Mobilisation geschritten*.

* Die Angabe trifft nicht zu.

Die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung Österreichs erfolgte mittels eines Allerhöchsten Befehlschreibens, datiert Wien, am 31. Juli, abgesandt Wien, 31. Juli

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Rußland sah sich gezwungen, es nachzumachen, um sich nicht in einem Zustand der Unterlegenheit zu befinden, ist aber immer bereit, zu unterhandeln.

Ich brauche nicht zu wiederholen, daß wir, was uns anbelangt, fortfahren werden, mit England am Erfolge dieser Verhandlungen zu arbeiten.

Aber die Haltung Deutschlands hat uns in die absolute Zwangslage versetzt, heute den Mobilisationsbefehl zu erlassen.

Lange vor der russischen Mobilisation, bereits am letzten Mittwoch, hatte mir Herr von Schoen, wie ich es Ihnen schon telegraphiert habe, die bevorstehende Veröffentlichung des „Kriegsgefahrzustandes" angekündigt. Diese Maßregel ist von Deutschland ergriffen worden, und es hat unter dem Schutze dieses Vorhangs sogleich mit seiner eigentlichen Mobilisation begonnen*.

Heute telegraphierte Herr Paléologue**, Graf von Pourtalès habe die russische Regierung von der deutschen Mobilisation in Kenntnis gesetzt.

Dem Kriegsministerium zugegangene Meldungen bestätigen, daß diese Mobilisation tatsächlich in vollem Gange ist.

Unser Mobilisationsbefehl ist also im wesentlichen eine Maßnahme der Selbsterhaltung. Die Regierung hat dazu eine vom Präsidenten der Republik und von allen Ministern unterzeichnete Proklamation erlassen, in der sie erklärt, daß die Mobilisation nicht der Krieg ist, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen für Frankreich das beste Mittel für die Erhaltung des Friedens sei, und daß die Regierung der Republik ihre Bemühungen verdoppeln werde, um die Unterhandlungen zum Ziele zu führen.

Wollen Sie alle diese Angaben dringlichst Sir Ed. Grey übermitteln und ihm bemerken, daß wir es uns beständig haben angelegen sein lassen, keinerlei Akt der Herausforderung zu begehen.

Ich bin überzeugt, daß, sollte der Krieg ausbrechen, die öffentliche Meinung Englands deutlich erkennen wird, von welcher Seite der Angriff kommt, und daß sie die so schwerwiegenden, von uns an Sir Ed. Grey mitgeteilten Gründe begreifen wird, die uns eine bewaffnete Intervention Englands im Interesse der Zukunft des europäischen Gleichgewichts fordern ließen.

René Viviani

1914 um 11 Uhr 30 Minuten vormittags. S. Heft II des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Militärische Rüstungen und Mobilmachungen, Anlage 44, S. 86.

Die allgemeine russische Mobilmachung wurde am 17./30. Juli 1914 zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags endgültig angeordnet. Vgl. „Der Beginn des Krieges 1914. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums." Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924, S. 28f.

* Die Maßnahmen, die von Deutschland beim Zustand drohender Kriegsgefahr („Kriegsgefahrzustand") getroffen worden sind, betrafen nicht die eigentliche Mobilmachung. Siehe „Zustand drohender Kriegsgefahr", Die Kriegsschuldfrage, Januarheft 1926.

** Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch 1914 nicht enthalten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 128

Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Luxemburg, den 1. August 1914

Der Staatsminister beauftragt mich, von der französischen Regierung eine Versicherung der Neutralität zu verlangen, ähnlich derjenigen, die Belgien gegeben worden ist. Herr Eyschen hat mir erklärt, daß, nachdem der französische Gesandte in Brüssel die in Frage stehende Erklärung dem Ministerpräsidenten der belgischen Regierung abgegeben habe, nach seiner Ansicht das gleiche Vorgehen im gegenwärtigen Augenblicke auch gegenüber dem Großherzogtum angebracht sein dürfte.

Deshalb hat er davon abgesehen, das Ansuchen unmittelbar an die Regierung der Republik zu richten. Da die Abgeordnetenkammer am Montag zusammentritt, wünscht Herr Eyschen, an diesem Tage im Besitze der Antwort zu sein; ein ähnlicher Schritt ist gleichzeitig beim deutschen Gesandten in Luxemburg gemacht. Mollard

Nr. 129

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Mollard, französischen Gesandten in Luxemburg

Paris, den 1. August 1914

Wollen Sie dem Ministerpräsidenten erklären, daß die Regierung der Republik gemäß dem Londoner Vertrag von 1867 die Neutralität des Großherzogtums Luxemburg zu achten gewillt ist, wie sie es durch ihre Haltung bewiesen hat.

Die Verletzung dieser Neutralität durch Deutschland würde allerdings Frankreich zwingen, sich in dieser Beziehung künftig von der Sorge um seine Verteidigung und seine Interessen leiten zu lassen.

René Viviani

Nr. 130

Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Berlin, den 1. August 1914

In den Straßen Berlins werden Extrablätter mit der Ankündigung verteilt, daß die allgemeine Mobilisation des Heeres und der Flotte angeordnet und der erste Mobilisationstag Sonntag der 2. August sei.

Jules Cambon

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 130a

*Der König von England an den Präsidenten der französischen Republik, Herrn Raymond Poincaré**

Buckingham Palace, den 1. August 1914

Lieber und großer Freund!

Ich schätze die Empfindungen, die Sie dazu trieben, mir so herzlich und so freundschaftlich zu schreiben, und ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir Ihre Ansichten so ganz und offen auseinandergesetzt haben. Sie können versichert sein, daß die gegenwärtige Situation in Europa für mich eine Ursache großen Kummers und Sorge gewesen ist und ich bin glücklich, wenn ich denke, daß unsere beiden Regierungen so freundschaftlich zusammen gearbeitet haben, um sich Mühe zu geben, eine friedliche Lösung in den strittigen Fragen zu finden. Es würde für uns eine Quelle wirklicher Befriedigung sein, wenn unsere vereinigten Anstrengungen zum Ziele führen würden, und ich hege noch immer die Hoffnung, daß die schrecklichen Ereignisse, die so nahe scheinen, abgewendet werden können. Ich bewundere die Beschränkung, die Sie und Ihre Regierung ausgeübt haben, indem Sie sich enthielten, an der Grenze ungehörige militärische Maßnahmen zu treffen, und indem Sie eine Haltung annahmen, die in keiner Weise und keiner Beziehung wie eine Herausforderung ausgelegt werden kann. Ich gebe mir persönlich bei den Kaisern von Rußland und Deutschland die größte Mühe, um Mittel zu finden, mit deren Hilfe die augenblicklichen militärischen Operationen aufgeschoben werden können und Zeit für eine ruhige Auseinandersetzung unter den Mächten gewonnen werden kann. Ich habe die Absicht, meine Anstrengungen unaufhörlich fortzusetzen, so lange Hoffnung auf eine gütliche Verständigung bleibt. Was die Haltung meines Landes anbetrifft, so wechseln die Ereignisse so schnell, daß es schwer ist, künftige Entwicklungen vorauszusehen. Aber Sie können sicher sein, daß meine Regierung weiter jeden Punkt mit Herrn Cambon frei und offen erörtern wird, der unsere Wünsche ans Ziel bringt und das Interesse für unsere beiden Nationen vertritt. Glauben Sie mir, Herr Präsident, daß ich Ihr aufrichtiger Freund bin. George R. I.

Nr. 131

Herr Eyschen, luxemburgischer Staatsminister, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Luxemburg, den 2. August 1914

Ich habe die Ehre, die folgenden Vorgänge zur Kenntnis Eurer Exzellenz zu bringen. Nach den der großherzoglichen Regierung bis jetzt

* Veröffentlicht bei Raymond Poincaré: „Les Origines de la Guerre" a. a. O. S. 275 f.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zugegangenen Meldungen sind Sonntag den 2. August in aller Frühe die deutschen Truppen über die Brücken von Wasserbillig und Remich auf luxemburgisches Gebiet eingedrungen, indem sie ihre Richtung besonders gegen den Süden des Landes und gegen die Stadt Luxemburg, die Hauptstadt des Großherzogtums, nahmen; eine gewisse Anzahl Panzerzüge mit Truppen und Munition sind auf der Eisenbahnlinie von Wasserbillig nach Luxemburg befördert worden, wo man deren Ankunft jeden Augenblick gewärtigt.

Diese Vorfälle verstoßen offenkundig gegen die durch den Londoner Vertrag von 1867 garantierte Neutralität des Großherzogtums. Die luxemburgische Regierung hat nicht verfehlt, bei den Vertretern S. M. des Deutschen Kaisers in Luxemburg energisch gegen diesen Angriff zu protestieren; ein gleicher Protest wird sogleich dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts in Berlin telegraphisch übermittelt werden.

Der Staatsminister, Präsident der Regierung,
Eyschen

Nr. 132

Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Luxemburg, den 2. August 1914

Der Staatsminister von Luxemburg, Herr Eyschen, hat soeben durch Vermittlung des deutschen Gesandten in Luxemburg, Herrn von Buch, ein Telegramm des deutschen Reichskanzlers Bethmann Hollweg erhalten, wonach die von Deutschland in Luxemburg getroffenen militärischen Maßnahmen keine feindliche Handlung gegen dieses Land bedeuten sollen, sondern einzig dazu bestimmt seien, den Betrieb der an das Reich verpachteten Eisenbahnen gegen den etwaigen Angriff einer französischen Armee zu sichern. Luxemburg soll für die etwaigen Schäden vollständig entschädigt werden.

Mollard

Nr. 133

Note, überreicht vom deutschen Botschafter

Paris, den 2. August 1914

Der deutsche Botschafter beeilt sich, soeben erhaltenem Auftrage gemäß, dem Ministerium des Äußern mitzuteilen, daß die von Deutschland im Großherzogtum Luxemburg getroffenen militärischen Maßnahmen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

keinen Akt der Feindseligkeit bedeuten. Sie sind als bloße Vorbeugungsmaßregeln zum Schutze der Eisenbahnen zu betrachten, die infolge der zwischen Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg bestehenden Verträge unter deutscher Verwaltung stehen.

von Schoen

Nr. 134

Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Petersburg, den 2. August 1914

Der deutsche Botschafter hat gestern abend um 7 Uhr 10 Herrn Sasonow die Kriegserklärung seiner Regierung überreicht; er verläßt heute Petersburg.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat keine Weisungen seiner Regierung für die Kriegserklärung erhalten.

Paléologue

Nr. 135

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die Herren Vertreter Frankreichs im Auslande

Paris, den 2. August 1914

Der russische Botschafter teilt mir mit, daß Deutschland soeben Rußland den Krieg erklärt habe und zwar trotz der schwebenden Unterhandlungen, und in dem Augenblicke, wo Österreich-Ungarn einwilligte, mit den Mächten über den eigentlichen Kern seines Konfliktes mit Serbien zu verhandeln.

René Viviani

Nr. 136

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin, Wien, Rom, Madrid und Konstantinopel

Paris, den 2. August 1914

Das französische Gebiet ist heute morgen von den deutschen Truppen in Cirey und bei Longwy verletzt worden. Sie marschieren gegen die Festung, die den letzteren Namen trägt. Anderseits wurde der Zollposten

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in Delle durch eine Doppelsalve angegriffen. Endlich haben die deutschen Truppen heute morgen auch das neutrale Gebiet Luxemburgs verletzt.

Sie wollen diese Mitteilungen unverzüglich dazu benutzen, um feststellen zu lassen, wie die deutsche Regierung ohne Herausforderung durch uns und ohne vorgängige Kriegserklärung gegen Frankreich feindselige Handlungen unternimmt, während wir die Zehnkilometerzone gewissenhaft geachtet haben, die wir sogar nach der Mobilisation zwischen unseren Truppen und der Grenze aufrecht erhalten haben. René Viviani

Nr. 137

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

London, den 2. August 1914

Nach Schluß des heute morgen abgehaltenen Ministerrates hat mir Sir Ed. Grey folgende Erklärung gemacht:

„Ich bin ermächtigt, die Zusicherung zu geben, daß die britische Flotte, falls die deutsche Flotte zwecks kriegerischer Unternehmungen gegen die französische Küste oder die französische Handelsflotte in den Ärmelkanal eindringen oder die Nordsee durchqueren will, allen in ihrer Macht stehenden Schutz gewähren wird.

Diese Zusicherung wird selbstverständlich unter dem Vorbehalte gegeben, daß die Politik der Regierung Seiner Majestät vom Britischen Parlament genehmigt werde, und darf nicht so ausgelegt werden, als zwinge sie Seiner Majestät Regierung zu handeln, bevor die obenerwähnte Möglichkeit einer Aktion der deutschen Flotte eingetreten ist."

Indem der leitende Staatssekretär dann auf die Neutralität Belgiens und diejenige Luxemburgs zu sprechen kam, wies er darauf hin, daß das Abkommen vom Jahre 1867 betreffend das Großherzogtum sich von dem auf Belgien bezüglichen Vertrag dadurch unterscheide, daß England gehalten sei, auch ohne den Beistand der anderen Garantiemächte dafür zu sorgen, daß das letztgenannte Abkommen geachtet werde, während für Luxemburg alle Garantiemächte gemeinsam handeln müßten.

Die Wahrung der belgischen Neutralität wird hier als so wichtig angesehen, daß England ihre Verletzung durch Deutschland als einen casus belli betrachten würde. Es handelt sich dabei um ein eigentlich englisches Interesse, und es ist nicht zu bezweifeln, daß die britische Regierung, getreu den Überlieferungen ihrer Politik, es mit Entschiedenheit verfechten wird, selbst wenn die Geschäftswelt, in der der deutsche Einfluß hartnäckige Anstrengungen macht, es versuchen sollte, einen Druck auszuüben, um die Regierung zu verhindern, gegen Deutschland Stellung zu nehmen. Paul Cambon

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 138

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London

Paris, den 2. August 1914

Ich nehme Vormerkung von den Meldungen, die in Ihren Telegrammen vom 27., 30., 31. Juli und 1. August und in demjenigen, das Sie mir heute geschickt haben, enthalten sind.

Wenn ich der Kammer die Erklärung zur Kenntnis bringen werde, die Ihnen Sir Ed. Grey abgegeben hat und deren Wortlaut in Ihrem letzten Telegramm enthalten ist, werde ich hinzufügen, daß wir dadurch von Großbritannien einen ersten Beistand erhalten haben, dessen Wert für uns kostbar ist.

Ich habe mir zudem vorgenommen, mitzuteilen, daß der Beistand, den Großbritannien Frankreich zum Schutze der französischen Küsten oder französischen Handelsflotte zu gewähren beabsichtigt, sich so gestalten würde, daß unsere Kriegsmarine im Falle eines französisch-deutschen Konfliktes von der englischen Flotte wie in der Nordsee und im Ärmelkanal so auch im Atlantischen Ozean unterstützt werden würde. Ich würde außerdem bemerken, daß die englischen Häfen der deutschen Flotte nicht als Verproviantierungspunkte dienen könnten.

René Viviani

Nr. 139

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Jules Cambon, französischen Botschafter in Berlin

Paris, den 2. August 1914

Da die deutschen Truppen heute an mehreren Punkten unsere Ostgrenze verletzt haben, bitte ich Sie, unverzüglich bei der deutschen Regierung schriftlich Einspruch zu erheben. Sie wollen sich dabei an die folgende Note halten, die ich wegen der Unsicherheit der Verbindung zwischen Paris und Berlin direkt an den deutschen Botschafter gerichtet habe:

„Die französischen Verwaltungs- und Militärbehörden des Ostgebietes haben soeben mehrere Vorfälle gemeldet, die ich der Kaiserlichen Regierung zur Kenntnis zu bringen den Botschafter der Republik in Berlin beauftragt habe.

Der eine hat sich in Delle, in der Gegend von Belfort, zugetragen. Zu zwei Malen war der in dieser Ortschaft stehende französische Zollposten das Ziel einer Salve seitens einer Abteilung deutscher Soldaten. Im Norden von Delle haben am heutigen Morgen zwei deutsche Patrouillen vom 5. Jägerregiment zu Pferd die Grenze überschritten und sind mehr als 10 Kilometer weit von der Grenze bis zu den Dörfern Joncherey und

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Baron vorgedrungen. Der Offizier, der die erste befehligte, hat einen französischen Soldaten erschossen. Die deutschen Reiter haben Pferde weggenommen, die der französische Gemeindevorsteher von Suarce eben sammeln wollte, und die Einwohner der Gemeinde gezwungen, die genannten Pferde zu führen.

Der Botschafter der Republik in Berlin ist beauftragt worden, bei der Kaiserlichen Regierung in aller Form gegen Vorkommnisse Einspruch zu erheben, die eine ausgeprägte Grenzverletzung durch bewaffnete deutsche Truppen darstellen, und die bei der gegenwärtigen Lage durch nichts gerechtfertigt werden. Die Regierung der Republik kann nur der Kaiserlichen Regierung die volle Verantwortung für diese Handlungen überlassen."

René Viviani

Nr. 140

Herr Marcellin Pellet, französischer Gesandter in Haag, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Haag, den 3. August 1914

Der deutsche Gesandte hat sich gestern zum Minister des Äußern begeben, um ihm die Notwendigkeit zu erklären, in der sich Deutschland, wie er sagte, befunden habe, die Neutralität Luxemburgs zu verletzen, und hinzugefügt, er werde ihm heute eine weitere Mitteilung zu machen haben. In der Tat hat er heute morgen gemeldet, deutsche Truppen seien in Belgien einmarschiert, um, wie er sagte, eine Besetzung dieses Landes durch Frankreich zu verhindern.

Pellet

Nr. 141

Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Brüssel, den 3. August 1914

Der deutsche Gesandte hat gestern abend der belgischen Regierung ein Ultimatum überreicht, in dem gesagt ist, daß seine Regierung, nachdem sie vernommen habe, daß die Franzosen sich zu Operationen in den Gebieten von Givet und Namur vorbereiteten, sich gezwungen sehe, Maßregeln zu ergreifen, deren erste die sei, die belgische Regierung einzuladen, sie binnen sieben Stunden wissen zu lassen, ob sie geneigt sei, ihr in Belgien die militärischen Operationen gegen Frankreich zu erleichtern. Im Falle der Weigerung würden die Waffen entscheiden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Regierung des Königs hat geantwortet, daß die Mitteilungen über die französischen Bewegungen ihr im Hinblick auf die ausdrücklichen Zusicherungen, die Frankreich erst ganz kürzlich abgegeben habe, ungenau erschienen; daß Belgien, das seit seiner Gründung sich bemüht habe, den Schutz seiner Würde und seiner Interessen zu sichern und alle seine Anstrengungen der friedlichen Entwicklung des Fortschrittes gewidmet habe, nachdrücklich gegen jede Verletzung seines Gebietes, woher sie auch komme, protestiere und daß es, wenn dieser Fall eintreten sollte, seine Neutralität, die von den Mächten und namentlich vom König von Preußen gewährleistet sei, energisch zu verteidigen wissen werde.

Klobukowski

Nr. 142

Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Brüssel, den 3. August 1914

Auf die dem Minister des Äußern von mir gegebene Versicherung, daß Frankreich, wenn Belgien gegenüber der Verletzung seiner Neutralität durch Deutschland die Garantie der Mächte anrufen sollte, diesem Rufe sofort Folge leisten würde, hat mir dieser geantwortet:

„Recht herzlich danken wir der Regierung der Republik für die etwaige Hilfe, die sie uns anbieten könnte, aber unter den gegenwärtigen Umständen rufen wir die Garantie der Mächte nicht an. Die Regierung des Königs wird später erwägen, was zu tun sein wird."

Klobukowski

Nr. 143

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

London, den 3. August 1914

Sir Ed. Grey hat mich ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, Sie könnten dem Parlamente eröffnen, er werde dem Unterhause über die gegenwärtige Haltung der britischen Regierung Erklärungen abgeben, deren hauptsächlichste die folgende sein werde:

„Falls das deutsche Geschwader den Kanal durchqueren oder die Nordsee hinauffahren sollte, um die britischen Inseln zu umfahren, in der Absicht, die französischen Küsten oder die französische Kriegsflotte anzugreifen und die französische Handelsflotte zu beunruhigen, so würde das

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

englische Geschwader eingreifen, um der französischen Marine seinen vollen Schutz angedeihen zu lassen, so daß von diesem Augenblicke an England und Deutschland sich im Kriegszustande befinden würden."

Sir Ed. Grey hat mich darauf hingewiesen, daß die Erwähnung einer Operation durch die Nordsee hinauf den Schutz gegen eine Unternehmung im Atlantischen Ozean in sich schließe.

Die Erklärung betreffend das Eingreifen der englischen Flotte soll für die englische Regierung als bindend betrachtet werden. Sir Ed. Grey hat mich dessen versichert und hinzugefügt, daß die französische Regierung dadurch in der Lage sei, den Kammern davon Kenntnis zu geben.

Bei meiner Rückkehr in die Botschaft habe ich von Ihrer telephonischen Mitteilung des an Belgien gerichteten deutschen Ultimatums Kenntnis erhalten. Ich habe sogleich Sir Ed. Grey davon unterrichtet.

Paul Cambon

Nr. 144

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

London, den 3. August 1914

In dem Augenblick, als sich Sir Ed. Grey heute morgen in den Ministerrat begab, kam mein deutscher Kollege, der ihn schon gestern gesehen hatte, zu ihm, und bat ihn inständig, ihm zu erklären, daß Englands Neutralität nicht von der Achtung der belgischen Neutralität abhänge. Sir Ed. Grey hat jede Unterhaltung über diesen Gegenstand abgelehnt.

Der deutsche Botschafter hat an die Presse eine Mitteilung gerichtet, die besagt, daß Deutschland auf jegliche Unternehmung zur See verzichten und sich der belgischen Küste nicht als Stützpunkt bedienen werde, wenn England neutral bleibe. Ich lasse antworten, daß die Achtung der Küsten nicht die Achtung der Neutralität des Gebietes sei, und daß das deutsche Ultimatum bereits eine Verletzung dieser Neutralität sei.

Paul Cambon

Nr. 145

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

London, den 3. August 1914

Sir Ed. Grey hat die Erklärung betreffend die Intervention der englischen Flotte abgegeben; er hat in Würdigung der Ereignisse die Erklärung,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

die er über die belgische Neutralität zu machen beabsichtigt hatte, präzisiert; und die Vorlesung eines Schreibens des Königs Albert, der um die englische Unterstützung bittet, hat die Versammlung lebhaft bewegt.

Die Kammer wird heute abend über die geforderten Kredite abstimmen; von jetzt an ist ihre Unterstützung für die Politik der Regierung gewonnen, und sie folgt der öffentlichen Meinung, die sich mehr und mehr zu unseren Gunsten ausspricht.

Paul Cambon

Nr. 146

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London

Paris, den 3. August 1914

Ich vernehme, der deutsche Botschafter habe im Foreign Office erklärt, gestern morgen hätten achtzig französische Offiziere in preußischer Uniform versucht, in zwölf Automobilen bei Walbeck im Westen von Geldern die deutsche Grenze zu überschreiten; dies stelle eine sehr ernsthafte Verletzung der Neutralität seitens Frankreichs dar.

Wollen Sie unverzüglich diese rein auf Erfindung beruhende Nachricht widerrufen und das Foreign Office auf den beginnenden deutschen Feldzug mit falschen Nachrichten aufmerksam machen.

René Viviani

Nr. 147

Vom deutschen Botschafter in seiner Abschiedsaudienz am 3. August 1914, abends 6 Uhr 45, Herrn René Viviani, Ministerpräsident, Minister des Äußern, überreichtes Schreiben

Herr Präsident!

Die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden haben eine gewisse Anzahl von ausgesprochenen feindseligen Handlungen festgestellt, die von französischen Militärfliegern auf deutschem Gebiete begangen wurden. Mehrere dieser Flieger haben offenkundig die belgische Neutralität verletzt, indem sie belgisches Gebiet überflogen; der eine hat versucht, Bauten bei Wesel zu zerstören, andere wurden über dem Eifelgebiet gesichtet, ein dritter hat auf die Eisenbahn bei Karlsruhe und Nürnberg Bomben abgeworfen*.

* Die Nachrichten waren unrichtig. Siehe Graf Max Montgelas „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage", S. 182 f.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich bin beauftragt und habe die Ehre, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß angesichts dieser Angriffe das Deutsche Reich sich im Kriegszustand mit Frankreich betrachtet, gezwungen durch diese letztere Macht.

Gleichzeitig habe ich die Ehre, zur Kenntnis Ew. Exzellenz zu bringen, daß die deutschen Behörden die französischen Handelsschiffe in deutschen Häfen zurückbehalten, sie jedoch freigeben werden, wenn innerhalb 48 Stunden volle Reziprozität zugesichert wird.

Da meine diplomatische Mission hiermit beendigt ist, erübrigt mir nur noch, Ew. Exzellenz zu bitten, mir meine Pässe zuzustellen und die von Ihnen als nützlich erachteten Maßnahmen zu treffen, um mir und meinem Botschaftspersonal, sowie dem Personal der bayrischen Gesandtschaft und des deutschen Generalkonsulats in Paris die Rückkehr nach Deutschland zu sichern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Schoen

Nr. 148

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die Herren Vertreter Frankreichs im Auslande

Paris, den 3. August 1914

Der deutsche Botschafter hat seine Pässe gefordert und reist heute abend mit dem Personal der Botschaft und des deutschen Generalkonsulates, sowie mit dem der bayrischen Gesandtschaft ab. Baron von Schoen hat vorgeschützt, die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden hätten feindselige Handlungen festgestellt, die auf deutschem Boden durch französische Flieger begangen worden seien, indem diese beschuldigt werden, das Reichsgebiet überflogen und Bomben abgeworfen zu haben. Der Botschafter fügte hinzu, Flieger hätten auch die Neutralität Belgiens verletzt, indem sie dessen Gebiet überflogen. „Angesichts dieser Angriffe," sagt das Schreiben des Herrn von Schoen, „betrachtet sich das Deutsche Reich im Kriegszustand mit Frankreich, gezwungen durch diese letztere Macht."

Ich habe diese unrichtigen Behauptungen des Botschafters in aller Form bestritten und meinerseits daran erinnert, daß ich bereits gestern an ihn eine Note gerichtet habe, um gegen die ausgesprochenen Verletzungen der französischen Grenze Einspruch zu erheben, die seit zwei Tagen durch deutsche Truppenabteilungen begangen worden seien.

René Viviani

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 149

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Jules Cambon, französischen Botschafter in Berlin

(Den Vertretern Frankreichs im Ausland mitgeteiltes Telegramm.)

Paris, den 3. August 1914

Ich ersuche Sie, Ihre Pässe zu verlangen und mit dem Botschaftspersonal unverzüglich Berlin zu verlassen, indem Sie den Schutz der französischen Interessen und die Verwahrung des Archivs dem spanischen Botschafter übertragen. Ich ersuche Sie, gleichzeitig schriftlich Verwahrung einzulegen gegen die Verletzung der luxemburgischen Neutralität durch die deutschen Truppen, die durch den luxemburgischen Ministerpräsidenten gemeldet worden ist; gegen das vom deutschen Gesandten in Brüssel an die belgische Regierung gerichtete Ultimatum, das ihr die Verletzung der belgischen Neutralität zumutet und von ihr die Erleichterung der militärischen Operationen gegen Frankreich auf belgischem Gebiete verlangt; endlich gegen die falsche Behauptung eines angeblichen Einfallplanes der französischen Armeen in diese beiden Länder, womit der erwähnte Gesandte den Kriegszustand zu rechtfertigen versucht hat, der nach seiner Erklärung von nun an zwischen Deutschland und Frankreich besteht.

René Viviani

Nr. 150

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Allizé, französischen Gesandten in München

Paris, den 3. August 1914

Wollen Sie der Königlich Bayrischen Regierung mitteilen, daß Sie die Weisung erhalten haben, Ihre Haltung nach derjenigen des Botschafters der Republik in Berlin zu richten und München zu verlassen.

René Viviani

Nr. 151

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an die Herren Vertreter Frankreichs in London, St. Petersburg, Wien, Rom, Madrid, Bern, Konstantinopel, Haag, Kopenhagen, Christiania, Stockholm, Bukarest, Athen und Belgrad

Paris, den 3. August 1914

Ich erfahre aus amtlicher belgischer Quelle, daß die deutschen Truppen das belgische Gebiet bei Gemmerich in der Gegend von Verviers verletzt haben.

René Viviani

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 152

Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Brüssel, den 4. August 1914

Der Kabinettschef des Ministeriums des Äußern übergibt mir ein Schreiben, in welchem „die Regierung des Königs ihren festen Entschluß erklärt, mit allen in ihrer Macht liegenden Mitteln dem deutschen Angriffe Widerstand zu leisten. Belgien ruft die Hilfe Englands, Frankreichs und Rußlands an, damit sie als Garantiemächte bei der Verteidigung seines Gebietes mitwirken.

Es würde eine verabredete und gemeinsame Aktion stattfinden mit dem Ziele, den von Deutschland gegen Belgien angewandten Gewaltsmaßnahmen zu widerstehen und zugleich die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Belgiens für die Zukunft zu gewährleisten.

Belgien ist glücklich, erklären zu können, daß es die Verteidigung der festen Plätze sichern wird." Klobukowski

Nr. 153

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

London, den 4. August 1914

Sir Ed. Grey hat mich soeben zu sich gebeten, um mir zu sagen, der Ministerpräsident werde heute im Unterhause erklären, daß Deutschland aufgefordert worden sei, sein Ultimatum an Belgien zurückzuziehen und England heute abend vor Mitternacht Antwort zu geben.

Paul Cambon

Nr. 154

Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Äußern

Brüssel, den 4. August 1914

Der deutsche Gesandte benachrichtigt heute morgen das belgische Ministerium des Äußern, daß sich die Kaiserliche Regierung infolge der Weigerung der belgischen Regierung genötigt sehe, die gegenüber den französischen Drohungen unerläßlichen Sicherheitsmaßnahmen mit Waffengewalt durchzuführen. Klobukowski

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 154a

*Der Präsident der französischen Republik, Herr Poincaré, an den König von England**

Paris, den 4. August 1914

Lieber und großer Freund!

Ich danke Eurer Majestät für den Brief, den Sie so freundlich waren mir zu schreiben. Die von der königlichen Regierung im Unterhaus gemachten Erklärungen haben in Frankreich einen starken Widerhall gefunden. Das herzliche Einvernehmen unserer beiden Länder ist enger als je, und die Nachricht einer gemeinsamen Aktion ist von der öffentlichen Meinung mit Bewegung und Freude aufgenommen worden. Das Einverständnis zwischen den Generalstäben und der Marine unserer beiden Länder ist ein vollständiges. Aber bis jetzt sind wir noch nicht informiert, ob die Regierung Eurer Majestät ihre Absichten über eine Mitwirkung zu Lande endgültig abgegeben hat. S. M. König Albert hat an unsere Hilfe, wie an die Ihre zur Verteidigung belgischen Gebietes appelliert. Die Regierung der Republik meint, daß, wenn es England möglich wäre, jetzt in Frankreich für Belgien Truppen auszuschiffen, über die Sie glauben verfügen zu können, und deren Mitwirkung so kostbar wäre, würde diese Maßnahme, die einen öffentlichen Beweis unserer Waffenbrüderschaft lieferte, in Belgien und in Frankreich die heilsamste Wirkung hervorrufen. Ich glaube, Eurer Majestät von dieser Empfindung Mitteilung machen zu müssen und danke von neuem für Euer Majestät Freundschaftsbekundung.

R. Poincaré

Nr. 155

Herr Bapst, französischer Gesandter in Kopenhagen, an Herrn Doumergue, Minister des Äußern

Kopenhagen, den 6. August 1914

Der französische Botschafter in Berlin bittet mich, Ew. Exzellenz das folgende Telegramm zu übermitteln:

Ich bin durch die deutsche Regierung nach Dänemark befördert worden und komme soeben in Kopenhagen an. Das ganze Personal der Botschaft und der russische Geschäftsträger in Darmstadt mit seiner Familie begleiteten mich. Man ist uns gegenüber derart verfahren, daß ich es für nützlich erachte, Ew. Exzellenz darüber telegraphisch einen vollständigen Bericht zu erstatten.

* Im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten, veröffentlicht bei Raymond Poincaré: „Les Origines de la Guerre" a. a. O. S. 280f.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Als ich Montag, den 3. August, morgens, Ihren Weisungen entsprechend Herrn von Jagow einen Protest gegen die durch deutsche Truppen auf französischem Boden begangenen Angriffstätlichkeiten übermittelt hatte, stattete mir der Staatssekretär einen Besuch ab. Herr von Jagow kam, um sich über Angriffstätlichkeiten zu beklagen, die nach seiner Behauptung in Deutschland, namentlich in Nürnberg und Koblenz, durch französische Flieger begangen worden seien, welche, wie er sagte, „aus Belgien gekommen seien". — Ich antwortete, ich hätte nicht die geringste Nachricht über die Geschehnisse, die er vorbringe, deren Unwahrscheinlichkeit mir aber augenfällig scheine; ich fragte ihn meinerseits, ob er von der Note Kenntnis genommen habe, die ich wegen der Einfälle von Abteilungen der deutschen Armee in unser Gebiet an ihn gerichtet habe. — Da der Staatssekretär mir sagte, er habe diese Note noch nicht gelesen, gab ich ihm von ihr Kenntnis. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Tat des Offiziers, der eine dieser Abteilungen befehligte, bis zu dem 10 Kilometer innerhalb unserer Grenze gelegenen Dorfe Joncherey vorgedrungen war und einen französischen Soldaten, dem er begegnete, erschossen hatte. Nachdem ich diese Tat gekennzeichnet hatte, fügte ich hinzu: „Sie werden anerkennen, daß diese Tat keineswegs mit einem Fluge über fremdes Gebiet verglichen werden kann, der von Privatpersonen ausgeführt worden ist, die von jenem die Aviatiker auszeichnenden Geiste der persönlichen Tapferkeit erfüllt sind.

Eine Angriffshandlung, die auf dem Boden eines Nachbars durch reguläre, von Offizieren geführte Truppenabteilungen begangen wird, ist von ganz anderer Schwere."

Herr von Jagow erklärte mir, die Vorfälle, von denen ich ihm spreche, seien ihm nicht bekannt, und sagte zum Schlusse, es sei schwierig, ihr Vorkommen zu verhindern, wenn zwei von den Gefühlen, die unsere Truppen beseelten, durchdrungene Heere auf beiden Seiten der Grenze einander gegenüberstünden.

In diesem Augenblicke stießen die auf dem Pariser Platz vor der Botschaft angesammelten Leute, die wir durch das halbgeöffnete Fenster meines Arbeitszimmers beobachteten, Rufe gegen Frankreich aus. Ich fragte den Staatssekretär, wenn dies alles enden würde.

„Die Regierung hat noch keine Entscheidung getroffen," antwortete mir Herr von Jagow. „Wahrscheinlich wird Herr von Schoen heute Weisung erhalten, seine Pässe zu verlangen, und alsdann werden Sie die Ihrigen erhalten." — Der Staatssekretär versicherte mir übrigens, ich brauche über meine Abreise nicht besorgt zu sein, und sowohl mir als meinem Personal gegenüber würden alle Gebote der Schicklichkeit beobachtet werden. Wir sollten uns nicht mehr sehen und wir verabschiedeten uns voneinander nach einer Unterhaltung, die höflich gewesen war und mich nicht voraussehen lassen konnte, was mich erwartete.

Bevor ich mich von Herrn von Jagow verabschiedete, hatte ich ihm den Wunsch ausgedrückt, dem Reichskanzler einen persönlichen Besuch

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu machen, da dies das letztemal sein würde, daß ich Gelegenheit hätte, ihn zu sehen.

Herr von Jagow antwortete mir, daß er mich nicht veranlassen möchte, dieser Absicht Folge zu geben; denn diese Zusammenkunft würde zu nichts dienen und könnte nur peinlich sein.

Um 6 Uhr abends brachte mir Herr von Langwerth meine Pässe. Er weigerte sich im Namen seiner Regierung, dem von mir ausgesprochenen Wunsche zu willfahren, über Holland oder Belgien reisen zu dürfen. Er schlug mir vor, entweder über Kopenhagen — obschon er mir nicht versichern konnte, daß die Überfahrt über das Meer frei sei — oder über Konstanz durch die Schweiz zu reisen.

Ich nahm diesen letzteren Weg an; da Herr von Langwerth mich gebeten hatte, sobald als möglich abzureisen, wurde vereinbart, daß ich die Botschaft am folgenden Tage, Dienstag, den 4. August, abends 10 Uhr, verlassen würde und zwar in Anbetracht der Notwendigkeit, in der ich mich befand, mich mit dem spanischen Botschafter zu verständigen, der unsere Interessen in die Hand nimmt.

Um 7 Uhr, eine Stunde nach dem Weggang des Herrn von Langwerth, kam Herr von Lancken, ehemaliger Botschaftsrat in Paris, um mir im Auftrage des Auswärtigen Amts zu sagen, ich möchte mein Botschaftspersonal auffordern, nicht mehr im Restaurant zu speisen. Diese Weisung war so streng, daß ich am folgenden Tag, am Dienstag, meine Zuflucht zu der Wilhelmstraße nehmen mußte, damit das Hotel Bristol uns unsere Mahlzeiten in die Botschaft sende.

Gleichen Abends, Montag, um 11 Uhr, erschien Herr von Langwerth wieder, um mir mitzuteilen, seine Regierung verweigere mir die Rückkehr durch die Schweiz, unter dem Vorwand, daß drei Tage und drei Nächte nötig wären, um mich nach Konstanz zu führen. Er kündigte mir an, ich würde über Wien geleitet werden. Ich stimmte dieser Änderung nur unter Vorbehalt bei und schrieb in der Nacht Herrn von Langwerth den folgenden Brief:

„Berlin, den 3. August 1914

Herr Baron!

Ich denke über die Reiseroute für meine Rückkehr in mein Vaterland nach, von der Sie mir heute abend gesprochen haben. Sie schlagen mir vor, über Wien zu reisen. Ich sehe mich aber der Möglichkeit ausgesetzt, in dieser Stadt zurückgehalten zu werden, wenn auch nicht durch Befehl der österreichischen Regierung, so doch durch die Umstände ihrer Mobilisation, die ihr für den Verkehr der Züge Schwierigkeiten schafft, die denen in Deutschland entsprechen.

Unter diesen Umständen glaube ich von der deutschen Regierung die ehrenwörtliche Versicherung fordern zu müssen, daß die österreichische Regierung mich nach der Schweiz befördern werde, und daß die schweizerische Regierung weder mir noch den mich begleitenden Personen ihre

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Grenze verschließen werde, die, wie mir gesagt wird, streng für Fremde geschlossen ist.

Ich kann also den Vorschlag, den Sie mir gemacht haben, nur annehmen, wenn ich die verlangten Zusicherungen habe, und wenn ich versichert werde, daß ich nicht einige Monate außerhalb meines Landes festgehalten werde. Jules Cambon"

In Beantwortung dieses Briefes gab mir am folgenden Morgen, Dienstag, den 4. August, Herr von Langwerth die schriftliche Zusicherung, daß die österreichischen und die schweizerischen Behörden die nötigen Mitteilungen erhalten hätten.

Zu gleicher Zeit verhaftete man in seiner Wohnung, in seinem Bette, den Attaché des Berliner Konsulats, Herrn Miladowski, sowie auch andere Franzosen. Herr Miladowski, für den ein diplomatischer Paß verlangt worden war, konnte nach vier Stunden wieder freigelassen werden.

Ich bereitete mich zur Abreise nach Wien vor, als Herr von Langwerth um 4 Uhr 45 wieder erschien, um mir zu melden, daß ich mit den mich begleitenden Personen um 10 Uhr würde abreisen müssen, aber daß ich nach Dänemark geleitet werden würde. Gegenüber dieser neuen Forderung fragte ich, ob man mich, wenn ich sie nicht annähme, auf eine Festung bringen würde. Herr von Langwerth antwortete mir einfach, er werde in einer halben Stunde wiederkommen, um die Antwort zu holen. Ich wollte der deutschen Regierung keinen Anlaß geben, zu behaupten, ich hätte mich geweigert, Deutschland zu verlassen. Als Herr von Langwerth zurückkam, erklärte ich ihm also, ich würde mich dem mir gegebenen Befehle fügen, aber „ich legte dagegen Verwahrung ein".

Sogleich schrieb ich an Herrn von Jagow den Brief, dessen Abschrift folgt:

„Berlin, den 4. August 1914

Herr Staatssekretär!

Ew. Exzellenz hatten mir zu wiederholten Malen gesagt, die Kaiserliche Regierung werde mir nach den Gebräuchen der internationalen Höflichkeit die Rückkehr in mein Vaterland erleichtern und alle Mittel zur Verfügung stellen, rasch dorthin zu gelangen.

Gestern jedoch hat mich Freiherr von Langwerth, nachdem er mir die Fahrt nach Holland und Belgien verweigert hatte, unterrichtet, ich würde über Konstanz nach der Schweiz fahren. In der Nacht wurde ich benachrichtigt, daß ich nach Österreich geleitet werden würde, einem Lande, das im gegenwärtigen Krieg an Deutschlands Seite kämpft. Da ich Österreichs Absichten mir gegenüber — bin ich doch auf seinem Boden bloß ein gewöhnlicher Bürger — nicht kannte, habe ich Freiherrn von Langwerth geschrieben, ich verlange von der Kaiserlichen Regierung die Zusicherung, daß die k. und k. österreichischen Behörden mir alle Erleichterungen zur Fortsetzung meines Reiseweges gewähren würden, und daß sich mir die Schweiz nicht verschließen würde, Herr von Langwerth hatte die

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Freundlichkeit, mir schriftlich zu antworten, daß ich einer leichten Reise versichert sein dürfte, und daß die österreichischen Behörden alles Nötige tun würden.

Jetzt gegen 5 Uhr hat Freiherr von Langwerth mir mitgeteilt, ich würde nach Dänemark geleitet werden. In Anbetracht der Ereignisse bin ich nicht sicher, ein Schiff zu finden, das mich nach England bringen wird, und diese Überlegung ist es, die mich diesen Vorschlag im Einverständnis mit Herrn von Langwerth hatte ablehnen lassen.

In Wirklichkeit läßt man mir keine Freiheit und behandelt mich fast wie einen Gefangenen. Ich bin gezwungen, mich zu unterwerfen, da ich kein Mittel besitze, um zu erreichen, daß man mir gegenüber den Vorschriften der internationalen Höflichkeit Rechnung trage, aber ich lege Wert darauf, bei Ew. Exzellenz Verwahrung einzulegen gegen die Art und Weise, mit der man mich behandelt. Jules Cambon"

Während man meinen Brief hintrug, wurde ich benachrichtigt, daß die Reise nicht auf direktem Wege, sondern über die Linie von Schleswig stattfinden werde. Um 10 Uhr abends verließ ich mit meinem Personal die Botschaft, inmitten eines großen Polizeiaufgebotes zu Fuß und zu Pferde.

Am Bahnhof war das Auswärtige Amt nur durch einen untergeordneten Beamten vertreten.

Die Reise vollzog sich mit äußerster Langsamkeit. Wir haben mehr als 24 Stunden gebraucht, um die Grenze zu erreichen. Es schien, als ob man auf jeder Station auf Befehle zur Wiederabfahrt wartete. Ich war begleitet von Major von Rheinbaben vom Garde-Alexanderregiment und einem Polizeibeamten. In der Umgebung des Kieler Kanals sind Soldaten in unsere Wagen gekommen. Man hat die Wagenfenster schließen und die Vorhänge herunterziehen lassen; jeder von uns mußte sich abgesondert in seinem Abteil aufhalten, und es war uns verboten, aufzustehen oder das Gepäck zu berühren. Im Wagengang stand vor der offen gehaltenen Türe eines jeden Abteils ein Soldat, den Revolver in der Faust und den Finger am Abzug. Der russische Geschäftsträger, die Frauen, die Kinder, jedermann wurde der gleichen Behandlung unterworfen.

Auf der letzten deutschen Station kam, gegen 11 Uhr abends, Major von Rheinbaben zu uns, um sich zu verabschieden. Ich übergab ihm für Herrn von Jagow den folgenden Brief:

„Mittwoch abend, den 5. August 1914

Herr Staatssekretär!

Ich habe gestern, bevor ich Berlin verließ, mich schriftlich bei Ew. Exzellenz verwahrt gegen die aufeinanderfolgenden Änderungen der Fahrtrichtung, die mir von der Kaiserlichen Regierung auferlegt wurden, um Deutschland zu verlassen.

Als heute der Zug, der mich wegführte, über den Kieler Kanal fuhr, wollte man unser ganzes Gepäck untersuchen, als ob wir irgendein Zer-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

störungswerkzeug verbergen könnten. Dank dem Dazwischentreten des Majors von Rheinbaben blieb uns diese Schande erspart.

Aber man tat mehr.

Man hat einen jeden von uns gezwungen, in seinem Abteil zu bleiben, dessen Fenster geschlossen und dessen Vorhänge heruntergezogen waren. Während dieser Zeit stand in den Wagengängen vor der Türe eines jeden Abteils ein Soldat jedem von uns gegenüber, den Revolver in der Hand, den Finger am Abzug, und dies während beinahe einer halben Stunde.

Ich glaube mich gegen diese Gewaltandrohung gegenüber dem Botschafter der Republik und dem Botschaftspersonal verwahren zu müssen; es sind dies Gewalttätigkeiten, die nichts mich auch nur hätte ahnen lassen können. Ich hatte die Ehre, Ew. Exzellenz gestern zu schreiben, ich würde fast wie ein Gefangener behandelt. Heute bin ich wie ein gefährlicher Gefangener behandelt worden. Ich muß bemerken, daß im Verlaufe der Reise, die von Berlin bis nach Dänemark vierundzwanzig Stunden in Anspruch genommen hat, keine einzige Mahlzeit zubereitet noch angeboten worden ist, weder mir, noch den Personen, die mit mir bis zur Grenze gebracht worden sind. Jules Cambon"

Ich glaubte, alles wäre nun überstanden, als bald darauf, ein wenig verlegen, Major von Rheinbaben kam, um mir mitzuteilen, der Zug würde nicht bis zur dänischen Grenze weiterfahren, wenn ich nicht den Preis für diesen Zug bezahlte. Ich gab meinem Erstaunen Ausdruck, daß man mich nicht in Berlin zu dessen Bezahlung angehalten habe, und daß man mir jedenfalls vorher nichts davon gesagt habe. Ich schlug vor, mit einem Scheck auf eine der größten Berliner Banken zu bezahlen; diese Erleichterung wurde mir nicht gewährt. Unter der Mitwirkung meiner Reisegefährten konnte ich die Summe, die sofort von mir verlangt war und sich auf 3611 Mark 75 Pfg., d. h. nach dem gegenwärtigen Kurse auf zirka 5000 Franken belief, in Gold aufbringen*.

Nach diesem letzten Zwischenfalle glaubte ich Herrn von Rheinbaben um sein Wort als Offizier und Edelmann bitten zu müssen, daß man mich nun bis an die dänische Grenze geleiten werde. Er gab es mir, und ich verlangte, daß der Polizist, der bei uns war, uns begleite.

So kamen wir auf der ersten dänischen Station an, wo die dänische Regierung einen Zug hatte bereitstellen lassen, um uns nach Kopenhagen zu führen.

Man versichert mir, daß mein englischer Kollege und der belgische Gesandte direkt nach Holland abgereist seien, obschon sie Berlin nach mir verlassen haben. Ich bin von diesem Unterschied in der Behandlung betroffen. Und da es in Dänemark und Norwegen in diesem Augenblicke von

---

* Nachträglich ist der auf diese Weise von Herrn Jules Cambon verlangte Betrag dem spanischen Botschafter in Berlin zwecks Rückerstattung an den französischen Botschafter ausbezahlt worden. (Anmerkung des französischen Gelbbuches von 1914.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Spionen wimmelt, befürchtet man, wenn es mir gelingt, mich in Norwegen einzuschiffen, ich könnte mit den Offizieren, die mich begleiten, auf dem Meere festgenommen werden.

Ich will diese Depesche nicht beenden, ohne Ew. Exzellenz von der Hingebung und Tatkraft Kunde zu geben, die das gesamte Personal der Botschaft während der Dauer dieser Krise unaufhörlich bewiesen hat; ich würde mich glücklich schätzen, wenn seinen der Regierung der Republik bei dieser Gelegenheit erwiesenen Diensten Rechnung getragen werden könnte, insbesondere denjenigen der Botschaftssekretäre, sowie denen des Militärattachés und des Marineattachés.

Jules Cambon

Nr. 156

Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg, an Herrn Doumergue, Minister des Äußern

Paris, den 4. August 1914

Der Staatsminister ist Dienstag, den 4. August, morgens gegen halb 9 Uhr, auf die Gesandtschaft gekommen, um mir mitzuteilen, daß die deutschen Militärbehörden meine Abreise verlangten. Auf meine Antwort, daß ich nur der Gewalt weichen würde, sagte mir Herr Eyschen, er kenne meine diesbezüglichen Gefühle, und gerade deswegen sei er selbst gekommen, um mir diese Mitteilung zu machen, die ihm sehr schwer werde; denn es sei gerade vor der Gewalt, daß er mich bitte, zu weichen. Er fügte hinzu, er werde mir dafür den schriftlichen Beweis erbringen.

Ich verbarg Herrn Eyschen die Betrübnis und die Unruhe darüber nicht, meine Landsleute ohne Schutz zu lassen, und ich bat ihn, gütigst diese Aufgabe übernehmen zu wollen, was er zusagte.

Im Augenblicke der Abreise übergab er mir den beiliegenden Brief (Beilage I), der die Antwort der luxemburgischen Regierung auf die Erklärung darstellt, die ich tags vorher, am Abend, nach den telegraphischen Weisungen des Herrn Viviani abgegeben hatte.

Um 10 Uhr kam der Staatsminister von neuem auf die Gesandtschaft und überließ mir, mit einem Begleitwort von ihm, eine beglaubigte Abschrift des Briefes, den der deutsche Gesandte mit Bezug auf meine Abreise aus Luxemburg an ihn gerichtet hatte. (Beilagen II und III.)

Er sagte mir auch, er habe Herrn von Buch bekannt gegeben, die luxemburgische Regierung sei mit dem Schutz der Franzosen und mit der Obhut über die Gesandtschaft und die Kanzlei beauftragt worden. Diese Mitteilung schien meinem deutschen Kollegen nicht zu gefallen; er riet Herrn Eyschen, bei mir anzuregen, diese Sorge dem belgischen Gesandten anzuvertrauen. Ich erläuterte dem Staatsminister, daß die Lage ganz eigen sei. Da ich bei Ihrer Kgl. Hoheit der Großherzogin beglaubigt sei

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und mein Land sich mit Luxemburg nicht im Kriegszustande befinde, sei es unter diesen Umständen gegeben, daß die luxemburgische Regierung den Schutz meiner Landsleute zusichere. Herr Eyschen drängte nicht weiter und übernahm von neuem den Auftrag, den ich ihm anvertraute.

Der Staatsminister bat mich dann gütigst, ohne Aufsehen zu erregen, abzureisen, um öffentliche Kundgebungen zu verhüten, die, wie er mir sagte, nicht verfehlen würden, Gegenmaßregeln der deutschen Militärbehörden gegenüber den Franzosen hervorzurufen. Ich erwiderte ihm, daß ich zu großen Wert auf die Sicherheit meiner Landsleute lege, um sie aufs Spiel zu setzen, und daß er nichts zu befürchten brauche.

Meine Abreise, die man möglichst bald verlangte, wurde auf 2 Uhr festgesetzt; man kam auch überein, daß ich in meinem Automobil abreisen würde. Herr Eyschen sagte mir, daß der deutsche Gesandte eben im deutschen Hauptquartier sei, um einen Passierschein zu erwirken, und er werde dafür sorgen, daß er mir zu rechter Zeit zugestellt werde.

Um 2 Uhr 15 kam der Herr Staatsminister, begleitet von Herrn Regierungsrat Henrion, um von mir Abschied zu nehmen und die Schlüssel der Gesandtschaft und diejenigen der Kanzlei zu empfangen.

Er gab mir bekannt, daß Befehle für meine freie Durchfahrt erteilt worden seien, und daß ich Arlon auf der Merle-, Mamers- und Arlonstraße erreichen müsse. Er fügte bei, auf der Merlestraße werde mich ein deutscher Offizier erwarten, um meinem Wagen voranzufahren.

Ich verließ darauf die Gesandtschaft und begab mich auf dem festgesetzten Wege nach Arlon; aber ich begegnete niemanden.

Ew. Exzellenz wollen anbei (Beilage IV) den Wortlaut des Briefes finden, den ich dem Herrn Staatsminister überreichte, bevor ich meinen Posten verließ.

Mollard

Beilage I.

Herr Eyschen, Staatsminister und Präsident der Regierung, an Herrn Mollard, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Frankreichs in Luxemburg

Luxemburg, den 4. August 1914

Herr Minister!

Ew. Exzellenz haben durch Ihre mündliche Mitteilung von gestern Abend die große Güte gehabt, zu meiner Kenntnis zu bringen, daß die Regierung der Republik entsprechend dem Londoner Vertrage von 1867 die Neutralität des Großherzogtums Luxemburg zu achten beabsichtige, wie sie dies auch durch ihre Haltung gezeigt habe, daß aber die Verletzung dieser Neutralität durch Deutschland Frankreich nötige, sich von nun an in dieser Beziehung von der Sorge für seine Verteidigung und seine Interessen leiten zu lassen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sie werden mir gestatten, Herr Minister, festzustellen, daß die Entscheidung der Regierung der Republik nur auf der Handlungsweise einer dritten Macht beruht, für die wahrlich das Großherzogtum nicht verantwortlich ist.

Die Rechte Luxemburgs müssen also unberührt bleiben.

Das Deutsche Reich hat ausdrücklich erklärt, daß seine Absichten nur auf eine zeitlich beschränkte Besetzung Luxemburgs gerichtet seien.

Ich will daher, Herr Minister, gerne annehmen, es werde der Regierung der Republik nicht schwer fallen, mit mir festzustellen, daß das Großherzogtum zu allen Zeiten und unter allen Umständen, nach allen Richtungen hin, die Verpflichtungen vollkommen und redlich erfüllt hat, die ihm kraft des Vertrags von 1867 oblagen.

Genehmigen Sie, usw.

Der Staatsminister, Präsident der Regierung,
Eyschen

Beilage II.

Privatschreiben des Herrn Eyschen, Staatsminister und Regierungspräsidenten, an Herrn Mollard, französischen Gesandten in Luxemburg

Herr Minister!

Vor kurzem mußte ich Ihnen zu meinem lebhaften Bedauern die Absichten des Generals von Fuchs über Ihren Aufenthalt in Luxemburg mitteilen.

Wie ich mich beehrte, Ihnen zu sagen, hatte ich eine schriftliche Bestätigung der diesbezüglich von der Militärbehörde gefaßten Entscheidung erbeten.

Beiliegend die Abschrift eines Briefes, den ich soeben vom deutschen Gesandten erhalten habe.

Es ist mir versichert worden, daß man bei der Ausführung der Maßnahme nicht verfehlen werde, Ihnen gegenüber alle Ihrer Eigenschaft und Ihrer Person zukommenden Rücksichten zu nehmen.

Empfangen Sie den wiederholten Ausdruck meines Bedauerns und meiner vorzüglichen Hochachtung. Eyschen

Beilage III.

Seiner Exzellenz, dem Staatsminister Herrn Dr. Eyschen

Exzellenz!

Ich habe die Ehre, Sie entsprechend den Weisungen Seiner Exzellenz des Herrn Generals Fuchs zu bitten, gefälligst den französischen Gesandten,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Herrn Mollard, zu ersuchen, sobald als möglich Luxemburg zu verlassen und sich nach Frankreich zu begeben; andernfalls würden sich die deutschen Militärbehörden in die peinliche Notwendigkeit versetzt sehen, Herrn Mollard unter die Aufsicht einer militärischen Bedeckung zu stellen und im äußersten Falle zu seiner Verhaftung zu schreiten.

Genehmigen Sie, Exzellenz, bei dieser Gelegenheit die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

von Buch

Beilage IV.

Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg, an Se. Exz. Herrn Eyschen, Staatsminister, Präsidenten der Regierung von Luxemburg

Luxemburg, den 4. August 1914

Herr Minister!

Ich habe soeben Ihre Mitteilung erhalten und beuge mich vor der Gewalt.

Bevor ich Luxemburg verlasse, habe ich die Pflicht, mich um das Schicksal und die Sicherheit meiner Landsleute zu bekümmern. Da ich den Geist der Gerechtigkeit und der Billigkeit der luxemburgischen Regierung kenne, habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz zu bitten, sie unter Ihren hohen Schutz zu nehmen und über ihr Leben und ihre Habe zu wachen.

Ich möchte Ew. Exzellenz ebenfalls bitten, die Bewachung des Gesandtschaftsgebäudes und der Kanzleiräume zu sichern.

Ich würde Ew. Exzellenz sehr zu Dank verpflichtet sein, wenn Sie Ihrer Kgl. Hoheit der Frau Großherzogin die Versicherung meiner tiefen Ehrerbietung und gleichzeitig alle meine Entschuldigungen, daß ich sie Ihr nicht persönlich darbringen konnte, aussprechen wollten.

Indem ich Ihnen, Herr Minister, für alle Beweise der Zuneigung danke, die Sie mir zuteil werden ließen, bitte ich Sie, die erneute Versicherung meiner Hochachtung zu genehmigen.

Armand Mollard

Nr. 157

Notifikation der französischen Regierung an die Vertreter der Mächte in Paris

Nachdem die Kaiserlich Deutsche Regierung ihre bewaffneten Streitkräfte die Grenze hat überschreiten und sich auf französischem Gebiete verschiedenen Mord- und Plünderungsakten hat hingeben lassen; nachdem sie unter Mißachtung der Bestimmungen der Londoner Übereinkunft vom

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

11. Mai 1867 und der V. Haager Übereinkunft vom 18. Oktober 1907 über die Rechte und Pflichten der Mächte und Personen im Falle des Landkrieges (Artikel I und II), von Übereinkünften, die sie unterzeichnet hat, die Neutralität des Großherzogtums verletzt hat; nachdem sie unter Verletzung der ebenfalls von ihr unterzeichneten Verträge vom 19. April 1839 und der obgenannten Haager Übereinkunft an die Kgl. Belgische Regierung ein Ultimatum gerichtet hat mit dem Zweck, den Durchmarsch der deutschen Streitkräfte durch belgisches Gebiet zu fordern, hat sie am 3. August 1914 um 6 Uhr 45 nachmittags Frankreich den Krieg erklärt.

Unter diesen Umständen sieht sich die Regierung der Republik gezwungen, ihrerseits ebenfalls zur Gewalt der Waffen Zuflucht zu nehmen.

Sie hat infolgedessen mit Gegenwärtigem der Regierung von ... mitzuteilen, daß seit dem 3. August 1914 6 Uhr 45 nachmittags zwischen Frankreich und Deutschland der Kriegszustand besteht.

Die Regierung der Republik verwahrt sich bei allen zivilisierten Ländern und besonders bei den Signatarregierungen der obenerwähnten Übereinkünfte und Verträge, gegen Verletzung seiner internationalen Verpflichtungen durch das Deutsche Reich; sie macht alle Vorbehalte hinsichtlich der Wiedervergeltungsmaßregeln, zu deren Ergreifung sie sich gegenüber einem so wenig auf sein gegebenes Wort bedachten Feind veranlaßt sehen könnte.

Die Regierung der Republik, die die Grundsätze des Völkerrechts zu achten beabsichtigt, wird sich während der Dauer der Feindseligkeiten und unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit an die Bestimmungen der von Frankreich unterzeichneten internationalen Abkommen über das Kriegsrecht zu Lande und zu Wasser halten.

Die vorliegende Mitteilung, die gemäß Artikel 2 des III. Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 betreffend die Eröffnung der Feindseligkeiten, erstattet ist, wird der ... übergeben.

Paris, den 4. August 1914, um 2 Uhr nachmittags.

Nr. 158

Botschaft des Herrn Poincaré, Präsidenten der französischen Republik, verlesen bei der außerordentlichen Sitzung des Parlaments, am 4. August 1914

(Journal officiel vom 5. August 1914.)

(Die Kammer hat sich von ihren Sitzen erhoben und hört stehend die Verlesung der Botschaft an)

Meine Herren!

Frankreich ist soeben der Gegenstand eines brutalen und vorbedachten Angriffes geworden, der eine unverschämte Verhöhnung des Völkerrechts bedeutet. Bevor noch eine Kriegserklärung an uns gerichtet wurde, ja

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

noch bevor der deutsche Botschafter seine Pässe verlangt hatte, ist unser Gebiet verletzt worden. Erst gestern abend hat das Deutsche Reich verspätet einem von ihm bereits geschaffenen Zustande den richtigen Namen gegeben.

Seit mehr als vierzig Jahren haben die Franzosen in aufrichtiger Friedensliebe den Wunsch nach legitimen Wiederherstellungen in die Tiefe ihres Herzens zurückgedrängt.

Sie haben der Welt das Beispiel einer großen Nation gegeben, welche endgültig von der Niederlage durch Willenskraft, durch Ausdauer und durch Arbeit erholt, von ihrer erneuten und verjüngten Stärke nur im Interesse des Fortschritts und für das Wohl der Menschheit Gebrauch gemacht hat.

Seitdem das Ultimatum Österreichs eine drohende Krisis für ganz Europa heraufbeschwor, hat sich Frankreich dafür verwandt, überall eine Politik der Vorsicht, der Weisheit und der Mäßigung zu befolgen und zu empfehlen.

Man kann Frankreich keine Handlung, keine Gebärde, kein Wort vorhalten, das nicht friedlich und versöhnlich gewesen wäre.

In der Stunde der ersten Kämpfe darf es sich feierlich das Zeugnis ausstellen, daß es bis zum letzten Augenblick die äußersten Anstrengungen gemacht hat, um den Krieg zu beschwören, der nun ausgebrochen ist und für welchen das Deutsche Reich vor der Geschichte die erdrückende Verantwortung tragen wird. (Einstimmiger und wiederholter Beifall.)

Ja einen Tag, nachdem unsere Verbündeten und wir öffentlich die Hoffnung geäußert hatten, daß die unter den Auspizien des Londoner Kabinetts eingeleiteten Verhandlungen einen friedlichen Fortgang haben möchten, hat Deutschland Rußland plötzlich den Krieg erklärt, ist es in das Gebiet von Luxemburg eingefallen, hat es verhöhnende und beleidigende Anforderungen an die edle belgische Nation (lebhafter, einstimmiger Beifall), unsere Nachbarin und unsere Freundin gestellt, hat es versucht, uns in verräterischer Weise während noch diplomatische Verhandlungen im Gange waren, zu überrumpeln. (Neuer, einstimmiger und wiederholter Beifall.)

Aber Frankreich war auf der Hut. Ebenso vorsehend wie friedlich, hatte es sich vorbereitet, und unsere Feinde werden auf ihrem Wege unseren tapferen Bedeckungstruppen begegnen, welche an ihren Kampfplätzen sind und unter deren Schutz die Mobilisierung unserer gesamten Streitkräfte methodisch vollendet wird.

Unsere schöne und heldenmütige Armee, die Frankreich heute mit seinen mütterlichen Gefühlen begleitet (lebhafter Beifall), hat sich in heiliger Begeisterung erhoben, um die Ehre der Fahne und den Boden des Vaterlandes zu verteidigen. (Einstimmiger und wiederholter Beifall.)

Der Präsident der Republik, Dolmetscher der Einmütigkeit des Landes, versichert unsere Truppen zu Wasser und zu Lande der Bewunderung und des Vertrauens aller Franzosen. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Nation, in einem Geiste eng verbunden, wird ihre Kaltblütigkeit bewahren, für die sie seit Ausbruch der Krisis täglich Beweise gegeben hat. Wie immer wird sie es verstehen, den erhabensten Elan und den hehrsten Enthusiasmus mit jener Selbstbeherrschung zu vereinen, die ein Zeichen dauernder Willenskraft und die beste Gewähr des Sieges ist. (Beifall.)

In dem nunmehr anhebenden Kriege wird Frankreich auf seiner Seite das Recht haben, dessen ewig moralische Kraft die Völker ebensowenig wie die Einzelpersonen ungestraft verkennen dürfen. (Lebhafter, einstimmiger Beifall.)

Es wird heldenhaft verteidigt werden von allen seinen Söhnen, deren heilige Einheit vor dem Feinde durch nichts erschüttert werden wird, und die heute brüderlich versammelt sind in der gleichen Empörung gegen den Angreifer und in gleicher Treue zum Vaterlande. (Lebhafter, andauernder Beifall und Zwischenrufe: „Es lebe Frankreich!")

Es wird treulich sekundiert von Rußland, seinem Bundesgenossen (anhaltender, einstimmiger Beifall), es wird gestützt durch die loyale Freundschaft Englands (anhaltender, einstimmiger Beifall), und schon strömen ihm von allen Seiten der zivilisierten Welt die Sympathien und die Wünsche zu. Denn es vertritt heute wieder einmal vor der Allgemeinheit die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Vernunft. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

Empor die Herzen! Es lebe Frankreich! (Einstimmiger, anhaltender Beifall.)

Raymond Poincaré

Nr. 159

Rede des Herrn Ministerpräsidenten René Viviani, gehalten in der Deputiertenkammer am 4. August 1914

(Journal officiel vom 5. August 1914.)

Herr René Viviani, Ministerpräsident: „Meine Herren, der deutsche Botschafter hat gestern Paris verlassen, nachdem er uns den Kriegszustand angekündigt hatte.

Die Regierung schuldet dem Parlamente den wahrheitsgetreuen Bericht über die Begebenheiten, die in weniger als zehn Tagen den europäischen Krieg entfesselt und das friedliebende und starke Frankreich gezwungen haben, seine Grenze gegen einen Überfall zu verteidigen, dessen wohlberechnete Plötzlichkeit die gehässige Ungerechtigkeit unterstreicht.

Dieser Überfall, den nichts zu entschuldigen vermag und der begonnen hat, bevor eine Kriegserklärung ihn uns angekündigt hätte, ist der letzte Akt eines Planes, dessen Ursache und Ziel ich vor unserer Demokratie und vor der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt festzustellen beabsichtige.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Infolge des abscheulichen Verbrechens, das dem Erzherzog-Thronfolger von Österreich-Ungarn und der Herzogin von Hohenberg das Leben gekostet hat, sind zwischen dem Wiener und dem Belgrader Kabinett Schwierigkeiten entstanden.

Die meisten Mächte sind davon bis Freitag, den 24. Juli, nur halbamtlich unterrichtet worden, an welchem Tage ihnen die österreichisch-ungarischen Botschafter ein Rundschreiben zugestellt haben, welches die Presse veröffentlicht hat.

Dieses Rundschreiben sollte dazu dienen, ein am Vorabend vom österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad an Serbien gerichtetes Ultimatum zu erklären und zu rechtfertigen.

Indem es die Mitschuld zahlreicher serbischer Untertanen und Vereinigungen am Verbrechen von Serajewo darlegte, sprach dieses Ultimatum die Verdächtigung aus, daß sogar die offiziellen serbischen Behörden ihm nicht ferngestanden hätten. Es verlangte bis Sonnabend, den 25. Juli, abends 6 Uhr, von Serbien eine Antwort.

Die verlangten Genugtuungen, oder wenigstens mehrere von ihnen, verletzten unbestreitbar die Hoheitsrechte eines selbständigen Staates. Trotz ihres übertriebenen Charakters erklärte sich Serbien am 25. Juli bereit, sich ihnen fast vorbehaltslos zu unterwerfen.

An dieser Unterwerfung, die für Österreich-Ungarn einen Erfolg, für den europäischen Frieden eine Garantie bildete, waren die in Belgrad vom ersten Augenblick an erteilten Ratschläge Frankreichs, Rußlands und Großbritanniens nicht unbeteiligt.

Diese Ratschläge waren um so wertvoller, als die österreichisch-ungarischen Forderungen den Kanzleien des Dreiverbandes verheimlicht worden waren, denen in den drei vorhergehenden Wochen die österreichisch-ungarische Regierung zu wiederholten Malen die Versicherung gegeben hatte, ihre Forderungen würden außerordentlich mäßig sein.

Mit berechtigtem Erstaunen vernahmen deshalb die Pariser, Petersburger und Londoner Kabinette am 26. Juli, daß der österreichische Gesandte in Belgrad die serbische Antwort nach einer Prüfung von einigen Minuten als unannehmbar erklärt und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen habe.

Dieses Erstaunen wurde durch die Tatsache noch gesteigert, daß der deutsche Botschafter schon am Freitag, den 24. Juli, zum französischen Minister des Äußern gekommen war, um ihm eine mündliche Note vorzulesen, in der erklärt wurde, der österreichisch-serbische Konflikt müsse ohne Intervention der Großmächte örtlich beschränkt bleiben, widrigenfalls „unberechenbare Folgen" zu befürchten wären. Ein ähnlicher Schritt wurde Sonnabend, den 25. Juli, in London und in St. Petersburg gemacht.

Ist es notwendig, meine Herren, Sie darauf aufmerksam zu machen, wie sehr die bedrohlichen Worte des deutschen Botschafters in Paris mit den versöhnlichen Gefühlen im Widerstreite standen, von denen die Mächte

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

des Dreiverbandes durch die Serbien erteilten Ratschläge zur Unterwerfung Zeugnis abgelegt hatten?

Nichtsdestoweniger haben wir, ohne uns durch die ungewöhnliche Art des deutschen Schrittes abhalten zu lassen, im Einverständnisse mit unseren Verbündeten und unseren Freunden unverzüglich die Versöhnungsaktion eingeleitet und Deutschland eingeladen, sich daran zu beteiligen.

Zu unserem Bedauern mußten wir von Anfang an wahrnehmen, daß unsere Absichten und unsere Bemühungen in Berlin kein Echo fanden.

Nicht nur schien Deutschland keineswegs geneigt, Österreich-Ungarn die freundschaftlichen Ratschläge zu erteilen, die seine Stellung ihm erlaubt hätte zu geben, sondern von diesem Augenblick an und noch mehr in den folgenden Tagen schien es sich auch zwischen die Wiener Regierung und die von den anderen Mächten herrührenden vermittelnden Vorschläge zu stellen.

Dienstag, den 28. Juli, erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Diese Kriegserklärung, die in einem Zeitraum von drei Tagen die durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen geschaffene Lage der Dinge verschlimmerte, ließ auf einen überlegten Kriegswillen, auf einen systematischen Plan zur Unterjochung Serbiens schließen.

So stand nicht nur die Unabhängigkeit eines tapferen Volkes, sondern auch das durch den Bukarester Vertrag vom Jahre 1913 festgelegte und durch die moralische Zustimmung sämtlicher Großmächte geweihte Gleichgewicht der Balkanstaaten auf dem Spiele.

Auf die Anregung der britischen Regierung, die stets aufs äußerste auf die Erhaltung des europäischen Friedens bedacht war, wurden jedoch die Verhandlungen fortgesetzt oder, genauer ausgedrückt, versuchten die Mächte des Dreiverbandes sie fortzusetzen.

Aus diesem gemeinsamen Wunsche ist der Vorschlag einer Aktion von England, Frankreich, Deutschland und Italien zu vieren entstanden war, der bestimmt war, Österreich alle rechtmäßigen Genugtuungen zuzusichern und eine billige Beilegung des Konfliktes herbeizuführen.

Am Mittwoch, den 29., verfügte die russische Regierung, nachdem sie das fortdauernde Scheitern ihrer Bemühungen festgestellt hatte, angesichts der Mobilisation und der Kriegserklärung Österreichs, in Befürchtung einer militärischen Vernichtung Serbiens, als Vorsichtsmaßregel die Mobilisation von Truppen aus vier Militärbezirken, d. h. ausschließlich von längs der österreichisch-ungarischen Grenze staffelweise aufgestellten Formationen.

Gleichzeitig war sie darauf bedacht, die deutsche Regierung zu benachrichtigen, daß diese Maßnahmen, Österreich gegenüber begrenzt und ohne offensiven Charakter, in keiner Weise gegen Deutschland gerichtet sei.

In einer Unterredung mit dem russischen Botschafter in Berlin machte der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts keinerlei Schwierigkeiten, dies anzuerkennen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Andererseits stießen alle von Großbritannien mit der Zustimmung Rußlands und der Unterstützung Frankreichs gemachten Versuche, unter dem moralischen Patronat Europas die Verbindung zwischen Österreich und Serbien herzustellen, in Berlin auf eine ablehnende Voreingenommenheit, wofür die diplomatischen Telegramme den unumstößlichen Beweis liefern.

Es war dies eine beunruhigende Situation, die das Vorhandensein gewisser Hintergedanken in Berlin wahrscheinlich erscheinen ließ. Einige Stunden später sollten sich diese Vermutungen und Befürchtungen in Gewißheit umsetzen.

In der Tat verwandelte sich Deutschlands ablehnende Haltung sechsunddreißig Stunden später in geradezu bedrohliche Entschließungen: am 31. Juli schnitt Deutschland durch die Verkündigung des „Kriegsgefahrzustandes" die Verbindungen zwischen sich und dem übrigen Europa ab und verschaffte sich dadurch alle Freiheit, seine Kriegsvorbereitungen gegen Frankreich in aller Heimlichkeit fortzusetzen, die, wie Sie gesehen haben, nichts zu rechtfertigen vermochte.

Schon seit mehreren Tagen und unter schwer zu erklärenden Umständen hatte Deutschland den Übergang seiner Armee vom Friedens- auf den Kriegsfuß vorbereitet.

Schon am Morgen des 25. Juli, d. h. selbst vor dem Ablauf der Serbien von Österreich gegebenen Frist, hatte es die Garnisonen Elsaß-Lothringens konsigniert. Am nämlichen Tage hatte es die Verteidigungswerke an der Grenze in Kriegsbereitschaft gesetzt. Am 26. Juli hatte es den Eisenbahnen die vorbereitenden Konzentrationsmaßnahmen vorgeschrieben. Am 27. Juli hatte es die Requisitionen durchgeführt und seine Deckungstruppen aufgestellt. Am 28. Juli wurde mit den persönlichen Reservisteneinberufungen begonnen und die von der Grenze entfernten Truppenteile wurden an sie herangeschoben.

Konnten uns diese mit unerbittlicher Konsequenz ausgeführten Maßnahmen über Deutschlands Absichten noch im Zweifel lassen?

So war die Lage, als am Abend des 31. Juli die deutsche Regierung, die seit dem 24. durch keine positive Handlung an den Vermittlungsbemühungen des Dreiverbandes teilgenommen hatte, unter dem Vorwande, Rußland habe die allgemeine Mobilisation seiner Armeen angeordnet, an die russische Regierung ein Ultimatum richtete und innerhalb einer Frist von zwölf Stunden die Einstellung dieser Mobilisation verlangte.

Diese Forderung, die um so verletzender in ihrer Form war, als Kaiser Nikolaus II. einige Stunden vorher in einer Anwandlung spontanen Vertrauens den Deutschen Kaiser um Vermittlung angerufen hatte, wurde in dem Augenblicke gestellt, wo auf Ersuchen Englands und mit Wissen Deutschlands die russische Regierung eine Formel annahm, die geeignet war, eine friedliche Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes und der österreichisch-russischen Schwierigkeiten durch die gleichzeitige Einstellung der militärischen Operationen und Vorbereitungen in die Wege zu leiten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

An demselben Tage gesellten sich zu diesem wenig freundschaftlichen Schritt gegenüber Rußland ausgesprochen feindselige Vorkehrungen gegen Frankreich: Abbruch des Straßen-, Eisenbahn-, Telegraph- und Telephonverkehrs, Beschlagnahme der französischen Lokomotiven bei ihrer Ankunft an der Grenze, Aufstellung von Maschinengewehren auf dem Schienenstrang, der zuvor abgeschnitten worden war, Zusammenziehung der Truppen an dieser Grenze.

Von diesem Augenblick an war es uns nicht mehr erlaubt, an die Aufrichtigkeit der Friedensbeteuerungen zu glauben, mit denen uns Deutschlands Vertreter fortwährend überschüttete. (Bewegung.)

Wir wußten, daß Deutschland im Schutze des verkündeten „Kriegsgefahrzustandes" mobilisierte.

Wir erfuhren, daß sechs Reservistenklassen einberufen worden waren und daß die Konzentrationstransporte selbst für in beträchtlicher Entfernung von der Grenze liegende Armeekorps fortgesetzt wurden.

In dem Maße wie sich diese Begebenheiten abspielten, traf die achtsame und umsichtige Regierung von Tag zu Tag und selbst von Stunde zu Stunde die Verteidigungsmaßnahmen, die die Lage erforderte. Die allgemeine Mobilisation unserer Armeen zu Land und zu Wasser wurde angeordnet.

An demselben Abende 7½ Uhr erklärte Deutschland Rußland den Krieg, ohne sich durch die von dem Petersburger Kabinett erfolgte Annahme des englischen Vorschlages, von dem ich weiter oben gesprochen habe, davon abhalten zu lassen.

Tags darauf, Sonntag, den 2. August, überschritten die deutschen Truppen, ohne Rücksicht auf die außerordentliche Mäßigung Frankreichs, im Widerspruch mit den friedlichen Erklärungen des deutschen Botschafters in Paris, ungeachtet der Vorschriften des Völkerrechts, an drei verschiedenen Punkten unsere Grenze.

Zu gleicher Zeit fielen sie, unter Verletzung des 1867er Vertrages, durch den mit Preußens Unterschrift die Neutralität von Luxemburg gewährleistet wird, in das Gebiet des Großherzogtums ein und veranlaßten so den Einspruch der luxemburgischen Regierung.

Endlich wurde selbst Belgiens Neutralität bedroht: der deutsche Gesandte überreichte am Abend des 2. August der belgischen Regierung ein Ultimatum mit der Einladung, die militärischen Maßnahmen gegen Frankreich zu erleichtern, unter dem lügenhaften Vorwande, die belgische Neutralität werde von uns bedroht. Die belgische Regierung wies diese Zumutung zurück und erklärte, sie sei entschlossen, ihre Neutralität, die von Frankreich geachtet werde und durch die Verträge, im besonderen durch den König von Preußen verbürgt sei, energisch zu verteidigen. (Einstimmiger und anhaltender Beifall.)

Meine Herren, seither haben sich die Angriffe wiederholt, vermehrt und verschärft. An mehr als fünfzehn Stellen ist unsere Grenze verletzt worden. Gewehrschüsse wurden gegen unsere Soldaten und Grenzwächter

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

abgegeben. Es gab Tote und Verwundete. Gestern hat ein deutscher Militärflieger drei Bomben auf Lunéville geworfen.

Der deutsche Botschafter, dem wir, wie allen Großmächten, diese Vorfälle zur Kenntnis brachten, hat sie nicht in Abrede gestellt und darüber sein Bedauern nicht ausgesprochen. Dagegen kam er gestern abend zu mir, um seine Pässe zu verlangen und uns den Kriegszustand zu notifizieren, wobei er wider alle Wahrheit auf feindselige Handlungen hinwies, welche französische Flieger auf deutschem Boden im Eifelgebiet und sogar an der Eisenbahn bei Karlsruhe und Nürnberg begangen haben sollen. Hier das Schreiben, das er mir bei diesem Anlaß überreichte:

Herr Präsident,

Die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden haben eine gewisse Anzahl von ausgesprochenen feindseligen Handlungen festgestellt, die von französischen Militärfliegern auf deutschem Gebiete begangen wurden. Mehrere dieser Flieger haben offenkundig die belgische Neutralität verletzt, indem sie belgisches Gebiet überflogen; der eine hat versucht, Bauten bei Wesel zu zerstören, andere wurden über dem Eifelgebiet gesichtet, ein dritter hat auf die Eisenbahn bei Karlsruhe und Nürnberg Bomben abgeworfen.

Ich bin beauftragt und habe die Ehre, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß angesichts dieser Angriffe das Deutsche Reich sich im Kriegszustand mit Frankreich betrachtet, veranlaßt durch diese letztere Macht.

Gleichzeitig habe ich die Ehre, zur Kenntnis Ew. Exzellenz zu bringen, daß die deutschen Behörden die französischen Handelsschiffe in deutschen Häfen zurückbehalten, sie jedoch freigeben werden, wenn innerhalb 48 Stunden volle Reziprozität zugesichert wird.

Da meine diplomatische Mission hiermit beendigt ist, erübrigt mir nur noch, Ew. Exzellenz zu bitten, mir meine Pässe zuzustellen und die von ihr als nützlich erachteten Maßnahmen zu treffen, um mir und meinem Botschaftspersonal, sowie dem Personal der bayrischen Gesandtschaft und des deutschen Generalkonsulats in Paris die Rückkehr nach Deutschland zu sichern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung. gez. Schoen

Brauche ich, meine Herren, bei der Absurdität dieser Vorwände zu verweilen, die man als Beschwerden hinstellen möchte? Nie ist ein französischer Flieger in Belgien eingedrungen, kein einziger französischer Flieger hat, weder in Bayern noch in irgendeinem anderen Teile Deutschlands, irgendeine feindselige Handlung begangen. Die Meinung Europas hat bereits über diese erbärmlichen Erfindungen zu Gericht gesessen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Gegenüber diesen, alle Gesetze der Gerechtigkeit und alle Regeln des öffentlichen Rechtes verletzenden Angriffen haben wir sofort alle nötigen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Maßnahmen ergriffen; ihre Durchführung erfolgt in strengster Methodik und absoluter Kaltblütigkeit.

Die Mobilmachung des russischen Heeres vollzieht sich ebenfalls mit bemerkenswerter Energie und unter rückhaltloser Begeisterung. (Die ganze Kammer erhebt sich. — Anhaltender allgemeiner Beifall.)

Die in der Stärke von 250000 Mann mobilisierte belgische Armee schickt sich an, von herrlicher Kampfeslust beseelt, die Neutralität und Unabhängigkeit ihres Landes zu verteidigen. (Erneuter allgemeiner und lebhafter Beifall.)

Die ganze englische Flotte ist mobilisiert und der Befehl zur Mobilmachung des Landheeres ist erlassen. (Sämtliche Abgeordnete erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

Seit 1912 hatten zwischen dem englischen und französischen Generalstab Besprechungen stattgefunden,* die in einem Briefwechsel zwischen Sir Edward Grey und Herrn Paul Cambon ihren Abschluß fanden. Der Staatssekretär des Äußern hat gestern abend im englischen Unterhause die gewechselten Briefe mitgeteilt, und ich habe die Ehre, im Einvernehmen mit der britischen Regierung hiermit den Inhalt dieser beiden Schriftstücke zu Ihrer Kenntnis zu bringen:

FOREIGN OFFICE

„London, den 22. November 1912

Mein lieber Botschafter!

Im Laufe der letzten Jahre haben die Generalstäbe des Heeres und der Marine Frankreichs und Großbritanniens zu wiederholten Malen ihre Ansichten ausgetauscht. Es wurde dabei immer angenommen, daß dieser gegenseitige Gedankenaustausch in keiner Weise die Freiheit der einen oder anderen Regierung beeinträchtige, in irgendeinem späteren Zeitpunkt sich darüber schlüssig zu machen, ob sie der anderen mit ihrer bewaffneten Macht beistehen soll oder nicht. Wir haben angenommen, daß ein Meinungsaustausch zwischen Fachleuten keine Verpflichtung bedeute und auch nicht als eine solche betrachtet werden dürfe, wodurch die eine oder die andere Regierung dazu genötigt werde, in einem gegebenen Falle zu intervenieren, der noch nicht eingetreten ist und möglicherweise nie eintreten wird. So beruht z. B. die gegenwärtige Verteilung der französischen und englischen Flotten nicht auf der Verpflichtung eines Zusammenwirkens in Kriegszeit.

Sie haben indessen darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die eine oder andere Regierung ernste Gründe dafür hätte, einen Angriff ohne Herausforderung seitens einer dritten Macht zu befürchten, es für sie wesentlich würde, zu wissen, ob sie in diesem Falle auf die militärische Hilfe der anderen Macht zählen könnte.

---

* Die Besprechungen setzen bereits mit dem Jahre 1906 ein. Vgl. Colonel Repington: The First World War 1914—1918. Vol. I, S. 1ff.
S. auch den folgenden Brief von Paul Cambon.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich bin einverstanden, daß, wenn die eine oder andere Regierung ernste Gründe hat, einen Angriff ohne Herausforderung seitens einer dritten Macht oder sonst einen den allgemeinen Frieden bedrohenden Vorfall zu befürchten, diese Regierung sofort mit der anderen zu prüfen hätte, ob sie nicht beide zusammen vorgehen sollten, um den Angriff zu verhindern und den Frieden zu erhalten, und in diesem Fall nach den Maßnahmen zu suchen, die sie gemeinsam zu treffen geneigt wären. Sollten diese Maßnahmen eine militärische Aktion in sich schließen, so würden sofort die Pläne der Generalstäbe in Betracht gezogen werden und die beiden Regierungen würden alsdann beschließen, welche Folge ihnen zu geben sich empfehle.

Ihr ergebener gez. E. Grey"

Auf dieses Schreiben antwortete unser Botschafter, Herr Paul Cambon, unterm 23. November wie folgt:

„London, den 23. November 1912

Lieber Sir Edward!

Durch Ihr Schreiben von gestern, dem 22. November, haben Sie mich daran erinnert, daß in den letzten Jahren die Militär- und Marinebehörden Frankreichs und Großbritanniens sich von Zeit zu Zeit besprochen hätten; dabei sei immer angenommen worden, daß diese Besprechungen die Freiheit der beiden Regierungen nicht beschränkten, später sich darüber schlüssig zu machen, ob sie sich gegenseitig mit bewaffneter Macht beistehen wollten; diese Besprechungen unter Fachleuten seien beiderseitig nie so aufgefaßt worden und dürften nicht so aufgefaßt werden, als ob sie unsere Regierungen in gewissen Fällen zum Einschreiten verpflichten sollten; ich hätte Sie indessen darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die eine oder andere Regierung ernste Gründe hätte, seitens einer dritten Macht einen Angriff ohne Herausforderung zu befürchten, es für sie wesentlich würde, zu wissen, ob sie auf den bewaffneten Beistand der anderen Macht zählen könnte.

Ihr Schreiben enthält die Antwort auf diese Bemerkung, und ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß in dem Falle, wo eine unserer beiden Regierungen einen ernsten Grund hätte, sei es den Angriff einer dritten Macht, sei es irgendeinen den allgemeinen Frieden bedrohenden Vorfall zu befürchten hätte, diese Regierung im Verein mit der anderen sofort zu prüfen hätte, ob die beiden Regierungen gemeinsam vorgehen sollten, um dem Angriff vorzubeugen oder den Frieden zu erhalten. In diesem Falle würden beide Regierungen über die Maßnahmen beraten, die sie gemeinsam zu treffen geneigt wären; sollten diese Maßnahmen eine militärische Aktion in sich schließen, so würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe in Betracht ziehen und alsdann beschließen, welche Folgen ihnen zu geben sei.

Ihr ergebener gez. Cambon"

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Staatssekretär des Äußern hat im Unterhaus, unter dem Beifall der Abgeordneten, in schwungvollen und warmen Worten von Frankreich gesprochen, und seine Sprache hat in allen französischen Herzen schon starken Widerhall gefunden. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) Es liegt mir sehr daran, im Namen der französischen Regierung der englischen Regierung von der Tribüne herab für ihre herzlichen Worte zu danken, und das französische Parlament wird sich dieser Gefühlsäußerung anschließen. (Erneuter anhaltender und allgemeiner Beifall.)

Der Staatssekretär des Äußern hat insbesondere folgende Erklärung abgegeben:

„In dem Falle, daß das deutsche Geschwader in den Kanal eindringen oder die Nordsee hinauffahren sollte, um die britischen Inseln in der Absicht zu umschiffen, die französischen Küsten oder die französische Kriegsflotte anzugreifen und die französische Handelsflotte zu beunruhigen, so würde das englische Geschwader eingreifen, um der französischen Flotte seinen ganzen Schutz zu gewähren, so daß von diesem Augenblicke an England und Deutschland sich im Kriegszustande befänden." (Erneuter anhaltender Beifall.)

Die englische Flotte deckt also von jetzt an unsere Nord- und Ostküste gegen einen deutschen Angriff.

Das, meine Herren, sind die Tatsachen. Ich glaube, in ihrer engen Verkettung genügen sie, um die Handlungen der Regierung der Republik zu rechtfertigen. Ich will immerhin aus dieser Darstellung den Schluß ziehen und die wahre Bedeutung des unerhörten Angriffs, dessen Opfer Frankreich ist, klarlegen.

Die Sieger von 1870 haben, wie Sie wissen, zu wiederholten Malen den Wunsch gehabt, die Schläge, die sie uns beigebracht hatten, zu verdoppeln. Im Jahre 1875 ist der Krieg, der das besiegte Frankreich zugrunde richten sollte, einzig durch das Eingreifen der beiden Mächte verhindert worden, mit denen uns nachher Bündnis und Freundschaftsbande verbinden sollten (allgemeiner Beifall), durch die Intervention Rußlands und Großbritanniens. (Alle Abgeordneten erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

Seither ist es der französischen Republik durch die Wiederherstellung ihrer nationalen Kräfte und den Abschluß diplomatischer Übereinkommen, die sie immer treulich beobachtete, gelungen, sich von dem Joche zu befreien, unter das Bismarck selbst mitten im Frieden Europa zu beugen verstanden hatte.

Sie hat das europäische Gleichgewicht, den Bürgen der Freiheit und der Würde eines jeden, wieder hergestellt.

Meine Herren, ich weiß nicht, ob ich mich täusche, aber es scheint mir, als ob es dieses Werk friedlicher Wiederherstellung, der Befreiung und der Würde, das in den Jahren 1904 und 1907 unter der genialen Mitwirkung des Königs Eduard VII. von England und der Regierung der Krone endgültig besiegelt wurde (lebhafter Beifall), ist, was das Deutsche Reich heute durch einen kühnen Gewaltstreich zerstören möchte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutschland kann uns nichts vorwerfen.

Wir haben dem Frieden ein Opfer ohnegleichen gebracht, indem wir die uns von Deutschland geschlagene Wunde während eines halben Jahrhunderts stillschweigend von unserer Seite ertrugen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Wir haben noch in andere Opfer eingewilligt bei all den Verhandlungen, welche die Kaiserliche Diplomatie seit 1904 systematisch heraufbeschwor, sei es in Marokko, sei es anderswo, 1905 wie 1906, 1908 wie 1911.

Auch Rußland hat anläßlich der Ereignisse von 1908, wie in der gegenwärtigen Krise, eine große Mäßigung bewiesen.

Es hat, und mit ihm der Dreiverband, die gleiche Mäßigung beobachtet, als in der orientalischen Krise von 1912 Österreich und Deutschland sowohl gegenüber Serbien als gegenüber Griechenland Forderungen stellten, die, wie die seitherige Entwicklung zeigte, immerhin diskutierbar waren.

Unnütze Opfer, unfruchtbare Vergleiche, vergebliche Bemühungen, da wir und unsere Verbündeten heute mitten in der Verständigungsaktion unversehens überfallen wurden. (Anhaltender Beifall.)

Niemand kann heute in gutem Glauben uns für die Angreifenden halten. Vergeblich sucht man die heiligen Grundsätze von Recht und Freiheit, welche die Völker wie die einzelnen Menschen leiten, zu verwirren: Italien, im klaren Bewußtsein des lateinischen Genius, hat uns erklärt, daß es neutral zu bleiben gedenke. (Alle Abgeordneten erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

Diese Entschließung hat in ganz Frankreich ein Echo der aufrichtigsten Freude gefunden. Ich habe mich zum Dolmetsch dieser Freude dem italienischen Geschäftsträger gegenüber gemacht und ihm gesagt, wie sehr ich mich glücklich schätze, daß die beiden lateinischen Schwesternationen, die denselben Ursprung und daselbe Ideal haben und auf eine gemeinsame ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken, sich nicht im Gegensatz zueinander befinden. (Erneuter Beifall.)

Was man angreift, meine Herren — wir erklären es laut und deutlich—, das ist diese Unabhängigkeit, diese Würde, diese Sicherheit, die der Dreiverband dem Dienste des Friedens im Gleichgewicht wiedererworben hat.

Was man angreift, das sind die Freiheitsrechte Europas, deren Verteidiger zu sein Frankreich, seine Verbündeten und seine Freunde stolz sind. (Lebhafter Beifall.)

Diese Freiheitsrechte wollen wir verteidigen; denn sie sind im Spiele und alles übrige war bloß Vorwand.

Das ungerecht herausgeforderte Frankreich hat den Krieg nicht gewollt; es hat alles getan, um ihn abzuwenden. Nachdem er ihm aber aufgedrängt wurde, wird es sich gegen Deutschland und gegen jede andere Macht verteidigen, die ihre Gesinnung noch nicht kundgegeben hat und die sich an der Seite der letztgenannten Macht am Kriege zwischen den beiden Mächten beteiligen sollte. (Alle Abgeordneten erheben sich. — Beifall.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ein freies und starkes Volk, das einem Jahrhunderte alten Ideal treu bleibt und geschlossen zusammensteht für die Erhaltung seiner Existenz; eine Demokratie, die es verstanden hat, ihrer militärischen Kraftanstrengung die richtige Bahn zu weisen und die letztes Jahr vor neuen Lasten nicht zurückschreckte, um auf die Rüstungen des Nachbarstaates zu antworten; eine Nation in Waffen, die für ihr eigenes Dasein und für die Unabhängigkeit Europas kämpft — das ist das Schauspiel, das den Zeugen dieses furchtbaren Kampfes, der seit einigen Tagen in aller Ruhe und Ordnung sich vorbereitet, darzubieten wir uns zur Ehre machen. Wir sind ohne Fehl; wir werden auch ohne Furcht sein. (Sämtliche Abgeordnete erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

Frankreich hat schon wiederholt unter weniger günstigen Verhältnissen bewiesen, daß es der gefürchtetste Gegner ist, wenn es, wie es heute der Fall ist, für Recht und Freiheit kämpft. (Beifall.)

Indem wir Ihnen, meine Herren, die Sie unsere Richter sind, unsere Handlungen unterbreiten, haben wir, um die Last dieser schweren Verantwortung zu tragen, den Trost eines guten Gewissens und die Gewißheit erfüllter Pflicht. (Alle Abgeordneten erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

René Viviani

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

VII. Abschnitt

Erklärung des Dreiverbandes

(4. September 1914)

Nr. 160

Erklärung

Herr Delcassé, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, an die Herren französischen Botschafter und Gesandten im Auslande

Paris, den 4. September 1914

Folgende Erklärung ist heute vormittag im Londoner Foreign Office unterzeichnet worden.

„Die Unterzeichneten, von ihren betreffenden Regierungen entsprechend dazu bevollmächtigt, geben folgende Erklärung ab:

Die britische, französische und russische Regierung verpflichten sich gegenseitig, im Verlaufe des gegenwärtigen Krieges keinen Sonderfrieden zu schließen.

Die drei Regierungen kommen überein, daß, wenn der Augenblick zur Erörterung der Friedensbedingungen gekommen sein wird, keine der verbündeten Mächte ohne vorheriges Einvernehmen mit jedem der anderen Verbündeten Friedensbedingungen stellen darf*.

Gez. Paul Cambon
Graf Benckendorff
Edward Grey"

Obige Deklaration wird heute veröffentlicht werden.

Delcassé

* Aus der Schrift „Das Verhör Koltschaks", herausgegeben von K. A. Popoff, Staatsverlag, Leningrad 1925, geht jetzt hervor, daß zu dieser Erklärung eine Geheimklausel bestanden hat, wonach der Abschluß eines Separatfriedens für Frankreich bei der Besetzung von Paris, für England bei der Landung deutscher Truppen auf englischem Boden und für Rußland beim Eintreten einer Revolution zulässig war.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wir führen die entsprechende Stelle in Übersetzung aus dem angeführten Buch, „Das Verhör Koltschaks", Seite 62 ff., an:

Koltschak: „. . . Die allgemeine Anschauung war, daß der Krieg unbedingt fortgesetzt werden müsse, da wir mit solchen Verpflichtungen an die Bundesgenossen gebunden waren, daß unser Ausscheiden aus dem Kriege derartige Folgen haben würde, daß ein Friedensschluß mit Deutschland unter diesen Umständen den vollen Sieg Deutschlands bedeuten würde, welches unverzüglich die Verbündeten schlagen und uns seinen Willen in einer für uns kaum annehmbaren Form aufzwingen würde."

Alexejewski: „War Ihnen damals oder später bekannt, daß ein am 9. September 1914 zwischen Rußland, Frankreich und England geschlossenes Abkommen darüber existierte, daß bei gewissen Umständen von jedem der drei Staaten ungeachtet der Bestimmung des offiziellen Wortlauts, daß niemand einen Separatfrieden abschließen kann, ein solcher Frieden geschlossen werden darf? Diese Bedingung war für Rußland die Revolution."

Koltschak: „Ich höre zum erstenmal davon."

Alexejewski: „War Ihnen bekannt, daß der Gehilfe des Außenministers Neratow vor dem bolschewistischen Umsturz mehrere Dokumente des Außenministeriums an sich genommen hat? Er blieb im Ministerium unter der ersten Regierung und war die Hauptarbeitskraft im Außenministerium, weil weder Miljukow, noch besonders Tereschtschenko zur Führung der Geschäfte genügend vorbereitet waren. Das Dokument, von dem ich spreche, hat die Kommission nicht in Händen gehabt, ich hörte aber von einer zuverlässigen Persönlichkeit, die dem Außenministerium angehörte, daß ein solches Dokument existiert hat. Für Frankreich war dieser Umstand, der den Abschluß eines Separatfriedens zuließ, die Besetzung von Paris; für England die Landung deutscher Truppen auf englischem Boden und für uns die Revolution."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Anhang I

Die echte Denkschrift des General Ludendorff

vom Dezember 1912*

I. Teil

Die militärpolitische Lage Deutschlands

Dem bewaffneten Zusammenstoß zweier der großen Militärmächte Europas wird, bedingt durch die wechselseitigen Verträge, der Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges folgen. In einem solchen verfügt die Triple-Entente über die gesamten Land- und Seestreitkräfte Frankreichs, soweit erstere nicht in Nordafrika gefesselt sind, über die englische Seemacht und das englische Expeditionskorps und über die Kräfte Rußlands in Europa mit Ausnahme einiger Heeresteile, die wahrscheinlich zur Unterdrückung innerer Unruhen zurückgehalten werden müssen.

Diesen Kräften der Triple-Entente gegenüber verfügt der Dreibund über das gesamte deutsche Heer und die deutsche Flotte, sowie, mit nachstehenden Einschränkungen, über die Land- und Seestreitkräfte Österreich-Ungarns, Italiens und wohl auch Rumäniens.

Solange eine endgültige Entspannung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nicht eingetreten ist, wird ersteres gezwungen sein, bei einem Kriege gegen Rußland Truppen an seinen Balkangrenzen zurückzulassen. In derselben Zwangslage wird sich voraussichtlich Rumänien gegenüber Bulgarien befinden, solange nicht zwischen diesen Staaten ein befriedigendes Abkommen getroffen ist.

Die Einwirkung der erstarkenden Balkanstaaten auf die militärische Lage unseres benachbarten Verbündeten im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges kann noch nicht in ihrem vollen Umfange klargelegt werden. Sicher ist, daß Österreich sich mit dem Entstehen neuer Militärmächte auf dem Balkan abzufinden haben wird. Eine Verstärkung seiner Kraft ist unabweisbar nötig.

* Entnommen aus: „Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg. Ein Beitrag zur „Schuld" am Kriege. Von Ludendorff. E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1919.

Vgl. Gelbbuch Nr. 2, in der die gefälschte Denkschrift veröffentlicht ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ebenso ist die Wehrmacht Italiens durch den noch nicht gefestigten Erwerb seiner neuen afrikanischen Besitzungen mehr als bisher in einer Richtung in Anspruch genommen, die nicht in der Linie der großen politischen Ziele des Dreibundes liegt. Es sind also bei unseren beiden Bundesgenossen Verhältnisse zu berücksichtigen, die wesentlich bei der Einschätzung des militärischen Gewichtes mitsprechen, das der Dreibund in die Wagschale eines europäischen Krieges werfen kann.

Gewiß bildet der Dreibund zur Zeit einen geeinten Staatenbund von größter politischer Bedeutung. Will man aber, den Kriegsfall vorausgesetzt, seine militärische Kraft richtig bewerten, so darf man sich nicht damit begnügen, die zahlenmäßig aufgeführte Gesamtsumme seiner Bataillone den Kriegsmitteln der Triple-Entente gegenüber aufzurechnen, sondern man muß feststellen, welches Maß von Kraft im Kriegsfall jeder einzelne Staat des Dreibundes zu gemeinsamem Handeln einsetzen kann und einsetzen wird. Nur dann kommt man zu einer richtigen Beurteilung der zu gemeinsamem Zweck verfügbaren Mittel.

In einem Kriege des Dreibundes gegen die Triple-Entente wird Österreich schon aus Selbsterhaltungstrieb seine ganze Kraft, soweit sie nicht durch die Haltung der oder eines der Balkanstaaten gefesselt ist, gegen Rußland aufbieten. Es wird infolge der durch die albanische Frage bewirkten Annäherung an Italien augenblicklich seine Südwestgrenze unbesetzt lassen können. Das ist für die heutige Lage von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Für Deutschland ist das Einsetzen seiner gesamten Wehrmacht selbstverständlich. Italien hat aber an einem allgemeinen europäischen Kriege, der aus einem Konflikt zwischen Österreich und Rußland entspringt, kein vitales Interesse. Während Deutschland und Österreich um ihre Existenz kämpfen, wird Italien kaum bedroht sein, es wird nicht direkt angegriffen werden. Denn weder Frankreich noch England werden während eines Krieges mit Deutschland in der Lage sein, Expeditionskorps nach Italien zu entsenden. Wenn Italien seine Küsten einigermaßen schützt, wird ihm nichts Ernstliches zustoßen können. Nimmt es also am Kriege teil, so wird es dies tun, nicht weil es wie Deutschland und Österreich einen Lebenskampf führen muß, sondern auf Grund seiner Verträge, und es ist ziemlich sicher zu erwarten, daß mit einem rücksichtslosen und bis zum äußersten gehenden Einsetzen seiner militärischen Kraft nicht gerechnet werden darf. Es wird hinhaltend und vorsichtig operieren und abwarten, wie die Ereignisse jenseits der Alpen verlaufen, um sich ohne wesentliche Verluste zurückziehen zu können, wenn die beiden anderen Verbündeten Rückschläge erleiden sollten.

In dieser Ansicht bestärken mich die Besprechungen, die ich in den letzten Tagen mit einem hierher gesandten Vertreter des italienischen Generalstabes gehabt habe. Unter allerlei Vorwänden wird Italien, wie ich festgestellt habe, seine dritte Armee, deren Transport an den oberen Rhein seit langen Jahren von uns bearbeitet ist, nicht schicken. Damit fallen für Deutschland fünf Armeekorps und zwei Kavallerie-Divisionen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gegen Frankreich aus. Diesem und England gegenüber werden wir ohne direkte Hilfe allein dastehen.

Ferner darf bei der Einschätzung der militärischen Machtmittel des Dreibundes über die Augenblickslage hinaus nicht übersehen werden, daß zwar zur Zeit ein Zusammengehen Österreichs und Italiens stattfindet, daß aber aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn die Balkanfrage geregelt sein wird, der latente Gegensatz zwischen den beiden Mächten wieder in den Vordergrund treten und eine österreichische Aktion gegen Rußland schwächen wird. Abgesehen hiervon wird diese Regelung der Balkanfrage, wenn sie für Österreich nicht in der Form eines vollen Sieges — sei es politisch oder militärisch — erfolgt, für den Dreibund einen Verlust an Prestige, für Österreich selbst eine unberechenbare Schwächung zur Folge haben. Die Monarchie wird damit unaufhaltsam der inneren Zersetzung verfallen. Das muß man im Auge behalten.

Der Dreibund ist als Defensivbündnis geschlossen worden. Er trägt alle Schwächen eines solchen in sich. Wird einer der drei verbündeten Staaten angegriffen, so müssen die beiden anderen für ihn eintreten, also, ohne selbst angegriffen zu sein, in einen Krieg ziehen, für den vielleicht in der Nation weder Neigung noch Verständnis vorhanden ist. Nur dann aber, wenn das gesamte Volk von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß mit der Schädigung der Bundesgenossen auch eigene Lebensinteressen gefährdet sind, wird die Opferwilligkeit in ihm aufleben, deren jeder Staat in unserer Zeit, die keine Kabinettskriege mehr will, bedarf, um einen energischen Krieg führen zu können.

Ebenso wie der Dreibund bezeichnet sich die Triple-Entente als ein Defensivbündnis, aber während der Gedanke der Abwehr dem Dreibundabkommen in ausgesprochenster Weise zugrunde liegt, sind in der Triple-Entente starke offensive Tendenzen vorhanden, d. h. positive Ziele, deren Erreichung den in ihr vereinigten Staaten erstrebenswert erscheinen muß: Rußland hat den begreiflichen Wunsch, sich durch Niederwerfung Österreichs als slawische Vormacht in Europa durchzusetzen, durch Vermittlung Serbiens sich den Weg zur Adria zu öffnen. Österreich hat das defensive Interesse, dies zu hindern.

Frankreich hat den Wunsch, die verlorenen Provinzen wiederzugewinnen und Revanche zu nehmen für die Niederlagen von 1870. Deutschland will dagegen nur seinen Besitzstand wahren.

England hat den Wunsch, sich mit Hilfe seiner Verbündeten von dem Albdruck der deutschen Seemacht zu befreien. Deutschland denkt nicht an eine Vernichtung der englischen Flotte, auch hier will es sich nur verteidigen. Überall also offensive Ziele auf der einen, defensive auf der anderen Seite. Das bedeutet für den Kriegsfall eine größere innere Stärke der Triple-Entente dem Dreibund gegenüber, denn in dem Streben nach bestimmten Zielen, also in der Offensive, liegt ebenso wie auf politischem Gebiete auch in der Kriegsführung die stärkere Kampfform.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Man kann das Wesen des Dreibundes, nicht nur in der gegenwärtigen politischen Spannung, sondern voraussichtlich auch auf weiter hinaus, kurz so charakterisieren: Der politisch am meisten bedrohte Teil der drei Kontrahenten ist Österreich, der militärisch bedrohteste Deutschland, der politisch und militärisch am wenigsten interessierte Italien. Kommt es zum Kriege, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß seine Hauptlast auf den Schultern des von drei Seiten her durch seine Gegner umklammerten Deutschland liegen wird.

Trotzdem werden wir, wenn es gelingt, den casus belli so zu formulieren*, daß die Nation einmütig und begeistert zu den Waffen greift, unter den augenblicklichen Verhältnissen auch den schweren Aufgaben noch mit Zuversicht entgegensehen können. Die numerische Stärke unseres Heeres, die der Waffenfähigkeit des Landes in bezug auf seine waffentaugliche Mannschaft seit langem nicht mehr entspricht, genügt aber, wie ich später nachweisen werde, nicht, um den Aufgaben der Zukunft gewachsen zu sein.

Wir werden, wenn sich die politische Lage Europas nicht ändert, der zentralen Stellung Deutschlands entsprechend, immer genötigt sein, nach mehreren Seiten Front zu machen und daher uns nach einer Seite mit schwächeren Kräften defensiv halten müssen, um nach der anderen offensiv werden zu können. Diese Seite kann immer nur Frankreich sein. Hier ist eine rasche Entscheidung zu erhoffen, während ein Offensivkrieg nach Rußland hinein ohne absehbares Ende sein würde. Um aber gegen Frankreich offensiv zu werden, wird es nötig sein, die belgische Neutralität zu verletzen**. Nur bei einem Vorgehen über belgisches Gebiet kann man hoffen, das französische Heer in freiem Felde angreifen und schlagen zu können. Wir werden auf diesem Wege das englische Expeditionskorps und — wenn es nicht gelingt, mit Belgien zu einem Vertrage zu kommen — auch die belgischen Truppen vor uns finden. Gleichwohl ist diese Operation aussichtsreicher als ein frontaler Angriff gegen die befestigte französische Ostfront. Ein solcher Angriff würde der Kriegsführung den Charakter des Festungskrieges aufzwingen, viel Zeit kosten und dem Heere den Schwung und die Initiative nehmen, deren wir um so mehr bedürfen, je größer die Zahl der Feinde ist, mit denen wir abzurechnen haben.

Würde Italien heute noch wie vor 20 Jahren, als gemeinsame Offensive verabredet wurde, bereit sein, in der damals geplanten energischen Weise

---

* General von Moltke hatte Sorge, daß Österreich-Ungarn sich zu übereilten Schritten hinreißen ließ, die uns Verwickelung brächten, ohne daß sie unsere Lebensinteressen berühren. Zudem war das Zutrauen des Generals von Moltke zu unserer diplomatischen Leitung gering. Er zweifelte daran, daß sie im kritischen Augenblick das Richtige finden würde. (Anmerkung Ludendorffs.)

** Von der „Verletzung der belgischen Neutralität" wurde im Generalstabe stets in der Verbindung gesprochen, daß wir nicht abwarten wollten, bis die Abmachungen Belgiens mit der jetzigen Entente im Fall des aufgedrungenen Krieges offensichtlich werden. Das vorhandene Material hatte dem General Graf von Schlieffen genügt, jenen Durchmarsch durch Belgien im Aufmarsch festzulegen. (Anmerkung Ludendorffs.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

an der Kriegführung teilzunehmen, so würde man der vereinigten deutsch-italienischen Operation einen fast sicheren Erfolg zusprechen können. Leider ist dies nicht mehr der Fall. Die Hilfe Italiens wird über die Fesselung verhältnismäßig schwacher französischer Kräfte gegenüber der Alpengrenze nicht hinausgehen. Deutschland ist auf seine eigene Kraft angewiesen, es kann daher nicht stark genug sein.

Ist es so einerseits nötig, die aktive Wehrkraft des Deutschen Reiches wesentlich zu erhöhen, so springt andererseits die Wichtigkeit der Verstärkung unserer Befestigungen an der Ostfront, also dort, wo wir gezwungen sein werden, uns defensiv zu verhalten, in die Augen.

Die Anlage* trägt vorstehend geschilderter Lage und den Stärkeverhältnissen Rechnung, wie sie nach diesseitiger Beurteilung für den derzeitigen Kriegsfall einzusetzen sein werden. Sie zeigt klar die Schwierigkeiten, mit denen der Dreibund und in erster Linie Deutschland zu rechnen hat. Die Zahlen sprechen für sich selbst.

In der Anlage unter I sind die Kräfte, die Deutschland bei einem Kriege gegen die Triple-Entente im Westen ins Feld stellen kann, in Bataillonen, Schwadronen und Batterien den auf seiten Frankreichs und Englands verfügbaren Kräften gegenüberstellt. Die Tabelle ergibt eine Unterlegenheit Deutschlands um 124 Bataillone; wenn Belgien dem Gegner zugerechnet wird, um 192 Bataillone. Die italienische Armee ist — da sie nicht kommt — fortgelassen; dafür die französische Alpenarmee, die durch Italien gefesselt sein wird, ebenfalls in Abrechnung gebracht. Wäre die dritte italienische Armee nach Deutschland gebracht, so würden beide Verbündete eine geringe Überlegenheit gehabt haben. Ob aber Italien jetzt 2 oder 12 Armeekorps hinter seiner Alpengrenze versammelt, ist für uns belanglos. Ein Forcieren dieser Grenze ist außerordentlich schwierig. Bis sie geöffnet ist, wird das gesamte italienische Heer mit Gewehr bei Fuß im Lande stehen, ohne einen Schuß abgeben zu können. Deutschland muß den Entscheidungskampf allein führen. Während es im Jahre 1870 neben starkem artilleristischem Übergewicht eine infanteristische Überlegenheit von 106 Bataillonen über Frankreich hatte und sich mit gesichertem Rücken nur gegen diesen einen Gegner schlug, muß es den Krieg gegen Frankreich jetzt, allerdings noch mit einer geringen artilleristischen Überlegenheit, aber mit großer Unterlegenheit von Infanterie führen und wird dabei auch im Rücken von Rußland angegriffen sein. Die Überlegenheit unserer artilleristischen Ausrüstung beruht zur Zeit auf der stärkeren Entwicklung des Steilfeuers (Feldhaubitzen) und unserer schweren Artillerie des Feldheeres. Daneben sind wir auch in unserer Ausrüstung an Feldküchen und Zelten und in unserer Infanteriebewaffnung den Franzosen noch voraus. Der Ausgleich hierin ist aber für Frankreich nur eine Geldfrage. Es wird uns auf diesen Gebieten mit der Zeit einholen und kann uns

* Ist nicht in meinem Besitz. Sie enthielt eine Aufrechnung unserer Streitkräfte und der unserer voraussichtlichen Gegner. (Anmerkung Ludendorffs.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

selbst überholen. Nicht überholen kann es uns dagegen in der Zahl der waffenfähigen Mannschaft, die uns zur Verfügung steht, wenn wir sie dem Heere dienstbar machen.

Nach Teil II der Anlage verfügt im Osten Rußland über eine sehr erhebliche numerische Überlegenheit. Die Gegenüberstellung der Kräfte, die Deutschland, Österreich und Rumänien zusammen gegen Rußland ins Feld stellen können, ergibt eine russische Übermacht von 374 Bataillonen, 319 Schwadronen und 82 Batterien. Augenblicklich ist Rußland mit der Reorganisation seines Heeres, mit seiner Ausrüstung und seiner Bewaffnung noch sehr im Rückstand. Zur Zeit würde daher auch ihm gegenüber der Dreibund einen Waffengang trotz seiner numerischen Unterlegenheit nicht zu scheuen brauchen. Wer aber mit der Zukunft rechnet, wird sich vor Augen halten, daß Rußland bei den ungeheuren Summen, die es auf die Verbesserung seines Heeres verwendet, mit jedem Jahre mehr erstarken wird. Ebensowenig wie Deutschland erstreben kann, jemals England als Seemacht zu überholen, kann es das Ziel verfolgen, Rußland als Landmacht zu überbieten. Ebensowenig darf es aber auch unterlassen, alle die Mittel aufzubieten, die ihm noch in größerem Umfang zur Verfügung stehen, um die Machtstellung zu behaupten, die es seinen Nachbarn gegenüber eingenommen hat, solange diese ihre Wehrkraft nicht bis auf die jetzige Höhe gesteigert hatten und weiter steigern werden.

Eine besondere Beachtung erfordern die militärischen Verhältnisse in unseren Grenzprovinzen. Wir haben mit Sicherheit im Osten, vielleicht auch im Westen auf einen Einfall sofort nach erklärter Mobilmachung zu rechnen. Ein solcher wird, wenn er nicht abgewehrt werden kann, unsere Mobilmachung durch Zerstörung von Eisenbahnen und Kunstbauten, die Armierung unserer Festungen und unseren Aufmarsch in empfindlicher Weise stören. Es ist von allergrößter Wichtigkeit, daß hier Verstärkungen unserer Truppen und eine erhöhte Bereitschaft unserer Festungen eintreten.

Die Notwendigkeit einer Steigerung unserer Wehrkraft und einer Verbesserung unserer Landesverteidigung glaube ich in den vorstehenden Erwägungen nachgewiesen zu haben. Mit unabweisbarem Zwang werden sie durch die politische Lage gefordert. Gewiß sind es große personelle und pekuniäre Opfer, die von der Nation bei Erfüllung der hierdurch hervorgerufenen und im Teil II der Denkschrift im einzelnen näher dargelegten Forderungen verlangt werden: Sie werden aber immer noch erheblich hinter denjenigen zurückbleiben, die wir im Falle eines verlorenen Feldzuges zu leisten haben werden.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß unsere Nachbarn ebensolche Opfer zur Festigung ihrer Wehrkraft gebracht haben und bringen.

Frankreich stellt weit höhere personelle Anforderungen an seine Bevölkerung als wir. Während der ersten Marokkospannung wendete es gegen 300 Millionen für die Verstärkung seiner Ostfestungen auf.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Rußland verlangte und erhielt von seiner Volksvertretung im laufenden Jahre für Heereszwecke eine Millarde dreihundertachtzig Millionen Mark.

England hat in den letzten drei Jahren sehr große Mittel für die Durchführung der Haldaneschen Reformen aufgewendet.

Die Schweiz hat eine neue Heeresorganisation unter erheblichen Kosten durchgeführt.

Belgien ist im Begriff, ein neues Wehrgesetz einzuführen, durch das seine Armee auf einen Mobilmachungsstand von 300000 Mann gebracht werden soll. Es hat für die Neubefestigung Antwerpens ungeheure Mittel aufgebracht.

Österreich ist unter dem Druck der politischen Spannung genötigt gewesen, sehr hohe Kredite für die nur allzu lange versäumte Ausgestaltung seines Heeres anzufordern.

Auch Deutschland wird Opfer bringen müssen. Das Programm, das für die notwendigsten Forderungen im Teil II der Denkschrift aufgestellt ist, muß mit aller Energie bald durchgeführt werden, damit Deutschland auch in der Zukunft, auf die eigene Kraft vertrauend, der politischen Leitung des Landes einen Rückhalt geben kann, der stark genug ist, um allen Möglichkeiten gewachsen zu sein.

II. Teil

A. Heeresverstärkung

Menschenmaterial steht in hinreichender Menge für eine Heeresverstärkung zur Verfügung.

Bestimmte Angaben über die Zahl der vorhandenen, bisher nicht zur Einstellung gelangenden Tauglichen können wegen Mangel sicheren Materials z. Z. allerdings nicht gemacht werden. Es müssen Erhebungen darüber angestellt und unsere Ersatzvorschriften entsprechend abgeändert werden. Schon der Hinweis auf Frankreich müßte genügen, um uns die Notwendigkeit einer größeren Inanspruchnahme unserer Diensttauglichen vor Augen zu führen. Frankreich stellt 82 % seiner Wehrpflichtigen in das Heer ein, Deutschland etwa 52—54 %. Spannen wir in gleichem Umfange wie Frankreich unsere Volkskraft an, so kommen wir bei Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ohne weiteres zu einer Erhöhung des Rekrutenkontingents von 150000 Mann, unserer Friedenspräsenzstärke von 300000 Mann. Eine vermehrte Heranziehung der jüngeren Jahrgänge ist schon eine soziale Pflicht. Man würde damit die älteren Jahrgänge, in denen zahlreiche Familienväter vorhanden sind, entlasten und ihre Verwendung vor dem Feinde hinausschieben. Es würde vermieden werden, daß ein großer Teil der Landwehrleute, die jetzt Reserveformationen zugeteilt sind, sofort ins Feld ziehen muß, während Tausende von jungen Leuten zu Hause bleiben, weil sie nicht ausgebildet sind.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Heeresverstärkung, die gefordert werden muß, wird sich in folgenden vier Richtungen zu bewegen haben, die ich nachstehend kurz erläutere:

1. Etatsverstärkungen;
2. Heeresvermehrung;
3. Verbesserung der Formationen 2. Linie;
4. Ergänzung und Verbesserung der Heeresausrüstung.

Zu 1. Etatsverstärkungen

Sie müssen bei allen Waffen eintreten und sich auf Mannschaften und Pferde erstrecken, so daß unsere Infanterie, Kavallerie und Artillerie durchweg mindestens auf den hohen Etat gebracht wird. Die Zahl der vorhandenen Tauglichen spielt hierbei eine ausschlaggebende Rolle. Die Grenzkorps, einige Truppen zu besonderer Verwendung und die Kavallerie-Regimenter, die 6 Eskadrons mobil machen, müssen darüber hinaus folgende Stärken erhalten:

Das Bataillon 800 Mann.

Die Eskadron mindestens 150 Reitpferde ohne Remonten.

Die Batterie 6 bespannte Geschütze, 4 bespannte Munitionswagen und 1 Beobachtungswagen.

Die Spezialwaffen sind entsprechend zu verstärken.

Mit diesen Etatserhöhungen würden die aktiven Formationen wenn auch nicht an zahlenmäßiger Überlegenheit, so doch entscheidend an Gehalt und Kraft Frankreich gegenüber gewinnen, das uns hierin nicht mehr folgen kann.

Zu 2. Heeresvermehrung

Um für eine Offensive nach Westen den erforderlichen Kräfteausgleich zu schaffen und gleichzeitig unseren Osten hinreichend zu schützen, müssen mindestens drei Armeekorps neu aufgestellt werden, wobei ein Teil der schon jetzt vorhandenen fünften Brigaden verwertet werden kann. Die Aufstellung der dritten Bataillone ergibt sich als selbstverständlich. Es muß aber ganze Arbeit gemacht werden, und darum sind außerdem noch folgende Einzelheiten zu fordern:

a) Aufstellung von Armeeinspektionen, je eine für vier Armeekorps,
b) Aufstellung mehrerer Kavallerie-Regimenter zur besseren Organisation der Kavallerie,
c) Ergänzung der Fußartillerie und Pioniere,
d) Ergänzung der Verkehrstruppen, namentlich an Telegraphen-Bataillonen und Funker-Kompagnien.
e) Aufstellung einer Inspektion der Lufttruppen unter Loslösung von den Verkehrstruppen. Fortschreitende Erweiterung der Fliegerorganisation. Zuteilung der Fliegerstationen an die Armeekorps und die Festungen. Organisation der Luftschifftruppe für eine Luftflotte von zunächst 20 Luftschiffen größten Systems.
f) Verbesserung unserer Trainformationen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Zu 3. Verbesserung der Formationen 2. Linie

Eine Verjüngung und weiterer Ausbau der bestehenden Reserveformationen unter Ausschaltung der Landwehr ist durchaus geboten. Sie wird mit der Erhöhung der Friedenspräsenz ermöglicht werden. Für die Reserveverbände muß eine weitergehende Übungsgelegenheit geschaffen werden. Zur besseren Ausstattung dieser Verbände mit aktiven Führern müssen die Offizierstellen, namentlich die Hauptmannsstellen, vermehrt werden; auch müssen die Reserveverbände eine bessere Ausrüstung mit Maschinengewehren und Feldartillerie erhalten. Ich weise hier ganz besonders auf die neuesten Anstrengungen Frankreichs hin, durch sein neues Kadergesetz die Kriegsbereitschaft und den inneren Wert der Reserveformationen erheblich zu steigern. Aus den zur Verfügung stehenden Landwehren müssen, wie in Frankreich, mit Feldartillerie ausgerüstete Verbände vermehrt aufgestellt werden.

Zu 4. Ergänzung und Verbesserung der Heeresausrüstung

Es ist erforderlich:

Die Durchführung der Ausrüstung mit Feldküchen bei allen Formationen und Reserveformationen.

Die Schaffung einer vermehrten Munitionsreserve.

Die Vermehrung der Angriffsmittel auf feindliche Festungen.

Die Bereitstellung von Abwehrkanonen gegen Luftfahrzeuge.

B. Landesverteidigung

Unsere Grenzfestungen müssen so ausgestattet werden, daß sie jederzeit verteidigungsfähig sind. Der Armierung darf hier nur wenig überlassen bleiben. Bei den inneren Festungen muß die Armierung soweit vorbereitet sein, daß sie innerhalb kurzer Frist durchgeführt werden kann.

Im Osten müssen Graudenz und Posen stark ausgebaut werden, damit die Landesverteidigung in diesen Festungen für alle Fälle den erforderlichen Rückhalt findet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Anhang II

Ein Irrtum der Entente-Kommission*

Alfred von Wegerer

Am 21. Juli 1914 hat Jules Cambon, der französische Botschafter in Berlin, laut Gelbbuch Nr. 15 an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äußern, eine Mitteilung gerichtet, deren letzter Absatz lautet:

„Man hat mir übrigens versichert, daß jetzt gleich der vorläufige Mobilisationsbefehl, der, solange eine Spannung anhält, Deutschland in eine Art „Achtungsstellung" versetzt, hier an alle Klassen, die ihn in solchen Fällen erhalten müssen, bereits ergangen ist. Es ist dies eine Maßregel, zu der die Deutschen, ihrer Gewohnheit gemäß, greifen können, ohne Indiskretionen befürchten zu müssen und ohne die Bevölkerung dadurch aufzuregen. Sie hat nicht sensationellen Charakter, und es folgt ihr auch nicht notwendigerweise die wirkliche Mobilisation, wie wir es schon gesehen haben; sie ist aber nichtsdestoweniger bedeutungsvoll. Jules Cambon."

Diese Meldung wurde dazu verwandt, um in dem Bericht für die Vorfriedenskonferenz Deutschlands vorgefaßte Absicht, Krieg führen zu wollen, mit zu begründen.

Die entsprechende Stelle in dem Bericht, welcher der Vorfriedenskonferenz von der Kommission vorgelegt wurde, die für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegende Sühne eingesetzt war**, lautete:

„Die deutsche Mobilisierung hat mit dem 21. Juli begonnen, zunächst durch die Einberufung einer Reihe der Reservejahrgänge. (Gelbbuch Nr. 15.)"

Die in dem Bericht für die Vorfriedenskonferenz, gewöhnlich kurz „Rapport" genannt, wiedergegebene Auffassung, daß Deutschland bereits am 21. Juli mobil gemacht habe, ist auch von Viviani, bei Kriegsausbruch Ministerpräsident und Minister des Äußeren, in seiner Artikelserie „Réponse au Kaiser" (Pariser „Matin" vom 25. Januar 1923) erneut vertreten worden.

* Entnommen aus „Die Kriegsschuldfrage" Septemberheft 1923.

** „Das Deutsche Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges", Berlin 1919. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Seite 31 bzw. 35.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die fragliche Stelle bei Viviani lautet:

„Wir haben bisher nur die politische und diplomatische Verantwortlichkeit Deutschlands untersucht. Nun zu seiner militärischen Verantwortlichkeit. Auch hier will ich eine Tabelle aufstellen und die Tatsachen Tag für Tag aufzählen.

21. Juli. — Vorläufige Mobilmachungsbefehle für eine gewisse Anzahl von Reservisten. (Gelbbuch Nr. 16.)"

Vivani führt Gelbbuch Nr. 16 an, während es Gelbbuch Nr. 15 heißen muß. Hier liegt wohl nur ein Druckfehler vor.

Über den Ursprung der Meldung und ihre Bewertung durch den französischen Marine-Attaché erfahren wir durch das — Krasny-Archiv Band I* Moskau 1922 — veröffentlichte Telegramm Bronewskis an Sasonow:

Der russische Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Äußeren in Petersburg.

Nr. 117. Berlin, den 9./22. Juli 1914.

Vertraulich. Der französische Marine-Attaché hat mir heute mit Wissen Cambons ein Gerücht mitgeteilt, das ihm eben sein englischer Kollege mitgeteilt hat (ein Gerücht), das noch von keinem von ihnen nachgeprüft ist und demzufolge einigen in Reserve befindlichen deutschen Soldaten hier vorbereitende Benachrichtigungen über die Möglichkeit der Mobilisierung zugesandt worden sind. Solche vorbereitende Benachrichtigungen wurden in Deutschland sowohl im Jahre 1911 als auch Ende 1912, in dem Augenblick der größten Spannung, die durch die Bewegung der Serben zum Adriatischen Meer hervorgerufen worden war, versandt. Diese vorbereitenden Benachrichtigungen haben nichts gemein mit der Ableistung der Übungen und den für August bevorstehenden großen Manövern.

Da unser neuer Marine-Attaché eben erst angekommen ist und der Militär-Attaché nicht hierher zurückkommen kann, ist es für die Botschaft unmöglich, dieses beunruhigende Gerücht nachzuprüfen. Ich bitte deshalb den französischen Botschafter, mich auf dem laufenden seiner Nachrichten zu halten. Bronewski

Die Meldung klingt schon wesentlich anders als die, welche von Jules Cambon weitergegeben worden ist. Der englische Botschafter hat die Meldung von dem „Gerücht" anscheinend nicht weitergegeben. Jedenfalls findet sich nichts darüber im englischen Blaubuch vor.

Die Meldung Jules Cambons vom 21. Juli über das Ausgeben von Gestellungsbefehlen beruht auf einem Irrtum.

* Das Telegramm ist im „Journal des Débats" Nr. 275 vom 4. Oktober 1922 abgedruckt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Mit dem Jahre 1900 hat sich in Deutschland eine grundlegende Änderung in der Mobilmachung vollzogen und brach man in diesem Jahre vollständig mit dem bisherigen System der Zustellung von „Gestellungsbefehlen" an Reservisten usw. für die Mobilmachung nach Bekanntgabe des Mobilmachungsbefehls.

Die Einziehung der Reservisten erfolgte nach einer kriegsministeriellen Verfügung vom Herbst 1900 auf Grund von „Kriegsbeorderungen" und „Paßnotizen", welche den Reservisten gleich nach der Entlassung aus dem aktiven Dienste von den zuständigen Bezirkskommandos ausgegeben wurden.

Der Unterschied zwischen Kriegsbeorderungen und Paßnotizen war der, daß Kriegsbeorderungen den Mannschaften ausgehändigt worden sind, deren Mobilmachungsbestimmung feststand, während sich die Leute mit Paßnotizen im Falle der Mobilmachung bei ihrem Bezirkskommando zur weiteren Entscheidung über ihre Verwendung zu melden hatten.

In den Kriegsbeorderungen und Paßnotizen war angegeben, an welchem Mobilmachungstage und bei welcher Formation sich der betreffende Reservist zu melden hatte.

Mit der Bekanntgabe der Mobilmachungstage löste sich daher automatisch die Gestellung der Reservisten aus. Besondere Gestellungsbefehle waren daher nicht erforderlich. Eine Ausgabe von Gestellungsbefehlen ohne Änderung des Mobilmachungsplans hätte den ganzen Apparat nur in Unordnung gebracht.

Nachstehend geben wir die Abschrift einer Original-Kriegsbeorderung wieder:

Einberufen zum Drag. Rgt. 2 Ers. Esk. 4. M. T. 1
1. Kriegsbeorderung
gültig bis 31. März 1915.

65
Jahresklasse 06b. Karl Budweg,
Ziffer u. Nr. N. 228. Schöneberg,
F. M. A. Ebersstraße 36

hat sich nach der Veröffentlichung der Mobilmachungs-Bekanntmachung, ohne einen neuen Befehl abzuwarten, am 4. Mobilmachungstage morg. 1,30 Uhr in Berlin NW 6, Albrechtstraße 27, Hof des Friedrich-Gymnasiums, bei Tafel Nr. I zu gestellen.

Wer infolge irgendwelchen Leidens völlig dienstuntauglich zu sein glaubt, hat sich mit diesem Befehl an demselben Tag morg. 12½ Uhr auf dem Gestellungsplatz in einem Schulzimmer im Parterreraum zur ärztlichen Untersuchung einzufinden. Bei der Gestellung selbst findet eine ärztliche Untersuchung nicht statt.

L. S. Königlich Preußisches
Bezirkskommando V Berlin.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Es folgen dann noch allgemeine Bestimmungen über Verhalten bei Einberufungen.

Daß im Juli 1914, wie alljährlich, Reservisten zu Friedensübungen nach den öffentlich bekanntgegebenen Übungsbestimmungen einberufen worden sind, trifft zu. Diese Leute wurden aber planmäßig nach Ableistung ihrer Übung in ihre Heimat entlassen, was aus Akten und Fahrtlisten einwandfrei nachzuweisen ist. — Daß noch am 22. Juli Reservisten, die auf dem Truppenübungsplatz Arys in Ostpreußen eingezogen waren, wieder in ihre Heimat entlassen wurden, ließ sich aus einer Fahrtliste (55/1914) einwandfrei feststellen. —

* * *

Dem englischen Marine-Attaché wird ein „Gerücht" zugetragen, „demzufolge einigen in Reserve befindlichen deutschen Soldaten hier vorbereitende Benachrichtigungen über die Möglichkeit der Mobilisierung zugesandt worden sind." —

Der französische Botschafter macht aus dem „Gerücht" die Meldung, daß ein „vorläufiger Mobilisationsbefehl" hier an „alle Klassen, die ihn in solchen Fällen erhalten müssen, ergangen ist."

Die Kommission der Vorfriedenskonferenz interpretiert die Meldung weiter und stellt fest: „Die deutsche Mobilisierung hat mit dem 21. Juli begonnen, zunächst durch Einberufung einer Reihe der Reservejahrgänge."

Der ganze Vorgang zeigt, mit welcher Oberflächlichkeit ein Gutachten verfaßt worden ist, das die Grundlage für ein Urteil bildete, welches ein 75-Millionenvolk im Namen von 27 Staaten ungerecht und ungehört wie Verbrecher verurteilte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die beste Methode, sich fortlaufend über die Vorgänge und Fortschritte auf dem Gebiete der Erforschung der Kriegsursachen zu unterrichten, ist ein Abonnement auf die Zeitschrift

Die Kriegsschuldfrage

Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung

Herausgegeben von der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen
Schriftleitung: Alfred von Wegerer

*

Die „Völkerbundfragen" vom 1. März 1926 schreiben:

„Die Zeitschrift hat es sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur die bedeutungsvolle Frage nach der Schuld am Kriege 1914/18 wissenschaftlich zu klären, sondern auch den Weg für einen gerechten Frieden zu bereiten. Sie will die öffentliche Meinung der Welt für eine objektive Auffassung dieses Problems gewinnen und fordert nicht nur Anerkennung der Wahrheit, sondern auch Beseitigung aller Fehler, die auf der Hypothese der alleinigen Schuld Deutschlands beruhen. Über die Gründlichkeit, mit der die Zeitschrift zu Werke geht, legt jede einzelne Nummer beredtes Zeugnis ab ....."

*

Bezugsbedingungen:

Die Zeitschrift ist bei allen Postanstalten und in der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW. 6, Luisenstraße 31a, zu beziehen

Inlandspreis: vierteljährlich Mk. 3.—
Auslandspreis: vierteljährlich Mk. 3.50
(einschließlich Porto und Verpackung)

Fordern Sie kostenlose Zusendung eines Probeheftes

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

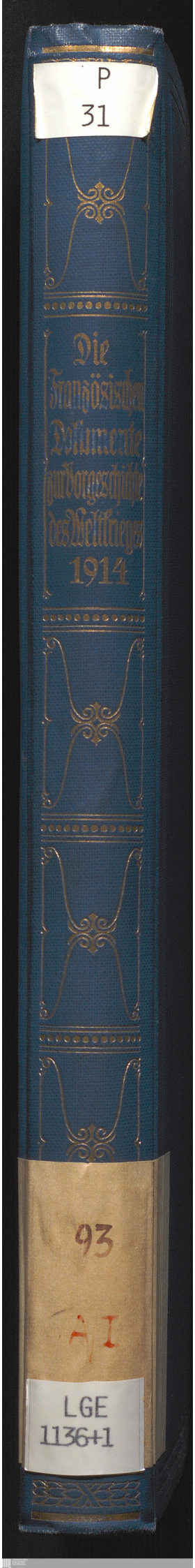
UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

PAD: 31LGE1136+1

<20+>04S1E2795145358E440

GHP: 31 LGE1136+1

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN


P
31
Die
Französischen
Dokumente
zur Vorgeschichte
des Weltkrieges
1914
93
A I
LGE
1136+1